

Sitzungsbericht

5. Sitzung der Tagung 1993/94 der XIV. Gesetzgebungsperiode des Landtages von Niederösterreich Montag, den 29. November 1993

Inhalt:

1. Eröffnung durch Präsident Mag. Romeder (Seite 304).
2. Mitteilung des Einlaufes (Seite 304).
3. Anfragebeantwortungen (Seite 304).
4. Antrag des Finanz-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1994.
Berichterstatter: Abg. Dr. Prober (Seite 307).
Redner: Finanzreferent LR Mag. Freibauer (Seite 309).
5. **Generaldebatte:**
Redner: Abg. Ing. Dautzenberg (Seite 314), Abg. Gratzner (Seite 316), Abg. Dr. Bauer (Seite 320), Abg. Böhm (Seite 325).
Abstimmung (Seite 329).
6. **Spezialdebatte:** Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung.
Berichterstatter: Abg. Dr. Prober (Seite 329).
Redner: Abg. Moser (Seite 330), Abg. Präs. Haufek mit 2 Resolutionsanträgen (Seite 332), Abg. Ing. Dautzenberg (Seite 339), Abg. Gratzner (Seite 340), Abg. Ing. Gansch mit Resolutionsantrag (Seite 342), LR Mag. Freibauer (Seite 346), Abg. Mag. Kaufmann (Seite 349), Abg. Hoffinger (Seite 353), Abg. Soukup mit Resolutionsantrag (Seite 355), Abg. Präs. Ing. Eichinger (Seite 357), Abg. Uhl (Seite 359), Abg. Litschauer (Seite 362).
Abstimmung (Seite 364).
7. **Spezialdebatte:** Gruppe 1, öffentliche Ordnung und Sicherheit.
Berichterstatter: Abg. Dr. Prober (Seite 364).
Redner: Abg. Preiszler mit Resolutionsantrag (Seite 364), Abg. Sivec (Seite 368), Abg. Klupper (Seite 372), Abg. Knotzer (Seite 376), Abg. Egerer (Seite 381).
Abstimmung (Seite 382).
8. **Spezialdebatte:** Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft.
Berichterstatter: Abg. Dr. Prober (Seite 382).
Redner: Abg. Ing. Gansch (Seite 383), Abg. Stix (Seite 384), Abg. Hoffinger (Seite 385), Abg. Dkfm. Rambossek mit Resolutionsantrag (Seite 387), Abg. Platzer (Seite 390), Abg. Mag. Schneeberger (Seite 394), Abg. Marchat (Seite 398), Abg. Sacher mit Resolutionsantrag (Seite 400), Abg. Dr. Bauer (Seite 405), Abg. Dr. Strasser (Seite 406), Abg. Kautz (Seite 408), Abg. Hiller (Seite 412), Abg. Dr. Michalitsch (Seite 416), Abg. Sacher (Seite 418), Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 418).
Abstimmung (Seite 418).

* * *

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER (um 10.00 Uhr): Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der

letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt, es ist unbeanstandet geblieben und demnach als genehmigt zu betrachten.

Von der heutigen Sitzung hat sich Herr Landeshauptmannstellvertreter Höger wegen Krankheit entschuldigt. Ich darf mitteilen, daß die Frau Kollegin Stix erst um 14.00 Uhr in den Landtag kommt und daher auch für den Vormittag als entschuldigt gilt.

Ich darf dem Hohen Haus folgenden Einlauf zur Kenntnis bringen (*liest*):

Ltg. 63/A-2/4 - Antrag der Abgeordneten Dr. Bauer u.a. betreffend Änderung des NÖ Kleingartengesetzes.

Ich weise diese Vorlage dem Bau-Ausschuß zur weiteren Behandlung zu.

Ltg. 69/S-5/2 - Vorlage der Landesregierung betreffend Errichtung und Finanzierung des Regierungsviertels in der Landeshauptstadt - Kulturbezirk 2. Baustufe.

Diese Vorlage wird dem Finanz-Ausschuß zur weiteren Beratung übermittelt.

Ltg. 67/G-1 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des Gesetzes über die Gliederung des Landes Niederösterreich in Gemeinden und

Ltg. 71/W-13 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Wasserleitungsanschlußgesetzes 1978.

Beide Vorlagen weise ich hiermit dem Kommunal-Ausschuß zur weiteren Beratung und Beschlußfassung zu.

Ltg. 62/K-2 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Karenzurlaubsgeldgesetzes.

Diese Vorlage übermittle ich dem Sozial-Ausschuß zur weiteren Beratung.

Ltg. 65/A-1/5 - Antrag der Abgeordneten Frievald u.a. betreffend Maßnahmen, um eine geordnete

Deponierung von Abfällen sicherzustellen.

Diese Vorlage weise ich dem Umwelt-Ausschuß zur weiteren Beratung zu.

Ich habe im September dieses Jahres die Abgeordneten des Hohen Hauses ersucht, mir leitende Stellungen im Sinne des Unvereinbarkeitsgesetzes mitzuteilen. Die eingelangten Antworten weise ich hiermit unter Ltg. 64/U-2 dem Verfassungs-Ausschuß zur Beratung und Beschlußfassung zu.

Ltg. 70/V-16 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Veranstaltungsgesetzes.

Diese Vorlage darf ich ebenfalls dem Verfassungs-Ausschuß übermitteln und um weitere Behandlung ersuchen.

Ltg. 66/A-4/3 - Anfrage des Abgeordneten Gratzner an LH Dr. Pröll betreffend Vollzug des Aufenthaltsgesetzes.

Diese Vorlage habe ich am 23.11.1993 dem Herrn Landeshauptmann zur Beantwortung übermittelt.

Ich darf, Hohes Haus, mitteilen, daß zu folgenden Geschäftsstücken die Anfragebeantwortungen eingelangt sind: 34/A-5, 36/A-5/1, 51/A-4/1 und 66/A-4/3. Die eingelangten Anfragebeantwortungen haben folgenden Inhalt:

Beantwortung der Anfrage des Herrn Abg. Gratzner an Herrn LR Wagner betreffend Überprüfung des Verdachtes auf Bildung und Vorkommen von Suchtgifteinhaltsstoffen im Rauch von Weihrauchmischungen, Ltg. 34/A-5:

"ad 1: Herr Professor Dr. Georg E. Fridrich, Linz, Haydnstraße 61, hat am 17. Juli 1993 über Ersuchen von Frau Dipl.Ing. Friderike Hofer, Gemeinderätin in Schönbühel-Aggstein, Bezirk Melk, eine Expertise zu dem Thema 'Weihrauch und Myrrhe - Überprüfung des Verdachtes auf Bildung und Vorkommen von Suchtgifteinhaltsstoffen, insbesondere Tetrahydrocannabinoiden im Rauch liturgischer Weihrauchmischungen' erstellt. Darin referiert er ausführlich über die in der Literatur angegebenen Bestandteile des bei kirchlichen Zeremonien üblichen Weihrauchgemisches, das im wesentlichen Olibanum (das eigentliche Weihrauchharz), Myrrhe (ein anderes Harz), Benzoesäure, verschiedene Phenole (als Styracis zu-

sammengefaßt), Lavendelöl, Bergamotte-Öl, Gewürznelkenöl und Zimtöl und einige andere Bestandteile enthält. Die chemischen Hauptbestandteile des Weihrauchharzes und z.T. der Myrrhe sind Limonen, Dipenten, Verbenol, Terpinolen usw. Nun geht Prof. Fridrich von der Überlegung aus, daß das Tetrahydrocannabinol, der halluzinogene Hauptbestandteil des Haschisch, chemisch unter entweder Einwirkungen von Säuren, oder aber unter entsprechender Hitzeeinwirkung synthetisiert werden kann. Was die Säurekatalyse zur Synthese von Tetrahydrocannabinol betrifft, so könnte man sich Bedingungen zur Entstehung dieses Stoffes beim Kauen und Verdauen (Speichelenzyme, Magensäure) vorstellen; nach einer mündlichen Mitteilung des Leipziger Chemikers (DDR) Prof. Dr. K.-H. Lohs an den Autor wurden angeblich Ministranten irgendwo einmal dabei ertappt, wie sie Weihrauchkörner kauten, um 'sich zu berauschen'. Aktueller ist wohl der Vorwurf, daß durch Hitzeeinwirkung, also Verbrennen bzw. Verglühen der genannten Weihrauch-Bestandteile, wie es ja bei kirchlichen Zeremonien vorgenommen wird, eine sogenannte pyrolytische Umsetzung der angeführten Ausgangsstoffe zu Tetrahydrocannabinol führen kann. Nach einer mündlichen Mitteilung des Schweizer Chemikers Wiedemann konnte dieser bei einer massenspektrometrischen Untersuchung der pyrolytisch veränderten Weihrauch- und Myrrhe-Bestandteile bis zu 17 % Tetrahydrocannabinol nachweisen. Dazu muß allerdings gesagt werden, daß diese Pyrolyse (also Verbrennung des Gemisches unter Wasserabspaltung) unter Laborbedingungen erfolgte. Immerhin meint Prof. Fridrich, daß nunmehr 'kein triftiger Grund mehr vorliegt, die Bildung des Rauschgiftinhalstoffes Tetrahydrocannabinol beim Abbrennen liturgischer Weihrauchmischungen noch länger anzuzweifeln.' In der Folge befaßt sich Prof. Fridrich mit dem Vorkommen ähnlicher Ausgangsstoffe in ägyptischen und präkolumbianischen indianischen Mumien, was hier von geringerer Bedeutung ist, sowie über das natürliche Vorkommen von Terpenen, Olivetol usw. in Myrrhe. Zusammenfassend kommt der Autor zu dem Schluß, daß Limonen und einige ihm chemisch verwandte Stoffe einerseits ebenso wie Phenole in ausreichender Menge in den natürlichen Weihrauch- und Myrrhe-Mischungen vorkommen, um die pyrolytische Entstehung (beim zeremoniellen Räuchern) von Tetrahydrocannabinol und ähnlichen, nicht so ausgeprägt halluzinogen wirkenden Stoffen, die unter anderem auch im Haschisch vorkommen, zu ermöglichen. Da THC aber auch nach dem derzeitigen Suchtgiftgesetz eine Suchtdroge ist, wäre also Weih-

rauch nach dem Suchtgiftgesetz zu verbieten. Soweit die Studie (bzw. Literatur-Referenz) von Prof. Dr. Fridrich. Zu demselben Thema hat Hofr. Univ. Doz. Dr. Heribert Pittner, Direktor der Bundesstaatlichen Anstalt für experimentell pharmakologische und balneologische Untersuchungen, Wien, Währingerstraße 13a, am 29. Jänner 1993 in einem Schreiben an das Bundesministerium für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz Stellung genommen. Es seien hier nur die wichtigsten Passagen zitiert. "Da die liturgisch üblichen Weihrauchgemische neben dem Weihrauchharz und der fakultativ zugesetzten Myrrhe üblicherweise eine Menge anderer, variierender Bestandteile enthalten, beziehen sich seine Ausführungen nur auf Weihrauch und Myrrhe. Myrrhe ist ein Gummiharz mehrerer Commiphora-Arten, das unter anderem ätherische Öle, Harzsäure und -ester, sowie Gummi (eine eiweiß- und eine kohlehydrathaltige Schleimfraktion), aber keine Alkaloide, enthält. Bei äußerlicher 'Anwendung' (also Räuchern) ist über Nebenwirkungen in der abendländischen Medizin nichts bekannt, die Substanz dürfte bei bestimmungsgemäßem Gebrauch ungiftig sein. Für eine Suchtgiftwirkung bestehen keine Anhaltspunkte. Auch Weihrauch ist ein Gummiharz mehrerer Boswellia-Arten, enthält ätherische Öle (u.a. Pinen, Dipenten, Terpenalkohole usw.), Harz, kohlehydrathaltigen Schleim, Bitterstoffe, Bassorin. Alkaloide kommen nicht darin vor. Untersuchungen über eventuelle neurotrope, also psychische oder nervliche Wirksamkeiten am Menschen liegen nicht vor. Wenn man die Kulturgeschichte des Weihrauchs aber in Betracht zieht, erscheint eine gewisse Wirkung auf das Zentralnervensystem nicht völlig abwegig. Die von Martinetz u.a. diskutierte Synthesemöglichkeit des Verbenols mit der bis jetzt im Olibanum (Weihrauchharz) noch nicht im einzelnen nachgewiesenen phenolischen Verbindung Olivetol zu Tetrahydrocannabinol im Organismus (wo?!) ist eine rein theoretische Überlegung. Sollte diese im Experiment nachweisbar sein, stellt sich immer noch die Frage, ob die im Weihrauch eventuell vorkommenden Mengen der Ausgangsstoffe dieser vermuteten Reaktion für eine klinisch relevante Wirkung ausreichend sein würden. Zusammenfassend kommt Doz. Pittner zu dem Schluß, daß derzeit kein Hinweis auf das Auftreten von Alkaloiden in den untersuchten Stoffen vorliegt, die also eine opiumähnliche Wirkung entfalten könnten; sehr wohl sind aber Wirkungen der in Weihrauch und Myrrhe enthaltenen ätherischen Öle auf das Nervensystem vorstellbar, die etwa Vigilanz, Stimmungslage u.a. beeinflussen können. Diese Effekte werden medicinal in der Aromatherapie und der Balneologie genützt. Allerdings ist noch nicht un-

tersucht, welche Stoffe bei der Verbrennung der beiden Substanzen in verschiedenen Temperaturbereichen entstehen und ob diese dann eine Wirkung auf das Zentralnervensystem entfalten. Bei der Beurteilung dieser Vorgänge dürfen eventuelle Wirkungen des dabei entstehenden Kohlenmonoxyds nicht außer acht gelassen werden. Es ist also nicht auszuschließen, daß sich bei Räucherungen mit Weihrauch und Myrrhe Einflüsse auf die nervlich-psychische Befindlichkeit ergebe. Eine Gefahr für die Volksgesundheit kann aber daraus nicht abgeleitet werden, zumal ansonsten auch Duftlampen u.ä. zu inkriminieren wären. Abschließend wäre dazu aus medizinischer Sicht noch zu sagen, daß Sucht nie allein ein pharmakologisches Problem darstellt, sondern ein komplexes Geschehen ist, in welchem die Hauptrolle die persönliche Geschichte des Menschen, die Konsum-Motivation, das soziale und kulturelle Umfeld und - unter anderem dann auch - die angebotene Droge spielt. Insbesondere im gegenständlichen Falle muß die Frage nach der Motivation zur bewußten Einnahme eines bei entsprechender Disposition süchtigmachenden Stoffes gestellt werden. In unserem Kulturkreis und im Hinblick auf den liturgisch verwendeten Weihrauch ist jedenfalls eine Suchtentstehung noch nie berichtet worden. Ob dies auch für die in den letzten Jahren angebotenen Räucherstäbchen gilt, die in esoterischen Zirkeln verwendet werden, ist eine ganz andere Frage. Besonders auf die geringen Mengen an Rauch, der bei der liturgischen Räucherung eventuell in die Atmungsorgane der in der Nähe agierenden Menschen (Zelebranten, Ministranten) gelangen können, schließen eine süchtigmachende Wirkung des - gar nicht sicher tatsächlich entstehenden THC - mit Sicherheit aus." Im übrigen ist die Expertise von Doz. Pittner schon im Jänner an das Ministerium ergangen und hat dieses keinerlei Anlaß zu irgendwelchen Schritten gesehen.

"ad 2: Aufgrund des vorliegenden Informationsstandes werden keine Maßnahmen ergriffen werden, da sich nach den eben vorgetragenen Ausführungen dazu kein Anlaß ergibt. Ob - noch einmal zusammengefaßt - bei den liturgischen Räucherungen überhaupt in der Praxis das bei der Pyrolyse im Laborversuch nachgewiesene Tetrahydrocannabinol entsteht, ist sehr fraglich, und wenn ja, dann in einer so geringen Konzentration, daß davon eine halluzinogene Wirkung auf den menschlichen Organismus nicht zu erwarten ist. Daß sich eine Beeinflussung der psychischen Befindlichkeit durch andere Weihrauchbestandteile ergibt, ist nicht auszuschließen, aber es handelt sich dabei nicht

um eine vom Suchtgiftgesetz erfaßte Wirkung, sodaß sich daraus für den Gesundheitsreferenten der NÖ Landesregierung keinerlei Handlungsbedarf ableiten läßt."

Beantwortung der Anfrage des Herrn Abg. Präs. Haufek an Herrn LR Mag. Freibauer betreffend Vorlage eines Gemeindeförderungsberichtes vom 5. Oktober 1993, Ltg.-36/A-5/1-1993:

"Der Landtag hat am 13. Juni 1991 folgenden Resolutionsantrag beschlossen:

'Die Landesregierung wird aufgefordert, bis Ende November 1991 dem Landtag zu berichten, ob und wie über sämtliche an Gemeinden und Gemeindeverbände gewährte Förderungen ein ressortübergreifender 'Gemeinde-Förderungsbericht' jährlich anläßlich des Rechnungsabschlusses dem Landtag vorgelegt werden kann.' Auf Grund dieses Beschlusses wurde ein Bericht in globaler Form, basierend auf dem Rechnungsabschluß 1990 als Modell erstellt, welcher am 19. November 1991 von der Regierung beschlossen und an den Präsidenten des Landtages weitergeleitet wurde. Im Jahre 1992 ist dem Landtag anläßlich des Rechnungsabschlusses 1991 erstmals ein Gemeindeförderungsbericht in der gleichen Form wie das Modell 1991 vorgelegt worden. Für 1993 habe ich bisher Abstand davon genommen, weil der Bericht in dieser Form nicht die einhellige Zustimmung des Landtages gefunden hat. Ich bin bereit, dem Landtag einen solchen globalen, auf den Rechnungsabschluß gestützten Bericht auch weiterhin zu erstatten. Auf Grund meiner Zuständigkeit laut Geschäftsordnung der NÖ Landesregierung sehe ich mich jedoch nicht in der Lage, einen detaillierten und ressortübergreifenden Förderungsbericht zu erstellen. Ein detaillierter

Förderungsbericht über sämtliche an Gemeinden und Gemeindeverbände gewährte Förderungen kann nur von jedem einzelnen Regierungsmitglied selbst für sein eigenes Ressort erarbeitet werden. Allerdings ist zu bedenken, daß damit ein beträchtlicher Verwaltungsaufwand verbunden wäre."

Beantwortung der Anfrage des Herrn Abg. Preisler an Herrn LH Dr. Pröll vom 20. Oktober 1993, Ltg.-51/A-4/1-1993, betreffend Sicherheit in Niederösterreich:

"Ich darf mitteilen, daß die darin gestellten Fragen keine Angelegenheit der Vollziehung des Landes betreffen. Eine Beantwortung kann daher gemäß § 35 Abs.1 der Geschäftsordnung des NÖ Landtages nicht erfolgen."

Beantwortung der Anfrage des Herrn Abg. Gratzler an Herrn LH Dr. Pröll vom 23. November 1993, Ltg.-66/A-4/3-1993, betreffend Vollzug des Aufenthaltsgesetzes:

"Ich darf mitteilen, daß die darin gestellten Fragen keine Angelegenheit der Vollziehung des Landes betreffen. Eine Beantwortung kann daher gemäß § 35 Abs.1 der Geschäftsordnung des NÖ Landtages nicht erfolgen."

Nun kommen wir zum ersten Tagesordnungspunkt unserer heutigen Sitzung, und zwar zum Voranschlag 1994. Ich ersuche Herrn Abgeordneten Dr. Prober, durch seinen Bericht die Verhandlungen zu dieser Vorlage mit der Landtagszahl 52/V-1 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Dr. PROBER (ÖVP):
Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich berichte zum Voranschlag des Landes 1994. Als Berichterstatter obliegt mir die Aufgabe, dem Hohen Landtag den Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1994 zur Beratung und Beschlußfassung vorzulegen. Die Vorlage wurde vom Finanz-Ausschuß in eingehenden Beratungen gründlich durchgearbeitet. Die Landesregierung hat gemäß Artikel 29 Absatz 2 der NÖ-Landesverfassung 1979 den Voranschlagsentwurf der Einnahmen und Ausgaben des Landes für das Jahr 1994 rechtzeitig erstellt. Der Aufbau des Landesvoranschlages 1994 entspricht den Bestimmungen der Verordnung des Bundes

ministers für Finanzen vom 14. Februar 1983, BGBl.Nr. 159, Voranschlags- und Rechnungsabschlußverordnung-VRV, mit der Form und Gliederung der Voranschläge und Rechnungsabschlüsse der Länder, der Gemeinden und von Gemeindeverbänden geregelt werden, in der Fassung von BGBl.Nr. 440/1986. Er besteht aus dem ordentlichen Teil, dem außerordentlichen Teil und dem Konjunkturausgleichsteil. Seine vertikale Gliederung erfolgt auf Grund des Ansatz- und Postenverzeichnisses der VRV innerhalb der einzelnen Teile (Haushalte) in Gruppen, Abschnitte, Unterabschnitte und Voranschlagsstellen nach funktionellen, finanzwirtschaftlichen und ökonomischen Gesichtspunkten. Nähere Ausführungen hiezu sind im Allgemeinen Teil der Erläuterungen zum Landesvoranschlag 1994 enthalten. Zur Erleichterung der Handhabung ist dort auch ein alphabetisch geordnetes Schlagwörterverzeichnis beigegeben. Die Horizontalgliederung umfaßt die Einnahmen und Ausgaben des Haushaltsplanes 1994 in Gegenüberstellung zu den entsprechenden Voranschlagsbeträgen des Finanzjahres 1993 sowie den Beträgen der Jahresrechnung 1992. In Weiterführung des schon bisher verfolgten Ordnungsprinzips werden im Hauptteil des Landesvoranschlages 1994 durchgehend nur mehr die Einnahmen- und Ausgabenansätze dargestellt, sämtliche weitere Untergliederungen finden sich in den Untervoranschlägen. Der Voranschlag 1994 sieht folgende Einnahmen und Ausgaben vor:

Voranschlag 1994

AUSGABEN

Ordentlicher Teil	S	41.117,732.000
Außerordentlicher Teil	S	1.478,196.000
Konjunkturausgleichsteil	S	<u>160.000.000</u>
Gesamtausgaben	S	42.755,928.000

EINNAHMEN

Ordentlicher Teil	S	38.280,058.000
Außerordentlicher Teil	S	<u>569,106.000</u>
Gesamteinnahmen	S	38.849,164.000

ABGANG

Ordentlicher Teil	S	2.837,674.000
Außerordentlicher Teil	S	909,090.000
Konjunkturausgleichsteil	S	<u>160.000.000</u>
Gesamtabgang	S	3.906,764.000

Die Bedeckung des Abganges wird eine weitere Fremdmittelaufnahme erforderlich machen und eine neuerliche Erhöhung des Schuldenstandes des Landes bewirken.

Das Gesamtausgabenvolumen des Voranschlages 1994 ergibt mit S 42.755,928.000 gegenüber dem Gesamtausgabenvolumen des Voranschlages 1993 von S 39.669,372.000 eine Budgetausweitung um S 3.086,556.000 das sind 7,78 %.

Die Personalausgaben (Verwaltung) erhöhen sich um S 390,512.000 die Leistungen für Personal (Lehrer) steigen um S 461,647.000

Die Sachausgaben (ordentlicher, außerordentlicher und Konjunkturausgleichsteil) erfahren eine Erhöhung um S 2.234,397.000

Der ordentliche Teil des Voranschlages zeigt gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung der Einnahmen um 5,03 % oder S 1.832,091.000 und der Ausgaben um 8,24 % oder S 3.130,718.000

Der Anteil der Personalausgaben (Verwaltung) an den ordentlichen Ausgaben zeigt folgende Entwicklung:

Voranschlag 1992	23,02 %
Voranschlag 1993	23,00 %
Voranschlag 1994	22,36 %

Im Folgenden stelle ich den prozentuellen Anteil der einzelnen Gruppen am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles des Voranschlages 1994 dar:

Gruppe	Bezeichnung	%
0	Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung	14,82
1	Öffentliche Ordnung und Sicherheit	0,54
2	Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft	26,01
3	Kunst, Kultur und Kultus	1,40
4	Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung	26,97
5	Gesundheit	9,34
6	Straßen- und Wasserbau, Verkehr	6,65
7	Wirtschaftsförderung	3,48
8	Dienstleistungen	0,03
9	Finanzwirtschaft	10,76

Im außerordentlichen Teil sind Ausgaben mit S 1.478,196.000 veranschlagt, denen Einnahmen von S 569,106.000 gegenüberstehen. Es ergibt sich somit ein ungedeckter Abgang im außerordentlichen Teil von S 909,090.000

Die einzelnen Vorhaben sind in den Erläuterungen zum außerordentlichen Teil des Voranschlages näher beschrieben. Der Konjunkturausgleichsteil enthält Ausgaben in Höhe von S 160.000.000

Diese vorgesehenen Kreditmittel betreffen investitionswirksame Ausgaben und sollen nur unter Berücksichtigung der Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1994 eingesetzt werden. Dadurch besteht die Möglichkeit, den Budgetvollzug mit den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen abzustimmen. Herkunft, Zweckwidmung und Begründung der einzelnen Einnahmen und Ausgaben sind in den Erläuterungen zum Landesvoranschlag 1994 ausführlich dargestellt, Änderungen gegenüber dem Vorjahr sind aus der Horizontalgliederung ersichtlich. Zur Budgetentlastung soll die Finanzierungsform für Investitionsgüter im Rahmen von Beschaffungsprogrammen, welche zur Erfüllung der laufenden Verwaltungsaufgaben erforderlich sind, sowie von Bauvorhaben schrittweise auf die Nutzungsdauer dieser Güter abgestellt werden. Im Jahresvoranschlag 1994 steht in diesen Fällen nur mehr ein Teilbetrag des Anschaffungs- bzw. Herstellungspreises zur Verfügung. Der gesamte Kaufpreisrest bildet dann eine Vorbelastung künftiger Finanzjahre. Die zur Erfüllung dieser rechtsverbindlichen Verpflichtungen aus den Kauf- bzw. Werkverträgen erforderlichen Landesausgaben in den folgenden Jahren bedürfen vor ihrer Vollziehung der Genehmigung durch den Landtag. Als Ausdruck des Einverständnisses ist eine diesbezügliche Ermächtigung im Antrag, Abschnitt III, Ziffer 7, enthalten. Zur Durchführung des Landesvoranschlages 1994 werden wieder alle jene Bestimmungen beantragt, die sich schon bisher für den Budgetvollzug als notwendig oder zweckmäßig erwiesen haben. Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Verhandlungen über den Voranschlag 1994 einzuleiten.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist der Finanzreferent des Landes Niederösterreich Herr Landesrat Mag. Freibauer.

LR Mag. FREIBAUER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vor einem Jahr, am 30. November 1992, konnte ich Ihnen einen Voranschlag präsentieren, der noch von meinem Vorgänger im Ressort, Landeshauptmann Erwin Pröll, erstellt wurde. Einen Haushalt, den ich also - im übrigen sehr gerne - mit allen Pflichten adoptiert habe. Heute stehe ich

erstmalig mit einem Budgetentwurf an diesem Pult, den ich auch selbst zu erarbeiten hatte. Auf der anderen Seite ist diese Budgetdebatte auch für viele Mandatäre, die neu in den Landtag eingezogen sind, eine Premiere. Lassen Sie mich daher einleitend mit einem Satz die Bedeutung dieser dreitägigen Budgetdebatte unterstreichen: Mit dem Landeshaushalt werden die entscheidenden Weichen für das nächste Arbeitsjahr gestellt. Er wird zu Recht oft als die "in Zahlen gegossene Regierungserklärung" bezeichnet. Entsprechend diesem Gewicht soll das Budget 1994, so hoffe ich, in den nächsten drei Tagen behandelt werden - jedenfalls sachlich, kritisch und konstruktiv. Der Landeshaushalt 1994 verzeichnet Gesamtausgaben von 42,756 Milliarden Schilling, Gesamteinnahmen von 38,849 Milliarden und somit einen Abgang von 3,907 Milliarden. Die Ausgaben steigen um 7,78 Prozent, die Einnahmen um nur 4,96 Prozent, der Abgang daher um 47,15 Prozent. Hohes Haus! Der Haushaltsentwurf 1994 mußte unter sehr schwierigen Bedingungen erstellt werden. Die österreichische Wirtschaft befindet sich derzeit in einer kräftigen Konjunkturabschwung. Erstmals seit 1981 wird heuer das reale Bruttoinlandsprodukt schrumpfen, und zwar um ungefähr 0,7 Prozent. Unbestreitbar hat die internationale Rezession Österreich voll erfaßt. Das zeigt sich besonders in den Exporten, die im laufenden Jahr real um 5,5 Prozent geringer sein werden als 1992. Besonders betroffen sind Industrie und Gewerbe, lediglich die Bauwirtschaft und die Dienstleistungsbereiche stützen die Konjunktur, ohne jedoch den Abschwung verhindern zu können. Die Konjunkturabschwächung ist deutlich auch auf dem Arbeitsmarkt zu spüren. Und obwohl sich in Niederösterreich die Beschäftigung zum Unterschied von anderen Bundesländern noch erhöht hat, ist auch die Arbeitslosigkeit auf Rekordmarken gestiegen. Für das kommende Jahr rechnen die Wirtschaftsforscher wieder mit einem leichten Aufschwung - mit einem Wachstum von etwa 1,5 Prozent aber die Lage bleibt labil. Und vor allem wird sich die leichte Erholung der Wirtschaft zwar auf den Arbeitsmarkt positiv auswirken, aber nicht ausreichen, um die Arbeitslosigkeit zu stabilisieren. Die Arbeitslosenrate wird sich österreichweit voraussichtlich auf 7,5 Prozent erhöhen. Daher, meine sehr verehrten Damen und Herren, das Motto für den Landeshaushalt 1994: "Erster Schwerpunkt Arbeitsplätze".

Im Sinne dieses Schwerpunktes ist es zu sehen und zu verstehen, daß der Landeshaushalt 1994 das Budget mit dem bisher höchsten Abgang und der höchsten Abgangssteigerung ist.

Das ist selbstverständlich kein besonders erfreulicher Aspekt. Auch dann nicht, wenn man feststellt, daß wir mit dem Abgang von 3,9 Milliarden Schilling noch im Rahmen der mittelfristigen Budget- und Finanzvorschau geblieben sind. Auch angesichts der gegebenen Rahmenbedingungen ist das nur ein schwacher Trost. Denn diese Vorschau darf nicht als Wegweiser, sondern muß als Warnzeichen gesehen werden. Wegweiser dagegen ist die langfristige Budgetleitlinie, wonach die Schulden nur im Gleichklang mit den Steuereinnahmen steigen dürfen. Das ist die Latte, die ich mir selbst gelegt habe. An dieser Budgetleitlinie gemessen, nehmen wir mit dem Haushalt 1994 bewußt einen Vorgriff in Kauf, der allerdings in den folgenden Jahren wieder hereingebracht werden muß.

Die Ursachen für die Abgangssteigerung um 1,2 Milliarden Schilling liegen klar auf der Hand. Ebenso die Konsequenzen, die daraus zu ziehen sind. Infolge der Konjunkturabflachung und der Steuerreform steigen die Einnahmen nur geringfügig. Auf der anderen Seite haben wir als Land selbstverständlich die Pflicht und Schuldigkeit, in dieser schwierigen wirtschaftlichen Situation gegenzusteuern mit den Möglichkeiten, die wir als Land Niederösterreich haben. Und wir haben daher auf der Ausgabenseite über das Budget Impulse zu setzen. Bei unseren Bemühungen, wirksam gegenzusteuern, kommt uns sicher zugute, daß sich die niederösterreichische Wirtschaft bisher auch im Konjunkturabschwung als relativ widerstandsfähig erwiesen hat. 1992 ist sie noch um einen halben Prozentpunkt rascher gewachsen als die gesamtösterreichische. Und für 1993 lassen einige Indikatoren erkennen, daß Niederösterreich im Bundesländervergleich den in den letzten Jahren erarbeiteten Vorsprung verteidigen kann. Vor allem aus den Arbeitsmarktdaten ergibt sich, daß in Niederösterreich die Beschäftigung deutlich stabiler geblieben ist als im gesamtösterreichischen Durchschnitt. Dazu haben sicher auch die Weichenstellungen über unser Landesbudget einen nicht unerheblichen Beitrag geleistet. Und dieser Kurs, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist nunmehr auch im Jahr 1994 verstärkt fortzusetzen.

Auf der Einnahmenseite, auf die der Landesfinanzreferent bekanntlich keinen Einfluß hat, schlägt sich aber nicht nur die Konjunkturentwicklung nieder. War im heurigen Jahr das "Familienpaket" zu verkraften, so wirkt sich 1994 besonders die Steuerreform aus. Damit kein falscher Eindruck entsteht: Ich bekenne mich voll und ganz zur Steuerreform! Sie ist eines der wichtigsten wirtschaftspolitischen Vorhaben der Bun-

desregierung in dieser Legislaturperiode. Vor allem die Abschaffung der Gewerbe- und der Vermögenssteuer trägt erheblich dazu bei, den Wirtschaftsstandort Österreich attraktiver zu machen, langfristig abzusichern und die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft zu stärken. Darüber hinaus stützt die Steuerreform die Konjunkturerholung im kommenden Jahr, das haben die Wirtschaftsforscher in einer Studie festgestellt. Die Anhebung des allgemeinen Absatzbetrages entlastet die Arbeitnehmer und stärkt ihre verfügbaren Einkommen. Dazu kommt, daß durch die Einführung der sogenannten "Negativsteuer" auch die Bezieher niedriger und sehr niedriger Einkommen voll von der Steuerentlastung profitieren. Damit wird der private Konsum gestützt und gefördert und dieser Konsum stellte einen wichtigen Faktor der Konjunktorentwicklung dar. Wir können und dürfen nicht übersehen, daß der Einnahmehausfall aus der Steuerreform für den NÖ Landeshaushalt 1994 rund 500 Millionen Schilling beträgt. Aber wir sehen diese 500 Millionen als einen Beitrag des Landes für die Ankurbelung der Konjunktur. Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich das bisher Gesagte in einem Satz zusammenfassen: Der Landeshaushalt 1994 wird von der Notwendigkeit geprägt, bei nur geringfügig steigenden Einnahmen deutliche Impulse zur Ankurbelung der Wirtschaft und damit zur Erhaltung, Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen zu setzen, mit der Folge, daß sich der Abgang um 1,2 Milliarden Schilling erhöht. Ich werde, Hohes Haus, in der Folge aufzeigen, daß diese zusätzlichen Mittel im investiven Bereich eingesetzt werden und somit zu Recht als "Konjunkturmilliarde" zu bezeichnen sind. Zuvor aber möchte ich belegen, daß diese Konjunkturmilliarde vor allem deshalb möglich war, weil wir in den anderen Bereichen sehr konsequent den Sparstift angesetzt haben. Ich habe schon erwähnt, daß ein Bundesland keine Möglichkeit hat, die Einnahmen zu beeinflussen. Wir können also nur auf der Ausgabenseite agieren und reagieren und auch dort sind enge Grenzen gesetzt. Drei Viertel der Ausgaben sind festgelegt, sie sind nicht oder kaum beeinflussbar. Vom restlichen Viertel des Gesamtrahmens entfällt die Hälfte auf die Personalkosten. Der Rest verbleibt als "Ermessensausgabe". Und in diesem Rahmen haben wir bei mehr als 90 Prozent aller Ansätze im Gesamtausmaß von 5 Milliarden Schilling keine Steigerungen gegenüber 1993 vorgenommen, was real eine Kürzung darstellt. Ermöglicht wurde das - und das möchte ich besonders dankbar vermerken - durch das Verständnis aller Regierungskollegen, die ihre Ansprüche stark zurückgeschraubt haben. Wie stark, das zeigt eine Zahl: Nach den

ursprünglichen Wünschen der Ressorts am Beginn der Verhandlungen würde der Budgetabgang 1994 nicht 3,9, sondern 8 Milliarden Schilling betragen. Zu diesem Verständnis mag auch beigetragen haben, daß wir heuer einen neuen Weg gegangen sind. Ende September, also nach den Einzelgesprächen mit den Regierungskollegen, habe ich den kompletten Budgetentwurf erstmals der gesamten Landesregierung zur Diskussion vorgelegt. Jeder, der sich benachteiligt fühlte, konnte also frühzeitig sehen, daß auch die anderen Ressorts nicht ungeschoren geblieben sind. Wir haben also gespart, wo es möglich war, und damit sichergestellt, daß uns der Schuldenberg nicht über den Kopf wächst und auch in Zukunft noch Freiräume und Gestaltungsmöglichkeiten offen bleiben.

Hohes Haus! Ich möchte nunmehr zum Kern des Voranschlages kommen. Zuerst zu den Mitteln, die gezielt zur Stärkung der Wirtschaft in ihrer Gesamtheit eingesetzt werden. Die Ansätze für die Förderung von Handel, Gewerbe und Industrie erhöhen sich um 19,35 Prozent auf 339,3 Millionen Schilling. Wobei festzuhalten ist, daß wir bereits im Vorjahr eine überdurchschnittliche Steigerung um 17,5 Prozent zu verzeichnen hatten. Die Mittel für die Förderung des Fremdenverkehrs erreichen 228 Millionen und weisen damit ein Plus von 22,9 Prozent auf. Neben diesen direkten Förderungen wird die Wirtschaft von sehr erheblichen Mitteln profitieren, die im investiven Bereich für die Verbesserung der Infrastruktur vorgesehen sind. Um nicht weniger als 93,85 Prozent, nämlich von 130 auf 252 Millionen erhöht sich der Landesbeitrag zum NÖ Wasserwirtschaftsfonds. Dazu kommen Bedarfszuweisungen aus Gemeindemitteln in Höhe von 237 Millionen Schilling. Damit wird es möglich sein, ein Investitionsvolumen von 2,7 Milliarden Schilling zu verwirklichen, gegenüber 1,7 Milliarden im laufenden Jahr. Und wir haben im NÖ Wasserwirtschaftsfonds auch finanziell für ein außerordentliches Investitionsvolumen von 1,5 Milliarden vorgesorgt. Es ist dies insgesamt ein erster Schritt innerhalb der Neugestaltung des NÖ Wasserwirtschaftsfonds, mit der langfristig ein Investitionsvolumen in ganz Niederösterreich von fast 60 Milliarden Schilling für die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung umgesetzt wird. Zu den wirtschafts- und arbeitsplatzsichernden Impulsen kommt hier auch der enorme ökologische Effekt im Interesse unserer gesamten Umwelt. Für den Schul- und Kindergartenfonds sind 170 Millionen Schilling als Landesbeitrag bereitgestellt, eine Steigerung um 30,77 Prozent. Auch hier sind noch Bedarfszuweisungsmittel von rund 350 Millionen

vorgesehen. Damit wird ein Investitionsvolumen von mehr als 1 Milliarde Schilling ausgelöst. Die Hauptaufgabe dieses Fonds liegt heute nicht mehr in spektakulären Neubauten, sondern vor allem in Zu- und Umbauten, in der Errichtung von Turnsälen und in umfangreichen Sanierungsmaßnahmen. Also insgesamt in der Qualitätssteigerung und Qualitätsverbesserung. Gerade solche Sanierungen bedeuten aber auch, daß die Gelder vor allem in die regionalen und lokalen Klein- und Mittelbetriebe fließen, die heute wie eh und je das wirtschaftliche Rückgrat Niederösterreichs darstellen. Für den Ausbau der Krankenanstalten stehen 350 Millionen bereit, um über 16 Prozent mehr als im Budget 1993. Das bedeutet, die eigenständige Spitalsversorgung in Niederösterreich wird zügig vorangetrieben. Für die bisherigen und die laufenden Spitalsausbauten, mit denen der Bettenzustand zu 80 Prozent bereits erneuert wurde, waren 12,5 Milliarden Schilling erforderlich. Weitere Projekte mit einem Umfang von 4,5 Milliarden wurden bereits zur Planung freigegeben und der letzte Kommunal-Spitalsgipfel hat eine weitere Milliarde auf den Weg gebracht. Wir nähern uns somit insgesamt im Bereich der Krankenhausausbauten der 20-Milliarden-Schilling Marke. Überdurchschnittlich erhöhen sich auch die Ausgaben für die Wohnbauförderung. Nämlich um 9,19 Prozent auf 5,33 Milliarden Schilling. In diesem Zusammenhang verweise ich einmal mehr darauf, daß wir im laufenden Jahr über die Wohnbauförderung mit insgesamt 30.000 bewilligten Förderungsfällen Investitionen von 17 Milliarden Schilling ermöglicht haben. Und eine Studie der Arbeiterkammer zeigt, daß im Sommer die Zahl der Beschäftigten in der niederösterreichischen Bauwirtschaft um fast 1.000 oder 2 Prozent höher lag als 1992. Enorme wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Impulse gehen natürlich auch von der Errichtung des Regierungsviertels und des Kulturbezirkes in unserer jungen Landeshauptstadt aus, diese Finanzierung wird außerhalb des Budgets durchgeführt. In den nächsten Jahren werden hier Schritt für Schritt 5,5 Milliarden Schilling investiert. Und wenn die Wirtschaftsforscher schon in den vergangenen Jahren festgestellt haben, daß die überdurchschnittliche Konjunkturentwicklung in Niederösterreich nicht zuletzt von der Hauptstadtgründung ausgegangen ist, dann wird sich dieser Effekt in Zukunft noch verstärken. Und untrennbar mit der Hauptstadtgründung verbunden ist und bleibt auch die Regionalisierung. Bisher wurden mehr als 450 Projekte bewilligt und damit in allen Landesteilen Investitionen in der Gesamthöhe von 8,8 Milliarden ausgelöst. Rund zwei Drittel davon fließen direkt

in die heimische Wirtschaft, und diese Investitionen sichern und schaffen Arbeitsplätze.

Die "Konjunkturmilliarde", meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, kann und darf aber nicht ein Abgehen von unserem bisherigen Budgetkurs bedeuten. Für mich ist der Budgetkurs klar festgelegt: Mittel- und längerfristig dürfen die Schulden nur im gleichen Tempo und im gleichen Ausmaß steigen wie die Einnahmen aus den Ertragsanteilen. Weil wir nämlich verhindern müssen, daß ein immer größer werdender Teil der Einnahmen in Form von Zinsen an die Banken fließt, anstatt für die Gestaltung des Landes und seiner Zukunft eingesetzt zu werden. Ich habe allerdings auch immer klar gestellt, daß dieser Maßstab nicht an ein einzelnes Jahr angelegt werden kann. Denn 1994 werden die Ertragsanteile überhaupt nicht steigen - die Einnahmesteigerung resultiert praktisch ausschließlich aus "Durchlaufposten" - und wir dürften somit überhaupt keine Neuverschuldung in Kauf nehmen. Was aber angesichts der wirtschaftlichen Situation nicht vorstellbar ist. Im Klartext: Die "Konjunkturmilliarde" stellt einen Vorgriff dar, der in den nächsten Jahren, für die uns die Experten wieder eine bessere Wirtschaftsentwicklung voraussagen, auszugleichen ist. Und ich fasse wieder zusammen: Wir nehmen mit dem Voranschlag 1994 bewußt eine Erhöhung des Abganges um 1,2 Milliarden Schilling in Kauf. Und zwar mit der Zielsetzung "Erster Schwerpunkt Arbeitsplätze". Die im investiven Sektor eingesetzten Mittel werden in den verschiedensten Bereichen Impulse in vielfacher Höhe auslösen und werden dazu beitragen, den in den letzten Jahren erarbeiteten Vorsprung der niederösterreichischen Wirtschaft zu erhalten und auszubauen und die Konjunktur anzukurbeln. Wir müssen aber gleichzeitig auch in den nächsten Jahren sparsam budgetieren, um auch in Zukunft Gestaltungsmöglichkeiten zu sichern.

Hohes Haus! Ich möchte nunmehr auch noch einige andere Schwerpunkte des Voranschlages hervorheben. Die Leistungen für die Gemeinden - ohne Bedarfszuweisungen - erhöhen sich um fast 10 Prozent auf 3,9 Milliarden Schilling, wobei in dieser Summe selbstverständlich ein Teil der vorhin genannten investiven Maßnahmen schon enthalten ist. Auch hier geht es uns selbstverständlich darum, die Leistungskraft unserer Gemeinden als größte öffentliche Investoren und damit als Arbeitsplatzsicherer zu erhalten und zu stärken.

Lassen Sie mich aber im Zusammenhang mit den Gemeinden noch zwei grundsätzliche Fest-

stellungen treffen. Erstens: Mit Recht haben die Gemeindevertreter in der Öffentlichkeit auf die Folgen des Wegfalles der Gewerbesteuer verwiesen. Langfristig werden die Gemeinden, und das ist meine Meinung, von der neuen Kommunalsteuer profitieren, weil diese neue Steuer dynamischer und gleichmäßiger sich entwickeln wird als die bisherige Gewerbesteuer. Es gibt aber auch eine Reihe von Gemeinden, für die die Beseitigung der Gewerbesteuer trotz Ersatz durch die Kommunalsteuer in den Jahren 1994 und 1995 empfindliche Ausfälle mit sich bringt. Das Land Niederösterreich wird daher einen sogenannten "Härtefonds" mitfinanzieren, aus dem die besonders betroffenen Gemeinden Zahlungen erhalten sollen. (*Beifall bei der ÖVP und Abg. Dr. Bauer.*) Dieser Fonds wird im übrigen ausschließlich von den Ländern und Gemeinden finanziert. Heute um 18.00 Uhr werden die Verhandlungen der Finanzausgleichspartner im Bundesministerium für Finanzen fortgesetzt. Ich bitte jetzt schon um Entschuldigung, daß ich an diesen Verhandlungen im Interesse der Gemeinden teilnehmen muß. Ich werde dort die Interessen Niederösterreichs, der niederösterreichischen Gemeinden nach besten Kräften vertreten, und ich bin zuversichtlich, daß für die Gemeinden eine gute Lösung fixiert werden kann. Der Beitrag des Landes Niederösterreich wird also netto 115 Millionen für diesen Härteausgleichsfonds betragen. Insgesamt wird der Härteausgleichsfonds bundesweit eine Milliarde Schilling umfassen.

Zum zweiten: In der Budgetdebatte wird sicher wieder ein "Dauerbrenner" aufs Tapet kommen, die Landesumlage. Dazu ein klares Wort: Die Landesumlage ist ein fester Bestandteil des Finanzausgleiches, der bis Ende 1995 gilt und von den Finanzausgleichspartnern auch vereinbart wurde. Das ist der Bund, das sind die Länder und die Gemeinden. Was im Interesse der finanzschwachen Gemeinden sicher nicht möglich ist, das ist eine ersatzlose Streichung. Sehr wohl aber kann man mit mir im Zug der Verhandlungen über den künftigen Finanzausgleich über jedes Modell reden, das einen Ausgleich in anderer Form schafft.

Hohes Haus! Von großer Bedeutung für das Agrarlandesland Nummer 1 ist natürlich auch die Landwirtschaft. Ein Wirtschaftszweig, der im übrigen den österreichischen Weg nach Europa mit besonderer Aufmerksamkeit und Sorge verfolgt. Mit Bedauern müssen wir sehen, daß der Bund verschiedene agrarische Förderungen gekürzt hat und noch kürzt. Seitens des Landes haben wir im Voranschlag 1994 die Mittel für die Förderung der

Landwirtschaft um 9,13 Prozent auf 848,7 Millionen Schilling angehoben. Im Umweltschutz erhöhen sich die Ausgaben um 35,88 Prozent von 387 auf 526 Millionen Schilling. Die enorme Steigerung hängt damit zusammen, daß hier vor allem die bereits erwähnte Steigerung des Landesbeitrages zum NÖ Wasserwirtschaftsfonds zu Buche schlägt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Der Landeshaushalt 1993 stand unter dem Motto "Offensive und Solidarität". Wenn wir diesmal nach der Leitlinie "Erster Schwerpunkt Arbeitsplätze" vor allem die Investitions-Offensive forcieren, dann bedeutet das natürlich nicht, daß die Solidarität mit den Schwächeren auf der Strecke bleibt. Ganz im Gegenteil! Die Ausgaben für die soziale Wohlfahrt erhöhen sich um 22,14 Prozent auf 5,39 Milliarden Schilling.

In diesem Zusammenhang erscheint es mir auch notwendig, mit einem oft gehörten Mißverständnis aufzuräumen. Nämlich mit der Behauptung, daß sich die Länder durch die bundeseinheitliche Pflegevorsorge etwas ersparen. Richtig ist vielmehr, daß mittelfristig durch die Mindeststandards für die Pflegeeinrichtungen, zu denen sich die Länder verpflichtet haben, sogar wesentlich höhere Ausgaben erforderlich sind. Man muß sich nur vor Augen halten, daß sich im Heimbereich die Investitionskosten pro Bett um nicht weniger als 50 Prozent von bisher einer Million auf 1,5 Millionen Schilling sich erhöhen. Wobei sich Niederösterreich mit diesen Mindeststandards im Vergleich zu anderen Bundesländern noch relativ leicht tut, weil durch die Sozialoffensive der letzten Jahre schon erhebliche Vorleistungen erbracht wurden.

In engem Zusammenhang mit dem Sozialbereich ist auch das Gesundheitswesen zu sehen. Gravierend ist hier vor allem die Spitalsfinanzierung. Der Gesamtaufwand aller niederösterreichischen Spitäler übersteigt 1994 die 10-Milliarden-Grenze, der gesamte Abgang wird fast 6 Milliarden betragen. Die Krankenkassen bezahlen bereits weniger als 40 Prozent des Gesamtaufwandes, über die Tagsätze bei den Verpflegssätzen, daraus ergibt sich das gewaltige Spitalsdefizit von fast 6 Milliarden, das nach Abzug der KRAZAF-Leistungen vom Land und den Gemeinden abzudecken ist. Das sind Milliardenbeträge, die das Land und die Gemeinden belasten. Das unterstreicht auch, wie wichtig das kommende Jahr für die Gesundheitspolitik ist. Die derzeitige KRAZAF-Regelung läuft Ende 1994 aus. Bis dahin sollte

also das System einer "leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung" stehen. Entscheidendes Prinzip bei den Verhandlungen muß sein, daß keiner der Vertragspartner - nämlich Sozialversicherung, Länder, Gemeinden - überfordert werden darf. Sagen wir es im Klartext: Es kann künftig nicht mehr hingenommen werden, daß sich einer der Partner von der exorbitanten Entwicklung der Spitalskosten abkoppelt. Daß also die Sozialversicherungsträger ihre Leistungen nur im Ausmaß ihrer Beitragseinnahmen erhöhen und nicht im Ausmaß der Leistungen, die zu erbringen sind. Eine weitere, gerade für Niederösterreich sehr wichtige Forderung ist, daß die Frage der Fremdpatienten dauerhaft gelöst wird.

Abschließend noch ein wichtiges Kapitel. Der Mensch lebt bekanntlich nicht vom Brot allein. Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen steigt 1994 auch das Kulturbudget überdurchschnittlich. Das ist unter anderem auf die Erhöhung des Kulturschillings zurückzuführen. Die Ausgaben erhöhen sich um 10,83 Prozent auf 718,3 Millionen Schilling. Das heißt, wir kommen dem mittelfristig angestrebten Ziel der "NÖ Kulturmilliarde" wieder um ein beträchtliches Stück näher.

Hohes Haus! Bevor ich zum Schluß komme, erlauben Sie mir, auf einige Punkte im Zusammenhang mit der Hauptstadtfinanzierung einzugehen, weil das auch Gegenstand einer Anfrage und einer Anfragebeantwortung ist.

Grundlage für die Hauptstadtfinanzierung ist und bleibt der Landtagsbeschluß vom 2. Juli 1992. Der auf dieser Basis am 30. März 1993 abgeschlossene Vertrag zwischen dem Land Niederösterreich und der Landes-Hypothekenbank sowie der Landesbank-Hypothekenbank Leasing GesmbH zeichnet sich durch ein hohes Maß an Flexibilität aus. Mit diesem Vertrag wird sichergestellt, daß alle in Frage kommenden Finanzierungsvarianten in einem optimalen Mix auch angewendet werden können. Eckpunkte stellen die Kostenmiete und die Kostenvorteilsgarantie dar. Das heißt im Klartext: Die Hypo-Leasing hat sich verpflichtet, in Form des Sonderfinanzierungsmodelles einen Kostenvorteil von 20 Prozent gegenüber einer traditionellen Finanzierung und Vorgangsweise zu erzielen! Wobei für mich als Landesfinanzreferent außerbudgetäre Finanzierung natürlich nicht bedeutet "aus den Augen, aus dem Sinn". Ganz im Gegenteil! Wir haben auf mehreren Ebenen Kontrollmechanismen eingebaut, wie dies in diesem Ausmaß in Österreich noch bei keinem Bauvorhaben der Fall war. Sowohl das Finanzie-

rungskonzept als auch die Ausschreibung und die Erteilung des Zuschlages unterliegen der laufenden Prüfung durch eine Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, die wir beauftragt haben mit dieser Kontrolle. Die als unabhängige begleitende Kontrolle für den kaufmännischen Bereich installiert wurde.

In einem ihrer Prüfungsberichte hat diese Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft auch folgende Stellungnahme festgehalten. Ich zitiere: "Die Ausschreibung der Restfinanzierung ist zu begrüßen, zumal damit einer Kritik des Rechnungshofes Rechnung getragen wird. Damit wird erreicht, daß zusätzlich zu den Baukosten die Kapitalkosten unter Wettbewerbsbedingungen ermittelt werden können, was eine maximale Kosteneinsparung ermöglicht." - Soweit das Zitat.

Hohes Haus! Hier am Pult steht am Beginn der Budgetdebatte der Finanzreferent allein, aber bevor ich dieses Budget dem Hohen Landtag präsentieren konnte, bedurfte es der Zusammenarbeit vieler Kräfte in Politik und Verwaltung. Lassen Sie mich daher Worte des Dankes sagen. Ich danke ganz besonders allen Regierungskollegen, an der Spitze unseren Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll. Mit ihrem Verständnis und ihrer Kooperationsbereitschaft haben die Regierungskollegen es ermöglicht, daß auch der Landeshaushalt 1994 wieder in einem Klima der Sachlichkeit zustande gekommen ist. Sie alle wissen aus den Medien, daß das nicht in allen Bundesländern der Fall ist.

Mein Dank gilt dem Leiter der Finanzabteilung, Hofrat Dr. Rudolf Höbart und seiner gesamten Mannschaft: Herrn Hofrat Dr. Walter Pecker, Herrn Budgetdirektor Eduard Pichler sowie allen ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Ich danke Herrn Landesamtsdirektorstellvertreter Hofrat Dr. Kurt Hürbe, der für die rechtzeitige EDV-mäßige Fertigstellung des umfangreichen Zahlenwerkes alle Kräfte zur Verfügung gestellt hat. Und ich danke schließlich Hofrat Dr. Anton Pöschmann und seinen Mitarbeitern in der Druckerei, der Buchbinderei und der Kopierstelle. Durch ihre Mitwirkung und ihren Einsatz konnte das Budget auch heuer zeitgerecht vorgelegt werden.

Hohes Haus! Eine Einbegleitungsrede zum Voranschlag mit ihrer Fülle von Zahlen ist naturgemäß sowohl für den Redner, dies können Sie mir glauben, als auch für die Zuhörer, das haben Sie ja gemerkt, eine einigermaßen "trockene" Angelegenheit. Ich möchte mir daher ganz zum

Schluß einen kleinen "Seitensprung" in die Literatur erlauben. (*Heiterkeit im Hohen Haus.*)

Ein gescheiter Mann, der deutsche Schriftsteller Berthold Auerbach, hat einmal festgestellt: "Geld erwerben erfordert Klugheit; Geld bewahren erfordert eine gewisse Weisheit; aber Geld schön auszugeben, das ist eine Kunst." Ich werde mich nicht dazu versteigen, in diesem Sinn den Landesvoranschlag 1994 als "Kunstwerk" zu bezeichnen. Sehr wohl aber sehe ich ihn, diesen Voranschlag als eine solide Grundlage für die Arbeit im kommenden Jahr und als wirksamen Beitrag zur Bewältigung einer schwierigen wirtschaftlichen Situation. Ich sehe ihn als einen Haushalt, der von der Notwendigkeit geprägt ist, starke Impulse im investiven Bereich zu setzen. Aber auch der Solidarität mit den Schwächeren trägt dieser Haushalt Rechnung. Als einen Haushalt, der - das ist besonders wichtig - künftige Gestaltungsmöglichkeiten sichert. Und somit alles in allem als ein Budget, das uns in Niederösterreich für kommende Aufgaben und Herausforderungen gut vorbereitet und das somit eine sichere Basis für eine weitere gute Entwicklung unseres Heimatlandes im gewandelten Europa darstellt. (*Beifall bei der ÖVP, Teilen der SPÖ und Abg. Ing. Dautzenberg.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ing. Dautzenberg.

Abg. Ing. DAUTZENBERG (*LIF*): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Landesrat!

Ich gehöre ebenfalls zu jenen, die eine Premiere feiern heute. Ich gehöre aber auch zu jener Fraktion, die an dem Budget nicht mitarbeiten konnte und ich gehöre auch zu jener Fraktion, die eigentlich jetzt hier objektiv das Budget nicht verteidigen muß, sondern eine Stellungnahme beziehen kann, die ich versuchen werde, möglichst korrekt zu halten.

Ich habe hier in der Generaldebatte einige Punkte herausgegriffen, um unseren Standpunkt klarzumachen. Im Detail werden wir dann in den einzelnen Haushaltsgruppen Stellung beziehen. Es ist sicher für mich nicht leicht, dieses Werk in den paar Tagen zu analysieren, die mir zur Verfügung gestanden sind. Was uns aber auffällt ist, daß es sich hier um eine lineare Hochrechnung alter Budgets handelt. Und daß eigentlich die Ansätze, die eine Änderung bringen sollen, nicht zu finden sind. Ich kann auch von dem Standpunkt nicht ausgehen, daß dieses Budget eine Verbesserung darstellt in der Form, daß mehr Impulse

gesetzt werden sollen. Denn, sehr geehrter Herr Landesrat, ich weiß nicht, wo Ihnen das Nachtragsbudget hin verschwunden ist. Wenn man das nämlich heranzieht, dann ist keine Erhöhung des Abganges zu finden. Die gesamte Abgangerhöhung beträgt dann 0,4 bis 0,5 Milliarden. Und ich halte es für nicht zulässig, daß das Hohe Haus mit Zahlen belastet wird, die nicht das echte Einnahmen-Ausgaben Ergebnis der Vergangenheit darstellen. Im Jahr 1993 wurde ein Nachtrag von diesem Haus beschlossen. Dieser Nachtrag hätte, betriebswirtschaftlich gesehen, in die Zahlen einfließen müssen. Das ist meine Kenntnis von Berechnungen. Es ist daher von einem Betrag zwischen 3,3 und 3,8 Milliarden auszugehen. Dann schauen die Zahlen zur Unterstützung schon ganz anders aus. Das zeigt mir aber, daß die Landesregierung mit Ihrer Arbeit sehr zufrieden ist und daher die lineare Hochrechnung der Budgets als genügend ansieht.

Das Land Niederösterreich hat gut gewirtschaftet, auch die Landesregierung hat sicher gut gewirtschaftet in der Vergangenheit. Aber warum will man jetzt die Zeichen der Zeit nicht sehen? Warum will man jetzt nicht dorthin gehen, wo man hingehört, in ein neues Europa mit neuen Maßstäben? Ich glaube also, daß es nicht richtig ist, wenn man das Budget so behandelt. Und ich kann jetzt schon ganz klar sagen, es wird ein großes Nachtragsbudget geben. Der diesbezügliche Antrag wird kommen! Herr Landesrat, meine Rede wird ja niedergeschrieben. Sie können dann nachlesen, daß ich es schon vorher gewußt habe.

Wenn man zum Beispiel davon ausgeht, daß die NÖ Gemeinden mit 24 Milliarden Schilling die stärkste Verschuldung haben, dann verstehe ich nicht, warum in diesem Budget nicht endlich die von uns als öfteren schon vorgeschlagene Privatisierung aufgegriffen wird. Privatisierung und Verkauf von Flughafen Betriebsgesellschaft, Landesbank, Versicherungen, von Grund und Boden. Das ist kein Ausverkauf, sondern im Gegenteil. Es würde dazu führen, daß die Verwaltung reduziert werden kann und sich auf die eigentliche Hoheitsverwaltung konzentrieren kann. Das umso wichtiger, als ich dem Budget entnehme, daß das Land Niederösterreich sich schon wieder einen großen Mittelbetrieb zulegen will. Dieser würde etwa so viele Leute beschäftigen als die Aufstockung um 251 Dienstposten ausmacht. Wie man dann noch in der Haushaltsgruppe 0, die eigentlich reduziert wurde, eine gleiche Vorschreibung der Posten für die Gehälter tätigen kann, verstehe ich nicht. Es fehlt mir auch der Ansatz für die Aufstockung der Personalkosten auf Grund der Lohnerhöhung. Je-

der ordentliche Kaufmann muß das in seine Vorschau hineinnehmen. Weil es ja klar ist, daß die Gewerkschaften und die Interessensvertretungen ein Ergebnis erzielen werden. Man hat das daher vorzusehen. Und das fehlt mir auch.

Wenn man hergeht und 127 Leute in die Hoheitsverwaltung aufnehmen will, so sind das drei Prozent. Und das in einer Zeit, da wir vom Sparen reden! 37 % der Gesamteinnahmen werden jetzt schon für die Administration ausgegeben. Dazu kommen noch einmal 251 Mitarbeiter. Ich weiß nicht, wie man das der Bevölkerung klarmachen soll.

Auch die Wohnbauförderung schaut aus meiner Sicht etwas anders aus, Herr Landesrat. Eigentlich stellt es sich so dar, daß 350 Millionen mehr ausgegeben werden. Wenn man das aber analysiert, so kommen 280 Millionen vom Bund, der Rest aus vermehrter Tilgung. Um 17 Millionen ist es erhöht worden. Aber - und das ist nicht Ihre Schuld, sondern das ist eben so, aber dagegen muß man Maßnahmen setzen - 472 Millionen werden aufgewendet für Tilgungen. Und wenn man das Ganze dann anschaut, dann stehen zum Vorjahrsniveau 100 Millionen weniger für die echte Bauleistung zur Verfügung. Und das, obwohl in Niederösterreich jetzt schon die Wohnbauanzahl 5,1 pro tausend Einwohner beträgt und unter dem Durchschnitt von Österreich liegt.

Zur Landwirtschaft und Wirtschaft allgemein: Ich habe mit Freude vernommen, daß Sie der Meinung sind, daß Sie hier sehr aktiv vorgehen. Das Budget wurde nach meiner Rechnung um 1 % erniedrigt. Und das, obwohl die Landwirtschaft vor einer der schwersten Umstellungsphasen steht. Wenn es nach dem Wunsch unserer Regierung geht, dann werden wir nächstes Jahr in der Union sein. Und ich glaube, daß hier Vorbereitungsmaßnahmen angebracht wären. Auch die Förderung von Klein- und Mittelbetrieben ist von Ihnen erwähnt worden. Ich finde sie in Ihrem Budget nicht in der Form, wie Sie es dargestellt haben. Ich werde es noch einmal lesen, aber ich glaube, ich werde sie wieder nicht finden. Das Kernproblem ist, daß wir ja jetzt eigentlich erkannt haben bzw. erkennen müssen, daß der Weg zum Großbetrieb in Österreich nicht erfolgreich war. Warum sollte nicht einmal jemand auf die Idee kommen, auch in unserer Landesregierung, daß man die Gelder, die zur Verfügung gestellt wurden für die Großbetriebe, einmal verkehrt fließen läßt. Und versucht, von den Großbetrieben Gelder für das Klein- und Mittelgewerbe flüssig zu machen. Diese Leute

haben es sich wirklich schon verdient. Denn sie sind der Träger unseres Wohlstandes.

Bei der Landwirtschaft schaut es für mich so aus, daß die direkten Zahlungen an die Bauern - und das vor der schwierigsten Umstellungsphase - um 120 Millionen verringert wurden. Ich kann Ihnen das jederzeit nachrechnen. Was mich bedrückt ist, daß die Kammerförderung um 10 Millionen erhöht wurde. Das ist wichtig! Die Organisationen, die praktisch diese Leute erst verdienen müssen, die werden noch einmal aufdotiert. Aber von 448,2 auf 313,4 Millionen wurden die Direktzahlungen an die Bauern verringert. Das sind Fakten bitte, die stehen in Ihrem Budget.

Ein weiterer wesentlicher Punkt, der mich etwas betroffen gemacht hat: Ich habe die Probleme der Spitäler vernommen: Wir wissen das alle, daß wir hier einen großen Aufholbedarf haben. Trotzdem wurde der Pflegepersonalaufwand von 13,7 Millionen auf 4,5 Millionen reduziert. Das sind die Einsparungen, die ich finde. Und die sind eigentlich für uns nicht befriedigend.

Das Jahr 1994 wird ein ganz entscheidendes Jahr sein. Diesem Jahr müssen wir auch Rechnung tragen und ich glaube, daß ein Budget nicht nur Zahlen darstellen soll, sondern auch Ideen, die hinter den Zahlen stehen. Mir fehlen Ansätze über das öffentliche Vergaberecht. Die Union, wenn wir hineinkommen, wird das regeln. In Niederösterreich haben wir daran noch nichts gearbeitet. In anderen Bundesländern wurden bereits Vorkehrungen getroffen. Auch das Grundverkehrsrecht gehört dazu. Wir wollen ja alle nicht, auch in der Union nicht, daß die Begüterten dann unsere schönsten Gründe kaufen und die Preise hinauftreiben. Hier sind Vorkehrungen zu treffen, die aber auch ihren budgetären Niederschlag finden müssen.

Zur Kompetenzverteilung: Dieser Landtag wird aus meiner Sicht bis heute noch nicht klar informiert, welche Rechte er nach dem Beitritt in die Union hat. Das ist kein Verschulden der Landesregierung, das ist auch wahrscheinlich kein Verschulden der Bundesregierung. Aber wir alle müssen interessiert sein, daß hier eine Tätigkeit entsteht, die uns klare Aufschlüsselungen gibt. Und das ist auch im Budget nicht zu finden, daß wir für diese Probleme Gelder aufwenden. Doch ohne Geld wird es nicht gehen.

Die Umwelt, noch als letzter Punkt ist, mit 0,6 % dotiert, bitte. Das sind 227 Millionen Schilling. Jeder Redner, der hierher kommt, schwört auf die Umwelt, jeder spricht davon, jeder sagt, es

muß etwas geschehen. Was hat man sich dabei gedacht, wenn man nur 0,6 % aufwendet? Obwohl wir alle wissen, welche Probleme wir hier in Niederösterreich haben, welche Probleme wir in Europa haben und daß hier wirklich mehr vorgeesehen werden müßte. Sicher, woher kommt das Geld? Ich kann nur wieder darauf verweisen: Es müssen neue Wege gegangen werden. Durch Steuereinnahmen wird es nicht gehen. Durch Reprivatisierung, durch Flüssigmachung von Privatvermögen. Das halte ich für den Weg, um aus dieser Schlinge herauszukommen. Die drückend angehäuften Schulden haben die Beweglichkeit einer Finanzplanung, wie ich heute schon bestätigt bekommen habe vom Herrn Landesrat, so eingeengt, daß es praktisch unmöglich geworden ist, aus dieser Zange ohne einen Schub von außen herauszukommen. Und dieser Schub kann nur von der Privatwirtschaft kommen. Von den Privaten, von allen Bürgern dieses Landes, die sicher bereit sind, hier wirtschaftlich einen Beitrag zu leisten, weil ja viele dieser Betriebe - und das wird immer wieder bewiesen - die heute defizitär geführt werden, bei privater Führung doch produktiv laufen können.

Wir als Liberales Forum können Ihnen sagen, daß wir dem Budget im großen und ganzen zustimmen werden. Wir sind nicht der Meinung, daß wir hier einen Beitrag bringen sollen, der die Harmonie des Landtages stört. Wir ersuchen Sie aber, doch nachzudenken, wie Sie in der Zukunft die Probleme doch so lösen können, daß wir nicht an erster Stelle in der Gemeindeverschuldung stehen. Und daß die Punkte, die uns eigentlich betreffen, Wohnbauförderung, Landwirtschaft etc, doch so dotiert werden können, daß es nicht bloße Zahlenspiele sind. *(Beifall bei Abgeordneten der ÖVP und der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Gratzner.

Abg. GRATZER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich nehme an, der Applaus wurde deshalb gespendet, weil der Abgeordnete Dautzenberg gesagt hat, er will die Harmonie des Landtages nicht stören.

Herr Landesrat Freibauer! Sie haben uns heute erklärt, daß Sie heute hier Ihre Premiere hatten. Genauso habe ich sie. Erstmals hier darf ich zum Budget reden. Und da Sie Ihre Premiere heute hier haben, ist es natürlich angebracht, den Vergleich zwischen 1992 auf 1993 und 1993 auf

1994 hier herauszustreichen. Und da fällt schon auf, daß die Abgangssteigerung des Budgets von

1992 auf 1993 4,82 % ausgemacht hat und Ihr erster Auftritt hier von 1993 auf 1994 um eine Abgangssteigerung um das Zehnfache, nämlich von 47,16 % erbringt. Jetzt wäre man fast geneigt zu sagen, möge doch der Herr Landeshauptmann die Finanzen wieder verantwortlich übernehmen. Denn ich glaube, daß das schon eine bedeutende Zahl ist, wenn sich innerhalb eines Jahres der Abgang, zumindest die prozentuelle Steigerung, verzehnfacht.

Auch glaube ich, daß Sie manches, was Sie hier vorgebracht haben, schon anders bringen, als wir es noch vor 14 Tagen in der Aktuellen Stunde gehört haben. Denn vor 14 Tagen hat Herr Landesrat Gabmann hier erklärt, wie super alles ist in Niederösterreich, wie die Sonne scheint am Wirtschaftshorizont, daß wir die besten Daten haben. Und Sie haben heute begonnen damit, dieses Schuldenbudget sei deshalb notwendig, weil die Rezession in Niederösterreich so durchschlägt. Ich würde empfehlen, hier vielleicht einmal die Meinungen abzustimmen. Wir würden uns dann, nehme ich an, auch in der Wirtschaftsdebatte künftig etwas leichter tun.

Noch etwas zu Ihren Ausführungen, weil ich es für sehr wesentlich halte. Sie übertiteln Ihr Budget mit dem Motto "erster Schwerpunkt Arbeitsplätze". Sie haben gebracht als besondere Errungenschaft der Steuerreform die Abschaffung der Gewerbesteuer. Nun wissen Sie genauso gut wie ich, daß die Betriebe durch die Erhöhung der Lohnsummensteuer mehr belastet werden, als ihnen durch die Gewerbesteuer abgenommen wird. Das heißt, wir haben durch diese Steuerreform, die Sie unter dem Deckmantel Schwerpunkt Arbeitsplätze stellen, erstmals für 1994, wenn man jetzt die Erhöhung der Fahrpreise für die Pendler noch dazurechnet, eine echte Mehrbesteuerung der Arbeitsplätze. Auch hier möchte ich diese sehr positiv klingende Aussage relativieren, weil sie ganz einfach nicht stimmt.

Nun, für uns ist dieses Budget natürlich nicht nur das Zahlenspiel, das Ein- und Ausgabenseite gegenüberstellt, sondern wir sehen einen Trend. Und der Trend, der für uns von diesem Budget her ersichtlich ist, ist, daß das Land Niederösterreich, das bisher - und das muß man ganz einfach anerkennen - eigentlich immer sehr ausgewogen budgetiert hat und zu den Ländern gehört hat, wo der Abgang im Verhältnis zu den Einnahmen und Ausgaben in einem gesunden Verhältnis gestanden ist, jetzt erstmals wie die Bundesregierung Schulden macht auf Kosten der nächsten Generation. Denn eines muß man schon auch herausstreichen, Herr Landesrat:

Wenn Sie so gerne die außerbudgetären Finanzierungen propagieren, die sicher dort und da ihre Berechtigung haben, dürfen wir nicht vergessen, daß wir uns auf die Dauer in furchtbare Schulden stürzen. Denn nicht erwähnt haben Sie heute die Verwaltungsschulden von ca. 30 Milliarden, die auch irgendwann einmal zurückzahlen sind. Es ist ja nicht nur so, daß wir heute hergehen können, und sagen, wir bauen alles auf Pump - ich sage das einmal so salopp dahin - und irgendwelche Nachfolger werden dann unsere Schulden decken.

Ich glaube, wir müssen hier wieder einen Umkehrtrend einleiten. Das kann nicht so gehen. Und vor allem deshalb auch, weil nicht nur die Bundesregierung, sondern auch jetzt die Landesregierung der Bevölkerung ja immer ein schlechteres Beispiel gibt. Warum ist es denn heute so, daß sich bereits jeder 16-jährige sein Moped auf Kredit kauft und in den Hauptschulen preisen Banken schon den Schulkindern an, wie man Schulden machen kann und geben ihnen die Möglichkeit, Kredite aufzunehmen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube schon, daß auch hier das Budget, wie es heute und hier behandelt und beschlossen wird, große Auswirkungen hat auf die Bürger des Landes, nämlich in der Vorbildwirkung. Und ich sehe es als unsere Aufgabe, daß hier wieder ein Umkehrtrend eingeleitet werden muß.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Budget 1994 soll ja nicht nur als Zahlenspiel für 1994 dastehen, sondern soll uns auch zeigen, in welche Richtung marschieren wir. Und ich glaube, wir haben vor uns so wesentliche Herausforderungen, daß wir diese auch im Budget erkennen sollten, was zur Zeit leider nicht der Fall ist. Dabei denke ich an den bevorstehenden Beitritt zur EG. Denn was passiert in unserem Niederösterreich? Was passiert mit unseren Bauern? Werden unsere Klein- und Mittelbetriebe bestehen können? Öffnet sich uns, wie uns die Propaganda sagt, wirklich ein Markt von 360 Millionen Menschen oder werden wir nur der Markt für die anderen sein. Das sind wichtige Fragen, um die wir uns frühzeitig kümmern müssen. Daher darf ich auch an dieser Stelle wiederholen, daß wir sehr wohl die Bemühungen des Herrn Landeshauptmannes, rechtzeitig in Brüssel Kontakte zu knüpfen und auch eine Niederösterreich-Repräsentation dort einzurichten, begrüßen. Wir werden auch die Bemühungen des Herrn Landesrates begrüßen, hier schon frühzeitig in Brüssel tätig zu werden, um auch die Interessen der heimischen Industrie, des Handels und des Gewerbes zu vertreten.

Ich möchte aber trotzdem auch von dieser Stelle noch einmal die Warnung aussprechen, weil derzeit viel Geld für die Werbung, für bloße Werbung ausgegeben wird. Vertrauen wir auf dem Weg nach Europa nicht nur auf die Werbestrategen! Ich glaube, wir müssen gezielt danach trachten, vor allem bei den heimischen Betrieben die Eigenkapitalbildung zu fördern. Ziel muß es sein, daß unsere Betriebe im Falle des Beitrittes zur EG ausländischen Unternehmen gegenüber konkurrenzfähig sind. Das Budget sieht, das muß man zumindestens in Ansätzen erkennen, eine Steigerung von Wirtschaftsförderungen vor. Aber ich glaube auch, daß man hier bei der Vergabe von Förderungen wesentlich mehr von betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgehen muß. Daher meine ich, daß es nicht nur notwendig sein wird, Förderungen zu vereinfachen, sondern daß die Beurteilung, ob eine Investition geeignet erscheint, Arbeitsplätze zu schaffen oder Arbeitsplätze zu sichern, im Vordergrund zu stehen hat.

Und um bei den Förderungen und Auftragsvergaben in Niederösterreich zu bleiben: Hier ist, das muß man an dieser Stelle auch bei der Budgetdebatte sagen, vieles noch undurchsichtig. Da gibt es öffentliche Aufträge, die werden nicht öffentlich ausgeschrieben, sondern beschränkt ausgeschrieben. Bei der beschränkten Ausschreibung gab es vor kurzem einen kuriosen Fall: Von fünf angeschriebenen Firmen haben drei überhaupt abgelehnt, eine Bewerbung abzugeben. Der vierte hat sich gegen die Ö-Norm gewendet und der fünfte hat dann den Auftrag bekommen. Das riecht schon sehr stark nach gezielter Ausschreibung, um genau eine Firma zu treffen. Ich glaube, daß wir hier noch sehr vieles an Arbeit vor uns haben, daß hier die Ausschreibungen wirklich so gemacht werden, daß sich sämtliche niederösterreichische Firmen daran beteiligen.

Oder ein anderes Beispiel: Niederösterreich leistet sich eine eigene Betriebsansiedelungsgesellschaft ECO-PLUS. Und ich habe da jetzt ein Schreiben in der Hand, das mich schon etwas bedenklich stimmt. Wenn wir uns eine Betriebsansiedelungsgesellschaft leisten, die mit Steuergeldern betrieben wird, die es Betrieben ermöglichen soll, daß sie sich in Niederösterreich ansiedeln, dann frage ich mich, weshalb ECO-PLUS Grundstücke über Raiffeisen mit Provision vertreibt. Ich darf das hier schon noch einmal erklären, weil das vielleicht manchen so oberflächlich erscheint, soll doch jemand Provision erhalten. Da wird ein Grundstück angeboten im ECO-PLUS-Gelände in Wr. Neudorf. Der Kaufpreis des gesamten Grundstücks beträgt ca.

50 Millionen. Eindeutig ein ECO-PLUS-Grundstück und Raiffeisen bietet es an. Und da steht: Für den Fall, daß es diesbezüglich zu einem entsprechenden Rechtsgeschäft kommt, verrechnen wir ihnen eine Vermittlungsprovision von 3 % des Kaufpreises zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer. *(Abg. Präs. Ing. Eichinger: Das kann ja jeder, bitte!)*

Das ist schon möglich, daß das jeder machen kann, Herr Präsident Eichinger! Aber ich glaube, wenn wir heute hier stehen und Überlegungen anstellen wollen, wie es mit der heimischen Wirtschaft weitergeht, dann frage ich mich, ob das wirklich Sinn und Zweck ist, daß Grundstücke, die auf diese Weise zur Verfügung gestellt werden sollen, zusätzlich noch einmal einem Provisionär vergeben werden, daß der das vergibt. Also ich glaube nicht, daß das Sinn und Zweck von ECO-PLUS ist. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich darf daher für meine Fraktion schon noch einmal einfordern, daß das Motto "Macht braucht Kontrolle" mit dem 16. Mai 1993 nicht erfüllt wurde, sondern von Tag zu Tag mehr an Bedeutung gewinnt. Und die Freiheitliche Partei hat sich vorgenommen, gerade hier anzusetzen, daß mit dem Geld der Steuerbürger so umgegangen wird, wie das die arbeitenden Menschen auch verdienen.

Die Generaldebatte lädt traditionell auch dazu ein, sich über den Gesamtzustand des Heimatlandes Gedanken zu machen. Und es freut mich schon, auch von unserer Warte aus festzustellen, daß das Heimatbewußtsein und das Landesbewußtsein in Niederösterreich stetig im Steigen begriffen ist. Trotz allem erleben wir in unserer Gesellschaft täglich, daß Wertvorstellungen abhanden kommen. Das eigene Ich, das Prinzip der Gewinn- und Verlustmaximierung des Einzelnen, materialistisches Denken und Bindungslosigkeit dominieren, Verantwortungslosigkeit und Aggressivität nehmen zu. Daher meinen wir, ein Wandel ist dringend notwendig. Der freie und zugleich verantwortungsvolle Bürger wird Werte wie Anständigkeit, Ehrlichkeit, Gemeinschaftssinn und Achtung der berechtigten Interessen anderer Menschen als sinnvolle Ergänzung liberaler Grundwerte betrachten. Dazu braucht er aber auch die Motivation der Politiker und daß ihm die Politiker die entsprechenden Wege auch bereiten. Daher glauben wir, eine Abkehr von bestehenden Privilegien und längst überholten Machtsystemen wird dazu beitragen, daß sich aus fremdbestimmten Untertanen eigenverantwortliche, selbstbestimmende und leistungsorientierte Bürger entwickeln.

Und daher möchte ich in diesem Zusammenhang auf die laufenden Verhandlungen eingehen und die Verhandlungen rund um die Verfassungsreform aktualisieren. Denn ich meine, daß gerade bei uns in Niederösterreich noch viel zu wenig Instrumente der direkten Demokratie ausgeschöpft wurden. Das neue Wahlrecht zum NÖ Landtag ist - und das muß man jetzt aus der Praxis sagen - ein geeignetes Mittel. Mit Ausnahme des gültigen Vorzugsstimmensystems, das sich im großen und ganzen nicht bewährt hat. Daher glaube ich, der nächste Schritt muß für uns sein, daß wir auch die Gemeindevahlordnung angehen, daß wir auch diese den heutigen Erfordernissen der Demokratie anpassen. Und daher fordere ich auch an dieser Stelle, daß für uns der amtliche Stimmzettel in Zusammenhang mit den Gemeinderatswahlen unerlässlich sein wird. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Um noch einmal auf das Heimatbewußtsein in Niederösterreich zurückzukommen. Auch hier glaube ich, wird die Politik gefordert. Und der Herr Landesrat hat ja so eindrucksvoll wie jedes Jahr den Satz gebraucht, der Mensch lebt nicht von Brot allein und geht dann auf die Kultur über. Nur glaube ich, daß auch wir in Niederösterreich aufpassen müssen, daß sich die Kulturszene nicht wie auf Bundesebene nur mehr auf die Linke beschränkt. Und der Landtag hat in seiner letzten Sitzung, Gottseidank muß man sagen, verhindert, daß in St. Pölten eine Lenin-Statue aufgestellt wird. Doch man muß sich die Frage stellen, wie kam es überhaupt zu dieser Entscheidung und was erwartet uns noch alles an Kultur in dieser Landeshauptstadt?

Wenn ich beim Heimatbewußtsein bin: Der Herr Landeshauptmann macht sich hier sehr verdient im Bereich der Dorferneuerung. Ich frage mich aber trotzdem, wie bringt man den Niederösterreichern Dorferneuerung bei, wenn sich die Broschüre vorstellt mit einem neuen Mitarbeiter,

mit einem Architekten Ojo aus Nigeria, der jetzt den Niederösterreichern beibringt, niederösterreichische Dörfer schöner zu gestalten. Ich glaube, daß das keine Dinge sind, die dafür sorgen, in Niederösterreich das Heimatbewußtsein insgesamt zu fördern. Herr Landeshauptmann! Vielleicht könnte man diese Ausflüge in die Multikultur doch unterlassen! Sie haben das schon einmal gemacht. Ich glaube, Sie waren damals nicht sehr erfolgreich. Es wäre auch dieser Versuch nicht fortzusetzen. *(LH Dr. Pröll: Sprechen Sie einem jungen Menschen doch nicht seine Qualifikation auf Grund seiner Hautfarbe ab! Ich bitte Sie, tun Sie das nicht! - Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Landeshauptmann, ich habe gewartet auf diesen Einwand. Weil es zu einfach wäre, um hier dem zu begegnen. Wir wissen alle, daß in Österreich Nigeria als Land eingestuft ist, aus dem zu uns Flüchtlinge kommen, weil sie dort politisch verfolgt sind. Und ich möchte jetzt nicht die Frage stellen, weshalb ist derjenige, der zu uns kommt, kein politischer Flüchtling? Also ersparen Sie auch mir diese Frage! *(LH Dr. Pröll: Lassen Sie einem jungen Menschen in diesem Land eine Chance! - Beifall bei der ÖVP.)* Die soll er haben. *(LH Dr. Pröll: Wissen Sie, was Sie da machen? Sie nehmen ihm seine Chance, Sie belasten ihn. Ich bitte Sie wirklich, tun Sie das nicht! - Beifall bei der ÖVP.)* Herr Landeshauptmann! Es gibt aber auch genügend aufstrebende junge Niederöreicher, die auf ihre Chance warten, auch denen sollte man ihre Chance geben. *(Beifall bei der FPÖ. - LH Dr. Pröll: Nennen Sie mir die, denen dieser Mann ihre Chance genommen hat! Nennen Sie mir einen!)* Um das geht es ja nicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf daher abschließend zusammenfassen. Wir Freiheitlichen haben es uns bei dieser Budgetdebatte sicher nicht einfach gemacht. Denn es wäre einfach, zu sagen, so wie es auch von der liberalen Seite her gekommen ist, sind wir harmonisch, zeigen wir keine Schwachstellen auf. Stimmen wir zu, damit die Arbeit friedlich weitergeht. Ich sehe es als meine Aufgabe als Oppositionspartei, hier Probleme aufzuzeigen, damit wir sie in Zukunft vielleicht besser lösen können. Und daher wird die Freiheitliche Partei diesem Budget in der Gesamtheit zwar nicht die Zustimmung geben, aber sehr wohl Teilen ihre Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Bauer.

Abg. Dr. BAUER (SPÖ): Herr Präsident!
Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Budgetvoranschlag 1994 wurde vor dem sehr schwierigen Hintergrund einer internationalen Rezession erstellt. Wir haben in diesem Budgetvoranschlag die Schwerpunkte als Sozialdemokraten mitgetragen, nämlich den Schwerpunkt auf die Beschäftigungspolitik. Und wir werden daher trotz mancher Anmerkungen zu diesem Budgetvoranschlag, die im Laufe dieser Diskussion erfolgen werden, den gesamten Voranschlag mittragen und mitbeschließen.

Wir wissen, daß heuer - und von Landesrat Freibauer wurde es schon genannt - mit 0,7 % das Bruttoinlandsprodukt zurückgehen wird und das bedeutet, daß die Rezessionserscheinung stärker ist als 1975 und 1981. Das bedeutet und ist vielleicht sehr wichtig, daß neben dieser generellen Wetterverschlechterung viele Bereiche der Wirtschaft mit einer regelrechten Klimaverschiebung konfrontiert sind. Und daß daher es auch gut ist, daß wir über eine Steuerreform eine Verstärkung des Inlandkonsums anstreben und damit stützend für die Arbeitsplätze auch im Inland einen Beitrag leisten werden. Selbst die vielen Bemühungen von seiten der öffentlichen Budgets konnten diese Talfahrt der Wirtschaft nicht bremsen, wie zum Beispiel auch die Bauwirtschaft sehr viele positive Impulse setzt, aber kein Bremseffekt im eigentlichen Sinn eingetreten ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Industrie steht im Sog der deutschen Konjunkturschwäche auf der einen Seite und der starken Schwäche auch aus dem westeuropäischen Raum. Und andererseits auch stark im Sog aus dem osteuropäischen Raum in den arbeitsintensiven Bereichen. Besonders die Textilindustrie, die unter diesem erhöhten Konkurrenzdruck durch die Billiglohnländer zu leiden hat. Vor diesem Hintergrund sind daher die steigenden Arbeitslosenquoten zu sehen. Wir müssen - und das ist die Aufgabe aller Verantwortungsträger und aller in der Wirtschaft Tätigen - diese Arbeitslosenquote so gering wie möglich halten. Und es wurde schon gesagt, daß die Entwicklung besonders bis zum dritten Quartal auch in Niederösterreich nicht mehr so günstig aussieht. In der ersten Phase war es ja so, daß wir noch ein Plus verzeichnen konnten. Aber bis zu diesem dritten Quartal sind wir im Österreichdurchschnitt von 5,7 % zu liegen gekommen. Das bedeutet, daß wir - und wenn man noch die strukturellen Schwächen mancher Betriebe anschaut - gar nicht in dieser

Entwicklung so günstig weiter liegen werden oder bereits auf Österreichtniveau liegen werden.

Gekennzeichnet ist diese Wirtschaftslage auch durch Rekordinsolvenzen, immerhin 1.500 Verfahren mit einem Volumen von fast 35 Milliarden Schilling. Dazu möchte ich anmerken, daß es schon etwas eigenartig ist, wenn man immer von dieser Stelle und anderswo hört, daß nur die einen zu wirtschaften verstehen und die anderen das viel weniger gut tun. Und da stehen dann 35 Milliarden als Insolvenz zu Buche. Und ich könnte jetzt Namen nennen, was ich gar nicht will. Aber wenn ich mir so große Konkurse anschau, dann waren oder sind es gerade jene, denen man so viel Vorschuß eingeräumt hat und so viel Naheverhältnis zum Markt bescheinigt hat, daß sie die Sanierer wären. Kurz darauf sind sie nicht nur keine Sanierer mehr, sondern Zusperrer in Österreich und in Niederösterreich, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Daher glaube ich, daß trotz der konjunkturellen Belebung, die vorsichtig vom WIFO prognostiziert wurde mit 1,5 % - das wurde schon genannt - dennoch zu befürchten ist, daß die Arbeitslosenquote weiter steigen wird. Wir müssen schon sehr deutlich erkennen, daß es sich in dieser Phase der Wirtschaft nicht um ein konjunkturelles Tief allein handelt, sondern daß sehr wohl eine tiefgreifende Strukturveränderung und Verschiebung das zusätzlich überlagert. Das bedeutet, daß auch bei einer Wiederbelebung der konjunkturellen Situation mit Sicherheit nicht die strukturellen Probleme gelöst sind. In Wahrheit müssen wir heute - und das müssen wir uns einmal vergegenwärtigen - über neue Arbeitszeitmodelle längerfristig nachdenken und können uns nicht verlassen und so, wie manchmal vom Silberstreif am Horizont gesprochen wird, uns in trügerischer Sicherheit wiegen.

Tatsache ist, daß wir uns in einer tiefgreifenden Reform befinden und diese ohne entsprechender internationaler Abstimmung nicht bewältigen werden. Weil die Konkurrenzbedingungen sich so rasch und so massiv verschieben, daß die Anpassungsgeschwindigkeit auf nationaler Ebene kaum mitvollzogen werden kann. Daher meine ich, daß in einem internationalen Einklang solche neue arbeitsteilige Wirtschaftsüberlegungen anzustellen sein werden.

Was nun die Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung in Niederösterreich betrifft, habe ich schon ausgeführt, daß die Wirtschaft in Nieder-

österreich sich relativ gut behauptet hat. Allerdings sich bei kritischer Beurteilung jetzt mit diesem 16 %-Anteil am Bruttoinlandsprodukt vorerst einmal eingebremst hat. Das entspricht auch dem Beschäftigungsanteil. Was aber nun laut meiner Analyse sichtbar wird ist, daß die Lage in Niederösterreich sich deutlich verschlechtert. Und zwar rascher verschlechtert als in den anderen Bundesländern. Ich nenne einige Gründe dafür: Wie Sie wissen, ist der Sektoranteil der Wertschöpfung in Niederösterreich 50 % der Industrie und produzierenden Bereiche. 44 % leistet der Dienstleistungsbereich und 6 % die Landwirtschaft. Und wir finden in diesem produzierenden Bereich sehr wohl strukturgefährdende Bereiche, die eben entsprechende Schrumpfungstendenzen aufweisen. Die daher aus dieser stagnativen Phase in eine schrumpfende Phase übergehen. Das bedeutet, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß wir erhöht gegensteuern müssen. Was nun die Industrieproduktion betrifft, erkennt man das bereits daran, daß in Niederösterreich zum Beispiel diese um 5,7 % zurückgegangen ist, während österreichweit nur ein Rückgang um 5 % verzeichnet werden kann. Da sieht man schon diese regionalen Einflüsse, die da durchschlagen.

Und ich glaube auch noch eine andere Bemerkung anbringen zu müssen, nämlich in Bezug auf wirtschaftliche Einschätzung. Wir haben in dieser Phase der Umstrukturierung eine große Schwierigkeit, nämlich, daß erstens einmal die Investitionsabsichten der Industrie deutlich zurückgenommen wurden. Der Investitionstest sagt für Niederösterreich bei einem Wert von 8,9 Milliarden, daß diese Investitionsbereitschaft um 28 % gegenüber 1992 zurückgehen wird oder zurückgegangen ist. Im Vergleich zum Jahre 1991 sogar um 37 %. Wenn diese Investitionsneigung um 28 % bzw. 37 % in zwei Jahren zurückgenommen wird, so ist das natürlich für die künftige Beschäftigungsentwicklung sehr wohl ein deutliches Signal.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich meine außerdem, daß wir in Niederösterreich nur drei Viertel der Kapazitäten ausgelastet haben. Das bedeutet, daß alles das hinweist auf neue - und das ist meine Sorge - auf neue Schwierigkeiten, die mit neuen Freisetzungen verbunden sein werden. Und nun wird da immer wieder versucht, die Wirtschaft in Niederösterreich sehr, sehr positiv darzustellen. Ich bin sehr froh, daß wir in einzelnen Bereichen tatsächlich gut liegen. Aber es gibt auch Sorgen, die wir gemeinsam erkennen müssen. Eines der Probleme ist zum Beispiel die geringe Innovationstätigkeit. Neben der

Investitionstätigkeit, die ich schon genannt habe, lokalisiere ich auch eine geringe Innovationstätigkeit. Das heißt, daß zum Beispiel von seiten der NÖ Betriebe nur zögernd die Teilnahme an bestimmten Bundesaktionen angenommen wird. Und wenn ich einen Gradmesser der Innovationsbereitschaft hernehme, so muß ich leider feststellen, daß zum Beispiel die NÖ Industrie nur mit 11 % am Forschungsförderungsfonds partizipiert. An den Mitteln des Forschungsförderungsfonds partizipieren wir nur mit 11 %, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das heißt, daß diese Innovationsbereitschaft sich sehr wohl im unteren Level befindet. Und wenn ich dann die Top-Aktion des Bundes mir ansehe, dann partizipiert die Industrie Niederösterreichs nur mit 5 %. Das heißt, absolut unter ihren sonstigen Anteilen. Und das bedeutet, daß man hier sehr wohl Rückschlüsse ziehen kann über die künftige Entwicklung mancher Industriebereiche, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das heißt für mich, daß wir sehr wohl deutliche Signale dagegen setzen müssen. Signale, die einerseits ein Freisetzen von Arbeitskräften verhindern, auf der anderen Seite zur Motivation für Investition und Innovation führen.

Nun wird immer wieder von einer Struktur-offensive gesprochen. Man kann die Struktur-offensive in zweierlei Richtungen anlegen. Nämlich einerseits eine defensive, die bedeutet, daß wir traditionelle Instrumente einsetzen. Daß jenen Betrieben, die in Schwierigkeiten sind, geholfen wird. Und in eine offensive Richtung. Ich glaube, daß die Akzentverschiebung natürlich auch in Richtung Offensive zu erfolgen hat. Aber daß man nicht vergessen soll, daß in solchen Transmissionszeiten auch der defensiven Strategie ein Raum einzuräumen ist, um jene Arbeitsplätze regional abzusichern, die trotz aller Bemühungen nicht im Synchronieffekt aufgebaut werden können. Das ist ja das eigentliche Problem, daß diese Synchronisierung ja kaum erreichbar ist, daher wir auch mit Defensivstrategien in Zukunft uns auseinandersetzen müssen. Wir Sozialdemokraten haben wiederholt diese Instrumente auch angesprochen.

Was nun die Frage der steuerlichen Entlastung der Unternehmen betrifft, so möchte ich meinen, daß diese bei allen Schwierigkeiten einzelner Gemeinden insgesamt positiv zu bewerten ist. Weil sowohl ein Impuls vom privaten Konsum ausgehen wird, als auch dies Entlastung für die Unternehmen bedeutet. Das bedeutet natürlich zusätzliche Animation, daß in Niederösterreich

Betriebe wieder stärker investieren werden. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dieser Steuerreform haben wir in Wirklichkeit eine der günstigsten Ertragssteuerbelastungen auf Europaebene mit rund 34 %. Dazu kommt, daß diese Steuerreform auch verbunden ist mit einer Verwaltungsreform. Und ich glaube, daß das ungemein wichtig ist. Denn darunter stöhnen eigentlich sehr viele Unternehmen, über diese zu hohen Verwaltungsaufwendungen. Ich möchte damit wirklich noch einmal appellieren, daß nicht nur das Negative an dieser Steuerreform herausgestellt wird. Sondern daß man sehr wohl erkennt - und da stimme ich mit dem Landesrat Freibauer durchaus überein - daß einzelne Gemeinden zwar schwer betroffen sind durch diese Reform, daß es aber einen Härteausgleich geben wird. Aber die Steuerergiebigkeit, die nun daraus entsteht und auch die Kalkulierbarkeit für die Gemeinden sollte positiv bewertet werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wurde schon verwiesen auf die Steigerungen im Wohnbau, im Wasserwirtschaftsfonds, im Fremdenverkehr und im Handel-, Industrie- und Gewerbebereich. Die Prozentzahlen kennen Sie, ich will das nicht wiederholen. Ich glaube lediglich, daß wir uns auch darüber unterhalten müssen, welche zusätzliche Maßnahmen wir setzen können, mit dem, was wir jetzt budgetär vorliegen haben. Ich glaube, ein Budget - und das ist so auch ausgedrückt worden - stellt zwar einen Rahmen dar, stellt Rahmenbedingungen dar, das bedeutet aber nicht, daß man nicht unterjährig sehr wohl initiativ werden kann und einzelne Akzente oder Schwerpunkte setzen kann. Weil sich das eben aus der Entwicklung der Wirtschaft ergibt und als notwendig erweist.

Einen Bereich möchte ich noch ansprechen: In dieser Gesamt-Wirtschaftsförderung steht auch immer die Landwirtschaft als Förderung für die Wirtschaft drinnen. Und immerhin beträgt sie rund 60 %. Über 60 % der Gesamtwirtschaftsförderung entfällt auf die Landwirtschaft. Was also jetzt keine Aussage bedeutet, irgendwie Reduktionen vornehmen zu wollen. Sondern ich glaube nur, daß man sich dessen bewußt sein muß, daß der überwiegende Teil der Wirtschaftsförderung in Niederösterreich in die Landwirtschaft fließt. Und daß wir sehr wohl, und das möchte ich anmerken, daß wir sehr wohl über die Struktur dieser Förderung diskutieren müssen. Weil ich meine, daß es nicht angeht, daß bei so hohen Wirtschaftsförderungen die Einkommenssituation unserer Bauern sich nur unwesentlich verändert und sogar nicht einmal gehalten werden kann. Das heißt also, daß wir nicht der Höhe nach das zu diskutieren haben,

sondern sehr wohl dem Inhalt nach und der Struktur nach. Denn das kann ja nicht sein, daß wir hier immer mehr an Wirtschaftsförderung für diesen Bereich ausgeben, aber daß die, die es eigentlich treffen soll, nichts spüren davon. Und daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, werden wir sehr wohl diese Diskussion führen müssen.

Und was nun auch immer versucht wird und ich möchte hier das einmal ganz deutlich sagen: Da wird immer versucht, diese Wettbewerbsbedingungen mit den Billiglohnländern herzustellen auf eine Art, die Österreich erstens einmal nie herstellen kann und zweitens auch nicht herstellen will. Nämlich, wenn man glaubt, daß wir in lohnintensiven Bereichen über die billigen Arbeitskräfte oder die Reduktion von Lohnkosten oder Lohnnebenkosten reden, dann verwechseln die Menschen, die das tun, offensichtlich die Dimension. Denn wir müssen feststellen, daß hier ein Verhältnis von 1:10 herrscht und diese Beträge können überhaupt nie erreicht werden. Und wir wollen sie auch nicht erreichen. Daher kann doch die Antwort nur sein, daß man sich selbst höher qualifiziert, daß diese ganze Volkswirtschaft eben durch Qualifizierungsmaßnahmen den Wettbewerb, der international schärfer wird, bestehen kann. Und so meine ich, daß wir in unserer Wirtschaft sehr deutlich ein fachlich so genanntes "upgrading" vornehmen müssen, in eine echte Qualifizierungsoffensive hineingehen müssen, um diesem Ansprüchen gerecht zu werden.

Das bedeutet, daß wir die Investitionen, um das auch einmal sehr deutlich zu sagen, in die Weiter- und Ausbildung nicht nur der öffentlichen Hand überlassen können, sondern daß sehr wohl auch ein betriebliches Interesse bestehen muß, dieses zu verbessern. Denn wenn das alles nur abgeladen wird auf die öffentliche Hand, wäre das in dieser Breite gar nicht möglich, das zu finanzieren. In der öffentlichen Hand soll wohl der Schwerpunkt der Qualifizierung getragen werden. Aber diese spezifischen Ausbildungen kann sich ein Betrieb einfach nicht ersparen, sondern das muß betriebsintern weiter durchgeführt werden und weitergetragen werden.

Dann die Frage - und ich habe das sehr kritisch schon bemerkt - der technologischen Erneuerung der Betriebe. Da muß ein Schwerpunkt deshalb gesetzt werden, weil mit Prozentsätzen von fünf Prozent und elf Prozent der Teilnahme an Topaktionen und Forschungsförderungsaktionen werden wir diese technologische Erneuerung in Niederösterreich

nicht bewältigen. Daher soll das auch einen Schwerpunkt darstellen.

Was nun die Entwicklung neuer Produkte betrifft: Das sagt man natürlich sehr leicht. Immer wenn ein Betrieb in Schwierigkeiten "steckt" sagt man kurz darauf, der braucht neue Produkte. Nur wissen wir alle, daß erstens einmal die Produktfindung eine Zeitphase braucht, zweitens, ein Produkt, eine Produktidee marktreif zu machen, braucht auch eine relativ lange Vorlaufzeit. Um das Produkt auch noch erfolgreich zu machen, haben wir Vorlaufzeiten, je nach Branche, von mindestens fünf bis sieben Jahren. Das bedeutet, daß wir sehr wohl diese langfristigen Investitionen in die Zukunft von der öffentlichen Hand aus gegenüber dem Unternehmen stützen werden müssen.

Eng damit verbunden ist die Produktqualität. Daß man auch Förderungen für die Verbesserung der Produktqualität anpeilt. Es gibt ja sehr viele Unternehmen, die ein ungemeines Bewußtsein schon entwickeln und an diesen Qualitätszertifizierungen teilnehmen, aber es gibt noch immer einen breiten Bereich jener, die das nicht noch in dieser Schärfe erkannt haben, daß das eigentlich ein sehr wichtiges Wettbewerbsinstrument ist. Auch hier wird ein Schwerpunkt zu setzen sein.

Ich möchte mich auch damit ganz kurz beschäftigen, im engen Zusammenhang mit diesem Problem der industriellen Entwicklung, daß dieses Sozialsystem, das wir in Österreich haben, gerade in einer schwierigen Phase die Verlässlichkeit beweisen muß. Das heißt, daß wir uns alle auf dieses Sozialsystem, das wir entwickelt haben, auf das wir sehr stolz sind, auch in dieser schwierigen Phase verlässlich für jeden, der es braucht, zur Verfügung halten und zur Verfügung stellen. Das bedeutet, daß man sehr wohl auch über regionale Arbeitsstiftungen stärker vielleicht reden wird müssen als das in der Vergangenheit der Fall war, um aus diesem Titel heraus auch entsprechende regionale Impulse setzen zu können.

Und noch etwas. Es gibt immer wieder die Schwierigkeit, daß kleinere Unternehmen durch Probleme größerer Unternehmen selbst in Schwierigkeiten kommen. Um diesen Dominoeffekt zu vermeiden, ist es notwendig, daß man hier in einem Insolvenzverfahren den kleinen Betrieben hilft. Um diesen Dominoeffekt nicht auftreten zu lassen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sprechen immer von einer Regionalpolitik, auch von einem Europa der Regionen. Das klingt ganz gut und soll auch so sein. Aber wir sind uns dessen vielleicht noch nicht ganz so bewußt, welche Maßnahmen man dann auch regional zu setzen hat. Nämlich, daß man eine sehr eigenständige Regionalpolitik einmal formulieren muß und nicht nur symbolhaft andeuten, wie das manchesmal in manchen Bereichen erfolgt. Sondern daß man sehr genau überlegt, was wir nun als Schwerpunkt der Regionalpolitik setzen wollen. Und wir haben ja erst am Freitag Gelegenheit gehabt, auch hier im Rahmen der ÖROK diese Diskussion zu führen. Und ich würde bitten und meinen, daß wir in Niederösterreich vielleicht von dieser Gebietskulisse nicht nur noch eine schärfere Darstellung, sondern auch noch bestimmte Bereinigungen durchbringen oder zumindest einmal vorschlagen. Denn wenn ich mir überlege aus der Gebietskulisse heraus, daß zum Beispiel zwischen Bruck und Bruckneudorf ein enormer Unterschied entstehen würde. Daß die einen zum Umland Wien mehr oder weniger gerechnet werden und die anderen zu Ziel 1-Gebieten erklärt werden, würde eine Investitionsentscheidung nach sich ziehen, die nicht akzeptabel für Niederösterreich ist. Daher müßten wir fließende Übergänge von solchen Förderungs-grenzen setzen, damit nicht in dieser Schärfe Investitionsentscheidungen beeinflusst werden.

Ich glaube auch, daß wir im Rahmen der EG-Verhandlungen über grenzüberschreitende Maßnahmen stärkeres Verständnis brauchen. Weil wir ja viele Produktionen erst dann wettbewerbsfähig halten können, wenn wir einen regional grenzüberschreitenden Wirtschaftsraum uns schaffen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vielleicht kurz zusammengefaßt: Diese geänderten Verhältnisse zwingen uns sicher zu sehr vielen maßvollen Beschlüssen, aber sie zwingen uns auch zu effizienten Beschlüssen, nämlich, wo ist der größte Erfolg für eine Maßnahme zu sehen. Daher glaube ich, dieses wenig differenzierte Zahlenwerk soll nur der Rahmen sein. Sehr wohl wird das noch genauerer Definitionen und genauerer Zuordnungen im Laufe dieses nächsten Jahres bedürfen.

Was ich noch zur Raumordnung anmerken möchte: Ich meine, daß wir in der Raumordnung sehr wohl einerseits eine Flexibilität bei den Betriebsansiedlungen und bei dem zur Verfügung stellen von Gründen haben sollen, nicht im Sinne, wie ich das jetzt gehört habe, daß da irgendjemand mitschneidet. Das verstehe ich nicht dar-

unter. Ich verstehe darunter vielmehr, daß man hier eine gewisse Flexibilität entwickelt, weil wir sonst Gefahr laufen, durch zu starre Handhabung, daß der Grundstückspreis eigentlich ins Unermeßliche wächst, während daneben durchaus vernünftige Relationen möglich sind. Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite müßte auch die Raumordnung verstärkt auf diese ganze Siedlungsstruktur Bedacht nehmen und nicht immer im Nachhinein sanieren, weil wir diese teuren Infrastrukturinvestitionen der Gemeinden uns sicher nicht leisten können.

Die Landesumlage wurde bereits angezogen. Es war für mich etwas überraschend, daß Landesrat Freibauer gemeint hat, wann man Bereitschaft signalisieren könnte, darüber zu reden. Ihr wißt, daß das eine Uralt-Forderung der Sozialdemokraten ist und daß ich mir durchaus vorstellen kann, hier eine gemeinsame Vorgangsweise zu finden. Weil ich glaube, daß wir sehr wohl bereit sind, auch die Notwendigkeit, in die Zukunft planen zu können, anzuerkennen. Daß aber auf der anderen Seite es auch klar sein muß, daß wir hier ein Signal gegenüber den Gemeinden zu setzen haben, weil wir ja in Wahrheit, wie das auch in meiner Budgetwortmeldung im Finanzausschuß erfolgt ist, nicht mit der Tatsache konfrontiert sein wollen, wie das diesmal erfolgte. Nämlich durch eindeutige Zuordnung der Ausgabenpositionen, die bisher eine generelle Deckung erfuhren, jetzt

zur besonderen Deckung herangezogen werden. Der Herr Landesrat Freibauer hat gemeint, daß das halt dem Gesetz entspricht. Ich kann nur feststellen, sein Vorgänger hat das nicht getan und hat, so meine ich, auch dem Gesetz nicht widersprochen. Ich glaube einfach, daß es notwendig ist, davon auszugehen, daß diese Landesumlage in dieser Form nicht bestehen bleiben kann und daher darüber auch entsprechende Gespräche schon stattgefunden haben und weitere stattfinden werden.

Was nun den Sozialbereich betrifft, möchte ich wirklich positiv vermerken, daß wir durch das Pflegevorsorgegesetz 696 Millionen Schilling zusätzlich aufbringen. Das ist positiv und ich möchte das ausdrücklich unterstreichen, weil wir hier unsere Verpflichtung, hier mitzuziehen, sehr rasch signalisiert haben gegenüber dem Bund und das letztlich auch einen Niederschlag im Budget gefunden hat. Dafür sage ich auch herzlichen Dank.

Ich habe bereits über die Überlegungen hinsichtlich der Reform der Förderungsstruktur in der Landwirtschaft gesprochen. Ich möchte das noch einmal unterstreichen. Was die Ansprüche der Industrie betrifft möchte ich noch einmal festhalten, daß wir ein feineres Instrumentarium brauchen als wir derzeit zur Verfügung haben. Daher sollten auch darüber die Gespräche laufen. Nämlich in die Richtung, wie kann man die Betriebe motivieren, um an diesen besonders wichtigen Topaktionen, Vorschußförderungsmittel usw. teilzunehmen, sie stärker anzunehmen, um herangeführt zu werden.

Was nun die Budgetposition Nahverkehr betrifft: Ihr wißt, daß viele Diskussionen diesem Nahverkehr schon gewidmet wurden. Ich meine, daß wir alle uns einig sind darüber, daß der Nahverkehr prioritär für uns auszubauen ist. Ich sage dazu, daß aber darüber hinaus bundespolitische Zielsetzungen dadurch nicht verhindert werden oder behindert werden sollen. Und das bedeutet für mich, daß ich, wenn ich die Medien so verfolge, immer überrascht bin, daß die vielen Vorschläge nur in Richtung Privatisierung laufen, aber kaum hinsichtlich Finanzierung etwas ausgesagt wurde. Daher meine ich, daß das nicht das Rezept sein kann. Wichtiger ist, daß wir einen Regionalverkehr schaffen, der das beste Angebot für eine Region darstellt und der letztlich auch die Finanzierung sichert. Und dazu sollten die Mittel, die aus dem Zuschlag der Mineralölsteuer erfließen für das

Land zweckgebunden und ausschließlich für den Nahverkehrsbereich eingesetzt werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

In diesem Sinne, meine sehr geehrten Damen und Herren, glaube ich, daß wir in dieser Budgetdebatte wichtige Grundlagen für das nächste Jahr uns erarbeiten. Und ich hoffe, daß wir in der Feinabstimmung, die dann auch noch notwendig ist, uns auch zu vielen gemeinsamen Wegen treffen werden. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Im Rahmen der Generaldebatte zu Wort gemeldet ist als weiterer Redner Herr Abgeordneter Böhm.

Abg. BÖHM (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

1993 ist ein Jahr, das weltweit gekennzeichnet ist von einer Phase einer rückläufigen Konjunktur und einer wirtschaftlichen Rezession. Wir wissen heute, daß Industrieländer wie die Vereinigten Staaten, Japan oder auch Deutschland mit dieser Wirtschaftsflaute in großem Maß zu kämpfen haben. Und wir wissen, daß beispielsweise Deutschland auch 1994 einem negativen Trend in dieser Wirtschaftsentwicklung entgegensteht. Für Österreich sind diese Prognosen eigentlich gar nicht so düster, wie sie manchmal hingestellt werden. Niemand wird bestreiten, daß wir allerdings wieder einmal - und das ist ja das ständige Auf und Ab auch in wirtschaftlichen Entwicklungsphasen - in eine schwierige Situation geraten sind. Daß wir auf Grund dieser schwierigen Situation nicht leichtfertig mit volkswirtschaftlichen Sprüchen umgehen sollen, die vielleicht darauf abgestimmt sind, über das Schicksal einzelner Menschen hinweg zu reden, die etwa ihren Arbeitsplatz verloren haben und die nicht mehr wissen, wie sie ihre Sorgepflichten auf Grund ihrer persönlichen Situation in Zukunft erfüllen sollen.

Meine Damen und Herren! Man kann eine Wirtschaft auch krankjammern. Und man kann so lange von wirtschaftlichen Schwierigkeiten reden, bis man jeden noch so risikobereiten Unternehmer, der tüchtig, der innovativ ist, auch die Lust am Investieren ein für allemal ausgetrieben hat. Und man kann auch schon jetzt ängstlich behaupten, daß das kleine Österreich in einem großen europäischen Markt keine Chance haben wird. Ich

glaube aber, wir haben Signale, daß im kommenden Jahr die heimische Wirtschaft, die österreichische Wirtschaft wieder einmal mit einem leichten Wachstum rechnen wird können.

Das Jahr 1993 - gestatten Sie mir diesen Rückblick, doch schon ziemlich am Ende eines Kalenderjahres - war österreichweit für die Wirtschaftsentwicklung alles andere als rosig, das wollen wir, glaube ich, in dieser Form gar nicht beschönigen. Trotzdem lag Niederösterreich im Vergleich mit anderen Bundesländern relativ gut noch immer im Rennen. Ja mehr noch. Niederösterreich trug entscheidend dazu bei, daß die Wirtschaftsdaten österreichweit nicht allzusehr in den Keller gerasselt sind. So hat zum Beispiel die Zahl der unselbständig Erwerbstätigen und Beschäftigten in Niederösterreich Ende Oktober sich um 0,3 % erhöht, gesamtösterreichisch allerdings ist diese Ziffer um den gleichen Prozentsatz rückläufig gewesen. Die Zahl der Arbeitslosen lag Ende Oktober in Niederösterreich bei 5,8 Prozentpunkten, österreichweit betrug sie 6,4 Prozentpunkte. In Niederösterreich ist die Entwicklung nicht zuletzt deshalb relativ gut, weil die Anzeichen der Rezession, meine Damen und Herren, in unserem Bundesland rechtzeitig erkannt und entsprechende Maßnahmen auch rechtzeitig getroffen wurden, die der Sicherung von Arbeitsplätzen und der Ankurbelung der Wirtschaft letztlich auch gedient haben.

Ich darf in diesem Zusammenhang an einige dieser Maßnahmen des heurigen Jahres oder schon im Herbst des vergangenen Jahres beginnend, erinnern. Das NÖ Bauforum - öffentliche Bauten wurden vorgezogen - löste einen Investitionsschub aus, der mehr als 5 Milliarden Schilling im heurigen Jahr betragen hat. Oder die neue Wohnbauförderung, die im Jahre 1993 30.000 Förderungsfälle beinhaltet. Was ebenfalls einen gewaltigen Investitionsschub nach sich gezogen hat, der in der Größenordnung von etwa 17 Milliarden Schilling in Niederösterreich liegt. Oder das Beteiligungsmodell, für das bereits mehr als 80 Firmen ihr Interesse angemeldet haben, ein Beteiligungskapital des Landes zu erhalten, welches in einer Größenordnung von über 600 Millionen Schilling liegt. Oder die neuen Richtlinien des Landes-Wasserwirtschaftsfonds, womit insgesamt 2,5 Milliarden Schilling zusätzlich freigesetzt werden können. Soweit das Jahr 1993, meine Damen und Herren. Ich glaube, wir können heute rückblickend sagen, die Maßnahmen haben gegriffen. Und doch schreitet die Rezession - allerdings nur branchenweise - weiter fort. Das heißt aber nichts anderes, als daß wir auch für 1994 wieder ein Paket schnüren müssen, um über

diese Probleme hinwegzukommen. Um auch entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen. Und hier bin ich einer Meinung mit meinem Vorredner, dem Klubobmann Dr. Bauer, daß es unbedingt notwendig ist, auch von der öffentlichen Hand, gezielt einzugreifen. Nicht mit dem Gießkannensystem, sondern gezielt, um diese Probleme in den Griff zu bekommen.

Ich glaube, wir haben 1993 das auch in einem - und die Zahlen sprechen dafür - guten Ausmaß tun können. Wir haben aber auch, die Statistik des heute ausgeteilten Programmes des Landesfinanzreferenten zeigt das sehr genau, in den Jahren gespart, in denen Sparen der öffentlichen Hand angesagt gewesen ist. Und somit ist auch das Budgetdefizit in Niederösterreich in den vergangenen Jahren in einem durchaus guten Ausmaß vorhanden gewesen. Hier möchte ich dem Klubobmann Gratzner einiges entgegen. Tut mir leid, daß er sich jetzt nicht mehr im Saal befindet. Aber der Vergleich, der hier angestellt wird hinsichtlich der Höhe des Budgetdefizits des Bundes - es ist nicht meine Aufgabe, das jetzt näher zu erläutern - und dem Budgetdefizit des Landes ist doch etwas sehr weit hergeholt. Ich sage Ihnen nur einige wenige Ziffern dazu: Das Budgetdefizit des Bundes beträgt derzeit 150,3 % des Budgetvolumens. In Niederösterreich haben wir 34,6 % des Budgetvolumens an Defizit. Dieser Vergleich des Schuldenstandes, glaube ich, läßt schon einige Schlüsse zu. Und noch eine zweite Ziffer: Die Pro-Kopf-Verschuldung auf Bundesebene beträgt derzeit 119.600,- Schilling, die Pro-Kopf-Verschuldung in Niederösterreich beträgt derzeit 9.700,- Schilling. Ein weiterer Kommentar, glaube ich, ist dazu nicht mehr notwendig.

Es war zuerst nur einmal der Vergleich Bundesbudget - Landesbudget und Schuldenstand. Daher sage ich das auch so deutlich. Deshalb, meine Damen und Herren, weil wir in der Zeit gespart haben, haben wir auch jetzt den notwendigen und erforderlichen Handlungsspielraum. Und auch 1994 werden zusätzliche Wirtschaftsimpulse zu setzen sein. Heute hat Landesrat Mag. Freibauer das bereits angesprochen. Eine Milliarde Schilling steht zusätzlich in diesem zu beschließenden Budget zur Verfügung.

Auch wenn die Einnahmen nur um 5 % steigen, so müssen wir auf der anderen Seite eine Ausgabensteigerung, die darüber liegt, auch in so einer Situation vertreten. Ohne diese Steigerung der Ausgaben laufen wir nämlich Gefahr, einer weit negativeren Wirtschaftsentwicklung zu unterliegen. Und das sollte man einmal sehr bewußt

auch zur Kenntnis nehmen. Die öffentliche Hand muß einfach - und dazu besteht gar keine andere Alternative, keine andere Möglichkeit - diese Investitionen tätigen, damit es uns morgen nicht leid tut, das versäumt zu haben. Damit es für uns morgen auch noch eine Position gibt, die es uns vertreten läßt, solche Ausgaben auch zu verantworten.

Der Budgetschwerpunkt, meine Damen und Herren, liegt natürlich auf der Arbeitsplatzsicherung. Die Absicherung der Arbeitsplätze und die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist einfach ein Gebot der Stunde geworden. Handel, Gewerbe, Industrie können mit 20 % mehr aus dem Budget rechnen. Die Fremdenverkehrsförderung sogar mit 23 % mehr. 1993 wird für die Arbeitsplatzsicherung und Arbeitnehmerförderung bereits rund ein Drittel des gesamten Budgets ausgegeben. Und 1994 liegen wir sogar noch um 3,7 % über den Daten des Jahres 1993. Das sind insgesamt fast 14 Milliarden Schilling. Steigerung beim Schul- und Kindergartenfonds um 31 %. Kulturausgabensteigerung 11 %, Spitalsausbau-Steigerung 17 %, Wohnbauförderungsmittel-Steigerung 10 %.

Meine Damen und Herren! Ich habe bewußt nur einige dieser Eckdaten aus dem Voranschlag und aus dem Entwurf herausgegriffen. Ich glaube, sie zeigen, daß wirklich alles unternommen wird, um das Wirtschaftsrad in Niederösterreich auch in Schwung zu halten. Ich möchte aber bewußt auch das Kapitel Verkehr noch einmal herausgreifen, weil Kollege Dr. Bauer vorhin auch darauf eingegangen ist. Und ich freue mich, daß diese doch jetzt sehr weit bereits übereinstimmende Feststellung hinsichtlich der Priorität des Nahverkehrs mit all den Konsequenzen, die sich daraus ergeben, vorhanden ist und getroffen wurde. Und daß das leidige Thema, das wir im Landtag im heurigen Jahr lange Zeit diskutiert haben und zu dem wir auch den Standpunkt vertreten haben, Semmeringtunnel Ja, aber nicht als Priorität, doch jetzt diese Übereinstimmung finden konnte. *(Abg. Dr. Bauer: So habe ich das nicht verstanden!)* Herr Kollege Dr. Bauer! Ich habe es jedenfalls so ver-

standen, und daher diese Interpretation jetzt noch einmal. (*Abg. Dr. Bauer: Sie sollten es so verstehen, wie ich es gesagt habe!*) Ich glaube, eines ist klar, Herr Kollege Dr. Bauer. Eines ist klar, und lassen wir das andere jetzt einmal im Moment beiseite: Der Ausbau der Nahverkehrslinien besitzt eindeutig Priorität. Das ist, glaube ich, etwas, was wir auch für unsere Landesbürger versuchen sollen und müssen, möglichst rasch umzusetzen. Es geht um die Frage und die Probleme von rund 200.000 Pendlern in Niederösterreich. Es geht darum, daß hier die Verkehrsverbindungen und die Möglichkeiten des öffentlichen Verkehrs sehr, sehr rasch verbessert werden. Und es geht auch darum, daß nicht Einschränkungen erfolgen, daß nicht Zugverbindungen verringert werden und daß hier die Möglichkeit einer besseren Auslastung des öffentlichen Verkehrs damit auch erreicht wird.

Wir erleben auf den Straßenverkehrsadern in unserem Bundesland tagtäglich Verkehrsinfarkte. Erst heute in der Früh hat es wieder einen derartigen Fall gegeben. Und ich glaube, es muß uns gemeinsam, meine Damen und Herren, gelingen, auch den Individualverkehr verstärkt auf die Schiene umzuleiten. Dies kann nur dann möglich sein, wenn wir diese Konsequenz gemeinsam gehen, den Ausbau des öffentlichen Verkehrs voranzutreiben. Der muß attraktiver gestaltet werden, der muß natürlich auch besser annehmbar werden für alle Verkehrsteilnehmer.

Ich glaube aber, bei all diesen Überlegungen, meine Damen und Herren, dürfen wir auch auf die Schwächeren nicht vergessen. Und da darf ich noch einmal darauf hinweisen, daß die Ausgaben für soziale Wohlfahrt in diesem kommenden Budget um 22 % steigen werden. Das sind Investitionen, die sich im Interesse unserer Bürger auch lohnen. Wenn man von Sozialpolitik spricht, dann muß man auch danach handeln. Und dieser Investitionsrahmen ist ja nicht nur ein Impuls für unsere Wirtschaft, das sollte man daneben nicht vergessen, aber es sind Investitionen, die auf dem Sektor der Gesundheitspolitik, der Pflege der alten Menschen auch entsprechende Erleichterungen mit sich bringen. Es wurde heute schon gesagt, ein Meilenstein ist die im Juli 1993 eingeführte Pflegevorsorge. Auch dafür ist das Land mit entsprechenden Kosten beteiligt, die in dieser Steigerung von 22 % des Sozialbudgets natürlich inkludiert sind.

Ich glaube, eines sollte man dabei noch als wichtig anführen. Das ist die relativ gute wirtschaftliche Situation, vor allem in der Bauindustrie in Niederösterreich, die auch zu einem

nicht geringen Teil auf die bereits begonnenen Bauarbeiten der Landeshauptstadt mit all den Umwegrentabilitäten, die sich dabei ergeben, zurückzuführen ist. Insgesamt sind ja bereits 1,2 Milliarden Schilling vergeben. Und 1994 wird zügig weitergebaut werden. Die Landeshauptstadt in Niederösterreich, meine Damen und Herren, trägt nicht nur zu einem gesteigerten Selbstwertgefühl der NÖ Landesbürger bei. Sie wirkt auch - und das haben wir als Österreichische Volkspartei immer wieder auch festgestellt und heute können wir das längst beweisen - sie wirkt auch als eine Konjunkturlokomotive in Niederösterreich.

Wir müssen in Zukunft aber, meine Damen und Herren, auch verstärktes Augenmerk auf die Qualifikation unserer Arbeitnehmer in Niederösterreich richten. Wir müssen verstärktes Augenmerk auf eine gute und praxisorientierte Ausbildung legen. Und deshalb haben wir als Österreichische Volkspartei im Herbst dieses Jahres eine wie ich glaube vielbeachtete Enquete zum Thema Fachhochschulen veranstaltet. Das Fachhochschulgesetz des Bundes ist ja bereits in Kraft getreten und nun gilt es, optimale Angebote und auch Standorte zu finden. Und wir wollen - und das sollte unser gemeinsamer Wille auch sein - bereits mit dem Schuljahr 1994/95 die Fachhochschule in Niederösterreich verwirklicht sehen.

Wir werden alles daransetzen, dieses Ziel zu erreichen. Genauso, mit derselben Konsequenz, wie wir das seinerzeit auch bei der Schaffung der Donau-Universität in Niederösterreich getan haben. Eine Universität - und das können wir heute doch mit einem gewissen Stolz behaupten - eine Universität neuen Typs und neuen Stils. Und auch hier werden im kommenden Jahr, im Jahr 1994 die letzten Weichen zum Start dieser Donau-Universität in Niederösterreich gestellt werden.

Ich glaube, wir müssen auch mehr tun für die Ausbildung unserer Lehrlinge. Auch hier sollte man mehr Initiativen setzen, auch hier sollten wir besonderes Augenmerk auf eine Qualifikation der Lehrlinge, auf eine bessere Ausbildung, auf eine internationale Ausbildung legen. Ich bedanke mich. Es ist ja nur ein kleiner Teil davon bei der

Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop, die dieses Modell der "Eurowalz" vor einiger Zeit vorgestellt hat. Es ist einmal ein Beginn. Und wir sollten also damit ansetzen und versuchen, gemeinsam diese Idee auch weiterzutragen und auf eine breitere Ebene zu stellen.

Für die NÖ Volkspartei, meine Damen und Herren, ist die derzeitige Wirtschaftslage, und das darf ich einmal so formulieren, eine besondere Herausforderung. Eine Herausforderung, weil sie alle Kräfte aufruft, die Bewältigung der schwierigen Wirtschaftslage auch vorzunehmen. Und wir betrachten dies als eine Herausforderung auch für unsere Landtagsarbeit.

Die schon Ende des Jahres 1992 eingeleiteten Maßnahmen, darauf habe ich vorhin verwiesen, greifen bereits. Und ich bin überzeugt davon, daß auch die Maßnahmen aus dem Budget 1997 die notwendigen Impulse auslösen werden. Impulse wollen wir 1994 auch hinsichtlich der europäischen Integration, eines gemeinsamen Marktes, einer Europäischen Union, setzen. Und hier ist vor allem auch, heute schon erwähnt, das Standbein in Brüssel, wie wir glauben, ein wesentlicher Weg dorthin. Niederösterreich soll einen eigenen Vertreter in Brüssel installieren, die Initiativen dazu hat Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll bereits gesetzt. Gleichzeitig wird es notwendig sein, in Niederösterreich selbst entsprechende Begleitmaßnahmen zu treffen beim Amt der Landesregierung, bis zum derzeit ja schon bestehenden Europa-Referat.

Wir wollen - und ich glaube, da wird es auch keinen Widerspruch geben - Niederösterreich zu einer Musterregion im neuen Europa machen. Dazu bedarf es noch vieler, vieler Überlegungen und auch entsprechender Verhandlungen. Ich bin da wirklich in vielen Dingen einer Meinung mit dem, was vor mir heute schon gesagt worden ist. Wir werden deshalb rechtzeitig darauf achten, daß wir auch in Brüssel beachtet werden. Daß wir dort Beachtung finden und zwar mit dem notwendigen Selbstbewußtsein und da ganz besonders für die Anliegen der Regionen. Nur wer rechtzeitig seine Vorstellungen auch anmeldet, kann, so glaube ich, mitreden und auch für die Zukunft mitgestalten.

Gestatten Sie mir daher auch noch eine Bemerkung zu einem Thema, das vergangene Woche bei der Landeshauptleutekonferenz Mittelpunkt der Beratungen gewesen ist. Nämlich die bevorstehende Bundesstaatsreform. Es könnte jetzt lapidar klingen, wenn ich feststelle, daß in unserer Verfassung ganz vorne geschrieben

steht, Österreich ist ein Bundesstaat. Nur manchmal habe ich den Eindruck, meine Damen und Herren, daß es sogar gut ist, daß das dort steht. Denn wenn man die Verfassung weiter liest und wenn man sich die Praxis anschaut, kommt man sonst vielleicht gar nicht auf die Idee, daß dem so wäre. Ich finde es jedenfalls bedauerlich, was die Länder in den Verhandlungen mit dem Bund über eine Strukturreform in den letzten Wochen und Monaten erleben mußten. Die Länder haben ihre Forderungen immer wieder mit dem Eintritt Österreichs in eine große Europäische Union verknüpft. Und ich glaube, das zu Recht. Wie will den ein Land, wie will denn ein Staat Österreich in der Runde der europäischen Staaten glaubwürdig seine Interessen und seine Eigenständigkeit vertreten, wenn er nicht fähig ist, in seinem eigenen Bereich regionale Erfordernisse ernst zu nehmen und zu berücksichtigen. Und hier hat der Bund den Ländern früher immer wieder vorgeworfen, sie würden Regionalisierung und Dezentralisierung für sich fordern, im eigenen Bereich aber gegenüber den Gemeinden nichts davon wissen wollen. Ich glaube, da kann man nur mit einem alten Sprichwort und einem alten Zitat antworten: Jeder möge vor seiner eigenen Tür kehren! Die Länder sind gut beraten, meine Damen und Herren, wenn sie sich nicht durch die immer hektischer werdenden Integrationsverhandlungen unter Zugzwang setzen lassen. Das Thema einer gerechten, ausgewogenen bundesstaatlichen Struktur Österreichs ist und bleibt unabdingbar. Und bleibt es, egal wann eine Volksabstimmung über die Europäische Union und Gemeinschaft stattfindet und bleibt es auch, egal wie diese Abstimmung ausgeht. Von der ich allerdings sehr stark hoffe, daß sie positiv ausgehen möge.

Lassen Sie mich abschließend, meine Damen und Herren, eines noch feststellen. Wir als Österreichische Volkspartei bekennen uns zur Zusammenarbeit aller positiven politischen Kräfte in diesem Land. Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten hat politisches Hickhack, wie ich glaube, keinerlei, absolut keinerlei Daseinsberechtigung. Und auch Populismus hat überall dort nichts verloren, wo es um die Anliegen der NÖ Landsleute geht. Die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher haben der Österreichischen Volkspartei bei der Landtagswahl im heurigen Wahljahr eindeutig das meiste Vertrauen ausgesprochen. Sie haben unserer Partei allerdings die Möglichkeit der Alleinentscheidung in diesem Landtag versagt. Als Mandatar der Österreichischen Volkspartei mag ich dies sicher bedauern. Es kann aber nicht unsere Aufgabe sein, am Wählerwillen herumzuinterpretieren oder ihn gar

zu kritisieren. Wir müssen die neuen Chancen, meine Damen und Herren, die uns diese heutige Zusammensetzung des NÖ Landtages gibt, im Interesse des Landes und seiner Bürger nützen.

Worin liegen diese Chancen? Sie liegen darin, daß ein stärkerer Wettbewerb herrscht. Daß man sich bemühen muß, gemeinsame Lösungen zu finden. Daß verhandelt werden muß. Daß es manchmal notwendig ist, um diese gemeinsamen Lösungen auch zu ringen, weil eben keine Seite, keine Fraktion in diesem Haus allein entscheiden kann. Ein solcher Wettbewerb, meine Damen und Herren, ist gesund und ist sicherlich auch im Interesse der Sache gelegen. Nicht nur in der Wirtschaft, auch in der Politik. Manche in diesem Haus wollen vielleicht diesen direkten Wettbewerb nicht so deutlich haben. Sie halten nicht viel vom Verhandeln, vom gegenseitigen Austausch der Argumente, vom Ringen um eine möglichst breite Lösung. Die, wenn auch knappe Mehrheit der niederösterreichischen Wähler will aber, ich glaube so kann ich das interpretieren, in dieser Legislaturperiode nicht, daß die ÖVP im Landtag allein entscheidet. Sie kann und muß das Wahlergebnis so interpretieren. Wir sind als Demokraten auch bereit dazu, daraus die Konsequenzen zu ziehen. Was aber, nicht eine knappe, sondern eine überwiegende Mehrheit der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher bestimmt nicht will, ist, daß anstelle eines ÖVP-Monopols ein gemeinsames Diktat aller anderen Parteien tritt. Ein Diktat gegen die Mehrheitspartei! *(Beifall bei der ÖVP. - Unruhe bei der SPÖ.)*

Versuchen wir einmal, meine Damen und Herren, im Wettstreit der Ideen, optimale Lösungen für unser Land zu finden. *(Neuerlich Unruhe bei der SPÖ.)* Meine Damen und Herren! Hören Sie mir zu! Versuchen wir in Niederösterreich gemeinsame Lösungen zu finden. Aus diesen Zwischenrufen erkenne ich, daß ich mit der Feststellung scheinbar doch recht gehabt habe. Versuchen wir, für die Menschen in Niederösterreich im Ideenwettstreit gemeinsame Lösungen zu finden. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Uhl: Das machen wir seit 1945, ohne Partei-Interessen zu vertreten!)*

Ich glaube, eines wird uns gut anstehen im Zuge einer Entwicklung, die die gemeinsamen Kräfte erforderlich macht: Das Beste ist für Niederösterreich gerade gut genug! *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Im Rahmen der Generaldebatte liegt keine weitere Wortmeldung vor. Der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. Dr. PROBER (ÖVP): Ich verzichte!

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich ersuche das Hohe Haus, in die Spezialdebatte einzugehen und lasse darüber nun abstimmen. *(Nach Abstimmung über das Eingehen in die Spezialdebatte):* Einstimmig angenommen!

Ich beabsichtige, bei der Spezialdebatte die Beratung und Beschlußfassung des ordentlichen Teiles über alle Gruppen, des außerordentlichen Teiles zu den Gruppen 0, 1, 2, 4, 5, 6, 8 und 9, des Konjunkturausgleichsteiles zu den Gruppen 5 und 6 sowie des Dienstpostenplanes 1994 je unter einem abzuführen und nach Verabschiedung des ordentlichen Teiles, des außerordentlichen Teiles, des Konjunkturausgleichsteiles sowie des Dienstpostenplanes über den Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1994 als Ganzes hinsichtlich Erfordernis und Bedeckung und über den Antrag des Finanz-Ausschusses zum Voranschlag Punkt I bis Punkt VIII abstimmen zu lassen. Bei der Abstimmung über die einzelnen Gruppen des Voranschlages beabsichtige ich, zunächst über allfällige Abänderungsanträge zu den drei Teilen des Voranschlages 1994, dann über die Gruppe selbst und zum Schluß über allfällige und zu der jeweiligen Gruppe eingebrachte Resolutionsanträge abstimmen zu lassen. Ich nehme an, Hohes Haus, daß dafür Einverständnis gegeben ist? *(Keine Wortmeldung.)*

Damit ist diese Vorgangsweise gebilligt. Nunmehr bitte ich Dr. Prober, zur Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, ordentlicher und außerordentlicher Teil, zu berichten.

Berichterstatter Abg. Dr. PROBER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich berichte über die Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung. Diese enthält

Landtag, Landesregierung, Amt der Landesregierung, Bezirkshauptmannschaften, Sonderämter, sonstige Aufgaben der allgemeinen Verwaltung, Personalvertretung, Pensionen und Personalbetreuung.

Im ordentlichen Teil werden Ausgaben von S 6.094,771.000,- ausgewiesen, denen Einnahmen von S 745,573.000,- gegenüberstehen. Der Anteil der Ausgaben am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles beträgt 14,82 %.

Im außerordentlichen Teil sind Ausgaben von S 88,232.000,- und Einnahmen von S 1.000,- vorgesehen.

Sehr verehrter Herr Präsident, ich bitte die Debatte einzuleiten.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Als erster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Moser.

Abg. MOSER (ÖVP): Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Regierungsglieder! Hohes Haus!

Wenn man als junger Abgeordneter, oder sagen wir jung gewählter Abgeordneter zum ersten Mal zur Budgetdebatte Stellung nimmt, dann macht man sich als im Landtag Tätiger natürlich sehr genau Gedanken, wie das Landtagsbudget zusammengesetzt ist. Man analysiert das Landtagsbudgets des vorigen Jahres und man blickt natürlich sehr genau darauf, wie denn die Akzente des Landtagsbudgets im zukünftigen Jahr gesetzt werden. Wir wissen, daß dieses Landtagsbudget sehr viel an Programmen beinhaltet. Diese Programme müssen selbstverständlich auch mit den entsprechenden Zahlen und Kontobeträgen erfüllt werden.

Ich darf also schon eingangs vermerken, daß gerade der Bereich der Vertretungskörper, der Bereich der Verwaltung in Zukunft gerade im Zusammenhang mit einem größeren gemeinsamen Europa, wenn auch Österreich dieser Staatengemeinschaft, der Europäischen Union beitrifft, natürlich ganz wesentlich dafür sein wird, wie wir von unserem Lande aus in dieser Region, in diesem Europa zukünftig vertreten sein werden.

Ich darf darauf verweisen, daß gerade den regionalen Überlegungen im Zuge der gesamt-europäischen Politik sehr wesentliche Bedeutung

zukommt. Und ich glaube, es kann uns mit Stolz erfüllen, daß gerade in der NÖ Landespolitik in den jeweiligen Fachbereichen sehr wesentliche Akzente der Regionalpolitik und des Förderungswesens gesetzt wurden. Ich möchte schon feststellen, daß gerade im Agrarbereich eine Verstärkung um 9,4 % des Budgetansatzes erfolgte und daß gerade auch im Zusammenhang mit dem Agrarbudget die bestehenden und erforderlichen Viehexportförderungsmittel in einer entsprechenden Höhe bereitgestellt wurden.

Ich darf also weiters verweisen, daß die gesamte Bereitstellung der Infrastruktur im Agrarbereich entsprechend wichtig im Budget betont wurde. Aber ich rede ja nicht nur zum Agrarbereich, sondern darf auch betonen, daß die bisherigen Budgetansätze des kommenden Jahres auch im Bereich der Wirtschaftspolitik sehr wesentliche konjunkturbelebende Maßnahmen, wie dies in der Generaldebatte schon ausgeführt wurde, beinhalten. Ich verweise auf das gesamte Volumen der Wohnbauförderung, die Akzente der Wirtschaftspolitik und ähnliches. Es wird daher notwendig sein, gerade in Zukunft, wenn die internationale Zusammenarbeit auch für Österreich und damit natürlich auch die gesamte Preisgestaltung stärker greift, daß jene Dinge, die bereits in den Vorverhandlungen mit der Europäischen Gemeinschaft zur Grundlage gemacht wurden, daß gerade die Förderung der Regionen und damit natürlich auch die Förderung der jeweiligen Fachbereiche entsprechend auch in der Europäischen Gemeinschaft Berücksichtigung finden.

Ich möchte, nachdem ich aus dem Agrarbereich komme, natürlich voranstellen das sogenannte "Eurofitneßprogramm", das vielen anderen Ländern, die entsprechende Übergangsfristen gehabt haben, entsprechende Budgetbeträge aus Brüssel und aus den nationalen Budgettöpfen bereitgestellt hat. Diese Maßnahmen sind auch für unsere Veredelungswirtschaft entsprechend notwendig. Wir können sicherlich der Landwirtschaft dann keinen Dienst erweisen, wenn etwa Rohstoffpreise in Chicago gemacht werden und wir mit den Wettbewerbsbedingungen der internationalen Voraussetzungen zum Wettbewerb gezwungen werden. Hier gilt es ganz einfach, eine Feinabstimmung im Zuge der Regionalförderung und dieser politischen Überlegungen vorzunehmen.

Ich möchte besonders darauf verweisen, daß gerade die multikulturelle Landschaftsgestaltung, die wir in Österreich haben, es natürlich auch erfordert, daß wir von allen Bereichen unseres Zu-

sammenlebens, vom Landwirtschaftsbereich, oder dem Wirtschaftsbereich insgesamt, auch von der Gesamtbevölkerung es notwendig ist, daß auch den Fragen des Tourismus - und hier darf ich das NÖ Tourismusleitbild besonders hervorheben - entsprechende Bedeutung zukommt. Die nationalen Bereiche und insbesondere die, wo das Land Niederösterreich budgetmäßig im eigenen Landeshaushalt Einfluß nehmen kann, sind sehr wesentlich. Ich möchte aber darauf verweisen, daß es viele Aufgaben in Zukunft geben wird, auf die wir auch als Landtag von Niederösterreich Bezug nehmen wollen, die wir künftig in unserer Budgetzusammensetzung berücksichtigen müssen. Etwa jener Bereich, der uns im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten verbindet. Und hier gibt es eine ganze Reihe von Berührungspunkten, eine ganze Reihe von Ansätzen, die man ganz einfach national nicht lösen kann. Ich darf nur die ganzen Fragen des Umweltbereiches, des Wirtschaftsbereiches hier anführen und darf vielleicht sehr wesentlich auch betonen, daß gerade mit der Bildung von internationalen Wirtschaftsblöcken die Zusammenarbeit für Niederösterreich als zukünftiger Industriestandort in einem gemeinsamen Europa besondere Bedeutung haben wird. Und ich darf als besonders wichtig hervorstreichen, daß es den Zielsetzungen und der Zielstrebigkeit unseres Herrn Landeshauptmannes zu verdanken ist, daß er zeitgerecht mit den zuständigen Stellen in Brüssel Kontakt aufgenommen hat, um dort für eine entsprechende Vertretung Niederösterreichs zu sorgen. Es ist notwendig, von dort die Informationen zu beziehen, dort entsprechend von den Informationen her am Ball zu sein und diese Informationen und Zielsetzungen ganz einfach rasch hier in Niederösterreich einer entsprechenden Verbreitung zuzuführen. Auf der zweiten Seite ist es notwendig, daß die Interessen des Landes Niederösterreich auch in Brüssel so rasch als möglich eine entsprechende Vertretung finden können.

Ich darf in diesem Zusammenhang als sehr wesentlich das Thema der Verkehrspolitik ansprechen, in der es in Zukunft nicht nur darum geht, die Nord-Süd Verbindung als verkehrssensible Zone in Europa zu berücksichtigen. Sondern daß sehr wohl von unserem Herrn Landeshauptmann und der Vertretung Niederösterreichs hier in Brüssel gefordert wurde, daß gerade die Linien des Ost-West Bereiches, nämlich die Vernetzung der Wasserstraße, der Schiene mit den Autostraßenverbindungen in einer entsprechenden Form hergestellt wird und daß auch diese gesamte Donaufurche zu einer umweltsensiblen Region im Hinblick auf die

Verkehrspolitik entsprechend Berücksichtigung finden kann.

Die NÖ Raumordnungskonferenz hat zeitgerecht entsprechende Vorbereitungen getroffen, um auf die Regionen entsprechend Rücksicht nehmen zu können. Ich habe hier auch die Förderungsabgrenzungen mit dabei, wie in den jeweiligen Zielgebieten im Rahmen des europäischen Strukturfonds die Zielgebieteinteilung erfolgen kann. Und ich darf Ausführungen, die Herr Klubobmann Bauer hier bereits getroffen hat, durchaus positiv gegenüberstehen. Denn es muß eine Forderung von uns sein, daß eine Feinabstimmung zwischen den Zielgebieten innerhalb Niederösterreichs erfolgen kann. Wir wissen, daß das nach derzeitigen Richtlinien sehr schwer möglich ist. Aber eine Verzahnung zwischen den sogenannten Ziel 2-Gebieten und Ziel 5b-Gebieten, wo es darum geht, den Agrarbereich auch in den Ziel 2-Gebieten entsprechend zu fördern, oder daß in diesem Zusammenhang die gewerbliche Wirtschaft und nicht nur allein die Industriestandorte entsprechend berücksichtigt werden, dazu ist erstens einmal die Möglichkeit einer Feinabstimmung, wenn möglich auch einer Verzahnung innerhalb dieser Gebiete zu schaffen. Der dritte Punkt erscheint mir sehr wesentlich: So, wie wir es derzeit im Bereich des Finanzausgleiches, im Bereich der Autonomie der Gemeinden und im Bereich des Ausgleiches, um schwächere Gemeinden auch entsprechend zu unterstützen, denken wir an die Folgen der Steuerreform, sie wurde heute schon angesprochen, ist es hier sehr wesentlich, daß dort, wo EG-Förderungsprogramme nicht greifen können, nationale Förderungsprogramme und insbesondere solche des Landes Platz greifen. Damit hier denjenigen geholfen wird, bei denen entsprechende Notwendigkeit besteht.

Ich darf weiters darauf verweisen, daß es sehr wichtig sein wird für die österreichische Wirtschaft und insbesondere auch für die landwirtschaftliche Veredelungswirtschaft, daß entsprechende Schutzklauseln bei diesen Verhandlungen Berücksichtigung finden. Denn es soll nicht so sein und es kann nicht so sein, daß wir aus Österreich auf Grund unserer geopolitischen Lage ganz einfach zum Lastesel jener Produkte werden, die entlang unserer sehr weiten Grenze zu den neuen Oststaaten oder zu den jungen Oststaaten, wie man sagen möchte, erzeugt werden. Hier muß die entsprechende Verteilung im Zuge auch der Wirtschaftspolitik innerhalb Europas berücksichtigt werden.

Ich darf weiters darauf verweisen und auf das wird besonderes Augenmerk in den Regionen zu legen sein, daß es innerhalb der von der Raumordnungskonferenz eingeteilten Gebiete, Ziel 2-Gebiete, Ziel 5b-Gebiete oder, wenn ich das Burgenland hernehme, Ziel 1, daß es innerhalb dieser Gebiete Konzepte geben muß, wo ganz einfach die Aufgabenstellung innerhalb der Region formuliert wird. Damit meine ich gar nicht Pläne, sondern ich würde vorschlagen, Entwicklungsprogramme zu machen. Diese werden bereits von der österreichischen Raumordnungskonferenz entsprechend vorbereitet. Gerade in meinem Bezirk entsteht eine Frage der Zuordnung. Denn es geht darum, wie der Teil des südlichen Waldviertels von der Struktur her im Rahmen dieser Regionalplanung zugeordnet gehört. Und es geht weiters auch darum, daß in den jeweiligen Vierteln die eigenständige Zielsetzung im Rahmen dieses Programmes durch alle Bevölkerungsgruppen hindurch und insbesondere im Bereich der Wirtschaft, der Landwirtschaft, des Tourismus und der Fragen der Gesellschaftspolitik entsprechende Berücksichtigung in den Regionen finden. Dazu möchte ich betonen und vorschlagen, weil es wichtig ist, daß gerade im Hinblick der Gemeindeautonomie-Überlegungen die Gemeinden, verstärkt auch die Bürgermeister, in diese Konzepte mit eingebunden werden müssen. Denn die sind es letztendlich, die draußen in den Gemeinden die Politik und die Wirksamkeit bezüglich der Bürger entsprechend zu tragen haben.

Ich darf betonen, daß im Zusammenhang mit diesen von der Raumordnungskonferenz oder in Zusammenarbeit mit der Raumordnungskonferenz zu schaffenden Pläne für die entsprechende Berücksichtigung eines fließenden Überganges, die Berücksichtigung der Eigenständigkeit der Region bzw. der dortigen Verantwortungsträger und im besonderen darf ich in diesem Zusammenhang anführen die Bereiche der Wirtschaft, des Tourismus und des Fremdenverkehrs, welche regionsbezogen auf Grund des eigenen Konzeptes berücksichtigt werden sollen. Dann wird es uns gelingen, in den zukünftigen Budgets - und das wird auch notwendig sein - finanziell die entsprechenden Vorkehrungen zu treffen. Für jene Konzepte, die auf der einen Seite kompatibel mit den Leitlinien der Europäischen Gemeinschaft sind, aber auch für jene Gebiete, wo diese Gleichläufigkeit mit den Richtlinien der Europäischen Gemeinschaft nicht vorherrscht. Daß diese nicht durch den Rost fallen. Dann wird es möglich sein, in einem Europa der Regionen Niederösterreich als beson-

dere Musterregion zu verwirklichen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Präsident Haufek.

Abg. Präs. HAUFEK (*SPÖ*): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Abgeordnetenkollegen! Meine Damen und Herren! Hohes Haus!

Ich erlebe in diesem Landtag bereits den dritten Landesfinanzreferenten. Ich habe eigentlich mit großem Interesse den Ablauf der letzten Sitzung des Finanz-Ausschusses verfolgt, weil in Beantwortung der Stellungnahmen, zu den Fragen der Abgeordneten zum Voranschlag 1994 Landesfinanzreferent Mag. Freibauer immer wieder - und zwar so wie bisher noch kein anderer der ihm vorangegangenen Finanzreferenten - darauf hingewiesen hat, daß eigentlich der Landtag die Budgethoheit habe. Meine werten Kollegen! Wäre ich Arzt, Psychiater und Landesrat Freibauer mein Patient, ich müßte die Diagnose stellen, daß der Landesfinanzreferent eigentlich mit dem, was er uns da zum ersten Mal als seine Leistung, als seinen Landesvoranschlag zusammengezimmert hat, selbst nicht ganz einverstanden ist. Und er sucht daher irgendwo im Unterbewußtsein nach einer Rechtfertigung. Und er kommt immer wieder auf den Landtag zurück, der tatsächlich die Budgethoheit hat und die Verantwortung. Zumindest haben diese Verantwortung jene Abgeordneten, die für diesen Voranschlag stimmen werden.

Ich darf die Ängste beseitigen: Wir haben in der Regierung, wir haben im Finanz-Ausschuß den einzelnen Gruppen und damit auch dem Gesamtvoranschlag die Zustimmung gegeben. Und das wird so auch hier im Landtag der Fall sein. Nur, Herr Finanzreferent, ein sehr hartes Eingehen auf Deinen Voranschlagsentwurf und auch unserer Versuch, daß wir für die Zukunft neue Schienen legen wollen, das wird sich der Landesfinanzreferent, daß wirst Du Dir gefallen lassen müssen. Wie ich überhaupt meine, daß der Landesfinanzreferent, aber auch alle anderen Regierungsmitglieder, niemand ausgenommen, alles, was von den Abgeordneten hier zur Diskussion gestellt, angeregt, ja möglicherweise beschlossen wird, dem Willen des Gesetzgebers entsprechend auch sehr ernst zu nehmen hat. Es hat uns Landesrat Freibauer - er hat es heute schon selbst erwähnt - einen Voranschlag präsentiert im Vorjahr, den noch ein anderer erstellt hat. Und ich war eigentlich wirklich voll der Überzeugung, der Meinung, daß auch schon vom Werdegang des Kollegen Freibauer heraus vom

Kommunalpolitiker zum Bürgermeister, zum Landesobmann des ÖVP-Gemeindevertreterverbandes eigentlich der nächste, der heurige Landesvoranschlag doch nach etwas anderen, neueren Gesichtspunkten erstellt werden würde. Ich war auch immer der Meinung, ich war eigentlich froh, daß ein Kommunalpolitiker Landesfinanzreferent geworden ist, daß es im Verhalten des Landes zu den Gemeinden auch zu einer neuen Gesinnung kommen könnte. Selbstverständlich im Wissen darum, daß natürlich der Landesfinanzreferent mit seiner neuen Aufgabe sehr viel Verantwortung zu tragen hat.

Es hat sich im Laufe dieses Jahres, vor allem bei diesen Kommunalgipfeln, die wir in Niederösterreich Gottseidank abhalten, doch einiges sehr Enttäuschendes ereignet. Wobei auch manche der Feststellungen vielleicht witzig gemeint waren. Aber ich habe sie schon sehr ernst genommen, wenn in Anwesenheit des Landesfinanzreferenten einige Male gemeint wurde, ob ich nicht wisse, daß das Sein das Bewußtsein bestimme. Bestenfalls weist das auf die Richtigkeit der Thesen eines sonst verpönten Karl Marx hin. Aber ich bin schon der Meinung, daß Persönlichkeiten sich auch von diesen Thesen etwas abheben könnten.

Ich meine ja überhaupt, ich bitte mir diese Bemerkung zu gestatten, daß es bei der Berufung des Kollegen Mag. Freibauer in die Landesregierung auch so sein könnte, daß dem Herrn Landeshauptmann der eigene Gemeindevertreterverband zu selbständig, zu mächtig, zu eigenständig geworden ist. Und daß daher die Berufung des Landesobmannes dieses Verbandes in die Regierung eigentlich auch das Köpfen einer Bewegung hätte bedeuten können. Weil ich überzeugt davon bin, daß ein Dr. Pröll eigentlich niemals etwas dem Zufall überläßt! Sondern sehr bewußt nachdenkt, was er tut. Und obwohl der nachfolgende Landesobmann, der Abgeordnete Franz Rupp, bei der Vorwahl in seinem Bezirk der Erstgereichte war, ist er nicht in den Landtag gekommen. Da war die Spitze des ÖVP-Gemeindevertreterverbandes, dieser mächtigen Organisation der Vertretung von über zwei Drittel der NÖ Gemeinden, denn wir haben nur ein Drittel mit unserer Mehrheit, auch keine Parteiennotwendigkeit. Die hat auf andere zugefallen. Nun ist das sicherlich ureigenste Sache der Österreichischen Volkspartei. Aber ich muß mich doch fragen, ja was hat denn die Kommunalpolitik, von der immer so viel geschrieben und geredet wird, die auch heute bereits besprochen wurde, tatsächlich für eine Bedeutung in dieser niederösterreichischen Volkspartei? Ich entnehme

dem Organ des ÖVP-Gemeindevertreterverbandes, niemand hatte wirklich Verständnis dafür, daß der Landesobmann des Verbandes aus dem Landtag vertrieben wurde. Und die Antwort unseres Herrn Landeshauptmannes, möglicherweise auch als Landesparteiobmann, war, ich verstehe mich unabhängig von dieser personellen Frage als Gesprächspartner der Gemeinden des Landes, der für die kommenden Anliegen ein offenes Ohr haben wird. Nun, ich meine, der Kommentar dazu ist wirklich überflüssig!

Bei all den Einbegleitungsreden, die hier all die Jahre hindurch gehalten wurden, hat es immer von den Landesfinanzreferenten das große Bekenntnis zu den NÖ Gemeinden gegeben. Es wurde auch sehr stark hervorgehoben, was das Land alles leistet für die Gemeinden dieses Landes. Und am lautesten war dies im Dezember 1989, da stand ja schließlich das Jahr der Gemeinderatswahlen vor der Tür. Und ich erinnere daran: "10 Millionen täglich; 3,5 Milliarden für die Gemeinden" wurde hier im Haus und landauf, landab überall propagiert. Und tatsächlich, meine Damen und Herren, hat die Leistung des Landes damals 168 Millionen Schilling betragen. Und nach Freibauer, heute auch nachlesbar, stehen für das kommende Jahr 3,9 Milliarden zur Verfügung. Tatsächlich werden es wiederum nur etwa 727 oder 728 Millionen sein. Aber es ist damit immerhin der höchste Betrag, der jemals für die Gemeinden bereitgestellt wurde. Wie kommt es eigentlich zu diesen Differenzen? Da wird nämlich nicht beachtet, daß zu den Leistungen des Landes für die Gemeinden die Gemeinden auch selbst finanzielle Mittel bereitstellen, durch die heute bereits strapazierte Landesumlage. Durch ihre Beiträge zum NÖKAS, für ihre Beiträge in der Sozialhilfeumlage. Oder auch durch Bereitstellung von Bedarfszuweisungsmitteln, wie das im Schulbaufonds oder im Wasserwirtschaftsfonds geschieht. Und weil nicht beachtet wird, daß für die sogenannten Gemeindeförderungen auch zweckgebundene Mittel für die Gemeinden aus dem Finanzausgleich herangezogen werden. Etwa die § 21-Mittel für finanzschwache Gemeinden, immerhin auch 140 Millionen, von den Bedarfszuweisungen, die der Finanzreferent ausdrücklich angenommen hat, gar nicht zu reden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Wie sehr sich das Land auch mit fremden Federn schmückt und in die Gemeindeförderung verschiedenes versteckt, das geht aus dem bisher einzigen dem Landtag vorgelegten Gemeindeförderungsbericht hervor, der hier im Haus am 2. Juli 1992 behandelt wurde. In diesem

Gemeindeförderungsbericht werden neben Globalsummen nämlich auch detaillierte Angaben gemacht. Förderungen für Gemeinden werden ausgewiesen als Beiträge zur Wissenschaftlichen Landesakademie für Niederösterreich, für wissenschaftliche Arbeiten, für die darstellende Kunst, für zeitgenössische Literatur, für Denkmalpflege, ja für die Versorgung der NÖ Krankenhäuser, für den Naturschutz, für Fremdenverkehrswerbung und für das Grenzland-Sonderförderungsprogramm der Landwirtschaft. Und ich meine, das geht doch wirklich ein wenig zu weit! Wir haben über ein Jahrzehnt diesen Gemeindeförderungsbericht hier in diesem Haus beantragt und genauso wie wir ihn laufend beantragt haben, hat die ÖVP das laufend abgelehnt. Wir haben eigentlich schon gewußt bei unserer Antragstellung, was für ein Schicksal unser Antrag erleiden wird.

Meine Damen und Herren! Der Verdacht, daß es sich dabei nicht nur um das Herzeigen von Stärke und Macht handeln kann, sondern daß die Verhinderung der Transparenz auch dann zur Verschleierung dienen müßte, dieser Verdacht ist natürlich bei uns immer stärker geworden. Am 13. Juli 1991 haben wir schon die Abschaffung der Landesumlage behandelt. Damals haben wir einen eigenen Resolutionsantrag vorgelegt mit dem Ziel, daß ein Gemeindeförderungsbericht ressortübergreifend dem Landtag zur Verfügung gestellt werden solle. Aus diesem Antrag des Abgeordneten Icha ist dann ein gemeinsamer Antrag geworden der Abgeordneten Icha und Rupp. Und diesen Antrag hat der damalige Klubobmann-Stellvertreter und Obmann des ÖVP-Gemeindevertreterverbandes sogar noch verlesen. Dieser Resolutionsantrag wurde mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ angenommen. Also auch mit der Stimme des

Abgeordneten Freibauer, der aber nun, nachdem der Gemeindeförderungsbericht nicht zeitgerecht vorgelegt wurde, diesen mit seiner Stimme beschlossenen Resolutionsantrag eigentlich selbst mißachtet hat. Nun hat er eine sehr interessante Begründung abgegeben in seiner Beantwortung. Kollege Freibauer sagt nämlich oder schreibt, für 1993 habe ich bisher Abstand davon genommen, weil der Bericht in dieser Form nicht die einhellige Zustimmung des Landtages gefunden hat. Und er meint, daß auch zu bedenken wäre, daß mit einem so ressortübergreifenden, detaillierten Bericht ein wesentlicher Verwaltungsaufwand verbunden sei. Nun, dieser Begründung des Verwaltungsaufwandes kann ich im Zeitalter der EDV überhaupt nicht folgen, noch dazu, da es ja derartige Berichte in diesem Land seit langem, etwa in der Kultur gibt.

Nachdem sehr viele Abgeordnete hier neu sind im Landtag werden die meisten diese Story des Gemeindeförderungsberichtes nicht kennen. Schon 1984 haben auf Anfrage der sozialdemokratischen Abgeordneten die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder Dr. Brezovszky und Ernst Höger einen detaillierten Förderungsbericht vorgelegt. Der Herr Landeshauptmann Ludwig und Landesrat Blochberger haben Globalsummen geliefert, wie im letzten, bisher einzigen Förderungsbericht. Und das Interessante ist, daß damals den sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern, die die Anfrage ganz korrekt beantwortet haben, der Bruch der Verfassung, der Bruch der Amtsverschwiegenheit vorgeworfen wurde. Und ihre Beantwortung wurde auch von der Mehrheit des Hauses nicht zur Kenntnis genommen. Hingegen die nichtssagenden globalen Beantwortungen der ÖVP-Regierungsmitglieder sehr wohl. Wenn Sie das Protokoll dieser Sitzung nachlesen, dann werden Sie dort feststellen, daß der den Vorsitz führende Präsident Reiter den ÖVP-Antragsteller hat die Anträge wiederholen lassen. Scheinbar hat auch der Präsident Reiter nicht geglaubt, was der Antragsteller hier als Antrag formuliert hat.

Nun, am 13. Juni 1991 hat der Landtag diesen gemeinsamen Antrag gestellt. Gegen die Form haben sich unsere Regierungsmitglieder ausgesprochen. Ich bin eigentlich froh darüber, daß unser Antrag für einen echten Gemeindeförderungsbericht nun auch von der Österreichischen Volkspartei als richtig anerkannt wird und daß für die ÖVP Ing. Gansch diesem Resolutionsantrag zur Gruppe 0 des Voranschlags des Landes Nieder-

österreich für das Jahr 1994 betreffend Vorlage eines Gemeindeförderungsberichtes beigetreten ist. Herzlichen Dank dafür (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Präs. Haufek und Ing. Gansch zu Gruppe 0 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1994, Ltg. Zl. 52, betreffend Vorlage eines Gemeindeförderungsberichtes.

In seiner Beantwortung zu einer diesbezüglichen Anfrage weist Landesrat Mag. Freibauer darauf hin, daß frühere Gemeindeförderungsberichte in ihrer damaligen Form nicht die einhellige Zustimmung des Landtages gefunden haben, er selbst einen detaillierten und ressortübergreifenden Förderungsbericht nicht erstellen könne und mit der Erstellung eines derartigen Berichtes ein beträchtlicher Verwaltungsaufwand verbunden wäre.

Zweifellos ist es richtig, daß mit der bloßen Auflistung bestimmter Voranschlagsstellen weniger Aufwand verbunden ist als mit einem ressortübergreifenden und detaillierten Gemeindeförderungsbericht; für die Transparenz der Verwaltung und die Kontrolle der Förderungsvergabe kann jedoch wohl ein entsprechender Aufwand verantwortet werden.

Die Landesregierung wird daher neuerlich aufgefordert, dem Landtag zugleich mit dem Rechnungsabschluß einen jährlichen Bericht vorzulegen, in welchem

- ein Gesamtbericht des Finanzreferenten,
- die Berichte der einzelnen Regierungsmitglieder aus ihren Ressorts und
- die Berichte der ECO PLUS und der Fonds mit Rechtspersönlichkeit

über die an Gemeinden und Gemeindeverbände gewährten Förderungen enthalten sind."

Ich glaube, wenn wir diesen Resolutionsantrag annehmen, die Regierung das auch so durchführt, dann wird die Debatte um einen Gemeindeförderungsbericht ein für alle Male auch beendet sein.

Meine Damen und Herren! Es trommelt unser Landesfinanzreferent ja schon sehr lange die Sparwelle für den Landesvoranschlag 1994. Du

hast heute die ungünstige Wirtschaftslage genannt, die besorgniserregende Entwicklung der Abgabenertragsanteile, auch die Auswirkungen der Steuerreform. Das sind ja alles Kriterien, die nicht nur das Land treffen, sondern im gleichen Maße auch die Gemeinden dieses Landes. Jene Gemeinden, die als die größten öffentlichen Investoren sehr wesentlich und für die regionale mittelständige Wirtschaft von größter Bedeutung sind. Und es drückt ja die Schuldenlast die Gemeinden am meisten. Nach einem Bericht des Wirtschaftsforschungsinstitutes haben die Gemeinden Niederösterreichs - ich nehme Wien aus - gleich den Ländern der Republik ihren Schuldenstand 1991 um 4,9 Prozent erhöht. Nur bitte, der Schuldenstand der Länder unserer Republik hat 1991 41,5 Milliarden betragen, der der Gemeinden Österreichs jedoch 75,4 Milliarden. Ich habe heute eine Statistik erhalten, in der dargelegt wird die Entwicklung der Pro-Kopf-Verschuldung in den Gemeinden Österreichs, in den Ländern Österreichs. Und interessanterweise, auch wenn das die freiheitlichen Kollegen so beklagen, der Schuldenstand des Landes ist der niedrigste unter allen Ländern der Republik. Der Schuldenstand der NÖ Gemeinden ist jedoch der höchste bei den Gemeinden der Republik.

Es wird also sicherlich noch möglich sein, einige Initiativen hier zu setzen. Und wir haben ja dem Bericht der zuständigen Abteilung von November 1993 entnommen, daß sich der Schuldenstand der NÖ Gemeinden bereits auf 24 Milliarden Schilling erhöht hat. Und ich möchte daher bitten, sowohl diese Adresse an den Bund gerichtet, als auch an die verehrten Regierungsmitglieder in unserem Land, daß, bevor noch so berechnete Anliegen überlegt werden, doch zualtererst Rücksicht genommen wird auf die finanziellen Auswirkungen. Ich darf in Erinnerung rufen, daß wir hier in diesem Haus zum Voranschlag 1992 bereits einen diesbezüglichen Antrag einstimmig beschlossen haben.

Der Wegfall der Gewerbesteuer, das wurde heute schon vom Landesfinanzreferenten erwähnt, trifft natürlich sehr viele Gemeinden negativ. In ihrem Ausgleichsfonds gibt es noch einige Interessenskollisionen zwischen den Ländern und den Gemeinden unserer Republik. Es haben am

Dienstag Finanzausgleichsverhandlungen stattgefunden, ein Lösungsvorschlag zeichnet sich ab. Ich darf ausnahmsweise den Herrn Landesfinanzreferenten loben, natürlich auch unseren Präsidenten als Präsident des Gemeindebundes, weil beide sich sehr um Kompromißlösungen bemüht haben, die letztlich heute um 18 Uhr einer abschließenden Behandlung zugeführt werden. Und ich kann nur hoffen, daß unsere Niederösterreich-Initiativen, wenn ich Dich, Herr Präsident, da auch bezeichnen darf als Niederösterreicher, hier zum Erfolg führen.

Bei den letzten Finanzausgleichsverhandlungen, meine Damen und Herren, da ist natürlich auch unser NÖ Begehren um Abgeltung der Kosten der Zweitwohnsitzer auf der Tagesordnung gestanden. Die Abgeltung, die wir uns wünschen, nämlich über die Abgabenertragsanteile, wird natürlich von allen Ländern, von allen Gemeinden außerhalb Niederösterreichs abgelehnt, weil ja diese Form der Abgeltung dazu führen muß, daß die anderen Gemeinden und Länder weniger an Ertragsanteilen erhalten. Es ist halt so, daß die Solidarität dort aufhört, wo es um das eigene Geld geht. Im Finanzausgleich wurden die Länder ermächtigt, eine Zweitwohnsitzabgabe zu beschließen. Um damit den Gemeinden die Möglichkeit zu geben, per Gemeinderatsbeschluß derartige Abgaben einzuheben. Daß es derartige Wünsche gibt, meine Damen und Herren, das zeigt auch eine Petition einer Reihe von Bürgermeisterinnen von Randgemeinden, die am 3. Juli 1992 an den Bundeskanzler gerichtet wurde mit der Bitte um Einflußnahme auf die Finanzausgleichspartner, auch auf den Finanzminister, damit eine Einhebung von solchen Zweitwohnsitzabgaben ermöglicht wird.

Es haben natürlich, als unser Landesfinanzreferent, als der Landeshauptmann am nächsten Tag in die Medien gegangen ist mit einem absoluten Nein, auch die Bürgermeister, sowohl die erstunterzeichneten ÖVP- auch die sozialdemokratischen Bürgermeister sofort eine andere Meinung gehabt zu diesem Problem. No na! Daß dieses Problem nicht vom Tisch ist und daß wir uns wirklich in aller Ruhe ohne politische Unterstellungen, sondern sehr fair über dieses Problem unterhalten müssen, das zeigt mir auch eine Aussage des von mir hochgeschätzten Badener Bürgermeisters, unseres Kollegen Breininger. Denn in der Neuen NÖN der Woche 31/93 lese ich, "Steuerreform - Gemeinden zittern um Steuermillionen. Bürgermeister fordern Ersatz. Als Vertreter des ÖVP-Wirtschaftsflügels und Buchhändler bringt Breininger der Forderung des Gewerbes nach Abschaffung sogar einiges Verständnis entgegen. Aber zwei Seelen wohnen in seiner Brust. Als

Bürgermeister wolle er diese Einnahmen doch ersetzt haben. Diesen Ersatz kann sich das kurstädtische Oberhaupt durchaus in Form der einige Male schon vorsichtig andiskutierten Abgabe für Zweitwohnsitzer vorstellen."

Gar nichts anderes wollen auch wir, Kollege Breininger! Daß man sich einmal zusammensetzt, das Problem behandelt, überlegt und vielleicht eine Ermächtigung gibt, von der die Gemeinden, Ja oder Nein, auch entsprechend Beschlüsse fassen. (*Abg. Breininger: Das ist auch immer unsere offizielle Linie gewesen!*) O.k., Einverstanden!

Meine Damen und Herren! Wir sind zuletzt noch in einer Frage gefordert. Das ist nämlich die Frage, ob denn diese prähistorische Landesumlage, 1948 geschaffen als Notumlage für das Land in der Zeit nach der Zerstörung des Krieges, heute noch ihre Berechtigung hat. Und daran ändert auch nichts die Feststellung, die ich immer höre, daß ja in Niederösterreich ohnehin dieses Geld wieder an die Gemeinden zurückgeführt wird. Ich habe es immer bedauert, daß eine Vermischung erfolgt. Ich gehe von dem Wort "bewußte Irreführung" ab. Aber eine Vermischung von Bedarfszuweisungen und Landesumlage ist es, weil damit sehr viele Gemeindevertreter verunsichert wurden.

Es ist interessant für uns gewesen, daß der Herr Landesfinanzreferent Freibauer auf eine Resolution unseres Gemeindetages geantwortet hat: Laut Rechnungsabschluß 1991 werden für die Gemeinden Förderungsmittel in der Höhe von 2,4 Milliarden aufgewendet. Das ist natürlich noch eine Feststellung und eine Förderung aus dem Jahre 1992. Und er schreibt auch, daß nach dem Rechnungsabschluß 1991 für die Gemeinden eigentlich im Gegensatz zur Landesumlage 2,4 Milliarden aufgewendet wurden. Kindergärten, Gemeindespitälerabgang, Gemeindespitälerausbau, Landes-Wasserwirtschaftsfonds, Schul- und Kindergartenfonds usw. Aber, meine Damen und Herren, das sind doch alles Maßnahmen, die durch Gesetz, durch Richtlinien geregelt sind. Das sind Aufgaben, bei denen die Gemeinden auch umfangreiche Eigenleistungen erbringen und auch auf bedeutende, sehr bedeutende Beträge aus den Bedarfszuweisungen verzichten. Eigentlich wissen wir es ja seit der Vorlage des Voranschlages 1994 noch besser. Da wird diese Landesumlage von 842 Millionen, als Einnahme veranschlagt, von der bisher allgemeinen Budgetzuführung zweckgebunden ausgewiesen. Scheinbar hat der Herr Landesfinanzreferent, als ehemaliger Gemeindevorstand vom schlechten Gewissen gepackt, hin zu einer Neuregelung tendiert. Nur, Kollege Freibauer: Ich glaube, das

war eine voreilige und unbedachte Handlung. Denn nun wissen wir ja und ich bitte, da aufmerksam zuzuhören, daß sich die Gemeinden die 150 Millionen Strukturhilfe aus der Landeshauptstadtvereinbarung selbst bezahlen durch die Landesumlage. Nun wissen wir, daß zu den 320 Millionen, auf die die Gemeinden verzichteten an Bedarfszuweisungen für den NÖ Kindergarten- und Schulbaufonds, den wir eigentlich als Gemeinden gerettet haben, noch unter Mitwirkung des Kollegen Freibauer, daß die 170 Millionen des Landes, heute steht es auch in der Einbegleitungsrede, auch aus den Bedarfszuweisungen, also auch von den Gemeinden eingehoben, bereitgestellt werden.

(Dritter Präsident Ing. Eichinger übernimmt den Vorsitz.)

Und wir wissen, daß die Kosten der Vergütung für Kindergartenhelfer auch aus der Landesumlage bezahlt werden. Was bedeutet, daß eigentlich die Gemeinden sich diese Kindergartenhelferinnen und -helfer zur Gänze, zu hundert Prozent selbst finanzieren. Und bei der Förderung der Musikschulen ist es gar nichts anderes. Selbst der kürzlich so hoch gejubelte Solidaritätspakt zwischen dem Land und den Gemeinden in der Förderung der Wasserwirtschaft ist eigentlich in Wirklichkeit ein Gemeindeförderungsfonds, durch Gemeindeförderungsmittel finanziert, weil sich die Gemeinden aus Verzicht auf Bedarfszuweisungen, aus der einbehaltenen Landesumlage die gesamte Förderung tatsächlich selbst bezahlen. Und damit, meine Damen und Herren, mit diesem Unrecht muß doch endlich Schluß gemacht werden! Dieses Nehmen und Geben und sich dann noch mit fremden Federn schmücken, was andere für die Gemeinden alles tun, damit muß endlich aufgehört werden im Sinne einer echten Kooperation zwischen Niederösterreich und seinen Gemeinden! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich meine, die Gemeinden selbst durchschauen ja wirklich dieses Spiel von Nehmen und Geben schon sehr lange. Denn sonst könnte es ja nicht sein, ich bringe in Erinnerung, Kollege Freibauer, daß am Gemeindetag des ÖVP-Gemeindevertreterverbandes auch Anträge gestellt und Diskussionen angeregt wurden. Eine finanzielle Stärke der Gemeinden kann nur durch einen zumindest stufenweisen Abbau der Landesumlage erfolgen, lese ich hier in der Zeitung. Das ist interessant, daß wenige Tage, bevor das Landesumlagegesetz hier nur mit den Stimmen der ÖVP beschlossen wurde, eine ÖVP-Mehrheitsgemeinde - zwei Tage vorher - einen Gemeinderatsbeschuß gefaßt hat mit dem Ersuchen, daß

zumindest eine Änderung der Berechnung der Landesumlage erfolgt. Und ganz interessant ist auch die Stellungnahme des ÖVP-Verbandes zur Landesumlage. In der nämlich geschrieben wird, es darf darauf hingewiesen werden, daß die Landesumlage, die nur aus dem historischen Zusammenhang erklärbar ist, dem österreichischen Finanzausgleichssystem widerspricht und bei den Gemeinden das größte Unbehagen hervorruft.

Ja, meine Damen und Herren! Das alles kann doch nicht von uns erfunden sein! Seit über einem Jahrzehnt gefordert, durch die Ausnützung des Initiativrechtes der Gemeinden Niederösterreichs 1982 mit etwa über 300 Gemeinderatsbeschlüssen. Wir haben damals nur 130 Mehrheitsgemeinden gehabt. Und wir müssen uns daher einmal zu einer Änderung bekennen. Wir sind natürlich, Kollege Böhm immer bereit zu Gesprächen. Wir waren es und werden es sein. Doch wenn wir bereit sind zu Kompromissen bedeutet das letztlich, daß auch die andere Seite kompromißbereit sein muß. Es kann doch nicht so sein, daß in diesen Fragen heute noch in diesem Landtag eine Mentalität vorherrscht, wir sind die Mehreren, wir stimmen ab. Das gehört doch der Vergangenheit an! Ich rede hier nicht nur für die 150 sozialdemokratischen Bürgermeister, ich rede und stehe doch ehrlich für die Mehrheit der Gemeinden in diesem Land, ganz wurscht, ob das ÖVP- oder SPÖ-Bürgermeister sind. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich darf einen Resolutionsantrag stellen *(liest)*:

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Haufek zu Gruppe 0 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1994, Ltg. Zl. 52, betreffend Landesumlage.

Die Landesumlage als Umverteilungsinstrument zwischen Gemeinden und Ländern stellt ein Relikt aus jenen Zeiten dar, in denen die Gemein-

den bei einem verhältnismäßig geringen Aufgabenbereich mit sicheren örtlichen Einnahmen rechnen konnten, während hingegen die Länder nur wenig ertragreiche landeseigene Abgaben hatten. Es bedarf keiner weiteren Erörterung, daß sich diese Verhältnisse längst geändert haben und daher die Einhebung einer Landesumlage, mag diese auch verfassungsrechtlich gedeckt sein, den heutigen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnissen der Gebietskörperschaft nicht mehr entspricht. Die diesbezügliche NÖ gesetzliche Regelung ist in gleicher Weise wie der Finanzausgleich mit Ablauf des Jahres 1995 limitiert.

Der Voranschlag des Landes für das Jahr 1994 zeigt durch die neu ausgewiesene Zweckbindung der Landesumlage noch deutlicher als bisher, daß wesentliche Aufgaben der Gemeinden und auch wichtige Förderungen für die Gemeinden ausschließlich mittelbar durch die Gemeinden selbst finanziert werden, ohne daß das Land dazu einen Beitrag leistet. Zweifellos wurden aus den aus der Landesumlage stammenden allgemeinen Deckungsmitteln des Landes dieselben Aufgabenbereiche gefördert; aufgrund der finanziellen Situation der Gemeinden im allgemeinen wäre jedoch eine zusätzliche Landesförderung unter gleichzeitigem Entfall der Landesumlage dringend nötig.

Die Ermächtigung, für die Bundesländer eine Landesumlage einheben zu können, ist durchaus nicht als Verpflichtung der Länder anzusehen, diese in jedem Fall und ohne Rücksicht auf die finanzielle Situation der Gemeinden auch einheben zu müssen. Es scheint daher sinnvoll, daß das Land Niederösterreich bereits im Jahre 1995 zumindest teilweise auf die Einhebung der Landesumlage verzichtet und auch die diesbezüglichen gesetzlichen Grundlagen ändert. Ebenso ist es erforderlich, daß bereits ab dem gegenwärtigen Zeitpunkt seitens des Landes vorgesorgt wird, die notwendigen Gemeindeförderungen mindestens in ihrem derzeitigen Umfang aufrecht zu erhalten und finanziell zu bedecken."

Und im Gegensatz zu unserer bis heute morgens gültigen Auffassung, um einen einstimmigen Beschluß dieses Landtages herbeizuführen, weil das ein Signal wäre für Niederösterreich als Land, für die Gemeinden unseres Landes, um diesen doch einstimmigen Beschluß herbeizuführen Ich setze fort:

"Die Landesregierung wird daher aufgefordert,

- dem Landtag zum ehestmöglichen Zeitpunkt eine dahingehende Abänderung des NÖ Landesumlagegesetzes zur Beratung und Beschlußfassung vorzulegen, welche im § 1 die Senkung des Prozentsatzes von 8,3 % auf 5 % zum Inhalt hat, und zwar im Jahre 1994 so rechtzeitig, daß diese verminderte Landesumlage für den Voranschlag für das Jahr 1995 Anwendung findet, und
- den Voranschlag für das Jahr 1996 derart zu erstellen, daß darauf Bedacht genommen wird, daß durch Ablauf des NÖ Landesumlagegesetzes mit 31.12.1995 die Einnahmepost 'Landesumlage' für das Jahr 1996 nicht mehr zur Verfügung stehen wird,

wobei zumindest die derzeitigen Gemeindeförderungen beibehalten werden sollen."

Ich darf Sie wirklich bitten, diesem Resolutionsantrag Ihre Zustimmung zu geben.

Meine Damen und Herren! Im Frühjahr 1995 werden in Niederösterreich die nächsten allgemeinen Gemeinderatswahlen durchgeführt. Heute wurde schon vom Kollegen Gratzner die Frage des amtlichen Stimmzettels zur Diskussion gestellt. Es hat dazu eigentlich eine ganz eindeutige Feststellung gegeben. Nämlich, daß diese Frage des amtlichen Stimmzettels in Zusammenhang mit der ohnedies notwendig werdenden Novelle zur Gemeindevahlordnung behandelt werden muß. Wobei es natürlich auch notwendig sein wird, nicht nur die Gemeindevahlordnung, sondern auch die Gemeindeordnung auf ihre Zweckmäßigkeit und eine rechtliche Veränderung in Richtung mehr Praxisnähe zu überprüfen.

Es hat auch zur Bürgermeisterdirektwahl wiederholt Stellungnahmen gegeben. Zumeist von Nicht-Kommunalpolitikern. Etwa Feststellungen in der Form, daß bei den Gemeinderatswahlen 1995 natürlich die Bürgermeisterdirektwahl zu erfolgen hat. Nun, ich meine, darüber werden doch auch einmal die Betroffenen selbst mit zu entscheiden haben. Und vor allem wird darüber entscheiden der Gesetzgeber. Wir hier werden auch die Verantwortung für diese Entscheidung zu tragen haben. Wobei ich nicht vergessen möchte, darauf hinzuweisen, daß ja der Verfassungsgerichtshof

zur Bürgermeisterdirektwahl ein vernichtendes Erkenntnis abgegeben hat. Und daß der Bundesgesetzgeber bis heute in wesentlichen Fragen über die Änderung der Bundesverfassung nicht einig ist. Ich möchte für uns sozialdemokratische Abgeordnete feststellen, daß es erstens nur eine gleichzeitige Behandlung geben kann der Gemeinderechte und der Stadtrechte. Wir lassen hier die NÖ Gemeinden, ganz gleich, welchen Status sie haben, nicht auseinanderdividieren. Und zum zweiten, daß wir auch in den anderen Fragen der Gemeindeordnung, der Gemeindevahlordnung für gemeinsame Lösungen eintreten werden. Aber für Lösungen, die dem heutigen Demokratieverständnis entsprechen und die vor allem auch garantieren müssen, daß die Gemeinde als echter Hort der Zusammenarbeit weiterhin erhalten bleibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Denken wir immer daran, daß das Land letztlich die Summe der 569 Gemeinden Niederösterreichs ist. Nur wenn die 569 Gemeinden unseres Landes mittun, mitmachen, mithelfen, mitfinanzieren, dann wird dieses Land eine echte gute Heimat werden können. Um diese Zusammenarbeit, um eine neue Zusammenarbeit, Kollege Freibauer, wollen wir sozialdemokratischen Abgeordneten dieses Hauses, uns einsetzen und uns ständig bemühen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ing. Dautzenberg, ich erteile es ihm.

Abg. Ing. DAUTZENBERG *(LIF)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Die Haushaltsgruppe 0 wurde mit 6,1 Milliarden veranschlagt und weist laut Zahlengebäude 4,1 % Erhöhung gegenüber dem Vorjahr auf. Nach meiner Rechnung, ich habe das heute schon einmal angeführt, ist nach dem Nachtragsbudget eine Dotierung von 6,2 Milliarden im Jahr 1993 vorgesehen gewesen gegenüber 6,1 Milliarden für heuer. Das bedeutet, daß diese Gruppe eigentlich rückläufig budgetiert wurde. Und dies, obwohl verabsäumt wurde, etwaige Gehaltserhöhungen zu budgetieren und man sich außerdem vorgenommen hat, 251 Mitarbeiter aufzunehmen. Das Liberale Forum kann dem nicht zustimmen und ersucht die Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Pröll an der Spitze, zu überdenken, ob im Zusammenhang mit St. Pölten, nachdem wir ja immer wieder gehört haben, daß Rationalisierungsmaßnahmen

eingeleitet sind, hier diese Aufnahme von Bediensteten nicht abgefangen werden kann. Schließlich werden dadurch wieder Mittel gebunden, die die Steuerzahler in unserem Bundesland aufbringen müssen.

Das Budget ist als solches in der Gruppe 0 für uns auch in anderen Punkten nicht ganz verständlich. Wenn man sieht, daß derzeit schon 37 % der Einnahmen für Bedienstete im Aktivdienst und 4,2 Milliarden oder 9 % der Einnahmen für 10.000 im Ruhe- und Versorgungsstand stehende Menschen ausgegeben werden muß, so kann ich mir nicht vorstellen, daß hier eine Erhöhung der Beschäftigtenzahl irgendwie vertreten werden kann. Auch ist es unklar, wieso statt 37 % trotz aller Erhöhungen, etwa der Lohnerhöhungen man heuer mit 36 % auskommen will.

Ich darf einige Beispiele kurz anführen, um darauf hinzuweisen, wo, wie wir glauben, es gewisse Lücken gibt. Zum Beispiel wurde für den Amtsbetrieb der Landesregierung 1993 12 Millionen budgetiert, 16,2 Millionen waren es mit dem Nachtrag. Das neue Budget sieht 8 Millionen vor. Und das trotz der Erhöhungen. Hier kann ja wohl etwas nicht stimmen. Ähnlich schaut es bei der Postsammelstelle aus. 11,4 Millionen gegenüber 13,8, wirklicher Verbrauch. Wieder wurden 11,4 Millionen budgetiert. Ob das Wahljahr damit zusammenhängt, daß man glaubt, daß man jetzt wieder billiger wird, ich weiß es nicht.

Im wesentlichen ist das Liberale Forum bereit, diesem Budget der Haushaltsgruppe 0 zuzustimmen. Mit der Ausnahme, daß wir die Landesregierung wirklich ernstlich ersuchen, alle Rationalisierungsmöglichkeiten in Angriff zu nehmen, um die budgetierte Aufstockung zu verhindern. Dem Resolutionsantrag im Bezug auf die Landesumlage kann das Liberale Forum nur dann zustimmen, wenn die Landesumlage auch auf der Kostenseite entlastet wird. Solange das nicht der Fall ist, können wir uns mit einer Änderung nicht vertraut machen, weil dadurch wieder eine weitere Budgetdefiziterhöhung eintreten würde. Sicher ist diese Umlage nicht mehr gerechtfertigt. Sicher betrifft sie einige Gemeinden negativ. Aber man muß vernünftig sein, unserer Meinung nach. Wir müssen dorthin kommen, daß wir das, was wir nicht einnehmen können, auch nicht ausgeben können. Daher kann unsere Zustimmung nur ein Antrag finden, der diesen wichtigen Punkt berücksichtigt. *(Beifall beim LIF und Abgeordneten der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Klubobmann Gratzner.

Abg. GRATZER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf vielleicht zu Beginn auf den Resolutionsantrag des Herrn Präsident Haufek eingehen und gleich vorweg sagen, daß wir zwar nicht glücklich sind, daß dieser Kompromiß herausgekommen ist, aber der Kompromiß noch immer besser ist. Daher werden wir auch diesem Kompromiß zustimmen. Wenn ich sage, nicht glücklich, dann deshalb, weil wir eigentlich in den letzten Tagen verfolgen haben müssen, wie das funktioniert hat, daß die ÖVP hier schon starke Druckmittel einsetzt. Ich lasse mich sogar dazu hinreißen und sage, die Wochenendpressendienste haben sehr stark nach Zündelei ausgeschaute. Und wenn man sich die Wortmeldungen heute angesehen hat, dann frage ich mich schon, Herr Klubobmann, wie sich das verhält mit der Demokratie. Wenn es auf der einen Seite offensichtlich genehm ist und schön und wir in Sachfragen natürlich auch, wenn es paßt mit der ÖVP gerne eine positive Lösung für das Land herbeiführen. Aber wenn einmal eine andere Konstellation bei einer Abstimmung zustande kommt, dann bezeichnen Sie das als, ich zitiere, "das Diktat der anderen".

Da zweifle ich am Demokratieverständnis, weil es uns auch letztens der Herr Landesrat Blochberger von diesem Pult aus vorgeführt hat. Bei der Abstimmung über die Verpackungsverordnung hat er den Beschluß, den Mehrheitsbeschluß bezeichnet als Rechtsbruch durch die Abgeordneten dieses Hauses. Ich frage mich, in welche Richtung marschieren wir? Wenn alles, was hier demokratisch zwar beschlossen wird, aber von der eigenen Fraktion nicht Zustimmung findet, entweder ein Diktat ist oder ein Rechtsbuch. Ich versuche hier wirklich auch den anderen gegenüber so viel Verständnis entgegenzubringen, daß, wenn sie sich am demokratischen Prozeß beteiligen, man ihnen dann auch zumindest großzügig, weil anders kann man das ja gar nicht mehr bezeichnen, zumindest zugesteht, daß einmal eine Mehrheit auch anders gefunden wird. So viel schon zu dieser Vorgangsweise. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich möchte jetzt schwergewichtsmäßig von meiner Seite her auf Personal und Personalkosten eingehen, weil hier in der Gruppe 0 sicher der größte Brocken bei der

Ausgabenseite verzeichnet wird. Und auch hier gibt es in den letzten Tagen eine sehr aktualisierte Diskussion. Die Beamtengehaltsrunde ist abgeschlossen mit 2,55 % und der Klubobmann der ÖVP hat vorige Woche in der Kronen Zeitung angekündigt, er wird sich dafür aussprechen, daß die Politiker in Niederösterreich für eine Null-Lohnrunde eintreten. Daher bin ich sehr gespannt, was in diesem Kapitel noch für ein Antrag der ÖVP auf uns zukommt. Weil es kann ja nicht nur so sein, daß das in der Zeitung geschrieben und angekündigt wird. Wir sind natürlich dieser möglichen Null-Lohnrunde gegenüber sehr aufgeschlossen, die der Herr Klubobmann Böhm fordert. Ich rufe nur eines in Erinnerung: Als ich hier, ich glaube, das war in der ersten Rede, die Groblinie der Freiheitlichen Partei abgesteckt habe und unser Ansinnen hier ausgedrückt habe zur Politikerpension. (LR Mag. Freibauer: *Grob ist die Linie immer!*) Herr Landesrat, wir können heute eventuell noch über Ihr Bezirksparteilokal in Mistelbach sprechen. Das paßt auch ganz gut in das Kapitel 'rein! (*Unruhe im Hohen Hause.*) Ich komme dann dazu. Das ist eine interessante Geschichte.

Aber ich möchte in Erinnerung rufen: Als ich hier die Politikerpensionen in den Mund genommen habe, haben mir etliche Abgeordnete gesagt, man darf an den Gehältern der Politiker nicht rühren, denn die Politiker leisten Arbeit, dafür sollen sie gerecht bezahlt werden usw. Ich habe damals auch gesagt, daß wir die Leistung nicht schmälern. Aber bei den Politikerpensionen, wo wir ein echtes Privileg sehen, wollen wir ansetzen. Bei diesem Antrag, der auch budgetär tatsächlich wirksam werden würde, denn man könnte sagen, das Land spart in Zukunft circa um die 50 Millionen Schilling jährlich. Wogegen bei einem Gehaltsverzicht wir so zwischen 2,9 und 3,1 Millionen einsparen würden. Die Ziffern sind schon sehr unterschiedlich. Daher möchte ich schon in Erinnerung rufen: Wer wirklich in dem Land bei dieser Einsparung nämlich auf der Seite der Politikerpensionen mitwirken möchte, ist gerne aufgerufen. Und vielleicht darf ich auch dem Herrn Abgeordneten Uhl von dieser Stelle aus in Erinnerung rufen, daß der Unterausschuß sich in den nächsten Tagen endlich einmal einfindet, um dieses doch sehr wichtige Problem zu behandeln. (Abg. Uhl: *Ich habe Ihr Briefeferl bekommen. Sie werden verständigt werden!*) Das freut mich zu hören. Endlich ist es aktenkundig. Können Sie uns vielleicht eine Zeit auch schon nennen? (Abg. Uhl: *Nein, kann ich noch nicht!*)

Ich würde es probieren, noch vor Weihnachten, Herr Abgeordneter! Wir sehen, dort, wo wir

einsparen könnten, das wird hinausgeschoben. (Abg. Uhl: *Dafür beschließen wir das dann rückwirkend!*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Planstellenvermehrung wurde heute schon angesprochen. Ich darf vielleicht erinnern, im Jahr 1993 wurden 194 Planstellen mehr budgetiert. Wie uns der Herr Landesrat Freibauer bei der Diskussion des Nachtragsbudgets erklärt hat, wurden zusätzlich zu diesen 194 im heurigen Jahr 350 Planstellen unvorhergesehen besetzt. Für das nächste Jahr ist ein Mehr von 250 Planstellen vorgesehen. Das heißt, in Summe nimmt das Land Niederösterreich von Beginn 1993 bis Ende 1994 unter der Voraussetzung, daß im Nachtragsbudget nichts mehr dazukommt, ca. 800 zusätzliche Personen auf. (Abg. Treitler: *Das geht ja gar nicht! Für die Personalstellen ist ja der Dienstpostenplan maßgeblich!*)

Das ist ja Ihr Budget. Ob es geht, ist ja etwas anderes, Herr Abgeordneter Treitler! Ob es geht, ist etwas anderes. Das ist Ihr Budget, das muß man schon einmal dazu sagen. (Abg. Treitler: *Hier geht es um Planstellen!*) Ja, freilich. Bitte, budgetieren Sie anders, wenn es nicht stimmen sollte. Aber die Zahlen habe ich Ihrem Budget entnommen. Und ich bin halt der Meinung, daß hier Niederösterreich man sich über Jahre zu Recht gerühmt hat, gegenüber den anderen Bundesländern, was den Dienstpostenplan und die Bewirtschaftung der Planstellen überhaupt betroffen hat, sehr gut zu liegen. Wenn ich nur hernehme, im Vergleich zu unseren 17.000 Planstellen hat Kärnten cirka 16.000, obwohl um vieles kleiner. Das heißt, Niederösterreich ist eigentlich immer gut gelegen, hat darauf auch stolz sein können. (Abg. Hiller: *Das war, solange wir keine FPÖ im Landtag hatten!*) Sie wollen aber nicht sagen, daß wir für die 800 Zusätzlichen zuständig sind. Das sind schon noch Sie! Und wenn Sie jetzt Kindeswegleitung betreiben, dann machen Sie das bei der nächsten Wahl, kandidieren Sie nicht mehr!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben wirklich einen guten Weg beschritten. Doch jetzt geht die Schere auseinander, jetzt machen auch wir in Niederösterreich auf. Und ich glaube, daß das keine positive Entwicklung ist. Wie man überhaupt sich beim Landesdienst vieles überlegen muß. Ich beschreibe da vielleicht jetzt ein heikles Kapitel. Aber nachdem ich selbst aus der Personalvertretung komme und wir in vielen Bereichen die Pragmatisierung im öffentlichen Dienst doch immer als etwas sehr wesentliches ansehen und die Treue zum Dienstgeber immer in den Vordergrund stellen, so stellt sich für mich mittlerweile

eine Frage, wenn man sich die Entwicklung der Landesbediensteten, oder auch bei den Bundesbediensteten, das ist gleich, ansieht. Wenn man sieht, wie immer mehr sich auf Nebentätigkeiten und Nebenbeschäftigungen verlegen. Ich frage mich, in welche Richtung wir marschieren, wenn jetzt schon der eine oder andere auf Grund seiner Nebentätigkeit mehr verdient, als er vom Land bezahlt bekommt. Das ist durchaus im Bereich des Möglichen. Da gibt es die verschiedenen Hierarchien. Die einen machen halt irgendwelche Gutachten, die anderen gehen Taxifahren oder verkaufen Versicherungen. Das ist etwas, von dem ich glaube, daß man hier Überlegungen anstellen muß. Ich nehme das hier in den Mund, weiß aber noch selber keine Lösung. Ich orte schon, daß das Treueverhältnis durch diese Entwicklung auf die Dauer möglicherweise gestört wird und manche gar nicht mehr dieses Verständnis für die Pragmatisierung im ureigendsten Sinne aufbringen werden. (Abg. Böhm: *Da gibt es Untersagungsgründe!*)

Es geht aber nicht um die Untersagungsgründe, weil etwas unanständig ist. Ich gehe davon aus, es gibt durchaus anständige Tätigkeiten, durch die das Treueverhältnis meiner Meinung nach empfindlich gestört wird, wenn man in einem Zweiterberuf mehr verdient als Landesbediensteter. Ich möchte das nur einmal in den Raum stellen, weil ich glaube, daß man diese Sache diskutieren soll.

Wie man zum Beispiel meiner Meinung nach auch andere Positionen hier ganz offen aussprechen muß. Ich nehme den Unabhängigen Verwaltungssenat her. Natürlich gibt es ein Bundesgesetz, wonach wir den installieren mußten und es gibt ihn ganz einfach. Aber man betrachte die Budgetierung: 1992 15 Millionen, 1993 22 Millionen, nächstes Jahr kommen wir sicher auf 28 Millionen, wobei da überall das Nachtragsbudget nicht eingerechnet ist. Und dann spreche man mit Bediensteten oder Richtern von den Unabhängigen Verwaltungssenaten und höre dann, daß die selber nicht glücklich sind, weil für irgendein lapidares Verfahren, eine Verkehrsübertretung mit Streitwert 300,- Schilling erwachsen Kosten von tausenden Schillingen, nur weil man ein derart kompliziertes Verfahren sich selbst auferlegt hat. Ich glaube daher, daß wir als Landtag auch hier Überlegungen treffen sollten. (Zwischenruf: *Das fällt in Bundesgesetzgebung!*) Ich weiß es. Ich habe das auch gesagt. Aber ich glaube, wir müssen ja über dieses Budget befinden und sehen, daß dieser Budgetposten enorm steigt. Und daher glaube ich, daß wir durchaus aufgerufen sind. Auch ich habe noch kein Rezept. Nur sage ich,

diese Dinge sollten wir angehen, weil das Kosten sind, die uns möglicherweise irgendwann nicht mehr erträglich erscheinen.

Um jetzt noch auf die Geschichte der Geschäftsstelle Mistelbach kurz einzugehen: Sie ist ja nur ein Beispiel. Die "Kronen Zeitung" hat das vor kurzem berichtet. Das Kapitel 0 beschäftigt sich ja auch mit den Amtsgebäuden. Und wir orten schon noch dort und da, daß die Aufteilung des Landes zwischen den beiden Großparteien noch ganz gut funktioniert. Mistelbach ist meiner Meinung nach ein schönes Beispiel dafür: Wenn da die ÖVP übersiedelt vom Rathaus in ein Amtshaus und dort immerhin für 107 Quadratmeter, wie die Zeitung schreibt, 960,- Schilling Miete zahlt - aber nicht monatlich, sondern jährlich, so sind das schon ganz nette Preise. Wenn man sich dann die Betriebskostenrechnung anschaut dieses Amtsgebäudes, erkennt man eine ganz besonders nette Form. Und zwar hat dieses Amtsgebäude 366 Quadratmeter. Für die Betriebskostenrechnung werden die 107 Quadratmeter der ÖVP abgerechnet, es bleiben 259 Quadratmeter als 100 Prozent der Betriebskosten. Daher zahlen sämtliche Betriebskosten die drei anderen in dem Gebäude Befindlichen. Also das sind schon Dinge, die, glaube ich, Herr Landesrat, sollten der Vergangenheit angehören. Die sehen Bürger nicht mehr ein, die sehen auch andere nicht ein. Wir von der Freiheitlichen Partei sehen das nicht mehr ein und daher ist es ein typisches Beispiel dafür, weshalb wir auch unter anderem diesem Kapitel, das wirklich nicht von dem Prinzip der Sparsamkeit getragen ist, unsere Zustimmung nicht geben können. (*Beifall bei der FPÖ.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ing. Gansch, ich erteile es ihm.

Abg. Ing. GANSCH (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich darf heute auch erstmals hier von dieser Stelle aus an der Spezialdebatte teilnehmen. Ich habe mir die Aufgabe gestellt, die Gruppe 0 aus der Sicht der Gemeinden zu betrachten. Heute wurde ja schon von einigen aus der Sicht der Gemeinden diese Gruppe 0 betrachtet, etwa von Herrn Präsident Haufek.

Das Finanzausgleichsgesetz, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist für drei Jahre bekanntlich beschlossen worden. Im kommenden Jahr, bzw. im Jahr 1995 wird es auslaufen. Es beinhaltet als Gesamtlösung auch die Landesumla-

ge. Sie ist sozusagen in diesem Paket verankert. Und daher ist es doch ein bißchen erstaunlich, daß heute darüber eine Diskussion abgeführt wird, als hätte es diesen Finanzausgleich nicht gegeben. Und vor allem auch von Mandataren, die an diesem Finanzausgleich mitgewirkt haben.

Die Abschaffung der Landesumlage - die wir uns auch vorstellen können, durchaus, aber nicht ohne einen entsprechenden Ausgleich - steht sicherlich zur Debatte, wenn dieser beschlossene Finanzausgleich ausgelaufen ist. Zu diesem Zwecke, weil wir diese Landesumlage diskutiert haben bzw. jetzt dabei sind, darf ich einen Resolutionsantrag einbringen der Abgeordneten Ing. Dautzenberg, Treitler, Stix, Hoffinger und Ing. Gansch. Und ich darf diesen Resolutionsantrag zur Verlesung bringen (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Ing. Gansch, Ing. Dautzenberg, Treitler, Stix, Hoffinger zu Gruppe 0 des Voranschlags des Landes Niederösterreich für das Jahr 1994, Ltg. Zl. 52, betreffend Landesumlage.

Die Finanzverfassung berechtigt die Länder ihren durch sonstige Einnahmen nicht gedeckten Bedarf auf die Städte mit eigenem Statut, die Gemeinden oder Gemeindeverbände umzulegen (Landesumlage). Im Finanzausgleichsgesetz ist die Landesumlage mit 8,3 % der gekürzten rechnungsmäßigen Ertragsanteile der Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben begrenzt. Das Finanzausgleichsgesetz 1993 tritt mit Ablauf des 31. Dezember 1995 außer Kraft.

Historisch betrachtet stellt die Landesumlage einen Ersatz für die Übertragung von Besteuerungsrechten der Länder an die Gemeinden dar. Das Ausmaß der Landesumlage betrug ursprünglich 20 % und ist nunmehr auf 8,3 % reduziert. Die Reduzierung erfolgte jeweils im Zuge von Verhandlung der Finanzausgleichspartner anlässlich der Vorberatung des neuen Finanzausgleiches. Die Reduzierung des Prozentsatzes erfolgte daher jeweils im Zuge einer Neugestaltung des Finanzausgleiches, sohin anlässlich einer Neuverteilung der Abgaben.

Bei den letzten Verhandlungen zum Finanzausgleich wurde von allen Finanzausgleichspartnern vereinbart, das Verhandlungsergebnis als Paketlösung anzusehen und sollten damit alle Forderungen bis Ende 1995 abgegolten sein. Im Zuge der Verhandlungen für den Finanzausgleich

ab 1996 wird jedoch eine Neuverteilung der Einnahmen erforderlich sein. Insbesondere ist anzustreben, die angespannte finanzielle Situation der Gemeinden durch eine Aufhebung der Landesumlage - unter gleichzeitiger Berücksichtigung des für die Länder damit verbundenen Einnahmefalles - zu verbessern. Von der Möglichkeit der Einhebung der Landesumlage wird in allen Ländern Gebrauch gemacht. Ein Verzicht Niederösterreichs auf die Landesumlage würde sohin die Verhandlung im Zuge des Finanzausgleiches betreffend die Neugestaltung der Landesumlage präjudizieren.

Nur in Niederösterreich werden die Mittel der Landesumlage im Sinne eines interkommunalen Finanzausgleiches eingesetzt. Das heißt, daß die Mittel der Landesumlage wiederum ausschließlich den Gemeinden zufließen, jedoch die Mittel zur besonderen Unterstützung finanzschwacher Gemeinden zur Verfügung gestellt werden. Für diese finanzschwachen Gemeinden stellt die Zuführung dieser Mittel eine besondere Notwendigkeit dar. Ein Verzicht auf diese Mittel ist aus der Sicht der Gemeinden nicht möglich.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert:

Bei den Finanzausgleichsverhandlungen zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden für die Zeit ab 1996 ist unbedingt eine Lösung anzustreben, um die Landesumlage abschaffen zu können. Für finanzschwache Gemeinden ist dabei eine Lösung in Richtung Verbesserung ihrer finanziellen Situation zu finden."

Soweit der Antrag, Herr Präsident! Und ich glaube, geschätzte Damen und Herren des Landtages, daß hier vielleicht eine Möglichkeit gefunden wurde, doch einen Kompromiß zu erzielen.

Die finanzielle Basis der Gemeinden in Niederösterreich ist aber auch durch die Steuerreform, meine sehr verehrten Damen und Herren, etwa den Wegfall der Gewerbesteuer beispielsweise bei nur teilweiser Kompensierung durch die Lohnsummensteuer gegeben. Daher wurde auch hier vorsorglich die sogenannte Ausgleichsmilliarde ins Auge gefaßt. Aber auch, um einen gewissen Ausgleich zu schaffen. Es muß sicher noch daran gearbeitet werden, daß diese Dinge auch gerecht erscheinen. Ich bin selber Bürgermeister und das schon zehn Jahre lang und ich weiß, wie schwierig es uns fallen wird, unser Budget für das kommende Jahr zu erstellen. Und es wird auch Gemeinden geben, denen es vielleicht gar nicht möglich ist. Daher möchte ich auf ein paar Dinge hinweisen, die uns besonders

bedrücken. Nicht jammern, sondern zu sagen, diese Fragen müssen in Hinkunft gelöst werden. Allein in Niederösterreich verlieren die Gemeinden jährlich 1,5 Milliarden Schilling durch den Wegfall der Gewerbesteuer. Die als Ersatz gedachte Kommunalabgabe wird einen gewissen Ausgleich schaffen. Ganz exakte Berechnungen können noch nicht angestellt werden, weil auch zum Beispiel ein Jahr Erfahrung hier gut tun würde, um exakt sagen zu können, wie sich das auswirkt.

Auswirken wird es sich sicherlich auf die Vergabe von Aufträgen. Die Gemeinde vergibt ja 70 % der öffentlichen Aufträge. Und ich glaube, wenn die Gemeinden steuerlich in dieser schwierigen Situation schlechter gestellt sind und keinen Ausweg finden, wird sich das natürlich auch in diesen Dingen niederschlagen. Es ist eine unabdingbare Forderung der Gemeinden, die auch unser Präsident Mag. Romeder, der Präsident des Gemeindebundes vorgetragen hat und immer wieder vertritt, den Härteausgleichsfonds um eine zusätzliche Milliarde zu erhöhen. Die gerechte Ausstattung der Gemeinden mit finanziellen Mitteln ist ein Gebot der Stunde. Ein paar Beispiele: Die Krankenhausfinanzierung zum Beispiel ist dadurch gekennzeichnet, daß der Wissensstand der Medizin und der Medizintechnik sich alle sieben Jahre verdoppelt. Und daher der Aufwand an Geld und Arbeitsleistung ständig steigt. Die Finanzierung unseres Krankenhauseswesens ist aber von der Tatsache gekennzeichnet, daß der Versicherungsträger vorsieht, für das kommende Jahr 36 % des Aufwandes zu tragen. Alles andere hat das Land, die Gemeinden, die Trägergemeinden und letztlich der KRAZAF zu tragen. Ich glaube, wenn wir nicht grundlegend unser Krankenhaussystem ändern, der Herr Landesfinanzreferent hat heute schon die leistungsbezogene Abgeltung erwähnt, dann wird das alle Jahre ein entsprechender Streitpunkt weiterhin sein. Und es wird sicher der finanzielle Kollaps, von den Krankenhäusern ausgehend, kommen. Ich weiß, daß ich als Vertreter einer Gemeinde, die ein Krankenhaus zu betreuen hat, daß wir im Kreis der Bürgermeister in Niederösterreich eine Minderheit sind. Und vor mir sitzt ein Bürgermeister der sozialdemokratischen Fraktion, mit dem ich gemeinsam, Neunkirchen und Scheibbs, immer wieder versuche, Kompromisse zu finden. Aber anscheinend sind wir vereint auch zu wenig.

Das Krankenhauswesen ist - das wurde heute schon erwähnt - mit einer Steigerung von 17 % in diesem Budget verankert. Aber wenn das System nicht geändert wird, kann es zu Probleme-

men kommen. Ich zeige das auf, ich jammere nicht und ich ziehe auch niemanden zur Verantwortung. Ich will damit zum Ausdruck bringen, daß das eine Sache ist, die wir gemeinsam lösen müssen. Und wenn die derzeitige KRAZAF-Regelung ausläuft nächstes Jahr, wird sicher auch die Stunde der Wahrheit für diese Dinge kommen.

Das Problem der Wasserversorgung in den Gemeinden ist natürlich gekennzeichnet durch das Wasserrechtsgesetz. Im Grunde ist es richtig, daß die wertvollen Wasservorkommen geschützt und auch erschlossen werden können. Aber Auflagen kosten halt bekanntlich Geld. Daher ist gerade in der Wasserversorgung auch die Wasserwirtschaftsfondsfrage in Hinkunft weiter zu verfolgen und auf diese Tatsache zuzuschneiden. Es ist richtig, daß das Lebensmittel Wasser und das Schützen der Brunnen und der Quellen in unserem Lande Niederösterreich - Brunnen in der Ebene und Quellen in den gebirgigen Gegenden - eines der wesentlichsten und wichtigsten gemeinsamen Aufgaben in diesem Landtag ist.

Die Wohnbauförderung, die die Gemeinden auch in sehr hohem Maße betrifft, vor allem auch deshalb, weil ja damit das Fallen und Steigen der Bevölkerungszahlen in unseren Gemeinden davon abhängt, ist eine sehr gute Sache. Und ich bin wirklich unserem Finanzreferenten sehr dankbar, daß er gerade diesen Schwerpunkt "Wohnungen" auch im Budget berücksichtigt hat. Und daß vor allem das Bestreben da ist, eine gerechte Verteilung der Wohnbauförderungsmittel auch in Zukunft zu sichern.

Die Abwasserbeseitigung, ebenfalls ein Problem der Gemeinden, das zusammenhängt mit dem Wasserrecht. Das Wasserrechtsgesetz des Bundes hat uns hier schier unüberwindliche Auflagen gebracht. Aber sie müssen bewältigt werden. In Niederösterreich sind über 65 % der Bevölkerung an Abwasserbeseitigungsanlagen angeschlossen, in der Regel in den dicht besiedelten Gebieten. Ziel ist es, daß 85 % an die Entsorgung angeschlossen werden. Und daß der Rest von 15 %, die wirklich in den Streulagen liegen, anderweitig abwassermäßig entsorgt wird. Und hier glaube ich dürfen wir nicht auf dem beharren, daß wir zentrale Kläranlagen auch noch in der Streusiedlungen intensivst betreiben. Es gibt Alternativen in Form der Pflanzenkläranlagen. All diese Dinge, die sich entwickeln, sollen wir positiv beurteilen und auch damit arbeiten können. Die Landwirtschaft hat aus diesem Wasserrecht auch ein sehr großes Handikap zu tragen. Wenn ich denke,

jetzt in der vegetationslosen Zeit ist zum Beispiel die Ausbringung der Gülle nicht möglich. Das ist an sich auch richtig und gut so. Aber bitte, die Lagermöglichkeiten dafür müßten halt auch vorhanden sein. Und man müßte auch bei den Lagermöglichkeiten von seiten des Landes mithelfen, in Zukunft noch verstärkt.

Das weitere Problem, wir haben beispielsweise - und so geht es vielen Bürgermeistern, die hier sind, mit diesen Abwasserbeseitigungsverbänden - vor 20 Jahren eine entsprechende Kläranlage gebaut. Heute müssen wir feststellen, daß sie die Klärleistung nicht mehr erbringt, ein Neubau bzw. Umadaptierung ist notwendig mit ungeheuren Kosten, wobei von der alten Kläranlage die Schulden noch nicht bezahlt sind. Das sollen wir auch bedenken, wenn wir diese Frage der Abwasserbeseitigung diskutieren.

Die Müllbewirtschaftung, auch in den letzten Tagen oder Wochen, ja Monaten ein bißchen in Diskussion geraten bezüglich der Verpackungsverordnung. Ich möchte noch einmal den Standpunkt der ÖVP hier im Landtag präzisieren, dahingehend, daß es nicht sinnvoll ist, hier einen Zickzack-Kurs zu steuern. Die Verpackungsverordnung an sich ist gut, die Strafbestimmungen sind momentan schlecht. Nun kann man diese Dinge aussetzen. Das war auch der Tenor des Antrages der ÖVP in der letzten Landtagssitzung. Ich glaube, es trägt zu einer Verunsicherung der Bevölkerung bei, wenn wir diesen Zickzack-Kurs vielleicht auch noch mitmachen.

Es geht um zukunftsweisende Einrichtungen, bitte. Hier wird der Landtag nicht umhin können, alle die wir hier sitzen. Es ist ein Gebot der Stunde, daß wir den Mut aufbringen, Einrichtungen wie Müllverbrennungsanlagen, Sondermülldeponien und Restmülldeponien zu schaffen. Und daß das Floriani-Prinzip "nur nicht bei mir, aber bei den anderen sehr wohl", endgültig ausgeräumt sein müßte. Der Mut muß aus dem Gremium hier im Landtag kommen, das für die Zukunft gemeinsam zu lösen.

Raumordnung und Flächenwidmung ist eines der wesentlichsten Instrumente der Gemeinden, der Gemeinderäte. Ich glaube, daß dieses NÖ Raumordnungsgesetz gute Handhabe bietet, es als wichtigstes Instrument zu betrachten. Und es wird natürlich auch notwendig sein, die Frage der Mobilisierung der Baulandreserven in der kommenden Zeit entsprechend zu diskutieren. Ich möchte aber dazu sagen, daß das nicht über einen Leisten geschlagen werden kann. Es wird so gestaltet sein müssen, daß es verschiedene

Auslegungsmöglichkeiten, je nach Bedarf ergibt. Es soll ja nicht einer bestraft werden, der in einem engen Tal Grund in der Talsohle hat, den landwirtschaftlich nützen und zur Zeit noch nicht für Bauzwecke hergeben will. Er soll ja dafür nicht besonders bestraft werden. Daher muß man, wenn hier Lösungen gefunden werden und ich sage, sie müssen gefunden werden, das doch mit Gespür angehen.

Der Grundverkehr im Hinblick auf EG und EWR ist auch so eine Frage, die die Gemeinden draußen besonders interessiert. Man hört immer wieder als geflügeltes Wort vom "Grund- und Bodenausverkauf". Und ich glaube, daß das Land sehr wohl Lenkungsinstrumentarien schaffen könnte auch für die weitere Zukunft gesehen, daß dies halt nicht so geschieht. Vorarlberg, Tirol und Salzburg haben hier Vorreiterrolle getroffen. Vielleicht kann man sich in Anlehnung an diese Dinge auch hier zu einer Lösung finden. Es besteht jedenfalls Handlungsbedarf.

Der Schutz der Heimat sollte aber nicht soweit gehen, wie vorhin unter Anwesenheit des Herrn Landeshauptmannes der Herr Abgeordnete Gratzler dargelegt hat. Als ein Fachmann kritisiert wurde lediglich auf Grund seiner Hautfarbe. Ich möchte vielleicht tröstend sagen, daß nicht jeder mit schwarzer Hautfarbe auch ein ÖVP-ler ist. Das möge unter Umständen Trost für diese Wortmeldung sein. *(Abg. Uhl: Obwohl es Dir schön langsam recht wäre! - Heiterkeit bei der SPÖ.)* Ich glaube, daß solche Dinge aus anderer Perspektive gesehen werden müssen.

Der Schul- und Kindergartenfonds ist ein sehr wichtiges Instrument für unsere Gemeinden draußen. Und ich glaube, hier liegen wir gut. Aber Handlungsbedarf besteht natürlich nach wie vor. Es ist eine notwendige und wichtige Einrichtung, besonders am Kindergartensektor wird es kein Absinken geben. Viele Eltern sind bestrebt, die Kinder schon mit drei Jahren in den Kindergarten zu geben. Ob das jetzt für die Kinder gut ist oder nicht, das bleibe dahingestellt, aber manches Mal ist es halt nicht anders möglich, wenn beide Elternteile berufstätig sind. In Niederösterreich gibt es 1.700 Kindergartengruppen und die Zahl ist im Steigen begriffen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das waren ein paar Problemkreise, die ich aufzeigen wollte. Und ich möchte dazu auch sagen, daß all die Arbeit, die hier im Landtag, die vielleicht drüben im Parlament geleistet wird, nicht greift, wenn nicht draußen diese Dinge in den Gemeinden umgesetzt werden können. Und daher lastet

auf diesem Landtag eine sehr hohe Verantwortung. Und daher glaube ich ist es notwendig, daß wir diese Dinge sachlich sehen, nicht durch die Parteibrille. Und ich tue mir schwer, genauso schwer, wie Herr Präsident Haufek. *(Abg. Präs. Haufek: Nein! Du tust Dir wesentlich schwerer!)* Mag sein. Jedenfalls habe ich meine Erfahrungen als Kommunalpolitiker gesammelt und habe sie hier ein bißchen dargelegt. Ich erhebe aber nicht den Anspruch auf Vollständigkeit dieser Ausführungen. Was vorhin angeschnitten wurde vom Herrn Präsidenten Haufek - ich spreche ihn an, weil er ja Gemeindevertreterobmann ist in Niederösterreich und da gibt es viel Gemeinsames - daß zum Beispiel über die Direktwahl der Bürgermeister und über derartige Dinge sehr wohl noch geredet werden muß. Und ich glaube, es wird auch

noch im Landtag notwendig und Gelegenheit dazu sein.

Noch zu einem. Hier liegt ein gemeinsamer Resolutionsantrag vor, den der Herr Präsident Haufek eingebracht hat. Ich habe ihn mit unterschrieben, weil ich nicht aus der Parteilbrille diese Dinge sehe. Das möchte ich jetzt zurückweisen und ich tu mir da gar nicht schwer. Ich glaube, es wird möglich sein, daß ein Gesamtbericht des Finanzreferates erstellt wird und Berichte der einzelnen Regierungsmitglieder aus ihren Ressorts sowie die Berichte der ECO-PLUS und der Fonds mit Rechtspersönlichkeit. Das, glaube ich, können wir zusagen. Es ist ja gar nicht so viel dabei, daß aus diesem Ding eine Streitfrage gemacht werden muß.

Ich möchte aber abschließend eines sagen. Man muß bei einem Budget, wie es uns vorliegt, sehr wohl sagen, daß es in die Zukunft gerichtet ist. Nur gibt es auch bei einem Budget keine Stunde Null. Es gibt im Budget auch Dinge, die eben mitgetragen werden müssen aus der Vergangenheit. Und ein Budget hat eigentlich die Aufgabe, Korrektur zu betreiben auf dem Weg, den wir gehen. Ein Jahr mehr und ein Jahr weniger. Und ich möchte schon sagen, daß es sich unser Finanzreferent wirklich nicht leicht gemacht hat und das sage ich aus der Sicht der Gemeinden. Der Herr Finanzreferent, Landesrat Mag. Freibauer, war ja bekanntlich lange Zeit Kommunalpolitiker, aus der Zeit ist die Erfahrung eingeflossen. Und daher glaube ich mit gutem Recht sagen zu können, daß ich als Abgeordneter der Österreichischen Volkspartei wirklich diesem Budget mit gutem Gewissen zustimmen kann. Ich danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Auf der Galerie haben die Schülerinnen und Schüler der HLA Biedermansdorf und der HLA Mödling Platz genommen, ich begrüße sie. Am Wort ist Herr Landesrat Mag. Freibauer.

LR Mag. FREIBAUER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zuerst eine kurze Stellungnahme zu den Ausführungen des Klubobmannes Gratzner von der FPÖ. Er hat jedenfalls nicht wahrheitsgemäß berichtet über das Mietverhältnis der Bezirksparteileitung der ÖVP in einem Amtsgebäude der

Stadtgemeinde Mistelbach. *(Abg. Haberler: Das war doch aus einem Artikel in der Zeitung!)* Auch wenn Sie es in die Zeitung schreiben auf Grund eines Berichtes Ihres FPÖ-Gemeinderates wird damit der Wahrheitsgehalt nicht größer, bloß weil es gedruckt ist.

Ich halte also folgendes fest: Zwei Parteien, die ÖVP und die SPÖ hatten im Rathaus von Mistelbach ungefähr seit 1945 Räume gemietet. Und das Rathaus wurde dann einmal zu eng und die Gemeinde war sehr daran interessiert, diese beiden Mieter aus dem Rathaus rauszubringen. Und mit beiden Parteien wurden dann Verhandlungen geführt über die Übersiedlung in andere Räume bzw. über die Ablöse des Mietverhältnisses. Und vor über zehn Jahren, ich weiß nicht, war es im Jahr 1980 oder so, hat dann der Gemeinderat der Stadt Mistelbach einstimmig beschlossen, wie nun die ÖVP aus dem Rathaus auszuziehen hat und unter welchen Bedingungen. Und das Interessante dabei: Unter "einstimmig" meine ich, alle drei im Gemeinderat vertretenen Parteien haben dem neuen Mietverhältnis zugestimmt. Das ist ordnungsgemäß zustande gekommen. Auch der FPÖ-Gemeinderat Dr. Karl Claus hat diesem neuen Mietverhältnis zugestimmt. Dr. Claus ist Angehöriger Ihrer Partei. Der Dr. Claus ist heute noch Mitglied der FPÖ und heute noch im Gemeinderat. Er ist nicht ausgetreten wie andere. Und der hat als Rechtsanwalt diesem neuen Mietvertrag die Zustimmung gegeben. Und die Gemeinde hat letztes Mal bei einer Diskussion, ich bin ja dort schon lange nicht mehr Gemeinderat, gesagt, auch der Prüfungs-Ausschuß der Gemeinde wird sich damit beschäftigen. Auch die Aufsichtsbehörde kann sich damit beschäftigen, jeder kann sich damit beschäftigen. Und die Darstellung der Betriebskostenabrechnung konkret, die der Herr Klubobmann wiedergegeben hat, ist schlicht und einfach wahrheitswidrig. Das ist aber jetzt schon eigentlich zu viel Zeit gewesen für diese Sache.

Ich möchte mich mit den Gemeindeangelegenheiten beschäftigen. Herr Präsident Haufek und die anderen Redner haben hier ja verschiedene Feststellungen getroffen zu dem Verhältnis Land - Gemeinden. Dazu gleich eines: Herr Präsident, Du wirst von mir noch nie gehört haben, daß ich meine Position hier geändert hätte. *(Abg. Präs. Haufek: Aber wir spüren das ja!)* Nein, das tut Ihr immer mir in die Schuhe schieben. Ihr bringt immer so Sprüche - ich will die jetzt nicht näher bezeichnen - und wollt damit signalisieren, der Freibauer ist jetzt Finanzreferent und damit ein Mann, der nicht mehr an die Gemeinden

denkt. Das ist auch nicht richtig. Ich habe meine Position in diesem Verhältnis der Zusammenarbeit Gemeinden - Land überhaupt nicht zu ändern. Es war gar nicht notwendig, das zu ändern. Ich bin daran interessiert, daß diese Partnerschaft auch in Zukunft bestens funktioniert. Auch mit dem Beitrag, den ich jetzt als Finanzreferent zu leisten habe, auch zu den Anträgen, die ich seinerzeit als Gemeindevertreter gestellt habe. *(Abg. Präs. Haufek: Zum Beispiel Notarzwagen!)*

Ja, die kommen, die Beispiele. Ja das glaube ich. Daß das gelöst ist inzwischen, diese Angelegenheit, damit kannst Du zufrieden sein und ich auch!

Aber eines möchte ich gleich sagen zur Einbegleitung, Herr Präsident. Ich sage immer, der Landtag hat die Budgethoheit. Und kein Parteitag hat die Budgethoheit, auch nicht der SPÖ-Parteitag. Nein, auch der SPÖ-Parteitag, der zuletzt getagt hat, kann also nicht sagen, wie unsere Landesmittel eingesetzt werden. Sondern der Landtag hat die Budgethoheit! Und ich habe die Aufgabe, hier immer einen guten Entwurf vorzulegen. Wenn wir heute, morgen und übermorgen diskutieren über das Budget 1994, ich glaube dann ist üblich, daß man über dieses Budget 1994 zu einen Beschluß kommt. Und es kann sicher nicht angehen, daß man in Form von Resolutionsanträgen und nicht in Form von Verhandlungen, die ja zwischen uns und allen festgelegt sind, hier festlegt, wie die Mittel im Jahr 1995 und im Jahr 1996 von mir einzusetzen sind. Das steht nämlich in Deinen Anträgen.

Für das Jahr 1995 und 1996 kann nicht heute bei der Budgetdebatte 1994 festgelegt werden, wie es aussehen soll. *(Zwischenruf bei der SPÖ: Das ist Vorsorge!)* Eure Vorsorge solltet Ihr lieber dort walten lassen, wo es sinnvoll ist! Nämlich jetzt für das Budget 1994, nicht für das Budget 1995. *(Abg. Uhl: Was soll das heißen, wir haben doch die Budgethoheit!)* Das ist ein Irrtum. Ich will ja gar nicht davon reden, Herr Kollege Uhl, daß das also auch nicht klug wäre. Und heute haben wir schon gesprochen davon, wie das ist mit der Klugheit beim Gelderwerben. *(Beifall bei der ÖVP. - Unruhe bei der SPÖ.)*

Herr Kollege Uhl! Es wäre also unklug, heute sich schon festzulegen, wie die Finanzausgleichsverhandlungen für das Jahr 1996 zu führen sind. Das ist ein sehr schwieriges Gremium. Der Herr Präsident kennt es. Es ist ja unser erklärtes Ziel, daß die Gemeinden entlastet werden. Nur die Wege, wie man das macht, die sind unterschiedlich.

Und sie sind dann noch zu beurteilen. Es wird darum gehen, daß es für die Gemeinden zu einer Entlastung kommt, daß wir aber auch im Interesse der finanzschwachen Gemeinden Mittel zur Verfügung haben, um zu helfen. Denn so wie ich die Anträge jetzt lese, bedeutet das, daß manche Finanzierungsinstrumente in Frage gestellt, wenn nicht überhaupt gefährdet werden. *(Unruhe bei der SPÖ.)* Das ist ja das Unangenehme, daß man jetzt sieht, wofür sollen zweckgebunden die Mittel der Landesumlage eingesetzt werden. Es stört Sie ja viel mehr als Sie zugeben. Denn jetzt wird erst so richtig klar, daß man dann keine anderen Mittel hätte. *(Abg. Uhl: Herr Finanzreferent! Ich habe Ihre mahnenden Worte in der Ausschusssitzung vermißt. Die Mehrforderungen in der Landwirtschaft sind erfüllt worden. Aber jetzt, wo es um die Gemeinde geht, sind Sie der große Säckelwart!)*

Herr Kollege Uhl! Sehen Sie immer das Ganze und nicht die Details, dann werden wir zu einer einvernehmlichen Auffassung kommen. In unserem Antrag steht genau und richtig drinnen, daß immer und immer nur bei Finanzausgleichsverhandlungen etwas an der Landesumlage geändert wurde. Und das gilt auf Grund unserer Finanzverfassung für ganz Österreich, auf Grund der Vereinbarungen aller Finanzausgleichspartner bei den Verhandlungen. Der Herr Präsident ist einer dieser Verhandlungspartner. Es gilt also das Finanzausgleichsgesetz, das nicht der Landtag von Niederösterreich beschließt, sondern das Parlament auf Bundesebene. Der derzeitige Finanzausgleich gilt bis Ende 1995. *(Abg. Kautz: Aber die Landesumlage kann hier im Landtag geändert werden!)*

Alles kannst Du ändern, aber nur wie. Übernimm Dich nicht, lieber Freund. Bis Ende 1995 gilt der derzeitige Finanzausgleich und nur dort wird die Landesumlage geändert. *(Heftige Unruhe bei der SPÖ - Beifall bei der ÖVP.)*

Der Finanzausgleich ist zu paktieren, darauf legen alle Finanzausgleichspartner wert. Der Fi-

nanzausgleich soll nicht präjudiziert werden von einem dieser Partner. Ich glaube, auch darüber sollten wir uns verständigen. Und wir werden die zukünftigen Finanzausgleichsverhandlungen so führen, daß für die Gemeinden eine gute und eine erwünschte Lösung fixiert werden kann. Da können Sie sich darauf verlassen.

Und die Landesumlage, solange es sie gibt, sind das Landesmittel. Und das ist einer jener Fehler, der in der Diskussion jetzt immer gemacht wird. Die Bedarfszuweisungen sind Gemeindemittel. Die Landesumlage ist ein Teil der Steuereinnahmen des Landes. Das sind echte Landesmittel! Und alle anderen Mittel sind von den Bürgern, auch die Landesumlage. Also, wenn wir so weiterreden, dann kommen alle Mittel immer vom Bürger und nicht von den Gemeinden und nicht vom Land und nicht vom Bund. Auch darauf kann ich mich verständigen. (*Unruhe im Hohen Hause.*) Jedenfalls ist das ehrlich auszudiskutieren sicher schwerer als mit Vokabeln, die man hier nicht verwenden sollte.

Gesprächspartner der Gemeinden, Herr Präsident, bin ich immer gewesen und bin ich auch jetzt und in Zukunft! Ich glaube, Du kannst das nicht aus den Angeln heben. Einige Beispiele: Denken wir an das Finanzierungskonzept für den NÖ Wasserwirtschaftsfonds. Wie ist denn das zustande gekommen, Herr Präsident? Als Finanzreferent und geschäftsführender Stellvertreter des Fonds, habe ich das Finanzierungskonzept erarbeitet. Es hat die Zustimmung der Regierungskollegen gefunden und es hat die Zustimmung der Gemeindevertreterverbände gefunden. Du hast daher ein schlechtes Finanzierungsmodell. (*Abg. Präs. Haufek: Es ist um die Landesumlage gegangen!*)

Wir reden jetzt über ein anderes Thema. Wir sind schon beim nächsten Tagesordnungspunkt. Wir reden jetzt über die Gesprächsbereitschaft, die Du dem Finanzreferenten aberkennen willst. Das lasse ich nicht zu! Da geht es mir auch um meine Ehre! (*Beifall bei der ÖVP.*) Als Beispiel habe ich angeführt die Neuordnung des Wasserwirtschaftsfonds mit dem Finanzierungskonzept, das von mir ist. Und das ist akzeptiert worden von allen Verhandlungspartnern. Und es ist von Nutzen für die Gemeinden und die Bürger, die daraus einen Vorteil haben! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Von den Investitionen angefangen bis zur Belastung, die hier jedem in einer zumutbaren Größe angeordnet wird.

Der nächste Punkt, alles aus diesem Herbst, wenn Du es haben willst: Der Kommunalgipfel zum Sozialhilfegesetz. Ihr wart alle zufrieden, die, die mitverhandelt haben auf jeden Fall, daß wir hier uns wieder einvernehmlich einigen konnten über eine Änderung des Schlüssels bei den außerordentlichen Vorhaben. Über eine Entlastung der Gemeinden bei diesem schwierigen Problem der Sozialhilfekosten. Stimmt das, oder stimmt das nicht? (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Und der dritte Punkt, der Schul- und Kindergartenfonds. Die Richtlinienänderung liegt schon ein Jahr zurück, aber wer hat sich eingesetzt? Der damalige Herr Landesrat und jetzige Klubobmann Dr. Bauer weiß es, daß ich sehr daran interessiert war, hier ein Instrument zu schaffen, das die Zukunft dieses Fonds sichert, aber auch die Finanzierung abgesichert ist und daß hier eine Streuung da ist zwischen finanzschwachen und finanzstarken Gemeinden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und jetzt kommen wir wieder zur Landesumlage, wenn Du es so haben willst. Wenn Du sprichst für die Abschaffung der Landesumlage, aus Deiner Sicht für die ersatzlose. Wem nützt das, frage ich. In erster Linie den finanzstarken Gemeinden. Und es gibt dann keine Möglichkeit, hier Hilfen zu gestalten, weil die Mittel dann fort sind. (*Zwischenruf: Dafür gibt es Bedarfszuweisungen!*) Ja sicher, aus den Bedarfszuweisungen. Besser sind immer mehrere Töpfe als einer. Einen willst zu abschaffen und der andere ist dann überlastet. So wird es nicht gehen!

Nun zum Gemeindeförderungsbericht, Punkt Nr. 3 in unserer Auseinandersetzung. Ich habe, glaube ich, ganz ohne etwas zu vertuschen, ehrlich geschrieben, was ich mir denke. Und habe gesagt, das, was ich bisher leisten konnte auf Grund der bisherigen Beschlüsse in der Regierung, das hat keine Zustimmung gefunden im Landtag. Also machen wir halt einen anderen Bericht. Ich bin immer dafür zu haben. Ich habe auch mit Dir gesprochen und mit dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Höger als Gemeindefeferent, ob und in welcher Form das geschehen könnte. Ich lege Wert darauf, daß diese drei

Punkte, die dazu notwendig sind, auch wirklich eingehalten werden. Und da werde ich mich auch in der Regierung dafür einsetzen.

Nämlich: Erstens muß es einen Gesamtbericht geben über die Gesamtförderung an die Gemeinden. Das auf Grund des Rechnungsabchlusses. Mehr steht mir nicht zur Verfügung. Und es ist wünschenswert, daß jedes einzelne Regierungsmitglied und nicht der Finanzreferent stellvertretend für die anderen berichtet, was jeder aus seinen Budgetmitteln gemacht hat. Wie er diese Mittel zugeteilt hat. Im Kindergarten Sektor, im Sektor Bedarfszuweisungen, bei den Krankenhäusern oder wo immer. Mir ist das gleich. Das werden wir sicher alles zusammenheften zu einem detaillierten Bericht, aber es muß der berichten, der auch die politische Verantwortung trägt für die Vergabe und fürs Geldausgeben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und der dritte Punkt heißt natürlich, dort wo kein Regierungsmitglied unmittelbar zuständig ist sondern unmittelbar ECO-PLUS oder die Fonds, dann sollen die das auch berichten. Ich lege jedenfalls Wert darauf, daß die Dinge transparent behandelt werden. *(Abg. Präs. Haufek: Da wärest Du der Erste!)*

Ich sage, was ich leisten kann und ich sage auch, was andere leisten müssen. Und das werden wir uns dann anschauen, wie der Bericht aussieht. Das zum Gemeindeförderungsbericht.

Und jetzt noch eine Bemerkung zum heutigen Tag, zu den Verhandlungen, die uns noch bevorstehen. Das ist noch keine "gemähte Wiese", die Verhandlung heute im Finanzministerium. Ich habe jetzt schon wieder einen Brief bekommen von Landesrat Ambrozy. Das ist der Finanzreferent aus Kärnten, von der SPÖ. Ich kenne also die Forderungen des steiermärkischen SPÖ-Finanzreferenten Ressel vom vergangenen Dienstag. Jeder will in den Topf, den wir zur Verfügung stellen, noch einmal extra hineingreifen. Der steirische SPÖ-Finanzreferent genauso wie der Kärntner SPÖ-Finanzreferent. Und dann soll viel übrig bleiben für die Gemeinden, denen wir eigentlich helfen müssen! *(Zwischenruf bei Abg. Uhl.)*

Wir sind ja Hauptzahler. Daher muß ich aufpassen, wer etwas rausnimmt. So ist die Sache. Du kannst ruhig mitgehen heute, da wirst Du es erleben. Da gibt es keine Freundschaft. Wir haben uns darauf verständigt - und ich hoffe, daß das hält, daß wir eine Milliarde als Ausgleichsfonds finanzieren wollen aus Mitteln der Länder und der Gemeinden. Keinen Schilling vom Bund. Eine Mil-

liarde haben wir uns gesetzt als das Ziel, das notwendig ist. Warum eine Milliarde? Weil errechnet wurde, daß alle Verlierergemeinden saldiert, nur die Verlierergemeinden und keine anderen, S 1.242.000.000,- Verluste erleiden werden auf Grund der Umstellung der Gewerbesteuer auf die Kommunalsteuer. Und zwar in den Jahren 1994 und 1995 in Summe. Und wir halten es für angemessen, wenn diese Summe stimmt, S 1.242.000.000,-, 80 % als Härteausgleich zu geben. Das ist ein ganz schöner Härteausgleich! Und das wäre eine Milliarde. Nur, von der Milliarde will schon wieder der Steirer 40 Millionen extra und laut Brief von Ambrozy will der auch schon wieder extra hineingreifen. Und dann wird das immer schwerer, den Härteausgleich für alle Gemeinden zu schaffen. Ich bin neugierig, welche Unterstützung ich heute haben werde bei den Verhandlungen. *(Zu Präsident Haufek:)* Du kannst aber sicher hier bestätigen und Du hast es indirekt ja auch getan, denn das war Dein einziges lobendes Wort heute für mich - ich brauche ja sonst kein Lob, aber heute hast Du es gesagt, daher darf ich es wiederholen - daß ich bei diesen Verhandlungen auf jeden Fall einer jener Finanzreferenten war, der um eine Lösung echt bemüht war. Der sich da ordentlich ins Zeug gelegt hat. Dann habe ich wieder Vorwürfe von anderen gehört, daß ich zu stur war und zu hart. Aber es ist mir ein Anliegen, hier im Sinne der Vermittlung von Gemeinden und Land tätig zu sein. Auch auf dieser Ebene. Und das ist meine Generallinie und von der lasse ich mich nicht abbringen. Und schon gar nicht lasse ich mir irgendetwas unterschieben! *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mag. Kaufmann.

Abg. Mag. KAUFMANN (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Zu meinem Vordredner vorerst einmal. Herr Landesrat! Sie haben immer wieder betont, daß der Landtag der ist, der in Wahrheit die Budgethoheit hat. Und es ist auch völlig klar, daß der Landtag die Budgethoheit nicht nur für 1994 hat, sondern daß der Landtag die Budgethoheit generell hat. Und daher ist es absolut richtig, sich auch mit dem Budget 1995 zu beschäftigen. Und wenn man schon der Meinung ist, daß eine große Umstrukturierung in einem Landesbudget vorgenommen werden soll, so ist es für uns nur fair, das jetzt schon anzukündigen und unseren Willen jetzt vorzuschlagen. Und wenn das der gemeinsame Wille des Landtages wird, so können Sie sich nächstes Jahr bei der Budgetierung

darauf einstellen. Ich verstehe Ihre Argumentation in diesem Punkt überhaupt nicht. Der Landtag hat die Budgethoheit! Und der Landtag hat die Budgethoheit nicht nur für 1994, sondern er hat sie generell!

Zur Sache selbst. Was wir nicht wollen ist, daß das Land Niederösterreich 850 Millionen Schilling von den Gemeinden kassiert, die Gemeinden dann zu Bittstellern macht und dann diese 850 Millionen Schilling wieder verteilt. Genau das wollen wir nicht! Und daher stellen wir auch diesen Antrag und hoffen, daß dieser Antrag des Landtagspräsidenten Haufek auch die Zustimmung der Mehrheit dieses Landtages finden wird.

Ein zweiter Punkt zu meinem Vorredner, Landtagsabgeordneten Gansch. Er hat die Verpackungsverordnung hier angeschnitten. Ich will nicht wieder eine neuerliche Debatte bezüglich dieser Verpackungsverordnung initiieren. Aber klar ist, daß der Landtag einen Beschluß gefaßt hat. Der Landtag hat beschlossen, daß die Landesregierung aufgefordert wird, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, daß die Verpackungsverordnung aufgehoben wird. Und egal, wie die persönliche Meinung des zuständigen Landesrates jetzt ist, ich habe nämlich auch in der Zeitung gelesen, daß der Landesrat Blochberger diesen Beschluß des Landtages nicht sehr schätzt, er ist das zuständige Regierungsmitglied und er wird diesen Beschluß des Landtages auch exekutieren müssen. Und wir brauchen daher nicht noch einmal diese Debatte zu wiederholen, sondern die Beschlüsse des Landtages sind zu vollziehen. Sonst nehmen wir uns selbst nicht mehr ernst. Ich bin gespannt, wie in welcher Form der Herr Landesrat Blochberger das auch tun wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zur Raumordnung. Es liegt meiner Meinung nach im Bereich der Raumordnung viel im Argen. Es liegt deswegen viel im Argen, weil es notwendig ist, daß das NÖ Raumordnungsgesetz novelliert wird und weil diese Novelle zum NÖ Raumordnungsgesetz schon sehr, sehr lange hinausgezögert wird. Es hat der Landesrat kurz vor den Landtagswahlen eine Novelle zum Raumordnungsgesetz präsentiert. Das war offensichtlich ein wahlbedingtes Strohfeuer. Es ist nicht mehr zur Beschlußfassung dieser Novelle zum Raumordnungsgesetz gekommen. Es gibt nun neuerlich die Initiative der Regierung, ein solches Raumordnungsgesetz vorzulegen. Und ich kann nur zum wiederholten Male der Meinung Ausdruck geben, daß es rasch möglich sein muß, dieses Raumord-

nungsgesetz durch den Landtag zu bringen. Weil auch viele Projekte an einzelnen Maßnahmen der NÖ Raumordnung hängen. Und wir reden so viel von Wirtschaftsbelebung. Und wir reden sehr viel vom Budget, daß über ein höheres Budgetdefizit wirtschaftsbelebende Maßnahmen zu finanzieren sind.

Aber, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine Damen und Herren des Landtages! Es ist doch notwendig, zu schauen, wo Projekte sich in einzelnen bürokratischen Maßnahmen verhängt haben. Wo einzelne Projekte, die ein privater Investor durchführen will, die auch eine Gemeinde durchführen will, wo diese Projekte zum Beispiel wegen fehlender Zustimmung des Raumordnungsbeirates nicht verwirklicht werden können. Und ich kann nur darauf dringen, daß der bürokratische Ablauf bei der Raumordnung auch durch eine Novelle zum Raumordnungsgesetz gestrafft wird. Die erste Novelle mit der Verkürzung auf sechs Monate hat offensichtlich doch nicht ganz und überall den gewünschten Erfolg gezeigt. Es wird daher das ein wesentlicher Punkt bei der Novelle zum Raumordnungsgesetz sein, die Beschleunigung der Verfahren.

Wir haben schon mehrmals dargestellt, daß wir es für besonders wichtig halten, daß Maßnahmen zur Baulandmobilisierung getroffen werden. Diese Maßnahmen zur Baulandmobilisierung kann man sich auf verschiedene Weise vorstellen. Wichtig ist, daß sie Platz greifen. Ich glaube, daß hier der Entwurf zum Raumordnungsgesetz noch zu zögerlich ist und daß man hier mehr Kreativität mit einbringen wird müssen. Ich kann mir vorstellen, daß das Institut privatrechtlicher Verträge zwischen Gemeinden und Grundstückseigentümer, die parallel gehen mit dem Widmungsakt, wirklich ausdrücklich installiert wird. Es ist jetzt sehr die Frage, ob das jetzt schon möglich ist oder nicht. Es sollte ausdrücklich im Raumordnungsgesetz als Institut verankert werden. Wir wollen die Vorbehaltsfläche für den sozialen Wohnbau. Wir glauben, daß es notwendig ist. Und wir wollen eine neue Kooperation zwischen den Gemeinden möglich machen durch Nachbarschaftsverbände, durch gemeinsame Raumordnung, die rechtsverbindlich ist zwischen einzelnen Gemeinden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein wesentlicher Punkt im gesamten Raumordnungsprogramm, nicht nur im Raumordnungsgesetz, sondern in den angeschlossenen Verordnungen ist das Landesentwicklungskonzept. Insbesondere hier sind die Verzögerungen eklatant. Ich darf neuerlich in Erinnerung rufen, daß mit der Installierung der Landeshauptstadt auch mitver-

einbart wurde, daß einzelne Städte Niederösterreichs im Raumordnungsgesetz und in den Verordnungen zum Raumordnungsgesetz mit landeshauptstädtischer Ergänzungsfunktion ausgestattet werden. Daß das auch in den Normen des Landes seinen Niederschlag findet. Es sind mittlerweile fünf oder sechs Jahre durch das Land gezogen und in den Normen des Landes Niederösterreich hat das noch nicht seinen Niederschlag gefunden. Eine wirklich zögerliche Behandlung, die zu kritisieren ist.

Ich stimme mit einem der Vorredner völlig überein, daß die Frage Grundverkehr und Grundverkehrsrecht eine besondere Bedeutung haben wird. Es haben die Länder Tirol, Salzburg und Vorarlberg sich dieses Themas bereits angenommen. Ich vermisse hier eine entsprechende Vorlage des zuständigen Landesrates. Und wir werden vor allem auch mit dem neuen Raumordnungsgesetz diskutieren müssen, ob es vernünftiger ist, den Grundverkehr in Niederösterreich auch mit Maßnahmen der Raumordnung zu regulieren, wenn auch nicht nur, oder ob das ziemlich ausschließlich mit einem Landes-Grundverkehrsrecht einhergehen soll. Man wird sich das sehr genau überlegen müssen im Hinblick auf die Haltung der Europäischen Union in dieser Frage. Es gibt, wie gesagt, diese beiden Modellansätze, die sicher nicht nur zu verwirklichen sind, sondern man wird zwischen diesen beiden Modellansätzen einen Kompromißweg finden müssen. Der eine Ansatz ist der, ziemlich viel in einem neuen Grundverkehrsrecht zu regeln. Ein anderer Modelleinsatz ist, etwas weniger im Grundverkehrsrecht zu regeln und dafür relativ viel im Raumordnungsgesetz zu verankern. Das muß man aber, wenn es eine Novelle zum NÖ Raumordnungsgesetz geben wird, vorwegdenken und in diese Novelle mit einarbeiten.

Meine Damen und Herren, zur Regionalpolitik: Ich glaube, daß die Regionalpolitik eine steigende Bedeutung im Land Niederösterreich allein deswegen haben wird, weil es in Niederösterreich zum Teil Ziel 5b-Regionen geben wird im Sinne der EG-Regelungen. Das heißt, es werden landwirtschaftliche Regionen in Ziel 5b-Regionen eingegliedert werden können und es werden traditionelle Industriegebiete in Ziel 2-Regionen eingeordnet werden können. Was jeweils heißt, daß die Töpfe der Europäischen Union für die Regionalförderung in Anspruch genommen werden können. Allerdings wird die Europäische Union aus diesem Titel der Regionalförderung nur dann bereit sein, etwas zu zahlen, nämlich bis zu 50 % bestimmter Maßnahmen, wenn auch aus der Region selbst

entsprechende Förderungsmittel kommen. Und aus der Region selbst heißt im Sinne der Europäischen Union, von den Gemeinden, von Gemeindeverbänden, vom Land oder vom Bundesstaat. Was wirklich fehlt ist, daß rasch regionale Entwicklungspläne erarbeitet werden. Ein regionaler Entwicklungsplan ist in Auftrag zu geben, um diese Mittel auch entsprechend abrufen zu können. Und es ist notwendig, daß das Land Niederösterreich vor allem entsprechende Initiativen setzt. Ich kann mir auch vorstellen, daß die ECO-PLUS, die im großen und ganzen sehr gut funktioniert, die entsprechenden Beauftragungen zur Erarbeitung von regionalen Initiativen übernimmt. Und hier, wie sie das schon praktisch in vielen Regionen positiv getan hat, Impulse setzt.

Wenn ich schon bei der ECO-PLUS bin, dann will ich auch vermerken, daß das, was Herr Klubobmann Gratzner gesagt hat, nämlich, daß für den Verkauf oder die Vermietung eines Industriegrundes im IZ-Süd ein Dritter, nämlich eine Raiffeisenbank in Niederösterreich Provisionen kassieren soll, daß das wirklich ein völlig untragbarer Zustand ist. Und ich kann nur versprechen, daß sich die sozialdemokratischen Mitglieder des Aufsichtsrates der in der ECO-PLUS sehr, sehr rasch der Sache annehmen werden. Wenn es so ist, wie Sie das dargestellt haben, so ist das ganz sicherlich ein Punkt, der rasch abgestellt gehört.

Zur Regionalpolitik ist es auch wichtig zu betonen, daß die Regionalpolitik natürlich nicht nur landesweit gesehen werden muß. Wir müssen mehr und mehr begreifen, daß der ostösterreichische Raum, insbesondere der Raum Wien und

Umland von Wien eine besondere Bedeutung in der Europäischen Union haben kann, wenn er genügend koordiniert vorgeht. Wenn die Gebietskörperschaften dieses Raumes genügend koordiniert vorgehen und wenn die Infrastrukturausstattung dieses Raumes stimmt.

Und es hat meiner Meinung nach zu Recht auch der Leiter des Wirtschaftsforschungsinstitutes in Österreich, Dr. Kramer kritisiert, daß es doch erhebliche Koordinationsmängel der Gebietskörperschaften in Ostösterreich, insbesondere auch zwischen Wien und Niederösterreich, gibt. Ich darf ankündigen, daß wir demnächst einen Initiativantrag im Landtag einbringen werden, um die Koordination zwischen den Gebietskörperschaften Wien, Niederösterreich und Burgenland zu verbessern. Und insbesondere werden wir wieder vorschlagen, daß die Planungsgemeinschaft Ostregion, die offensichtlich den neuen Herausforderungen nur schwer gerecht werden kann, umorganisiert wird. Und daß es insbesondere hier auch ein Organ in der Planungsgemeinschaft Ostregion, ein Organ, in dem die Landtage von Wien, Niederösterreich und Burgenland vertreten sind und auch mitbestimmen können, installiert wird. Wir haben uns mit diesem Thema vor etwa zwei Jahren beschäftigt. Es ist dann ein gemeinsamer Antrag von SPÖ und ÖVP beschlossen worden, der im wesentlichen den besseren Informationsaustausch zwischen Planungsgemeinschaft Ostregion und dem Landtag vorsieht. Ich muß sagen, sehr viel hat sich auf diesem Sektor des besseren Informationsaustausches nicht getan. Und ich will auch dazu sagen, es geht nicht nur um den Informationsaustausch. Es geht auch darum, daß über den Informationsaustausch hinweg ein Mitbestimmungs- und Mitentscheidungsgremium in dieser Planungsgemeinschaft Ostregion, in dem auch die Landtage vertreten sind, geschaffen wird. Wir werden diese Initiative sehr bald starten.

Zur Regionalisierung. Wir wissen alle, daß die Regionalisierung ein bedeutender Faktor im Land Niederösterreich geworden ist. Vor allem die gute wirtschaftliche Entwicklung ist zum großen Teil auf die Regionalisierung in Niederösterreich zurückzuführen, weil eben durch die Regionalisierung jeweils 350 Millionen Schilling in einzelne Projekte geflossen sind und weil durch den Multiplikatorprozeß es vermehrt entsprechende Investitionen im Land Niederösterreich gegeben hat. Nur müssen wir mehr und mehr feststellen, daß diese 350 Millionen Schilling zur Regionalisierung nicht mehr ausreichen. Es ist vor allem die Vorbe-

lastung zukünftiger Jahre innerhalb der Regionalisierungsmittel beachtlich. Es besteht im Schnitt eine Vorbelastung zwischen 100 und 150 Millionen Schilling für die nächsten Jahre. Das heißt, die freie Verfügbarkeit dieser 350 Millionen Schilling ist auf 200 bis 250 Millionen Schilling geschrumpft. Und wir sollten wirklich daran gehen, einzelne Projekte genau zu diskutieren, die vielleicht im Rahmen dieser Regionalisierung, aber über die 350 Millionen Schilling hinausgehend, gefördert werden. Ein entsprechendes Parteienabkommen gibt es ja in diesem Punkt.

Ganz besonders traurig stimmt die Vorgangsweise des Landes Niederösterreich in Sachen Ennshafen. Es muß doch für uns alle klar sein, daß der Ausbau des Ennshafens von ganz besonderer Bedeutung ist. Wir reden alle von der Bedeutung der Wasserstraße für die Infrastruktur Niederösterreichs. Wir reden alle von der Bedeutung der Wasserstraße für die wirtschaftliche Entwicklung dieses Landes. Es war völlig klar, daß der Ennshafen ausgebaut werden soll. Das Ausbauprogramm für den Ennshafen erfordert Investitionen von 220 Millionen Schilling. Und es war vor der Landtagswahl klargestellt, daß davon 120 Millionen Schilling die ECO-PLUS aus den Mitteln der Regionalisierung, auf Jahre verteilt, bezahlen wird. Daß das Land Niederösterreich aus anderen Töpfen, insbesondere aus der Wirtschaftsförderung 50 Millionen Schilling bezahlen wird. Daß der Bund 30 Millionen Schilling bezahlen soll und die Ennshafen Errichtungsgesellschaft 20 Millionen Schilling. Und ich höre, daß das Land Niederösterreich diese 50 Millionen Schilling, die es nicht über die ECO-PLUS, sondern unmittelbar aus der Wirtschaftsförderung und aus anderen Instrumentarien zahlen will, nun neuerlich in Frage stellt. Was entweder heißt, daß der Ennshafen in diesem Umfang nicht ausgebaut werden kann oder heißt, daß die Regionalisierungsmittel über diese 120 Millionen Schilling hinaus belastet werden und der zukünftige Spielraum noch kleiner wird. Ich kann daher nur den dringenden Appell starten und hier wirklich dringend appellieren, daß es bei der alten Vereinbarung bleibt und das Land Niederösterreich diese 50 Millionen Schilling für den Ausbau des Ennshafens tatsächlich zur Verfügung stellt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein letzter Punkt, den ich schon mehrmals hier behandelt habe in diesem Kapitel 0 beim Landesvoranschlag ist die Frage der Dezentralisierung der Landesverwaltung. Ich habe ganz einfach den

Eindruck, daß dies nach einem hoffnungsfrohen Beginn eigentlich in den Kinderschuhen, kann man fast sagen, steckengeblieben ist. Der technische Fortschritt bietet immer mehr Möglichkeiten, eine dezentrale Verwaltung aufzubauen. Die Tatsache, daß die Landesverwaltung nach St. Pölten zum Teil übersiedeln wird, bietet einen Impuls, die Landesverwaltung auch neu zu organisieren und hier das Element der Dezentralisierung verstärkt einfließen zu lassen. Ich glaube nur, daß von diesen Möglichkeiten auch Gebrauch gemacht werden muß. Ich weiß, daß zum Teil Gebrauch gemacht wird. Ich halte aber die Ansätze, die es in diesem Punkt bisher gibt, als für nicht ausreichend und glaube, daß ein neuer Impuls für diese Dezentralisierung der Landesverwaltung durchaus gestartet werden sollte. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Hoffinger.

Abg. HOFFINGER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Auch ich möchte mich mit der Regionalisierung hier beschäftigen. Insgesamt sind in diesem Bereich 603,560.000,- Schilling eingesetzt, für Regionalisierungsmaßnahmen insgesamt. Und ich möchte mich auch hier mit diesen 350 Millionen Schilling der ECO-PLUS näher auseinandersetzen und möchte sie über die Tätigkeiten informieren, die mein Vorredner bereits angeschnitten hat.

Die Entwicklung der Betriebstätigkeit zeigt folgendes Bild: Im heurigen Jahr wurden bis Ende September mit Hilfe von ECO-PLUS 12 Betriebe mit über 110 Arbeitsplätzen in den Regionen Niederösterreichs angesiedelt. Insgesamt waren es vom Jahr 1986 bis zum September 1993 rund 200 Unternehmer mit 6.500 Mitarbeitern in den Regionen Niederösterreichs. Wenn man die Zahl der angesiedelten Unternehmer im Jahr 1993 mit jenen der Vorjahre vergleicht, so ist natürlich ein Rückgang festzustellen. Die Gründe liegen vor allem in der weltweiten Rezession und natürlich auch an den politischen Unsicherheiten in den Nachbarländern. Die Investitionstätigkeit ausländischer Unternehmungen in Österreich war gebremst. Die Anzahl konkreter Nachfragen sackte 1993 ab und erst ab August 1993 ist nun wieder eine sprunghaft gestiegen Nachfrage potentieller Betriebsansiedler nach Grundstücken feststellbar. ECO-PLUS hat diese gemäß dem Nachfrageprofil mit den geeigneten Standortgemeinden in Verbindung gebracht und betreut diese Investoren, viele

Klein- und Mittelbetriebe, noch intensiver bis hin zur Betriebseröffnung. Generell kann gesagt werden, daß man im internationalen Geschäft der Betriebsansiedlung mit einem Vorlauf von rund einem Jahr Veränderungen in der Konjunkturlage einer Volkswirtschaft spüren kann. Wenn jetzt, wie dies der Fall ist, eine verstärkte Nachfrage nach Betriebsgrundstücken registriert wird, so ist das ein sicheres Zeichen dafür, daß Mitte 1994 ein Aufschwung in der wirtschaftlichen Entwicklung kommen wird. Die jetzigen Verhandlungen bzw. Abschlüsse der Betriebsansiedlung werden in der zweiten Hälfte 1994 eine positive Auswirkung auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze haben.

ECO-PLUS hat auch verstärkt Maßnahmen gesetzt mit dem Ausland. Es wurden 2.500 direct-mailings an Schweizer Unternehmer gesendet. Und es war vor drei Wochen eine Veranstaltung in Zürich, bei der Niederösterreich als zentraler Standort für Erschließung mittel- und osteuropäischer Märkte vorgestellt wurde. Mit der Schweizer Handelskammer und mit der Bank Austria wurden dort sehr interessante Kontakte mit Schweizer Unternehmungen aufgenommen.

(Zweiter Präsident Haufek übernimmt den Vorsitz.)

In den ECO-PLUS-eigenen Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsparks ist die ungünstige Wirtschaftslage ebenfalls zu spüren. Es konnten mit ECO-PLUS im Jahr 1993 bisher 35 Betriebe mit über 300 Arbeitsplätzen angesiedelt werden. Die Bilanz von 1986 bis 1993 zeigt folgendes Bild: Rund 220 Betriebe mit über 6.000 Mitarbeitern in den ECO-PLUS eigenen Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsparks. Die bestehenden Betriebe in den Zentren zeigen sich auch während der Rezession wirtschaftlich gut. Es gibt nur vereinzelt Ausfälle, die wir aber rasch in der Regel nachbesetzen können. ECO-PLUS managt sechs Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsparks in ganz Niederösterreich. Ein weiterer ist nun geplant. Das erste Industriezentrum entstand in Wr. Neudorf, das war schon in den sechziger Jahren. Seither haben sich über 220 Betriebe mit 6.000 Mitarbeitern angesiedelt. Die Grundstücke im Industriezentrum Wolkersdorf konnten auf Grund guter Verkehrslage und einer guten Infrastruktur bereits zur Gänze abgesetzt werden und wir planen derzeit eine Erweiterung. Wir haben acht Hektar Grund angekauft und haben hier schon konkrete Nachfragen von fünf Betrieben, die nun bereits zwei Hektar der Erweiterungsfläche verwenden können.

Im Industriepark Ennsdorf am Donauhafen Enns - Ennsdorf wurde im September 1993 der Spatenstich für den weiteren Ausbau des Industriezentrums sowie des Hafens gesetzt. ECO-PLUS führt auch dort mit drei Investoren sehr konkrete Verhandlungen über die Ansiedlung im Industriepark.

In der Weiterführung der Landesentwicklung wurden zwei weitere Standorte in Niederösterreich für Dienstleistungs- und Gewerbeparks gewählt. Nämlich Heidenreichstein im Waldviertel und Poysdorf im Weinviertel. Derzeit sind die Aufschließungsmaßnahmen dort voll im Gange und im Frühjahr 1994 werden wir dort bereits Betriebe ansiedeln können. Besonders in Poysdorf ist das Interesse groß. Es wird bereits mit zehn Unternehmen verhandelt.

Meine Damen und Herren! Nun zum Beteiligungsbereich der ECO-PLUS. Wie ich schon erwähnt habe, wurde der Startschuß für weitere Investitionen im Industriepark Ennsdorf sowie im Donauhafen Enns-Ennsdorf gesetzt. ECO-PLUS ist an diesem Hafen zu 50 % beteiligt. Der Donauhafen wird ein multifunktionales Logistikzentrum errichten und das NÖ Hafenbecken wird derzeit um 135 Meter verlängert und auf 91 Meter verbreitet. Zusätzlich werden senkrecht verbaute Kaimauern mit einer Gesamtlänge von 360 Metern errichtet. Ab Mitte 1994 stehen auch hafeneigene Umschlagsgeräte zur Verfügung. Der Donauhafen Enns-Ennsdorf wird neben den vorher angeführten Funktionen auch die Funktion eines Industriedhafens für die großen Industriezonen ausführen, die sich auf niederösterreichischer und oberösterreichischer Seite auf rund 2,5 Quadratkilometern befinden. Und daher ist zu 50 % Niederösterreich und zu 50 % Oberösterreich an diesem Vorhaben beteiligt. Und ich bin sicher, Herr Kollege Kaufmann, daß wir das auch durchziehen können. Es gibt in der Finanzierung Auffassungsunterschiede, das ist richtig. Es gibt aber bereits Verhandlungen. Und der Herr Finanzminister hat zugesagt, er wird sich bemühen, eine Regelung zu finden. Aber ich glaube, in einem sollten wir uns ganz einig und sicher sein: Daß wir den Weg weitergehen, den wir einschlagen haben und ihn auch voll durchziehen sollen. Und daß wir uns im Aufsichtsrat der ECO-PLUS hier sicher bemühen werden, eine Finanzierung mit dem Land auf die Beine zu stellen.

Für das Projekt RIZ-Technologiezentrum in Wr. Neustadt wurden alle rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen zur Gründung und Errichtung der Besitzgesellschaft durch ECO-

PLUS und GBI für den Abschluß einer Vereinbarung mit dem Betreiber des Technologiezentrums, nämlich der RIZ-GesmbH bereits geklärt.

Meine Damen und Herren! Der erste grenzüberschreitende Wirtschaftspark Österreich-Tschechien entsteht in Gmünd - Ceske Velenice. Damit können die Ressourcen der beiden Länder optimal genutzt werden: Auch dort ist ECO-PLUS an diesem Wirtschaftspark mit 15 % beteiligt.

Seit Beginn der Umsetzung des Regionalisierungsprogrammes durch ECO-PLUS im Februar 1987 wurden 452 Projekte mit einem Förderungsvolumen von 2,7 Milliarden unterstützt. Diese Förderungen bewirkten ein Investitionsvolumen von 8,8 Milliarden Schilling. Zwei Drittel der geförderten Projekte entfallen auf die vielfältigen Dienstleistungsbereiche. Dazu zählen vor allem der Tourismus-, Gesundheits-, Freizeit- und Kulturbereich. Mit diesen sektorenüberschreitenden Förderungen kann auf die besonderen Stärken, aber auch auf die Probleme in den Regionen eingegangen werden. Diese Strategie kommt vor allem struktur- und entwicklungsschwachen Regionen in Niederösterreich zugute. Wie schon erwähnt, spielt die Förderung von Tourismus- und Kulturprojekten im Regionalisierungsprogramm eine sehr wichtige Rolle. Von den bisher 452 von ECO-PLUS der Landesregierung zur Förderung empfohlenen Projekte entfallen etwa ein Drittel auf den Sektor Tourismus, das ist sehr interessant, und ein Sechstel auf den Kulturbereich. Das bedeutet, daß Investitionen von 2,6 Milliarden Schilling mit einem Förderungsvolumen von 728 Millionen im Tourismusbereich unterstützt wurden. Sowie Investitionen von einer Milliarde Schilling und einem Förderungsvolumen von 440 Millionen Schilling im Kulturbereich.

Bei der Unterstützung von Tourismusprojekten ist die Radwegförderung von großer Bedeutung. Wichtig ist die Schaffung von Radregionen. Da besteht einerseits eine Vernetzung des Radwegenetzes mit anderen Angebotselementen, wie zum Beispiel Kultur- und Freizeiteinrichtungen, Hotellerie und Gastronomie und andererseits einer thematischen Schwerpunktsetzung, die von den regionalen Gegebenheiten abhängt, im Vordergrund. ECO-PLUS hat dafür einen eigenen Rad-Ausschuß eingesetzt.

Das Regionalisierungsprogramm in Niederösterreich ist einmalig und einzigartig in Österreich. Kein anderes Bundesland kann auf ein so breit angelegtes Regionalisierungsförderungspro-

gramm verweisen. ECO-PLUS erhält auch laufend Anfragen von anderen Bundesländern über das Regionalisierungsprogramm, über die Richtlinien und die Kriterien der Projektauswahl. Und ich möchte betonen, daß der Erfolg des Regionalisierungsprogrammes gerade in der strengen Auswahl und der strengen Anwendung der Auswahlkriterien bei den Projekten liegt. Und ich darf ebenfalls darauf hinweisen, daß wir uns im Aufsichtsrat sehr befassen werden mit den heutigen Aussagen des Klubobmannes Gratzner. Denn auch uns ist so etwas nicht bekannt, daß hier Provisionen von irgendjemandem bezahlt werden oder kassiert werden. Und wir werden ebenso wie die sozialdemokratische Fraktion natürlich hier nachschauen, nach dem Rechten sehen und wenn so etwas passiert, das abstellen. Aber sicher gibt es das nicht bei ECO-PLUS, sondern das kann nur von außen hineingetragen werden.

Dieses NÖ Modell zur Stärkung der regionalen Landesentwicklung soll auch in den nächsten Jahren mit vollem Einsatz fortgesetzt werden. Die Mittel dafür stellt das Budget 1994 zur Verfügung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Soukup.

Abg. SOUKUP (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus!

Die Gruppe 0 beinhaltet unter anderem auch Zuwendungen an Vereine und Verbände. Und ich möchte mich heute mit den Tierheimen in Niederösterreich auseinandersetzen, die auch als Vereine geführt werden. In einem Vertrag gemäß Artikel 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern wird der Schutz von Nutztieren in der Landwirtschaft geregelt. Ziel des NÖ Tierschutzgesetzes 1985 ist es, zu verhindern, daß Tieren durch Handlungen oder Unterlassungen ungerechtfertigt Leiden oder Schäden zugefügt werden. Im NÖ

Tierschutzgesetz, im § 2 Abs. 5 heißt es auch, es ist zu unterlassen, ein Tier, das zum Leben in der Freiheit offenbar unfähig ist, auszusetzen, um sich seiner zu entledigen. Es heißt aber auch im § 4 Abs. 1, wer ein Tier besitzt oder in Verwahrung hat, muß dafür sorgen, daß die Haltung den Zielen dieses Gesetzes entspricht. Und im § 5 des Tierschutzgesetzes ist der Bestand von Tierheimen erwähnt und auch geregelt.

Der besagte Vertrag nach Artikel 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern hat ja die Landesregierung bereits passiert, hat hier Zustimmung gefunden. Die Landwirtschaftskammer hat ihre Unterschrift darunter gesetzt und alle anderen Beteiligten. Und es ist zu begrüßen, daß diese genannte Vereinbarung in Bezug auf den Tierschutz eine einheitliche Meinung darstellt, die ich hier im Rahmen dieser Debatte sehr begrüßen möchte. Anmerken möchte ich noch, daß diese Vereinbarung strenger ist als alle derzeit geltenden EG-Richtlinien.

Bei Tieren haben wir es aber nicht nur mit Nutztieren zu tun, sondern der Schutz der Kreatur gilt allen Tieren. Egal ob es sich hier um uns bekannte Haustiere handelt oder ob es exotische Tiere sind, die ja auch in den Tierheimen Unterkunft finden. Die heutige Zeit hat es mit sich gebracht, daß die sogenannten Haustiere sehr beliebt sind. Gerade in der Vorweihnachtszeit, meine Damen und Herren, ist es ein aktueller Anlaß, den Menschen über sogenannte, ich möchte es jetzt so bezeichnen, "Geschenktiere" zu informieren. Ich glaube, wir sollten unsere Bevölkerung ein wenig zum Nachdenken darüber anregen, ob es sehr sinnvoll ist, daß wir so putzige kleine Jungtiere den Kindern als Geschenk machen und spätestens nach drei, vier Wochen die arme Kreatur - ich möchte das hier wirklich so sagen - aussetzen oder in ein Tierheim bringen. Die Palette ist hier sehr breit gestreut. Es geht hier von Meerschweinchen über Hamster, Katzen, Hunde, ja bis sogar zu, ich habe es schon erwähnt, exotischen Tieren, bis zu Affen. Und wir haben erst vor kurzem erlebt, so geschehen in Wr. Neustadt, daß eine Dame eine Meerkatze geschenkt bekam. Und als sie dann bemerkte, daß das gar nicht so einfach ist, das Tier im Haus oder in der Wohnung zu halten, dieses Tier dann auch in ein Tierheim gebracht hat.

Und diese Tierheime, meine Damen und Herren, in unserem Land möchte ich kurz anreißen. Es ist bekannt, daß in Niederösterreich 17 solcher Tier- oder Tierschutzheime bzw. Vereine bestehen. Diese Tierheime beherbergen jene von mir genannten Tiere, die einst als Weihnachtsge-

schenk dienten und, wie schon erwähnt, einige Wochen später in den Heimen landen. Es werden aber auch entlaufende Tiere beherbergt. Der Aufwand der Tierheime ist beachtlich. Gilt es doch, die Tiere zu verpflegen, sie in geeigneten Unterkünften unterzubringen, tierärztlich zu betreuen und dergleichen mehr. Die Tierheime in Niederösterreich haben zusammen ungefähr ein Jahresbudget von 14 bis 15 Millionen Schilling. Diese Gelder werden durch Spenden, Mitgliedsbeiträge und Verkäufe aufgebracht. Erhebungen durch Landesrat Wagner, der sich dieser Sache angenommen hat, als sie ihm bekannt wurde ergaben, daß die NÖ Tierheime zusammen einen jährlichen Abgang in der Höhe von drei bis vier Millionen Schilling haben. Gestatten Sie mir einige Anmerkungen zu diesen Kosten. Alleine für Transportkosten werden von den Tierheimen im Jahr 150 bis 200 Millionen Schilling veranschlagt. Es werden ungefähr 70.000 Kilometer zurückgelegt bei diesen Tiertransporten und die Lohnkosten - und ich sage hier ganz bewußt, größtenteils handelt es sich um freiwillige Mitarbeiter - die Lohnkosten liegen immerhin bei 1,5 Millionen Schilling. Für Tiernahrung benötigt man ca. eine halbe Million Schilling und für die Tierarzthonorare immerhin 640.000,- Schilling.

Meine Damen und Herren, das sind natürlich enorme Kosten, die diese Heime zu tragen haben im Bezug auf ihre Tätigkeit. Nun wissen wir, daß es hier Subventionen gibt, die aber bei weitem nicht das abdecken, was hier zu tun wäre. In Zukunft wird es nun eine Vereinbarung über den Schutz von Nutztieren in der Landwirtschaft geben und wir begrüßen das außerordentlich. Darüber hinaus muß es aber für alle Tierarten geeignete Lebensbedingungen geben. Dieses wird in Zukunft nur möglich sein, wenn wir die Tierheime in Niederösterreich unterstützen. Oder aber, meine Damen und Herren, ich sage das nicht gerne, aber es könnte so eintreten, wir gehen den Weg früherer Jahrzehnte, wo ganz einfach der Schinder durch die Orte gezogen ist und diese arme Kreatur vernichtet hat. Ich glaube nicht, daß das im Sinne des Schöpfers ist. Ich glaube aber auch nicht, daß wir als Menschen, die wir ja immer uns als jenes Geschöpf bezeichnen, das geistig am höchsten steht, daß das von uns gewollt ist.

Meine Damen und Herren, Hoher Landtag! Es müßte möglich sein nach einer Bedarfserhebung über die NÖ Tierheime im Budget 1995 Gelder zur Unterstützung der Tierheime bereitzustellen. Es wäre durchaus

vorstellbar, um eine gerechte Verteilung zu gewährleisten, daß das Land gewisse Fixkosten dieser Tierheime übernimmt. Ich führe hier nur an zum Beispiel die Tierarzthonorare. So glaube ich, daß wir - wie schon erwähnt - nach einer Bedarfserhebung diesen Heimen eine große Hilfestellung leisten können.

Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Ich darf aus diesem Grund einen gemeinsamen Resolutionsantrag der Abgeordneten Soukup und Hoffinger einbringen (*liest*):

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Soukup und Hoffinger zur Gruppe 0 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1994, Ltg. Zl. 52, betreffend Tierschutz.

Zu den Kompetenzen der Bundesländer gehören auch alle mit dem Tierschutz zusammenhängenden Regelungen. Dem entsprechend hat der Landtag auch ein NÖ Tierschutzgesetz geschaffen, kürzlich eine in diesem Zusammenhang stehende Art. 15a B-VG-Vereinbarung geschlossen und hat die NÖ Landesregierung auch in ihrer Geschäftsverteilung die diesbezüglichen Kompetenzen zugewiesen.

Tierschutzvereine und Tierschutzverbände erhalten zwar aus dem Budgetansatz "Zuwendungen an Verbände und Vereine" Förderungen durch das Land Niederösterreich, dennoch scheint es notwendig, eine Erhöhung bzw. Ausweitung dieser Förderung zu überlegen, wobei im Landesvoranschlag dafür ein eigener Ansatz geschaffen werden soll.

Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Erstellung des Voranschlages für das Jahr 1995 an geeigneter Stelle im Voranschlag Ansätze für die Erfordernisse des Tierschutzes und insbesondere für die Förderung der Tierschutzorganisationen zu schaffen."

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Es ist sicherlich ein Thema, das dem Vorangegangenen nicht unbedingt an Aktualität folgt. Aber ich

glaube, daß wir gerade in dieser Hinsicht diesen Tierheimen, diesen Tierschutzhäusern in unserem Land Niederösterreich eine große Hilfestellung bieten könnten. Ich darf Sie daher bitten, unseren gemeinsam eingebrachten Resolutionsantrag des Kollegen Hoffinger und meiner Wenigkeit Ihre Zustimmung zu geben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT HAUFER: Ich erteile Herrn Präsident Ing. Eichinger das Wort.

Abg. Präs. Ing. EICHINGER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzte Damen und Herren!

Das vom Landesfinanzreferenten Landesrat Freibauer dem Hohen Landtag vorgelegte Budget für 1994 ist eine klare Konjunkturoffensive, eine Sozialoffensive, eine Wirtschaftsoffensive und sichert in Niederösterreich eine Vollbeschäftigung, über die wir uns noch freuen können, weil wir sie haben und ich hoffe auch in Zukunft erhalten.

Hier hat sich wieder einmal klar unter Beweis gestellt, daß die Finanzreferenten und ich will nur die letzten drei nennen, Ludwig, Pröll und Freibauer gut gewirtschaftet haben. Daß sie dem Land Schulden erspart haben und so für Zeiten der Rezession Geld für Investitionen entsprechend zur Verfügung stellen können. Landesrat Freibauer war jahrelang Bürgermeister einer schönen Stadt in Weinviertel und er zeigt, daß er von diesem Arbeitsbereich her in das Land seine Ideen mitgebracht hat und ein guter und starker Partner für die Gemeinden ist.

Wie wichtig die Gemeinden sind, zeigt auch, daß im Budget an die vier Milliarden Schilling für Gemeindeförderungen, ein Plus von 10 % gegenüber dem Vorjahr, festgelegt wurden. Gemeinsam haben das Land und die Gemeinden, wir in Niederösterreich vieles erreicht und geschaffen. Es ist gelungen, die Bauwirtschaft entsprechend auszulasten. Während österreichweit ein Auftragsrückgang von 10 % zu verzeichnen ist, haben wir ein Auftragsplus von 12 % oder tausend Beschäftigten. Das ist kein Zufall, das ist die konsequente Politik im Land Niederösterreich. Dieser Erfolg geht auf viele Initiativen von ÖVP-Regierungsmitgliedern zurück, die Impulse gesetzt haben. Impulse, wie in der Wohnbauförderung das Freibauer-Modell. Immerhin wurden für 32.000 Wohneinheiten Förderungsmittel im heurigen Jahr

vom Land zur Verfügung gestellt, ein Auftragsvolumen von 17 Milliarden. Das bedeutet gerade im Wohnungsbau, wo viele Menschen beschäftigt werden, eine enorme Beschäftigungsoffensive.

Diese großen Impulse gehen auch von der Wirtschaftsoffensive aus. Es hat sich das Beteiligungsmodell hervorragend bewährt. Die erhöhten Mittel für den Fremdenverkehrsförderungsfonds von 165 Millionen oder +23 % oder die erhöhten Mittel für den Wirtschaftsförderungs- und Strukturverbesserungsfonds, 295 Millionen oder ein Plus von 20 %, zeigen den hohen Stellenwert, den das Land Niederösterreich diesem Wirtschaftsbereich beimißt.

Indirekt werden damit unsere Gemeinden gefördert und wird ihnen damit geholfen. Denn die Betriebe werden nicht im Land, sondern in den Gemeinden, sicher auch im Land Niederösterreich, damit errichtet. Die Gemeinden sind die Nutznießer, da sie die Steuern dieser Betriebe in ihren Gemeinden kassieren. Stark wurden auch die Gemeinden im heurigen Jahr und werden im nächsten Jahr noch intensiver über den Wasserwirtschaftsfonds gefördert. Der Landesbeitrag erhöht sich von 130 auf 252 Millionen und damit um satte 94 Prozent.

Geschätzte Damen und Herren! Diese Arbeit schaffende, die Wirtschaft und die Gemeinden stärkende Politik des Landes war nur möglich, weil gut gewirtschaftet wurde. Und zu einer guten Wirtschaft gehört natürlich auch eine langfristige Planung. Eines der wichtigsten Steuerungselemente ist die Raumordnung. Mit dem Raumordnungsgesetz, das vor 26 Jahren erstmals hier im Landtag beschlossen wurde, konnte ein Instrumentarium geschaffen werden, mit dem langfristig die positive Entwicklung unseres Bundeslandes Niederösterreich eingeleitet wurde. Raumordnungspolitik ist für mich Strukturpolitik, Wirtschaftspolitik, Umweltpolitik, Verkehrspolitik und natürlich auch eine gezielt greifende Sozialpolitik. Die Raumordnungsreferenten Ludwig, Pröll und Freibauer haben für unser Land das so wichtige Raumordnungsgesetz stets den Erfordernissen angepaßt und entsprechend novelliert. So wirkt sich auch die vor einem Jahr am 30. November 1992, morgen wird es ein Jahr, beschlossene Novelle des Raumordnungsgesetzes sehr positiv für unsere Gemeinden aus. Der Raumordnungsbeirat hat aus seiner Mitte einen Raumordnungs-Ausschuß bestellt und bisher wurden von diesem Raumordnungs-Ausschuß in dem einen Jahr 247 örtliche Raumordnungsprogramme beschlossen und positiv begutachtet. Der Raumordnungs-Ausschuß hat monat-

lich eine Sitzung, bei der er auf die Bedürfnisse der Gemeinde eingeht. Die Gemeinden brauchen heute weniger lang auf ein genehmigtes Raumordnungsprogramm zu warten als manche Bauwerber auf eine Bauverhandlung. Das heißt rasch, effizient für die Gemeinden und für die Bürger arbeiten. Das bedeutet natürlich, daß mit dieser raschen Entscheidung vielen Bauwerbern, die ihr Haus, ihre Wohnung errichten wollen, die Möglichkeit gegeben wird, zügig zu bauen. Das bedeutet, daß wir Betriebe in Niederösterreich ansiedeln können, die bisher oft durch Verzögerungen, weil es oft viele Monate gedauert hat, bis positive Entscheidungen vorgelegen sind, mit ihren Betrieben woanders hingegangen sind. Das heißt auch, daß Industrieansiedlungen eben, weil hier rasch und unbürokratisch gehandelt wird, schneller durchgeführt werden können. Das beweisen auch die Wirtschaftsdaten von unserem Bundesland Niederösterreich.

Geschätzte Damen und Herren! Wie wichtig die Raumordnung ist, zeigt auch, daß ein ständiger Unterausschuß eingerichtet wurde, der bisher getagt und das Raumordnungsgesetz vorberaten hat. Ich bin dem Landesrat Mag. Freibauer sehr dankbar, daß er mit großem Druck diese Raumordnungsgesetznovelle in Begutachtung gebracht hat und bereits dem Landtag über die Landesregierung zugemittelt hat. Es gibt sehr umfangreiche Stellungnahmen, weil es ja doch ein sehr viele Menschen betreffendes Gesetz ist.

Leitziele dieses neuen Raumordnungsgesetzes in Niederösterreich sind

- eine rasche Verfügbarkeit von Bauland. Eine optimale Ausnutzung von vorhandenem Bauland, soll gewährleistet sein.
- Bevorzugung der öffentlichen Verkehrsmittel - dort primär zu bauen, wo auch diese Voraussetzungen gegeben sind,
- Beseitigung vorhandener und Verhinderung vorhersehbarer Störungen der Umweltqualität,
- Schaffung von Spiel- und Freiräumen für Kinder in einer kindergerechten, erreichbaren Entfernung,
- größtmögliche Vorsorge für Umweltschutz und Verkehrssicherheit,
- eine Raumverträglichkeitsprüfung für entsprechende Betriebsgründungen oder -richtungen und die

- Stadt- und Dorferneuerung, um nur einige der wichtigsten Ziele zu nennen.

Geschätzte Damen und Herren! Wir werden in den nächsten Monaten im Raumordnungs-Ausschuß wie auch im Unterausschuß uns eingehend mit diesem Raumordnungsgesetz auseinandersetzen. Ich bin überzeugt, daß das NÖ Raumordnungsgesetz eine Novelle werden wird, welche die Entwicklung unseres Bundeslandes besonders unterstützt und betreibt. Diese Novelle wird sicher dazu beitragen, daß Baugrund rascher, ich hoffe auch billiger, zur Verfügung steht. Und damit wird vielen Menschen in unserem Bundesland ermöglicht werden, einen erschwinglichen Bauplatz zu bekommen. Vielen Betrieben wird es möglich sein, sich anzusiedeln, aber auch umweltschonende und grundsparende Bauweisen können erreicht werden. Der Herr Abgeordnete Mag. Kaufmann hat gesagt, die Raumordnung liegt in Niederösterreich im Argen, die Novelle wurde hinausgezögert. Herr Mag. Kaufmann ist selbst Mitglied des Raumordnungs-Ausschusses, des Raumordnungsbeirates und des -Ausschusses und kann so selbst feststellen, daß hier nichts verzögert wurde. Sondern daß diese Fristenläufe bei so einer umfangreichen Gesetzesmaterie entsprechenden Raum und Zeit in Anspruch nehmen. Er hat auch festgestellt, in der Raumordnung gibt es derzeit einen sehr bürokratischen Ablauf bei der Behandlung der Anträge. Also alle, die im Raumordnungs-Ausschuß mitwirken, werden das sicher nicht bestätigen können. Seit dieser Ausschluß des Raumordnungsbeirates eingerichtet wurde, geht das sehr zügig vor sich.

Große Bedeutung für unser Bundesland hat natürlich auch die Raumordnung im Rahmen der Planungsgemeinschaft Ost. Hier hat sich seit der Öffnung der Ostgrenzen in diesen letzten vier Jahren vieles für Niederösterreich, für Österreich, geändert. Zu den Planungsregionen Wien, Burgenland und Niederösterreich sind die Planungsräume Slowakei und Ungarn dazugekommen. Dieser neuen Entwicklung wurde und wird Rechnung getragen. Wir haben in Niederösterreich die vom Land eingesetzten Instrumentarien, ich verweise nur auf das Landesverkehrskonzept, bereits auf die neue Situation abgestellt. Und ich stimme dem Herrn Abgeordneten Mag. Kaufmann zu, wenn er sagt, hier müssen wir gemeinsam uns noch mehr bemühen. Denn diese Planungsregion der PGO ist und das ist ohne Übertreibung zu sagen, sicher der Zentralraum Europas. Das ist nicht Paris, das ist nicht London und nicht Berlin. Der Zentralraum Europas wird sich abspielen in dem Bereich um

Wien. Ob es verkehrstechnisch ist, ob es hier von der Infrastruktur her ist, ob das die Weltstadt Wien als neutraler Boden ist. Hier spielt sich vieles ab in Zukunft. Es wird daher die Planung in diesem Raum unserer vermehrten Aufmerksamkeit bedürfen, da gerade unser Niederösterreich davon sehr stark in Anspruch genommen wird.

Geschätzte Damen und Herren! Eine effiziente Raumordnungspolitik muß sich stets den veränderten Gegebenheiten und Verhältnissen anpassen. In Niederösterreich geschieht das mit dem Raumordnungsgesetz, aber auch mit der konstruktiven Mitarbeit in der Planungsgemeinschaft Ost.

Ich möchte als langjähriger Bürgermeister nicht weggehen von diesem Rednerpult, ohne ein Wort auch zu der ungeliebten Landesumlage zu sagen. Es ist das ein alter Antrag, den die SPÖ seit vielen Jahren stellt, den aber auch die FPÖ eingebracht hat. Als Bürgermeister einer Gemeinde, die von der Landesumlage in seinen 17 Jahren immer stark belastet wurde, die nie oder kaum Beihilfen und Darlehen jemals bekommen hat, weil sie selbst eine gute Finanzkraft besitzt, habe ich immer die Meinung vertreten, daß die Landesumlage ein interkommunaler Finanzausgleich ist, der unseren armen oder finanzschwachen, um es besser zu sagen, Gemeinden helfen soll. Und diese finanzschwachen Gemeinden sind nun einmal die Mehrheit der Gemeinden in Niederösterreich im ländlichen Raum. Gerade diese Gemeinden brauchen unsere intensive, auch finanzielle Unterstützung. Sie haben nicht nur viel mehr Straßen als wir in den konzentrierten Ballungsräumen, sie haben viel mehr Meter Kanal und Wasserleitung zu verlegen. Ich glaube, wir würden diese Gemeinden, wenn wir dieses Instrumentarium des interkommunalen Finanzausgleiches abschaffen, ärmer machen. Es würden damit die Armen noch ärmer werden und die Reichen sicher reicher. Ich würde das, wäre ich heute noch Bürgermeister, sicher begrüßen, daß die Reichen reicher werden, aber ich habe mich trotzdem immer für die Beibehaltung dieser Landesumlage ausgesprochen. Weil ich glaube, daß wir sonst die Situation in diesen ländlichen Gemeinden noch schlechter machen, noch mehr Leute dazu bewegen, abzuwandern in die Ballungszentren. Wer pflegt unsere schöne Landschaft, auf die wir so stolz sind, wenn wir mit hier Maßnahmen, wie der Abschaffung der Landesumlage, die Gemeinden in finanzielle Schwierigkeiten bringen. Ich vertrete auch immer die Meinung, daß diese Landesumlage bei jedem Finanzausgleichsgespräch zur Diskussion gestellt

werden soll. Ab dem Finanzausgleich, der ab 1. Jänner 1996 wirksam wird, wird das sicher geschehen.

Geschätzte Damen und Herren! Das Budget für 1994 gibt kräftige Impulse für die Wirtschaft in diesem Land, gibt große Unterstützung den Menschen im Land, die Unterstützung brauchen. Die Österreichische Volkspartei wird diesem Budget der Gruppe 0 gerne ihre Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Zu Wort gelangt der Herr Abgeordnete Uhl.

Abg. UHL (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Haushaltsvoranschlag für das Jahr 1994 ist eine in Zahlen gegossene politische Absichtserklärung. Dies beinhaltet daher eine Komponente, welche zwar nicht in Zahlen, wohl aber in dieser Absichtserklärung seinen Niederschlag findet. Vor wenigen Wochen erst haben wir den 75. Geburtstag der ersten Republik gefeiert. Vielleicht zu wenig gefeiert. Weniger des Feierns wegen. Nein, um innezuhalten und sich von der Leistung, von diesen Leistungen seit dieser Zeit die Kraft für die Bewältigung unserer zukünftigen Aufgaben zu holen. Vergessen und vergeben wir dabei einen bestimmten Zeitabschnitt.

Eine ganz große und wichtige Entscheidung steht uns in nächster Zeit bevor: Der Beitritt zur EG. Und wir, die in der Politik Tätigen, sind aufgerufen, unseren Bürgern die zu dieser Entscheidung notwendigen Informationen zu geben. Nicht zu beeinflussen, sondern die Fakten auf den Tisch zu legen. Diese Entscheidung, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist die wichtigste seit der Unterzeichnung des Staatsvertrages. Die EG-Problematik ist jedoch nicht meine Wortmeldung.

Doch durch den hohen Stellenwert - ich habe den Vergleich mit dem Abschluß des Staatsvertrages gebracht - ist dieses Thema in jeder Geschäftsgruppe zu erwähnen. Und auf die Frage, warum diese Wortmeldung in der Gruppe 0? Sicher in der Gruppe der Vertretungskörper und der allgemeinen Verwaltung.

Darf ich mit dem allgemeinen Verwaltungskörper beginnen: Mit Stichtag 1. 10. 1993 waren im Land Niederösterreich 6.704 pragmatisierte Beamte, im zeitlichen Ruhestand 22, Ruhensgehülfe 4.779 und Vertragsbedienstete 13.754. Ein Großbetrieb. Und wenn man hier im Zuge einer Objektivierung dann die Wahlergebnisse der letzten Wahlen anschaut, dann sind bei diesen Wahlen insgesamt bei den Pflichtschullehrern von gesamt 11.155 Wahlberechtigten 1.716 Fraktion sozialdemokratischer Gewerkschafter, 377 sonstige und ÖAAB/FCG 9.062. Noch viel schlimmer schaut es in den anderen Bereichen aus. *(Abg. Treitler: Bei der Eisenbahn etwa!)* Wollen Sie herkommen, Herr Kollege? *(Abg. Treitler: Herr Abgeordneter! Im Bahnhof Waidhofen/Ybbs 100 % FSG!)* Ja, weil nur zwei dort sind, Herr Kollege! Bei 11.155 ist das anders. Und noch viel schlimmer und ich sage es noch einmal, ist es in den Straßenmeistereien! Herr Kollege, Sie haben mir ein schlechtes Stichwort geliefert! Bei den Straßenmeistereien sind es 3.326 Wahlberechtigte, nicht zwei: 100 % ÖAAB/FCG. Also, ich glaube, das war ganz deutlich. Und bei den Bezirkshauptmannschaften 2.287 und wieder 100 % ÖAAB. Und bei den Pensionistenheimen 687 und wieder 687 davon ÖAAB. Doch bei den Kindergärtnerinnen, welch' Schande, von 1.688 nur 1.677 ÖAAB. Die elf werden Sie wahrscheinlich auch noch suchen! *(Abg. Hülmbauer: Die haben halt kein Vertrauen in die SPÖ.)* Herr Kollege, wenn von Objektivierung hier geredet wird, dann können Sie mir in keiner Art und Weise sagen, daß das eine Objektivierung ist oder daß hier die Objektivierung Platz gegriffen hat. Herr Kollege, Sie sind wirklich lustig! Ich komme noch einmal auf den 16. Mai, da waren die alle krank oder im Ausland!

Der Herr Klubobmann Dr. Bauer - und ich möchte hier in diesem Zusammenhang von diesen Bediensteten etwas berichten. Der Herr Klubobmann Bauer hat sich die Unterkunft jener Chauffeure angeschaut, die hier im Hause nächtigen. Und hier kann man das nur mit zwei Wörtern umschreiben: katastrophal und menschenunwürdig. Und ich verlange hier eine sofortige Abhilfe und nicht erst bei der Umsiedelung nach St. Pölten!

Bei der allgemeinen Verwaltung noch einige Anmerkungen zur Dezentralisierung: Hier wurden durch die Änderung bzw. durch die Novellierung von Gesetzen wie das NÖ Kindergartengesetz, Fischerei-, Pflichtschul- und einige andere Gesetze die Kompetenzen von der Landesregierung hin zu den Bezirksverwaltungsbehörden verlagert. Wobei wir Sozialdemokraten die Form der Installation und nicht Wahl dieser Behörde immer wieder anprangern. Im Sinne eines verstärkten Bürgerservices wurden 17 neue Außenstellen für Amtstage in den BHs in Betrieb genommen. Der Aufgabenbereich dieser Außenstellen betrifft hauptsächlich die Ausstellung, Verlängerung und Änderung von Reisepässen, Personalausweisen, An- und Abmeldung von Kraftfahrzeugen, Aufnahme von Niederschriften und ähnliches. Und in sechs weiteren Bezirkshauptmannschaften, nämlich Gänserndorf, Mistelbach, Wr. Neustadt, Amstetten, Zwettl und Horn wurden Außenstellen für die Wohnbauförderungsangelegenheiten, als Sammelbegriff hier verwendet, eingerichtet.

Zur Verordnung der NÖ Landesregierung über die Errichtung des Unabhängigen Verwaltungssenates. Hier führen wir seit dem Frühjahr 1992 eine Außenstelle in Mistelbach und eine seit Sommer 1992 in Wr. Neustadt. Ebenfalls sind einige andere Landesbehörden dezentral: Die NÖ Agrarbezirksbehörde in der Außenstelle Hollabrunn, das Landesjugendreferat in Laa a.d. Thaya, die Landesfeuerwehrschule und das Rote Kreuz in Tulln, dazu Gebietsbauämter usw. Viele dieser Außendienststellen wurden näher zum Bürger gebracht. Dies betrifft etwa 300 Bedienstete des Landes Niederösterreich. Und hier, glaube ich, kann man wirklich im Interesse der Bürger des Landes ein Dankeschön an diesen Dezentralisierungs-Ausschuß sagen. Hier kann man nur sagen, weitermachen im Interesse unserer Bürger!

Nun zu den Vertretungskörpern: Nach der Beschlußfassung unserer Landtagswahlordnung bin ich heute mehr denn je von ihr als gute Beschlußfassung, über ein gutes Gesetz überzeugt, besonders im Vergleich zur Nationalratswahlordnung. Wenngleich die Folgewirkung der Vorwahlen in der ÖVP nicht ganz ohne "Ausbremsen" vonstatten ging. Wir können uns noch an die Turbulenzen von damals erinnern. Ein leichtes Lüfterl gibt es noch heute durch die Bestellung des ÖVP-Gesundheitssprechers. Hier hat scheinbar keiner der ÖVP-Abgeordneten das notwendige Wissen, diesen Gesundheitssprecher hier im Hohen Haus zu übernehmen oder die Agenden auszufüllen. Obwohl vor der Wahl der Slogan, "Wir haben die Besseren", plakatiert wurde. Und die ÖVP hätte

zumindst fünf oder zehn Mandate gewinnen müssen, damit alle, welche mit dem Versprechen des Herrn Landeshauptmannes Pröll für ein Mandat ausgestattet waren, in den NÖ Landtag einziehen hätten können. Da gingen Verbände und Bezirke trotz anderslautender Vorwahlergebnisse leer aus. Wir Sozialdemokraten haben vor der Wahl und nach der Wahl dieselbe Sprache gesprochen.

Die Freiheitlichen haben ein Hearing abgehalten. Und die Kandidatenfindung erinnerte mich, wenn es blaue Negerlein geben würde, an den Kinderauszahlreim "Zehn kleine Negerlein". Dies soll keine Schelte oder Einmischung sein. Es soll lediglich ein Aufzeigen von Sagen und Handeln sein.

Bei der Beschlußfassung der Landtagswahlordnung haben wir uns vorgenommen, die Gemeindewahlordnung und die Gemeindeordnung dem Zeitgeist und den politischen Notwendigkeiten anzupassen und die notwendigen Änderungen zügig durchzuführen. Grundsätzliches zeichnet sich bereits ab. Die Direktwahl der Bürgermeister ist nach anfänglichem euphorischen Mitdenken einer machbaren Denkungsart gewichen. So faszinierend es beim ersten Blick war, bei objektiver Begutachtung sind die Nachteile bis hin zur Nichtmachbarkeit offenbar geworden. In diesem Zusammenhang möchte ich das Lieblingsthema der ÖVP, die Direktwahl des Landeshauptmannes, noch einmal erwähnen, auch wenn Sie von der ÖVP es nicht gerne hören wollen. Wieso ließ sich der Landeshauptmann nicht bei der Vorwahl von allen Niederösterreicherinnen und Niederösterreichern direkt wählen? Es hätte ja auch beim Herrn Landeshauptmann ein Regulieren des Ergebnisses geben müssen, wie bei einigen anderen auch. Die sachliche Seite: Der Bundeskanzler darf nicht direkt gewählt werden. Da wird es doch nicht an dem entsprechenden Kandidaten fehlen! Der Landeshauptmann muß direkt gewählt werden können. Da kann es auch nicht an den Kandidaten liegen. Ich behaupte nämlich, der unsere ist der bessere. Der Bürgermeister soll auch nicht direkt gewählt werden können. Hier gibt es, meine sehr geehrten Damen und Herren von der ÖVP, einen Argumentationsnotstand. Und das letzte Argument: Die absolute Mehrheit in Niederösterreich, hat am 16. Mai 1993 der Souverän der ÖVP weggenommen.

Ein zweiter und ganz wesentlicher Punkt ist der amtliche Stimmzettel. In allen Bundesländern gibt es bei den Gemeinderatswahlen bereits den amtlichen Stimmzettel. Niederösterreich ist dem-

nach das einzige Bundesland, wo es bei der Gemeinderatswahl noch keinen solchen amtlichen Stimmzettel gibt. Das soll und muß sich bei der Änderung der Gemeindeordnung und der Gemeindewahlordnung ändern! (*Beifall bei Abgeordneten der SPÖ und der FPÖ.*)

Bei den sogenannten kleineren Ecken gibt es bereits Annäherungen bzw. Einigungen. Eines möchte ich jedoch hier ganz klar feststellen. Die Gemeindeordnung, die Gemeindewahlordnung und die Stadtwahlordnung ist als Paket zu behandeln und zu beschließen. Die Änderung der Landesverfassung und damit auch die Änderung der Geschäftsordnung wird notwendig werden. Auch ohne Direktwahl des Landeshauptmannes. Eine unbedingte Notwendigkeit ist das weitere Vortreiben der Objektivierung. Hier ist nicht der ÖVP-Vorschlag für die Ernennung der Schulleiter gemeint. Da kann ich sowieso nur milde lächeln. Es muß ganz einfach ein objektives und für alle Bewerber nachvollziehbares Aufnahmeverfahren geben. Diese Art der Personalpolitik versteht niemand mehr und sie ist auch menschenunwürdig. Wir haben hier unsere Vorstellungen eingebracht. Von der ÖVP wird jedoch nur das als gut empfunden, was ihre alleinige Herrschaft sicherstellt. Bei der Beschlußfassung des Schulaufsichtsgesetzes muß die ÖVP Farbe bekennen. Mit Schwarz alleine wird es dabei sicherlich nicht gehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als ein von den Jugendtagen an in der Politik Tätiger liebe ich Diskussionen, Streitgespräche und höre auch gern die Meinung Andersdenkender an. Als aber der Landeshauptmann von Niederösterreich hier im Hohen Hause das Wort ergriff und begonnen hat, als Parteiobmann der ÖVP Niederösterreich zu reden, fehlte mir das Verständnis. Nicht die Feststellung, er sei der Parteiobmann der ÖVP, nein der erste Satz war es. Noch dazu, wenn es um die Interessen des Landes Niederösterreich geht. Konkret um den Bau des Semmering-Basistunnels. "Bitte umdenken" statt "bitte warten".

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe meine Ausführungen mit dem Hinweis auf den 75. Geburtstag der ersten Republik begonnen. Österreich ist in diesen 75 Jahren aufgebaut, reich, lebens- und liebenswert geworden. Setzen wir die Rahmenbedingungen, damit diese Aufwärtsbewegung weiter möglich ist! (*Beifall bei der SPÖ.*)

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Der Herr Abgeordnete Litschauer hat nun das Wort.

Abg. LITSCHAUER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Bevor ich auf die Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, zu sprechen komme, möchte ich vorher auch eine Anmerkung machen zur Budgetsituation und zur wirtschaftlichen Lage unseres Bundeslandes. Wir haben heute schon in den Ausführungen des Finanzreferenten und aus den Beiträgen vieler Debattenredner entnehmen können, daß wir uns in einer derzeit sehr schwierigen, angespannten budgetären Situation befinden. Daher halte ich es für richtig, daß unser Finanzreferent diesmal bei der Budgeterstellung des Jahres 1994 kurzfristig die sogenannte Budgetkonsolidierung etwas zurücknimmt und im Vordergrund insbesondere Aktivitäten setzt, damit aus diesem Budget Impulse für unsere Wirtschaft entstehen können. Und ich glaube daher, daß gerade dieses Budget für unsere Wirtschaft sehr belebende Maßnahmen setzen wird und für viele Landesbürger daraus sehr viele Hilfestellungen abzuleiten sind.

Nun darf ich aber auf die Gruppe 0 zu sprechen kommen. Es ist heute schon wiederholt angekungen und auch den Ausführungen des Berichterstatters zu entnehmen, daß im Jahr 1994 das Budget in der Gruppe 0 um ca. 240 Millionen gegenüber dem Jahr 1993 ansteigen wird. Eine Steigerung von etwa 4 %.

Ich möchte allerdings nicht allein bei der Betrachtung der Gruppe 0 verweilen, sondern mich auch mit der Entwicklung der Personalausgaben auseinandersetzen und beschäftigen. Bestandteil für die Entwicklung der jährlichen Erhöhungen ist natürlich die Tatsache, daß es mit Jänner 1994 wieder ein Gehaltsabkommen geben wird. Wir haben in den letzten Tagen auch die Höhe vernommen. Zweitens, daß der Dienstpostenplan des

Jahres 1994 gegenüber dem Jahr 1993 eine Steigerung aufweist. Insgesamt wird der Dienstpostenplan 1994 251 Dienstposten mehr aufweisen. Ich möchte festhalten, daß dies keine willkürliche Annahme ist, sondern daß hier wirklich unter Zugrundelegung der notwendigen Erfordernisse diese Zahl zustande gekommen ist. Ich möchte auch festhalten, wo insbesondere die Vermehrung zu suchen ist. Es ist dies der soziale Bereich, wo insbesondere durch die fünf Krankenanstalten, durch die Pensionistenheime, durch die Jugendheime und Kindergärten alleine eine Dienstpostenvermehrung um 309 Dienstposten wirksam wird.

Auch das Kindergartenwesen ist im Ausbau begriffen. Hier werden ca. 65 Dienstposten als Vermehrung einzusetzen sein. Im Gesundheitswesen, wenn wir wollen, daß das Wohl der Patienten im Vordergrund steht, sollte man zu dieser Vermehrung der Dienstposten ein grundsätzliches Ja sagen. Und im sozialen Bereich, meine sehr geehrten Damen und Herren, sollte man eigentlich bei der Betrachtung dieser Programme vielleicht von parteipolitischen Betrachtungsweisen etwas Abstand nehmen.

Ich komme zur Hoheitsverwaltung, weil sie immer wieder in den Mittelpunkt der Betrachtung gestellt wird. Wir stellen fest, daß im Jahr 1994 127 Mehrdienstposten erforderlich sein werden. Das klingt momentan sehr hoch und ich verstehe auch die eine oder andere Kritik, die in diesem Hohen Hause geäußert wurde. Aber jeder dieser Dienstposten läßt sich erklären. Eines ist heute noch nicht gesagt worden. Es wird im Jahr 1994 auch eine wesentliche Einsparung von Dienstposten geben, nämlich insgesamt 175 Dienstposten im Bereiche der privatwirtschaftlichen Verwaltung, insbesondere im Straßenbereich. Und diese Einsparung, die Realisierung einer Einsparungsmöglichkeit glaube ich, ist ein Zeichen in der Landesverwaltung, daß hier die Personalverwaltung die dienstpostenplanmäßige Ausstattung der Abteilungen und Dienststellen sehr exakt berechnet hat und nur die besonderen Notwendigkeiten hier in den Raum stellt.

Wenn wir hinterfragen, warum wir zu diesen Dienstposten kommen, dann stellen wir fest, daß die Ansprüche, die an die Verwaltung gestellt werden, insbesondere in den letzten Jahren immer stärker zutage treten. Ansprüche an die öffentliche Verwaltung deshalb, weil allein die Tatsache, daß sich die geopolitische Lage in unseren Nachbarländern geändert hat, zusätzliche Verwaltungsarbeit bedingt. Aber auch neue und weitere Gesetze wurden hier

verabschiedet. Ich nenne hier nur auf Bundesebene das Aufenthaltsgesetz und das Sicherheitspolizeigesetz. Diese beiden Gesetze allein erfordern eine Vermehrung um 41 Dienstposten. Die genaue Zahl der Bundesgesetze, die in den letzten Jahren und insbesondere in diesem Jahr geändert wurden, möchte ich hier gar nicht näher erwähnen. Die gesamte Gesetzesflut aber auch die Sucht - das möchte ich hier festhalten - alles im Detail zu regeln, bewirkt natürlich auch eine wesentliche Ausweitung der Aufgabenstellungen in der Verwaltung. Insbesondere im Umweltbereich, das sei hier festgehalten, werden wir eine Vermehrung der technischen Sachverständigen brauchen, weil die Genehmigung von Betriebsanlagen, die Errichtung von Wasserbauten, die Genehmigung von Rodungsbewilligungen, um nur einige zu nennen, natürlich den Personalaufwand nahezu ins Unermeßliche vermehren. Die Stärkung der Parteienrechte in den behördlichen Verfahren ist zweifellos ein Ziel, das auch wir hier im Hohen Haus unterstützen und entsprechend beachten müssen. Dadurch aber, meine verehrten Damen und Herren, sind diese Personalvermehrungen eben notwendige Entwicklungen, auf die wir hier hinweisen müssen.

Gestatten Sie mir, weil ich den technischen Sachbereich angesprochen habe, auf eine Situation hinzuweisen: Es ist diese Problematik um die Fischer-Deponie, wo unsere technischen Sachverständigen vermehrt zeitaufwendige Gutachten erstellen müssen, die über Tage, Wochen und Monate oft dauern. Das hat natürlich eine entsprechende Auswirkung auf den ganzen Dienstpostenplan. Ich bitte daher, das bei ihrer Beurteilung auch entsprechend in die Entscheidungen einfließen zu lassen.

Wir sind dabei, im Land Niederösterreich die Verwaltung weitgehendst als eine Serviceeinrichtung zu betrachten. Ich bin dem Herr Kollegen Uhl sehr dankbar, der unter anderem in seinen Ausführungen auf die Dezentralisierung hingewiesen hat. Wir bemühen uns in einem konkreten Dezentralisierungs-Ausschuß, verstärkt immer wiederum zu überdenken, welche Agenden können wir noch hinaus verlagern. Auf diesem Gebiet können wir Gottseidank Erfolge verzeichnen und sind dabei - und da möchte ich auch den Kollegen Mag. Kaufmann erwähnen - diese Dezentralisierung verstärkt noch in die Tat umzusetzen. Wir werden in diesen Tagen auch die Möglichkeit haben, hier im Hohen Haus einen Beschluß zu fassen über die Finanzierung des Neubaus in Baden. In Baden, in der neuen Bezirkshauptmannschaft, wird eine Reihe von Dezentralisierungsdienststellen untergebracht

werden. Ich darf sie nennen: Es ist ein weiterer Teil der Agrarbezirksbehörde, die ist schon heute angesprochen worden, im Sachverständigenbereich die Abteilungen B/4, B/7 (Vermessung), Teile der EDV-Abteilung und die Kinder und Jugendanwaltschaft wird ebenso in dieses neue Verwaltungsgebäude hinaus dezentralisiert werden. Außerdem beabsichtigen wir aus dem Bereich der Landesbuchhaltung in die vier Viertel entsprechende Auslagerungen durchzuführen.

All diese Personalvermehrungen, meine sehr geschätzten Damen und Herren, wären sicherlich höher ausgefallen, wenn wir nicht rechtzeitig begonnen hätten, auch im Bereiche der EDV sehr überlegt und maßvoll Schritte zu setzen. Im Jahr 1993 sind in unseren Landesdienststellen allein bei den Bezirkshauptmannschaften an die 500 EDV-Arbeitsplätze geschaffen worden. Das bedeutet eine effizientere Umsetzung der Administrationsaufgaben und Möglichkeiten. So können wir in diesem Sinne eigentlich einen aktiven Beitrag feststellen.

Wir sind dabei, neue Strukturen zu gehen auch im Bereich der technischen Sachverständigen. Hier berät ein Beratungsbüro im Einvernehmen mit den technischen Sachverständigen ihren Arbeitsumfang, um ihre effizienten Abläufe noch besser gestalten zu können. Alles in allem ist versucht worden, in diesem Dienstpostenplan die Entwicklung des Landes entsprechend unterzubringen. Und daher darf ich auch am Schluß meiner Ausführung sagen, daß wir seitens der ÖVP-Fraktion diesem Voranschlag in der Gruppe 0 gerne die Zustimmung geben wollen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Die Rednerliste ist damit erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. Dr. PROBER (ÖVP): Ich verzichte!

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Es liegt nunmehr zur Abstimmung vor die Gruppe 0, Ver-

vertretungskörper und allgemeine Verwaltung und die Abstimmung über die vier eingebrachten Resolutionsanträge.

Ich darf den Herrn Berichterstatter ersuchen, den Antrag zur Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, im ordentlichen Teil und außerordentlichen Teil zu stellen.

Berichterstatter Abg. Dr. PROBER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich stelle den Antrag, die Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, im ordentlichen Teil mit Ausgaben von S 6.094,771.000,- und Einnahmen von S 745,573.000,- sowie im außerordentlichen Teil mit Ausgaben von S 88,232.000,- und Einnahmen von S 1.000,- zu genehmigen.

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK (nach Abstimmung über die Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, im ordentlichen und außerordentlichen Teil in Erfordernis und Bedeckung): Dieser Antrag ist mit Mehrheit, gegen die Stimmen der freiheitlichen Abgeordneten angenommen. (Zustimmung ÖVP, SPÖ und LIF; Ablehnung FPÖ.)

Wir kommen zur Abstimmung über die Resolutionsanträge.

Der erste Resolutionsantrag betrifft den Antrag der Abgeordneten Haufek und Ing. Gansch betreffend Vorlage eines Gemeindeförderungsberichtes.

(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag): Dieser Antrag ist einstimmig angenommen!

Zur Abstimmung liegt vor der Antrag des Abgeordneten Haufek betreffend Landesumlage im stufenweisen Abbau.

(Nach Abstimmung über diesen Antrag): Für diesen Antrag haben die Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei, der Freiheitlichen Partei und der Abgeordnete Ing. Wagner gestimmt. Wer stimmt gegen diesen Antrag? (Nach der Gegenprobe:) Dagegen stimmt die ÖVP und die Abgeordneten Ing. Dautzenberg und Stix. Somit besteht Stimmgleichheit und ist dieser Antrag damit abgelehnt. (Zustimmung SPÖ, FPÖ und Abg. Ing. Wagner Josef; Ablehnung ÖVP, Abg. Ing. Dautzenberg und Abg. Stix.)

Es liegt nun vor der Antrag der Abgeordneten Ing. Gansch, Ing. Dautzenberg, Treitler, Stix und

Hoffinger. Er betrifft ebenfalls die Landesumlage und zwar in Verbindung mit den Finanzausgleichsverhandlungen.

(Nach Abstimmung über diesen Antrag): Ich stelle fest, daß dieser Antrag mit Mehrheit, gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Abgeordneten und der freiheitlichen Abgeordneten, angenommen worden ist. (Zustimmung ÖVP und LIF; Ablehnung SPÖ und FPÖ.)

Resolutionsantrag 4 des Abgeordneten Soukup und Hoffinger betreffend Tierschutz.

(Nach Abstimmung über diesen Antrag): Dieser Antrag ist einstimmig angenommen!

Bevor wir in der Tagesordnung fortschreiten, darf ich auf der Galerie die Schüler der landwirtschaftlichen Fachschule Hochstraß und Pyhra sehr herzlich begrüßen.

Ich bitte nun den Berichterstatter, Abgeordneten Dr. Prober, zur Gruppe 1, öffentliche Ordnung und Sicherheit, ordentlicher und außerordentlicher Teil zu berichten.

Berichterstatter Abg. Dr. PROBER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

In die Gruppe 1, öffentliche Ordnung und Sicherheit, fallen Einnahmen und Ausgaben für Feuerwehrwesen, Katastrophendienst und Landesverteidigung.

Im ordentlichen Teil werden Ausgaben von S 223,418.000,- ausgewiesen, denen Einnahmen von S 54,505.000,- gegenüberstehen. Der Anteil der Ausgaben am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles beträgt 0,54 %.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten.

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gelangt der Abgeordnete Preisler.

Abg. PREISZLER (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

Das Kapitel 1 ist ein Kapitel, das an sich am wenigsten dotiert ist, aber, so glaube, ich von der Bedeutung her sicherlich eine Größenordnung hat, die sehr vielen noch nicht glaubhaft ist. Wir reden immer über die Sicherheit in Niederösterreich, wir reden über die Sicherheit in Europa, wir reden über die internationale

Sicherheit, über die Bedrohung und machen uns am wenigsten Gedanken darüber, was es überhaupt für Anlässe gibt. Wie kommt es überhaupt zu einer verstärkten Kriminalität? Es steht für mich außer Zweifel, daß der Gesellschaft in einer Zeit, in der sich die internationale Kriminalität immer gefährlicher ausbreitet, die entscheidende Rolle unserer Abwehrstrategien zukommen sollte. Daß wir mit der Mobilisierung dieser Abwehrkräfte nicht allzu optimistisch sein sollten, zeigt die Situation vor allem im Drogenbereich. Hier hat die Gesellschaft bisher versagt. Was uns nicht verwundern sollte. Wird doch in unserem Lande seit Jahrzehnten nur eine Gesellschaftspolitik betrieben, die aber bei näherem Hinschauen nichts anderes ist als eine Parteipolitik, wo nur immer wiederum geschaut wird auf die nächsten Wahlen, nicht aber, wie es der Gesellschaft geht. Dies hat vor allem für die Familie und für die Schule, die Eckpfeiler unseres Abwehrsystems sein sollten, fürchterlichen Schaden gebracht. Es war nicht der unbeirrbar Lauf der Dinge, der die Familie mit einem so hohen Anteil an Straftaten in unsere Kriminalstatistik geraten ließ. Bekanntlich werden ja mehr als zwei Drittel der schweren Blutdelikte innerhalb der Familie begangen. Und es kommt nicht von ungefähr, daß die Schule als Erziehungsfaktor nicht mehr im gewünschten Ausmaß ihre Dienste leistet. Es ist einiges aus den Fugen geraten in den letzten Jahrzehnten. Wir haben zwar einen irrsinnigen Wohlstand angehäuft. Einen Wohlstand, der uns aber nicht zum Bewußtsein kommt, der für die Kriminalität sehr oft sehr stark angreifbar ist. Ich will jetzt nicht den Ursachen dieser ungünstigen Entwicklung der Gesellschaft nachgehen, sondern nur auf einige Schwachstellen hinweisen, die uns eigentlich schon seit langem zu denken geben sollten.

Es ist eine Tatsache, daß in unserem Lande sich ein riesiger Mangel an Bereitschaft zeigt, wo es Reglements für eine Gesellschaft gegeben hat, sich noch daran zu halten. Das hat ursächlich natürlich nichts mit Kriminalität zu tun. Es ist aber doch so, daß es in verschiedenen Bereichen etwas gibt, wo es zu keiner Kommunikation mehr kommt. Ein Beispiel nur: Wir holen uns sehr oft die Zeitung am Sonntag "gratis". Ein Kavaliersdelikt, so sagen wir. Man ist kaum bereit, gegenseitig auszuweichen, sich zu entschuldigen. Weil jeder sich rücksichtslos seinen Weg bahnt. Diese Rücksichtslosigkeit zieht sich wie ein roter Faden durch den Alltag. Wir finden sie im hohen Maße im Straßenverkehr, wir finden sie im Berufs-, wir finden sie aber auch im Privatleben und wir finden sie vor allem in der Schule. Unser Dilemma ist, daß wir zwar alle zustimmend nicken, aber

jeder einzelne oder so manche Bürger überhaupt nichts dagegen tun, sondern warten, daß es andere für uns tun würden. Das sind vielfach Folgen falscher Erziehung, eines schlechten Einflusses der Medien und jahrzehntelanger verfehlter Politik. Es scheint daher notwendig, immer wieder und mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, wo die Grenzen der persönlichen Freiheit in einer Demokratie liegen und welche Verpflichtung der Einzelne gegenüber seinen Mitbürgern eigentlich hat. So schieben wir alles vor uns her und halten uns für tüchtig, in diesem theatralischen Land hier in Österreich.

Auf einen kurzen Nenner gebracht: Ich beklage zunehmend die Rücksichtslosigkeit in unserer Gesellschaft, eine gestörte Einstellung zu den Begriffen wie Ordnung, Disziplin und Leistung. Eigentlich sollten diese Begriffe, so meinen wir, die Grundpfeiler der schulischen Erziehung sein. So war es auch etwa noch in den fünfziger Jahren und zu Anfang der sechziger Jahre. Man ist nach diesen Prinzipien vorgegangen. Mit dem Erfolg, daß man heute in der Regel nervöse, wenig belastbare und keineswegs oft leistungsorientierte junge Menschen ins Berufsleben entläßt. Die vielfach auch Mängel in der schulischen Erziehung, in der schulischen Ausbildung erkennen lassen. War es doch früher so, wenn ein Schüler schlechte Noten nach Hause gebracht hat, daß er Rechenschaft geben mußte vor den Eltern, warum es dazu gekommen ist. Es hat Konsequenzen gegeben. Heute gibt es keine Konsequenzen, im Gegenteil. Es ist so, daß nicht vielleicht der Schüler, die Gesellschaft Schuld hat, sondern der Lehrer hat Schuld und der Lehrer wird nach Möglichkeit zur Verantwortung gezogen.

Eine gesunde Gesellschaft müßte ohne weiteres dazu in der Lage sein, heute diesen Anforderungen im jugendlichen Bereich Paroli zu bieten. Ich verweise insbesondere - und ich habe das schon gesagt - auf den Suchtgiftbereich. Hier zeigt sich, wie verhängnisvoll es war, die Autorität der Eltern und der Schule abzubauen. Nun ist die Jugend gezwungen, ohne Orientierungspunkte auszukommen. Das Elternhaus ist zu einer Versorgungseinrichtung geworden, die Schule zu einer Lehrstoffvermittlungsinstitution degradiert. Die Erziehung zur Verantwortung, Charakterbildung finden in diesem System relativ wenig Beachtung. Die Eltern erarbeiten den Wohlstand, das notwendige Maß an Zuwendung wird durch materielle Dinge ausgeglichen. Aus dieser unglücklichen Konstellation entsteht natürlich die erhöhte Anfälligkeit gegenüber Drogen. Indem man versucht, bessere gesellschaftliche

Voraussetzungen zu schaffen, um die Jugend wiederum weitgehend immun zu machen gegen dieses Gift.

Geschätzte Damen und Herren! Ich habe hier den Drogenbericht, den letzten von 1992. (*Abg. Preiszler zeigt ein Konvolut vor.*) Ein sehr dickes Konvolut und was man hier drinnen liest, das ist beängstigend. Es wird in der Öffentlichkeit immer wieder darauf hingewiesen, in Österreich wäre es noch nicht soweit. Das ist richtig, verglichen natürlich mit anderen Ländern, im Osten oder etwa mit der Drogenliberalität in der Schweiz. Ich darf Ihnen nur einige Ausschnitte zitieren aus dem letzten Drogenbericht in Österreich. Es heißt, daß es im Jahre 1992 um 7.805 Delikte mehr gegeben hat, ein Anstieg um 45 %. Es ist aber auch zu einem erheblichen Teil gelungen, verschiedene Entwicklungen durch gezielte Aktionen der Grenzkontrolltätigkeiten abzufangen. Damit meine ich die organisierte Kriminalität im Drogenbereich. Geschätzte Damen und Herren, wenn wir lesen in Zeitungen, daß es der Polizei, dem Zoll oder wem immer, wiederum gelungen ist, einige Kilogramm oder von mir aus hunderte von Kilogramm Suchtgift abzufangen, dann ist das nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Die große Kapazität liegt unentdeckt. Es ist nach wie vor so, daß Tür und Tor geöffnet sind durch Unzulänglichkeiten, auf die ich noch zu sprechen kommen werde.

Vielleicht noch zu Niederösterreich. Ich darf noch darauf verweisen, in der Bundeshauptstadt hat es einen Anstieg um 48,8 % gegeben. Ich glaube, das sagt wirklich sehr viel aus. Die Altersstruktur der Drogentäter verändert sich zusehends nach unten. Es gibt heute in diversen Bereichen in Wien, aber auch in Niederösterreich, Jugendliche mit 13, 14 Jahren, die eigentlich dort schon ihr Zuhause haben. Die der Familie längst abhanden gekommen sind und wo die Gesellschaft es bis jetzt verabsäumt hat, etwas oder Konkretes dagegen zu tun. Es heißt aber auch immer wiederum, die Fremd-Kriminalität wäre in Österreich nicht sehr hoch. Ich darf Ihnen nur zum Beispiel hier sagen, daß es in der Drogenkriminalität zu 94,8 Prozent um ausländischer Dealer und um Delikte geht, die nur auf fremde, ausländische Personen zurückzuführen sind. Also es kann niemand behaupten - und das setzt sich fort, auch in anderen Bereichen der Kriminalität - das dem nicht so ist.

Vielleicht zu den Drogenopfern: Es hat im Vorjahr 187 junge Menschen gegeben, die durch Überkonsum als Drogentote zu verzeichnen sind. Diese Zahl haben wir heute schon im September überschritten mit über 200 derzeit. Also wir

wissen, was da auf uns zukommen wird, wenn es hier nicht gezielte Maßnahmen gibt. Vielleicht noch ein kurzer Blick nach Niederösterreich. Die Zahl der nach dem Suchtgiftgesetz angezeigten Personen ist gegenüber dem Jahr 1991 in Niederösterreich um 37,5 % gestiegen. Dieser Anstieg betraf besonders die Bezirke Wien-Umgebung, Mödling, Baden, Neunkirchen usw. Ich habe wiederholt darauf hingewiesen, auch Niederösterreich ist hier nicht ausgenommen von dieser Statistik.

Geschätzte Damen und Herren, warum sage ich das? Ich habe bei jeder Gelegenheit hier im Hohen Haus versucht, durch Aktivitäten, durch den Ansporn beider Fraktionen hier im Haus, mehr Augenmerk darauf zu legen, daß in Niederösterreich mehr für die Sicherheit geschieht. Ein altbekanntes Thema ist die Gendarmeriepostenschließung. Ich weiß, daß ich so manchem hier im Hause oder auch draußen irrsinnig auf die Nerven mit diesem Thema gehe, weil ich das schon seit drei, vier Jahren, als man begonnen hat mit der Gendarmeriepostenschließung, immer bekrittelt habe. Es kann ja nicht so sein, daß bei zunehmender Bandenkriminalität, die jetzt vom Osten, von überall her, auch vom Süden, massiv auf uns zukommt, der Herr Innenminister es sich einfach macht und einfach abzirkelt und sagt, einige Gendarmerieposten werden wir zusperren. Ein leidiges Thema, zu dem ich wieder einmal Gelegenheit gehabt habe, auch in Niederösterreich, aber auch der Herr Landeshauptmann hat ja wiederholt hier versprochen in seiner Antrittsrede, des öfteren für die Sicherheit etwas zu tun, indem er gesagt hat, kein einziger Gendarmerieposten darf in Niederösterreich weiter geschlossen werden. Ich vermisse bis jetzt seine Aussage. Im Gegenteil! Ich habe in Erfahrung gebracht, daß es vor wenigen Wochen mit dem Herrn Innenminister so quasi in Geheimverhandlung des Herrn Landeshauptmannes, den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Höger selbstverständlich mit eingeschlossen, Gespräche gegeben hat, wo man wiederum sich über einige Postenschließungen einig geworden ist. Politisch natürlich, wie kann es anders sein. Dort ist ein roter Bürgermeister, dort ein schwarzer, ein roter Postenkommandant, ein schwarzer. Das kennen wir. Ich sage Ihnen einen konkreten Fall, wo es so ist. Und wiederum hat man über Köpfe der Betroffenen hinweg entschieden.

Es ist schon ein starkes Stück, wenn der Herr Landeshauptmann und auch der Kollege von der SPÖ immer wieder behauptet, daß dem nicht so ist. Ja, haben Sie doch die Ehrlichkeit und den

Mut, wenigstens der Bevölkerung zu sagen, wir müssen das machen, wir stehen dazu oder wie immer! Das wäre eine klare, offene und ehrliche Aussage. Aber es kann nicht so sein, daß man aus parteipolitischen Dingen heraus vor Wahlen immer wiederum sukzessive in der dritten, vierten Welle so still und leise darüber hinwegfährt. Dann läßt man wieder ein bißchen Gras darüber wachsen, bis das dann wiederum so aus dem Bewußtsein tritt und dann macht man die nächste Welle. So ist das bis jetzt geschehen. 36 Gendarmerieposten wurden in Niederösterreich bis jetzt geschlossen. Meine Damen und Herren! Da verlange ich zumindest die Ehrlichkeit, die Offenheit eines Landeshauptmannes, der sehr wohl auch für die Sicherheit zuständig sein kann, wenn er will. Ich habe wiederholt gesagt, es soll nicht nur Aufgabe eines Landeshauptmannes sein, wenn er - was ich zwar nicht verstehe - bei einer Versetzung, bei einer Aufnahme eines Gendarmeriebeamten, wenn die Bundeskompetenz dafür zuständig ist, er sehr wohl unterschreiben muß, alles über seinen Schreibtisch geht, in Wirklichkeit aber er sonst nichts dagegen oder dafür tut, daß die Sicherheit in Niederösterreich gewährleistet ist.

Das sind Dinge, wo wir uns schon sagen, so kann es nicht sein. Und ich darf vielleicht noch hinzufügen: Vor 14 Tagen hat der Herr Minister Löschnak geantwortet, als im Bundesparlament eine dringliche Anfrage von den Freiheitlichen diskutiert wurde über die letzten Vorkommnisse der Großkriminalität, nachdem es ja einige Pannen gegeben hat. Darüber wurde diskutiert. Und ich habe dort die Ehre gehabt, zwar eine sehr zweifelhafte Ehre, muß ich schon sagen, als ich dann den genauen Wortlaut des Herrn Innenministers gehört habe, vom Herrn Innenminister zitiert zu werden. Ich habe den Text hier, in dem er gesagt hat, naja die Freiheitlichen, die Frau Dr. Pablé, und da gibt es einen kleinen Landtagsabgeordneten, einen Zöllner, der halt so als Sicherheitssprecher im Land fungiert, die können überhaupt keine konkreten Aussagen zur Sicherheit machen und haben nichts dazu beizutragen. Wenn ich sie treffe, sind sie immer sehr freundlich. Das bin ich gewohnt zum Herrn Minister, ich glaube, das erfordert die Kinderstube. Erst wenn sie alleine sind, werden stark und dann hätten sie Aussagen. Dazu muß ich dem Herrn Minister schon sagen, ich glaube, als er noch nicht einmal daran gedacht hat, haben wir Freiheitlichen sehr wohl schon Beiträge genug dazu geliefert, in Pressekonferenzen, in Presseartikeln, in verschiedenen Anträgen hier im Hohen Haus, etwas dagegen zu tun und konkrete Vorschläge unterbreitet. Er hätte sie nur auf-

nehmen müssen. Das hat er aber nicht. Er setzt sich einfach darüber hinweg und sagt, die Freiheitlichen hätten hier nichts einzubringen. Wir haben sehr viel einzubringen. Und ich glaube auch, daß einiges, was sich in den letzten Jahren an der Situation der Gendarmerie, der Polizei getan hat, auf unsere Initiative, sowohl hier, im Landtag als auch auf Bundesebene getan hat. Weil der Herr Löschnak sehr wohl weiß, daß es wieder Wahlen gibt und daß letztendlich die Rechnung irgendwann präsentiert wird.

Ein weiteres unliebsames Kapitel, das mich auch schon lange beschäftigt, ist die sogenannte neue Dienstzeitregelung. Meine Damen und Herren! Auch hier ist es ähnlich. Ich weiß nicht, warum sich ein Minister unbedingt auf Dinge versteift, die anderswo, etwa in Deutschland, in der Bundesrepublik, längst passè sind. Das heißt, er übernimmt ein System, von dem er geglaubt hat oder ihm eingeredet wurde, so sehe ich es zumindest, einen effektiveren Schutz für die Bevölkerung bieten zu können. Dem ist nicht so! Ich weiß nicht, was in Österreich noch alles geschehen muß, um endlich draufzukommen, daß es der verkehrte Weg ist. Daß es hier an allen Ecken und Enden mangelt an Sicherheitskräften, die nur sporadisch irgendwo erscheinen. Und der Gendarm im Dorf, der Polizist ist für die Bevölkerung nicht greifbar. Hier meinen wir, daß es eine schnelle Umkehr, eine Rückkehr zum alten System, wenn auch moderiert geben muß. Das ist uns schon klar, daß es nicht so sein kann, daß, was vor 20 Jahren Gültigkeit gehabt hat, heute noch so sein muß. Das System, das Löschnak eingeführt hat, ist sicherlich nicht zielführend.

Meine Damen und Herren! Ich habe schon gesagt, die Gendarmeriepostenschließung ist ein Dilemma, wo wir Freiheitliche andere Vorstellung haben. Und ich habe wiederholt einen Resolutionsantrag dazu eingebracht. Den letzten in dieser Beziehung vor zwei Jahren, wo beide Parteien mitgegangen sind, aber letztendlich sich nichts geändert hat. Und ich darf deshalb wiederum einen Resolutionsantrag des Abgeordneten Preiszler einbringen zur Gruppe 1 betreffend Sicherheit in Niederösterreich (*liest*):

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Alois Preiszler zur Gruppe 1 des Voranschlags des Landes Niederösterreich für das Jahr 1994 (LtG.52/V-1) betreffend Sicherheit in Niederösterreich.

In letzter Zeit häufen sich wieder einmal die Anlaßfälle bezüglich Kriminalität, insbesondere im Bereich der organisierten Form auch in Niederösterreich. Diese Entwicklung wird durch das im Mai dieses Jahres probeweise eingeführte Dienstsystem der Bundesgendarmerie bzw. durch die Welle der Gendarmeriepostenschließungen begünstigt.

Der gefertigte Abgeordnete stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung darauf zu drängen, daß kein einziger Gendarmerieposten in Niederösterreich geschlossen wird, ja im Gegenteil Überlegungen anzustellen sind, in besonders exponierten Gemeinden zusätzliche Posten zu schaffen, sowie die Rückkehr zum alten Dienstsystem ehebaldigst zu veranlassen." (*Beifall bei der FPÖ.*)

Geschätzte Damen und Herren! Ich hoffe, daß Sie diesem Antrag wieder beitreten werden und daß Sie natürlich auch diesmal vorstellig werden und sich wirklich einsetzen für die Sicherheit in Niederösterreich.

Eine Stellungnahme noch, die Sicherheit besteht ja nicht nur aus der Gendarmerie, Zollwache usw., sondern auch zum wesentlichen in unseren zig-tausenden freiwilligen Feuerwehrmännern in Niederösterreich. Wir wissen, daß diese uneigennützig Tag und Nacht, Feiertage immer unterwegs sind, um für die Sicherheit der Bürger, wenn es zu Katastrophenfällen kommt, zu sorgen. Hier bitte ich auch in dieser Sache, die Feuerwehr zu unterstützen. Und ich darf Ihnen im Namen der Freiheitlichen Partei sowohl auch den NÖ Zivilschutzverband, wie der Bergrettung, allen Institutionen, die für die Sicherheit in Niederösterreich zuständig sind, unseren Dank aussprechen.

Nicht zuletzt verbleibt mir noch zu sagen, daß wir dem Kapitel Innere Sicherheit von freiheitlicher Sicht unsere Zustimmung geben werden. (*Beifall bei der FPÖ.*)

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Zum Wort gelangt nun der Herr Abgeordnete Sivec.

Abg. SIV EC (*SPÖ*): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hoher Landtag!

Herr Kollege Preisler, mit Berichten über Medien, wie "Sicherheit nicht gewährleistet",

Postenzusammenlegungen, Dienstzeitänderungen, werden wir sicherlich das Sicherheitsgefühl der Niederösterreicher nicht fördern können. Ich glaube, daß auch wir Politiker verantwortungsbewußt zu handeln haben und auch unseren Beitrag politischer Natur zur Sicherheit in Niederösterreich zu leisten haben. Denn ich glaube, wir alle, egal welchem Coleur wir angehören, haben unseren Beitrag im Bereich der Sicherheit zu leisten. Denn über Medien zu berichten, daß Fehler entstanden sind, nur wo Menschen sind, werden Fehler passieren. Doch über Medien zu berichten, die Sicherheit in Niederösterreich ist nicht gewährleistet, ich glaube, das verunsichert mehr. Ich glaube, wir müssen einmal zu einer positiven Strategie auch als Politiker übergehen, was den Sicherheitsbereich betrifft.

Meine Damen und Herren! Das Budget 1994 liegt heute zur Beratung und in den nächsten Tagen wahrscheinlich zur Beschlußfassung vor. Und ich gehe nicht davon aus, daß der Hohe Landtag, obwohl er die Budgethoheit hat, eine Änderung herbeiführen wird. Wenn man das Budget der Gruppe 1 betrachtet, so zeigt es, daß die berechtigten Forderungen der Freiwilligen Feuerwehren und vor allem jene, den Zivilschutz im Bereich Alarm- und Warneinrichtungen betreffend auch im Budget 1994 wiederum nicht berücksichtigt worden sind. Dies deshalb, weil der Landesfinanzreferent und der zuständige Landesrat bei Forderungen im Bereich der Rechnungslegung der Feuerwehren und bei den Förderungen und bei den Bezahlungen der Gemeinde-Vorleistungen immer wieder als Begründung die Antwort gibt, es ist im Budget nicht gedeckt und daher kann auch die Auszahlung nicht erfolgen.

Der Gruppe 1 stehen heuer Einnahmen von 44 Millionen Schilling zur Verfügung. Im Jahre 1992 waren es 62 Millionen Schilling. Dies bedeutet, daß wir im Budget 1994 einen Rückgang von acht Millionen auszuweisen haben. Die Ausgaben sind mit 223 Millionen oder 0,54 % angesetzt, was auch hier einen Rückgang von 0,1 % zeigt. Oder in Millionen ausgedrückt, es sind 15 Millionen mehr, die ausgegeben werden. Diese Mehrausgaben werden vor allem im Bereich des Zivilschutzes und der Feuerwehreinrichtungen ausgegeben. Was aber den Ausbau der zentralen Zivilschutzeinrichtungen betrifft in Niederösterreich, meine Damen und Herren, so sind wir nach wie vor im Rückstand. Denn ein zentrales Anliegen des Zivilschutzverbandes ist es und war es, daß eine rasche Warnung der Bevölkerung bei Störfällen gegeben ist.

Derzeit können mit den vorhandenen Sirenen und Warneinrichtungen österreichweit 60 % der Bevölkerung erreicht werden. Das heißt, 40 % davon können bei einem Störfall über diese Warnanlagen immer noch nicht erreicht werden. Die Bundesländer Burgenland, Kärnten, Salzburg und Oberösterreich sind bereits an das zentrale System im Bundesministerium für Inneres angeschlossen. Niederösterreich ist bis dato immer noch nicht angeschlossen, weil die technischen Voraussetzungen immer noch fehlen. Gerade jenes Bundesland Niederösterreich, das Grenzland zur Tschechei und zur Slowakei ist. Diese Länder sind noch immer mit Atomkraftwerken der ältesten Bauart ausgestattet, stellen somit eine besondere Gefahr für die Bevölkerung in Niederösterreich dar. Es wäre daher dringend erforderlich - und ich habe bereits in der Rede zum Budget 1993 verlangt, daß endlich die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden und daß der Ausbau der Warn- und Alarmzentralen niederösterreichweit abgeschlossen werde. Denn nur so kann bei einem Störfall eine flächendeckende, regionalbezogene, bezirksweite Alarmierung vorgenommen werden.

In diesem Zusammenhang meine sehr verehrten Damen und Herren, darf ich aber auch darauf hinweisen, daß in Zusammenarbeit mit den Zivilschutzverbänden österreichweit eine einheitliche Bauordnung für Schutzräume erstellt werden müßte. Gerade im Grenzbereich zwischen zwei Bundesländern ist die Bevölkerung nicht einverstanden, daß das eine Bundesland eine Verpflichtung für Schutzräume hat und das andere Land, Niederösterreich etwa, dies auf freiwilliger Basis errichten soll. Auch zeigt eine realistische Betrachtung, daß eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Schutzräumen, insbesondere in Ballungszentren, in nächster Zeit nicht gewährleistet ist. In Österreich stehen derzeit nur - und man höre - für zwei Prozent der Bevölkerung sofort funktionsfähige Schutzräume zur Verfügung. Für 20 % sind weitere bauliche Vorkehrungen vorgesehen. Daraus ergibt sich, daß derzeit 78 % der Bevölkerung bei einem Katastrophenfall keinen ausreichenden Schutz haben. Es müßte daher raschest eine bundeseinheitliche Lösung betreffend Schutzraum getroffen werden. Meine Damen und Herren, ich könnte mir vorstellen, nachdem es hier eine Länderkompetenz gibt, die Bauordnung ist Länderkompetenz, daß in einer der nächsten Landeshauptmännerkonferenzen über dieses Thema beraten wird und eine einheitliche Bauordnung für den Schutzraumbau erzielt werden kann.

In der Zeit, meine Damen und Herren, vom 1. September bis 6. September 1993 fand im

Raum Wr. Neustadt eine internationale Katastrophenübung statt. Annahme war ein schweres Erdbeben in der Thermenregion. Diese Katastrophenübung war sehr aufschlußreich für den Einsatz der militärischen und zivilen Hilfsorganisationen. Sie hat aber auch gezeigt, daß eine großangelegte Übung mit internationaler Beteiligung auch größere Probleme in der Kommunikation, aber auch bei den Entscheidungen hat. Die Einsatzverbände aus Österreich haben bei dieser Übung jedoch ihr Bestes gegeben, was im Bereich der Vorbereitung, der Übungsannahme und der Darstellung der Katastrophe notwendig war. Schwächen lagen, wie schon gesagt, in der Kommunikation im sprachlichen Bereich, der Versorgung mit Mitteln des täglichen Bedarfes und in der Übermittlung von Informationen. Da diese Übung unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen stand, mußten immer wieder Beschlüsse über Einsätze koordiniert werden. Auf Grund der Kompliziertheit des Aufbaues der Vereinten Nationen - wir kennen sie ja - sind hier Verzögerungen eingetreten. Bei der Übung waren Rettungsmannschaften aus 31 Nationen und über 120 Beobachter aus vielen Nationen beteiligt. Darunter auch die schon bewährte Katastrophenhilfsmannschaft des Österreichischen Bundesheeres, aber auch der Zivilschutzverband Niederösterreich hat sich an dieser Übung beteiligt. Diese Übung hat gezeigt, daß Österreich mit seinen Hilfsmannschaften wie Feuerwehr, Rotes Kreuz, Bundesheer, Exekutive und Zivilschutz für Katastrophenfälle bestens gerüstet und optimal ausgebildet ist. Ich darf daher allen Beteiligten an dieser Übung für ihre Leistungen danken. Möge eine solche Katastrophe in der Thermenregion um Wr. Neustadt nie eintreten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein paar Sätze zur Sicherheit. Sicherheit, Sicherheitsdenken bzw. Streben nach Sicherheit findet sich nicht nur im Bereich Zivilschutz oder Katastrophen, sondern in verschiedenen Lebensbereichen wie beispielsweise in der Arbeitswelt, im Straßenverkehr, im Gesundheitswesen oder im Sozialbereich, um nur einige aufzuzählen. Der Begriff Sicherheit wird dabei im alltäglichem Verständnis der verschiedenen Gesellschaftsbereiche unterschiedlich interpretiert. Sicherheit allgemein verstanden, ist die Wahrscheinlichkeit, daß mögliche Bedrohungen wirkungslos bleiben. Daneben ist Sicherheit auch als ein Maßstab für Lebensqualität anzusehen. Mit der persönlichen Sicherheit wird wiederum jeder einzelne eigene Vorstellungen verbinden. Sicherheit im politischen Verständnis kann in der Schaffung und Erhaltung von Rahmenbedingungen der Sicherheit der Staatsbürger gesehen werden. Sicherheit ist

somit ein allgemeines Ziel jenes politischen Handelns, daß im Prinzip in allen Bereichen der Politik mehr oder weniger stark zu finden ist.

Meine Damen und Herren! In einer Tagung des Forums "Sicherheit für Österreich" wurde in einem großen Bereich festgestellt, daß zum Thema Sicherheit auch der Abbau der natürlichen Autorität sowie die Veränderung der Wertvorstellungen zu zählen ist. Es wurde gefordert, bereits im schulischen Bereich mehr politische Bildung, mehr Autorität und Disziplin, nicht aber nach dem alten Denkmuster, sondern nach dem Muster der modernen Gesellschaft, durch Erklärung und Einsicht, zu erreichen.

Die Kriminalstatistik - Kollege Preiszler hat sie schon angezogen - zeigt, daß gerade im abgelaufenen Jahr die Delikte im Bereich des Gewaltverbrechens, der Körperverletzung, gefährlichen Drohung, Mißhandlung, die Gewalt in der Familie in erschreckender Weise zugenommen haben. Auch ich habe einen Bericht der Bundesregierung vor mir liegen und ich will einige Zahlen herausheben: Körperverletzungen haben um 9,2 % zugenommen, Gefährliche Drohung um 11,6 %, Sachbeschädigung um 8,4 % und Einbruchsdiebstähle um 13,5 %. Bei Betrug wurden 18,6 % ausgewiesen. Erschreckend ist aber die Zunahme jener Delikte, die wohl auch, so vermutet man, auf die Öffnung der Grenzen und das organisierte Verbrechen zurückzuführen sein werden. Die Gewerbsmäßige Unzucht, Zuhälterei, Menschenhandel verzeichnen eine Zunahme von 208 %. Urkundenfälschung 81 %, Geldfälschung und Weitergabe von Falschgeld 188 %. Suchtgiftmißbrauch von 47 %. Daraus ist erkennbar, daß gerade diese Delikte im gesellschaftspolitischen Bereich angesiedelt sind. Wie die Statistik auf Niederösterreich bezogen zeigt, ist die Kriminalität gesamtgesehen in Niederösterreich, trotz dieser Steigerung bundesweit, rückläufig.

Erfreulich ist auch, daß trotz des erhöhten Verkehrsaufkommens eine Verringerung der Verkehrsunfälle, eine Verringerung bei den verunglückten Personen, Toten und Schwerverletzten eingetreten ist. So gesehen ist Niederösterreich aus der Sicht der Statistik ein Land, in dem Sicherheit gewährleistet und geboten ist. Und auch wenn jetzt über Medien die Maßnahmen des Innenministers betreffend der Zusammenlegung der Gendarmerieposten, um nicht das Wort Schließung zu gebrauchen, sowie der neuen Dienstzeitregelung und Nichtbesetzung der Gendarmerieposten in der Zeit von 19 bis 6 Uhr immer wieder kritisiert werden, so ist auch hier ein ganz klares Wort zu sagen, was die Statistik betrifft. Die

Zusammenlegung der Gendarmerieposten wurde in vielen Bereichen einvernehmlich - und hier stimme ich mit Ihnen überein, Herr Kollege Preiszler - zwischen dem Land Niederösterreich und dem Bundesministerium für Inneres, durchgeführt. Ich habe aber auch bereits vergangenes Jahr in meiner Budgetrede darauf hingewiesen, daß ein Erfahrungsbericht über die Zusammenlegung der Gendarmerieposten vorgelegt werden soll. Es gibt jetzt eine Auflistung im Bereich der zusammengelegten Gendarmerieposten - es ist noch ein Rohentwurf - und hier zeigt sich, daß dort, wo Gendarmerieposten zusammengelegt worden sind, keine Vermehrung der Kriminalität stattgefunden hat. Und daß das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung dort gewährleistet ist. Das heißt, die Verunsicherung liegt eher im politischen, im Medienbereich.

Bezüglich der Dienstzeitregelung, die mit 1. November ausgelaufen ist, gibt es auch eindeutige Bewertungen. Fest steht jedoch, daß die Bediensteten sich mit der Dienstzeitregelung nur teilweise oder überhaupt nicht anfreunden können, weil es für den Bediensteten eine Neuordnung darstellt, die von der gewohnten, für den Bediensteten verständlichen Art, abweicht. Meine Damen und Herren! Wenn in einer Firma eine Neustrukturierung, eine Innenrevision stattfindet, da sind auch dort die Bediensteten zuerst damit nicht einverstanden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir diese Reform in der Exekutive und die Dienstzeitregelung der mit Erneuerung und Veränderung selbstverständlich für Personen verbunden ist, beobachten, dann müssen wir davon ausgehen, daß nach Ablauf dieser Erprobung Schritte zu setzen sind. Ich habe diesbezüglich ein Schreiben, eine Anfrage an den Innenminister gerichtet und habe zur Antwort bekommen, daß es auch derzeit schon möglich ist, daß der zuständige Postenkommandant darüber zu verfügen hat, ob es erforderlich ist, daß der Posten in der Nacht besetzt ist, ja oder nein. Ich glaube, meine Damen und Herren, daß die Zeit um 1945, als es noch den sogenannten Rayonsposten gegeben hat, der zu Fuß oder per Fahrrad unterwegs war, schon der Vergangenheit angehört. Heute ist die Exekutive ein modernst ausgerüsteter und ausgebildeter Wachkörper und wird ihren Aufgaben gerecht.

Im Personalbereich - und da stimme ich mit Ihnen überein - muß es in Niederösterreich eine Änderung geben. Die Dienstposten in Niederösterreich sind ja ausreichend. Nur sind viele, viele Beamte von Niederösterreich - und das wohl

aus der Nähe zu Wien - abkommandiert. Die Dienstposten, die systemisiert sind auf den Gendarmerieposten werden jedoch mitgezählt. Tatsächlich fehlen aber diese Beamten. Und ich glaube, um eine Einsatzbereitschaft in Niederösterreich gewährleisten zu können, müßte für diese Bediensteten, bei der Erhebungsabteilung, der Kriminalabteilung, den Einsatzkommanden, etwa der sogenannten "Kobra", eine Art Personalreserve geschaffen werden, damit die Gendarmerieposten draußen tatsächlich ihren Personalstand halten können. Es muß daher, glaube ich, dieser Vorschlag aufgegriffen werden. Die Einsatzbereitschaft der NÖ Gendarmerie ist trotz allem eine gute. Und, meine Damen und Herren, gerade die Ereignisse in den letzten Wochen haben gezeigt, daß die Gendarmerie trotz aller Mängel Positives geleistet hat. Denn nur durch den Einsatz der Exekutive und des raschen Handelns zweier Beamter war es möglich, daß die beiden Gewaltverbrecher im Bezirk Gänserndorf gefaßt worden sind. Und ich darf an dieser Stelle heute allen Bediensteten und Beamten, die dazu beigetragen haben, ein herzliches Dankeschön aussprechen. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

Meine Damen und Herren, ein Thema noch: Sicherheit bedeutet nämlich auch, daß wir in Zukunft überlegen müssen, ob die Exekutivkörper Gendarmerie, Zoll und Polizei nicht doch zusammengeführt werden sollen zu einer Sicherheitsorganisation. Dann wird es keine Anfrage geben, ob wir auf der Donau ein Zollboot brauchen oder nicht. Dann wird jene Einheit mit einem Zollboot ausgestattet sein, Herr Kollege Preisler.

Ich glaube aber auch, daß wir damit die Doppelgleichigkeit, die heute besteht zwischen den einzelnen Sicherheitskörpern reduzieren oder ausschalten können und das Personal auch effizienter einsetzen können. Denn es gibt sehr viele Bereiche, die in Parallelität gelaufen sind, wo drei Exekutivbeamte nebeneinander stehen und jeder macht etwas anderes oder viele das gleiche. Aber das liegt in Bundeskompetenz und hier gibt es eine verfassungsmäßige Bestimmung. Hier wird der Bund aufgefordert, etwas zu ändern. Die Sicherheit, meine Damen und Herren, muß aber auch im Bereich des österreichischen Bundesheeres gewährleistet sein. Zur Diskussion um das leidige Problem Zivildienst darf ich vielleicht ganz kurz sagen: Das Grundprinzip beim Bundesheer und auch beim Zivildienst muß das Gleichheitsprinzip sein. Weil in der Verfassung - und das können wir - verankert ist, daß es Grundlagen geben muß. Daß Gleichheit in diesem Bereich stattfindet. Ich halte daher auch nichts davon,

wenn wir heute die unterschiedlichen Dienstzeiten diskutieren, 8 Monate Bundesheer, 12 - 15 Monate Zivildienst. Ich glaube eher, man muß davon ausgehen, daß wir die Gleichheit herstellen müssen. Ich halte aber auch nichts von der Wiedereinführung der Gewissensfrage. Denn bei der Gewissensfrage hatten jene Vorteile, die sprachlich-rhetorisch gut waren. Der andere, der tatsächlich Gewissensbisse gehabt hatte, den Dienst mit der Waffe zu tun, ist meistens bestraft worden. Ich halte nichts davon!

Ich glaube, meine Damen und Herren, wenn wir im Bereich des Bundesheeres die allgemeine Wehrpflicht haben, dann soll auch der Zivildienst für diese Wehrdienstzeit eingezogen werden. Nur müßten wir hier eine eigene Organisation aufbauen. Denn es heißt ja auch beim Bundesheer "Dienst mit der Waffe" und "Dienst ohne Waffe".

Meine Damen und Herren! Ich darf abschließend allen Niederösterreicherinnen und Niederösterreichern sowie allen Behörden und Abteilungen und allen Organisationen, die zur Sicherheit in Niederösterreich beigetragen haben, ein herzliches Dankeschön für ihre Leistungen sagen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Es gelangt der Herr Abgeordnete Klupper zum Wort.

Abg. KLUPPER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Der Bereich der Gruppe 1 ist zwar eine sehr kleine Budgetpost. Für die Bevölkerung unseres Landes ist dieser Bereich der öffentlichen Ordnung und Sicherheit aber von großer Bedeutung. Denn der Wunsch nach Sicherheit, der Wunsch nach einem möglichst gefahrlosen Leben ist groß. Und diesem Wunsch steht leider, das müssen wir feststellen, ein schwächer werdendes Sicherheitsgefühl bei unseren Landesbürgern gegenüber.

Die Gründe dafür sind vielfältig. Meine Vorredner haben schon einige erwähnt. Die steigende Kriminalität, wobei die Brutalität und Aggressivität bei manchen Delikten und die Berichterstattung darüber natürlich zu einer weiteren Unsicherheit führt. Diese steigert der Krieg mitten in Europa mit der Berichterstattung über die Greuelthaten, die wir uns ganz einfach nicht mehr vorstellen konnten. Viele Bedrohungsbilder aus dem Bereich der Kernkraftwerke, der Chemie, des Verkehrs und in letzter Zeit sogar aus dem Bereich der Medizin.

Wenn wir uns zurückerinnern, daß wir erst vor kurzer Zeit Meldungen über Unsicherheiten im Bereich der Blutkonserven und des Blutplasmas über uns ergehen haben lassen. Das heißt also, daß hier ganz einfach ein Bild von Unsicherheit der Bevölkerung gezeigt wird. Und das wirkt sich auf das Gefühl, auf das Verhalten der Menschen aus. Trotzdem aber möchte ich sagen, daß sich die große Mehrheit der österreichischen Bevölkerung in unserem Land sicher fühlt. Und ich sage das, weil ich eine Gallup-Studie aus dem heurigen Jahr, aus dem April 1993 in Händen habe. Immerhin 66 % der Österreicher haben damals erklärt, daß sie sich in unserem Land sicher fühlen.

Daß das so ist, verdanken wir, so glaube ich, jenen, die unermüdlich im Bereich der Sicherheit tätig sind. Der Exekutive, der Gendarmerie, der Polizei, der Zollwache, dem Bundesheer, den Einsatzorganisationen der Feuerwehr, den Rettungsdiensten, dem Zivilschutzverband und den vielen freiwilligen Hilfsorganisationen, die wir haben. Das wird uns ja manchmal gar nicht bewußt. Wenn ich nur einige nenne, Bergrettung, Wasserrettung, Rettungshundebrigade, Amateurfunker. Das sind alle Bereiche, wo sich Menschen freiwillig dazu bekennen, Hilfe zu leisten. Und wenn diese Hilfe auch nicht immer benötigt wird, wir haben doch gesehen bei der Übung "Exercise 1993", die Rettungshundebrigade ist etwa in so einem Fall eine wertvolle Unterstützung, auf die man ganz einfach nicht verzichten kann. Sie alle leisten Gewaltiges. Und jede dieser Organisationen würde es verdienen, daß man sich mit ihrer Arbeit hier eingehend befaßt. Das ist aber aus Zeitgründen nicht möglich. Und so möchte ich global allen danken, die sich in so vorbildlicher und aufopfernder Weise für die Sicherheit unserer Landsleute zur Verfügung stellen und auch einsetzen.

Ich möchte mich heute mit zwei Bereichen besonders befassen. Es ist das der Bereich der Exekutive und der Bereich des Zivilschutzes, wobei ich mich besonders mit den Fragen des Selbstschutzes auseinandersetzen möchte.

Der Bereich der Exekutive und hier ganz besonders der Bereich der Gendarmerie beschäftigt uns seit Jahren. Wir haben über die Probleme hier in diesem Hohen Haus mehrfach diskutiert. Wir haben Anträge gestellt, wir haben Resolutionen verfaßt, es ist einiges geschehen, ich werde später darauf zurückkommen, die Situation hat sich aber noch immer nicht beruhigt. Und Unruhe, meine sehr geehrten Damen und Herren, permanente Unruhe, gibt es in Teilen der Bevölkerung, gibt es auch bei den Gendarmeriebeamten selbst. Die Gründe für

diese Unruhe liegen einerseits in einer steigenden Kriminalitätsrate und zum anderen in der sich ständig dahinziehenden Debatte über Postenschließungen und neues Dienstsysteem. Und es ist eben nicht begreiflich zu machen, daß aufgelassene oder zugesperrte Gendarmerieposten die Sicherheit in einer Region erhöhen. Herumfahrende Gendarmerieautos können ganz einfach den Nahkontakt, den persönlichen Kontakt zur Bevölkerung nicht ersetzen. Und dies wird sich in Zukunft auch negativ auf die Aufklärungsrate auswirken. Wobei ich aber betonen möchte - und ich habe das jedes Mal bei diesen Fragen auch gesagt - daß jede Organisation und natürlich auch die der Gendarmerie hinterfragt werden muß auf ihre Effizienz und daß diese überprüft werden muß. Daraus sich ergebende sinnvolle Strukturveränderungen sollen natürlich durchgeführt werden. Aber im Einvernehmen mit der betroffenen Bevölkerung und im Einvernehmen mit den Bediensteten. Ist ein solches Verständnis nicht erreichbar, muß entweder an der Sinnhaftigkeit oder an der Argumentationsfähigkeit gezweifelt werden. Auf Widerstand stoßen sture, von oben verfügte Veränderungen, wobei der Verdacht besteht, daß nicht die Verbesserung der Sicherheitssituation im Vordergrund steht, sondern daß letztlich der Einsparungsgedanke wichtig ist. Und wir müssen auch sagen, zugesperrte Gendarmerieposten, welche Kriminellen zur Waffenbeschaffung dienen, sind kein Zeichen für erhöhte Sicherheit!

In diesem Zusammenhang möchte ich ein paar Worte zu den Vorfällen rund um den Einbruch in einen gesperrten Gendarmerieposten und der Fahndung nach den Tätern sagen. Natürlich hat bei der Fahndung nach den schwer bewaffneten Einbrechern nicht alles optimal geklappt. Doch letzten Endes war diese Aktion erfolgreich. Die dabei eingesetzten Exekutivbeamten haben ihr Leben riskiert und leider waren auch wirklich Opfer zu beklagen. Für mich unverständlich, aber manchmal glaube ich auch, fast typisch: Von seiten des Innenministerium kein Wort des Dankes, nur öffentliche Kritik an den eingesetzten Beamten. Das erzeugt ganz einfach Frust. Das wirkt demotivierend! Und ich möchte daher ganz besonders dem Herrn Landeshauptmann und der Landesregierung danken für die Ehrung und Danksagung an die beteiligten Exekutivbeamten und Angehörige des Rettungsdienstes.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ein Musterbeispiel, wie man Unruhe schaffen kann, ist das seit 1. Mai 1993 bei der Bundesgendarmerie in

Erprobung befindliche Dienstsysteem. Ich stimme hier überein, daß dieses Dienstsysteem ganz einfach die Bediensteten überfordert hat. Es geht nämlich offensichtlich von einem vollen Personalstand aus. Da diese Voraussetzungen aber nicht gegeben sind, ergeben sich negative Auswirkungen auf den Dienstvollzug. Und das führt zur Unzufriedenheit, zur Demotivation und zur Frustration bei den Beamten.

Eine von der Personalvertretung durchgeführte Fragebogenaktion, an der sich immerhin über 70 % der Bediensteten beteiligt haben, gibt darüber Aufschluß. 82 % sind mit dem System unzufrieden oder lehnen es völlig ab. 92 % bewerten es als familienfeindlich. 78 % geben an, daß ihre Motivation in der bisherigen Erprobungsphase gesunken ist. Und 72 % erkennen eine negative Auswirkung auf das Sicherheitsniveau. Interessant auch, daß 81 % der Befragten eine Besetzung der Dienststellen rund um die Uhr verlangen. Nun sind das ganz wesentliche Aussagen zu diesem System. Ich weiß aber, daß es Verhandlungen gegeben hat zwischen der Personalvertretung und dem Bundesministerium für Inneres. Ich weiß auch, daß es darüber ein Ergebnis gegeben hat. Und bei diesen Verhandlungen waren die Personalvertreter aller Fraktionen im Bereich der Bundesgendarmerie dabei, auch jene der AUF. Alle haben dieses Verhandlungsergebnis akzeptiert. *(Abg. Preiszler: Das ist doch nur einer!)* Ja, es ist einer, aber er spricht für die Fraktion.

Alle haben dieses Verhandlungsergebnis akzeptiert. Es wurden dabei Verbesserungen in Teilbereichen erreicht. Ich glaube, wenn nun der Versuch gestartet wird, mit diesen Korrekturen dieses Dienstsysteem weiter zu erproben und es damit zu einer größeren Akzeptanz kommt, so soll uns das nur recht sein. Ist das nicht der Fall, so wird es auch weiterhin Aufgabe der Personalvertretung sein, diesen innerbetrieblichen Bereich - und hier geht es hauptsächlich eigentlich um die Gendarmeriebediensteten selbst - diesen innerbetrieblichen Bereich mit ihren Dienstgebern auszuverhandeln und, wenn es notwendig ist, daß eine massive Unterstützung von seiten der Gesetzgebungen der Länder kommt, sie kann ja nur in auffordernder Weise eine Unterstützung sein, so werden wir das dann selbstverständlich tun. Ich glaube aber, daß es nun an der Zeit ist, nachdem dieses Verhandlungsergebnis kaum 14 Tage alt ist, daß man die Erprobungsphase mit diesen Korrekturen weiter beobachten soll und erst dann, wenn sich das wirklich nicht einspielt und wirklich nicht funktioniert, weitere Schritte unternehmen soll.

Ich möchte auch zum Resolutionsantrag vom Kollegen Preiszler etwas sagen. Der Antrag ist so formuliert, daß er praktisch zwei Punkte unmißverständlich verlangt. Er verlangt, daß kein Dienstposten mehr, kein einziger Dienstposten in

Niederösterreich mehr geschlossen werden darf. Ich meine, ein solch kategorisches Verlangen steht eigentlich dem entgegen, daß man natürlich überprüfen muß, ob nicht irgendwo einmal eine Veränderung in einem Bereich notwendig ist. Und dazu gehört auch, daß man auf Grund von Veränderungen auch die Verlegungen von Posten tatsächlich da oder dort überlegen muß. Ob auf Grund einer die flächenmäßigen Aufteilung und auf Grund der Arbeitsbelastung es nicht auch notwendig sein wird, den einen oder anderen Posten anders zu dislozieren.

Zum Dienstsysteem habe ich schon gesagt, hier liegt ein Verhandlungsergebnis vor. Ich glaube, wir sollen die Auswirkungen dieses Ergebnisses abwarten. Die NÖ Landesregierung, der Landeshauptmann hat sich immer bemüht und bemüht sich stetig, dieses System der Postenschließungen, daß man ganz einfach über ein System hinweg Posten schließt, möglichst zu verhindern und kämpft um die Erhaltung jedes einzelnen Postens. Ich glaube aber, daß ein so kategorisches, für die Zukunft geltendes Nicht-Schließen von uns nicht in der Form akzeptiert werden kann. Wir können nicht die Notwendigkeiten der Zukunft beurteilen. Ich darf für meine Fraktion daher sagen, daß wir diesem Resolutionsantrag die Zustimmung nicht geben können, obwohl vieles, auch auf Grund meiner Ausführungen eigentlich schon in einer Unterstützung dieser gedachten Aufforderungen gipfelt.

Natürlich gibt es in einigen Bereichen der Gendarmerie auch Verbesserungen. Ich habe mich bei Besuchen auf Dienststellen darüber informiert und habe die Situation so vorgefunden: Zum Personal wurde schon von meinen Vorgängern die Situation erläutert. Es gibt zwar eine Aufstockung in den letzten fünf Jahren, wenn man alles zusammen nimmt, haben wir in den letzten fünf Jahren 123 Dienstposten dazubekommen in Niederösterreich. Man könnte jetzt noch jene 133 Vertragsbediensteten, die im Grenzdienst eingesetzt sind, dazuzählen. Die werden jetzt ausgebildet, damit sie voll in den Gendarmeriedienst übergeleitet werden können. Ich glaube aber trotzdem, daß das zu wenig ist für ein so großes Bundesland, auf Grund der geänderten Situation. Und wenn wir im Vorjahr nur 11 Dienstposten dazubekommen haben, so ist das überhaupt sehr wenig. Für heuer sind 30 angekündigt. Ich hoffe, daß diese 30 auch kommen, wobei ich dem Kollegen Sivec zustimme: Ein Dienstposten mehr ist noch kein Gendarmeriebeamter mehr. Sie müssen erst ausgebildet werden. Das heißt, wir haben immer eine Verzögerung, bis wir tatsächlich das Personal zur Verfügung haben und dann dieses

Personal nach einer Ausbildung auch tatsächlich eingesetzt werden kann.

Im Bereich der Geräteausstattungen wurden zusätzliche Geräte angeschafft, das soll man anerkennen. Es gibt neue Funkgeräte, Faxgeräte, Schreibmaschinen, EDV-Geräte; Schutzwesten wurden angeschafft. Ich habe mir das alles angeschaut. Auch die Arbeitsbedingungen sind da und dort verbessert worden, auch das soll man anerkennen. Wir sollen nicht nur kritisieren, was nicht funktioniert, wir sollen auch anerkennen, wenn etwas verbessert wird. Ich glaube aber - und da stimme ich meinen Vorredner zu - daß diese Anerkennung nicht dazu führen kann, daß man in diesen Bemühungen dem ganzen System im Bereich der Gendarmerie zu einem moderneren System zu verhelfen, was die Ausrüstung und was die Arbeitsbedingungen betrifft, halt macht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Damit möchte ich zu den Fragen des Zivil- und des Katastrophenschutzes kommen. Es ist dies ein Bereich, dem man bei uns meist erst dann Aufmerksamkeit schenkt, wenn Katastrophen eingetreten sind. Und nach deren Bewältigung wird sehr schnell wieder darauf vergessen.

Ich habe am Beginn meiner Ausführungen eine Gallup-Umfrage vom Frühjahr des heurigen Jahres erwähnt. Daraus geht hervor, daß drei Ereignisse als Katastrophen in Österreich am stärksten befürchtet werden. Es sind dies ein Atomunfall in Grenznähe, er steht an erster Stelle, eine Ausweitung eines Krieges in Europa an zweiter Stelle und ein starkes Erdbeben an dritter Stelle. Mit dem starken Erdbeben als Ergebnis der Befragung habe ich eigentlich persönlich nicht gerechnet, das war für mich wirklich überraschend. Und auf die Frage, welche Ereignisse könnten zu einer ernsthaften Krise in Österreich führen, wird ein Atomunfall mit 74 % weit an der Spitze genannt. Das entsprechende Vorsorgenniveau wird demgegenüber eher gering eingeschätzt. Zwar hat sich der Wissensstand gegenüber dem Jahr 1989 verbessert. Immerhin geben 56 Prozent der Befragten an, daß sie im Alarmfall Radio und Fernsehen aufdrehen, um Informationen zu bekommen. Eine Maßnahme, die Zivilschutzverbände, Behörden und das Ministerium immer predigen, als erste, wichtige Maßnahme. 56 % wissen das schon und 39 % haben verschiedene private Vorsorgemaßnahmen getroffen. Doch nur 12 % geben an, daß für sie nach ihrer Meinung ein Schutzraum vorhanden ist. In Niederösterreich liegt die Zahl allerdings nur bei 5 %, was sicher auf die unglückliche Auslegung der Schutzraumverordnung zurückzu-

führen ist. Sonst wäre es nicht möglich, daß in den Ländern, in denen eine solche Verordnung schon seit langem Platz gegriffen hat, Steiermark, Kärnten 23 %, Tirol, Vorarlberg 18 %, Oberösterreich, Salzburg zumindest 8 %, verzeichnet werden könnte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dadurch aber, daß wir die Bürger aus einer starken Eigenverantwortung entlassen haben, müssen wir im öffentlichen Bereich mehr tun. Unverantwortlich ist es, die restriktive Auslegung auch für öffentliche Bauten anzuwenden. Und ich kann dem Abgeordneten Sivec hier nur recht geben und ihn unterstützen. Es liegen Resolutionen vor, gesamtösterreichische Resolutionen aus Bundesländern, die verlangen, daß es in der Frage des Schutzraumbaus zu einer einheitlichen österreichischen Regelung kommen muß. Es ist nicht verständlich, daß der Steiermärker schutzwürdiger ist als der Burgenländer oder daß der Oberösterreicher schutzwürdiger ist als der Niederösterreicher. Oder der Niederösterreicher vielleicht noch mehr als der Wiener. Es hat in einem Bundesstaat möglich zu sein, daß es in Fragen der Sicherheit zu einer für die gesamte Bevölkerung einheitlichen Vorgangsweise kommt. Diese leidige Ausrede, daß eben die Schutzraumfrage in den Bauordnungen der Länder verankert ist, ist ganz einfach zu beseitigen durch einen Art. 15a-Vertrag der Länder mit dem Bund. Damit würde sich in dieser Frage ein einheitliches Bild in Österreich ergeben. Und ich glaube, wir sind da alle einer Meinung, daß wir zu so einer einheitlichen Lösung kommen müssen! Gerade wir in Niederösterreich haben nämlich Sorgen mit den grenznahen Kernkraftwerken: Temelin und Dukovany in Tschechien, Bohunice und Mochovce in der Slowakei. Dazu Paks in Ungarn, Krsko im ehemaligen Jugoslawien. Diese grenznahen, aber auch andere Atomreaktoren bilden eine ständige Gefahrenquelle. Dazu kommt, daß das Ausbauprogramm unserer nördlichen Nachbarn nach wie vor auf Kernenergie setzt. Und alle Versuche von außen haben bisher zu keiner Haltungsänderung geführt. Und ich bin auch überzeugt davon, daß die Versuche von außen die Situation nicht verändern werden. Sie können nur eines bewirken und daher bin ich auch sehr froh über alle Initiativen, die von außen in diese Länder getragen werden: Daß die Meinung der Bevölkerung in diesen betroffenen Ländern sich ändert und sie der Kernenergie früher oder später den Rücken kehren.

Es wird daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Frage der Kernkraftwerke uns noch über viele Generationen befassen und eine

ständige Gefahr über Generationen für uns alle bleiben. Und wir müssen uns daher stärker und intensiver mit diesen Bedrohungsbildern befassen. Ein Unfall in einem der Kernkraftwerke mit Auswirkungen gefährlichster Art für ganze Regionen ist leider nicht unwahrscheinlich. Wir müssen uns daher intensiver damit befassen, wir müssen mehr darüber nachdenken, wie unsere Menschen geschützt werden können und wir müssen auch die notwendigen Maßnahmen dafür setzen. Denn es ist besser, Schutz zu haben und ihn nicht zu brauchen, als Schutz zu brauchen und ihn nicht zu haben. Genauso wichtig wie die Vorsorgemaßnahmen ist auch das Wissen über die Ursachen und Auswirkungen und das richtige Verhalten sowohl bei Katastrophen des Alltages als auch bei jenen deren Auswirkungen über einen eng begrenzten Bereich hinausgehen. Vor allem unsere Jugend soll die oft sehr komplizierten Vorgänge und Zusammenhänge kennen. Ich unterstütze daher die Forderung nach Einführung einer Sicherheitserziehung als Unterrichtsprinzip. Und ich bin froh, daß für das Jahr 1994 der NÖ Zivilschutzverband mit einem eigenen Programm an Lehrer, Eltern und Schüler herantritt, um diese Fragen dem betroffenen Personenkreis näherzubringen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Viele mögliche Katastrophen sind nicht auf ein Land beschränkt beziehungsweise ist für deren Bewältigung internationale Zusammenarbeit notwendig. Dieser Tatsache Rechnung tragend fand heuer die erste internationale Katastrophenschutzübung unter dem Titel "Exercise 1993" in Niederösterreich im Raum Baden und Wr. Neustadt statt. Der Herr Abgeordnete Sivec hat in seinen Ausführungen darüber berichtet.

Diese Übung unter Teilnahme der UNO und mit einer Vielzahl verschiedener Länder hat die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit bei der Krisenbewältigung unter Beweis gestellt. Und es wird notwendig sein, diese internationale Zusammenarbeit zu intensivieren, grenzüberschreitende Gefährdungen zu orten, Vermeidungsmöglichkeiten zu suchen und geeignete Vorsorgen gemeinsam mit anderen zu erörtern. Ich denke da an einen internationalen Gedankenaustausch in dieser Frage, der in einer Art Europäischer Sicherheitsakademie erfolgen könnte. Niederösterreich könnte für so eine Akademie, für so ein Vorhaben nicht nur Impulsgeber, sondern auch Heimstätte werden.

Abschließend, meine sehr geehrten Damen und Herren, nochmals Dank an alle, die im Sicherheitsbereich tätig sind. Besonderen Dank

aber möchte ich auch den Damen und Herren des Landtages aussprechen, die sich für Sicherheitsfragen immer wieder zur Verfügung stellen. Ich kann feststellen, daß die Sicherheitspolitik in Niederösterreich nicht durch Fraktionsdenken behindert wird. Die Frage der Sicherheit ist eine Frage, die alle im Landtag vertretenen Fraktionen betrifft. Ich glaube, wir sollen gemeinsam für unsere Landesbürger in diesen Fragen auch weiter gemeinsam tätig sein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT HAUF EK: Der Herr Abgeordnete Knotzer erhält das Wort.

Abg. KNOTZER (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus!

Wenn ich mich zum Budgetabschnitt 1, öffentliche Ordnung und Sicherheit, gemeldet habe, dann auch deshalb, weil ich nach vier Jahren der Grenzöffnung und Entfernung des sogenannten Eisernen Vorhanges ein wenig Bilanz über diese Jahre ziehen möchte. Aber auch über unsere Forderungen und Resolutionen, die wir in den vergangenen Jahren hier in diesem Hohen Haus diskutiert und vielfach auch beschlossen oder auch abgelehnt haben. Ich möchte gleich beginnen mit dem heutigen Antrag des Herrn Abgeordneten Preisler, der einen Resolutionsantrag eingebracht hat, der die Schließung eines Gendarmeriepostens grundsätzlich ausschließt. Wir sind der Meinung, man soll die Zeichen der Zeit nicht unbedingt 50 Jahre zurückdrehen im Zeitalter der Rationalisierung. Schließlich gibt es heute wesentliche, neue technische Mittel der Kommunikation die auch Schritt für Schritt glücklicherweise bei der Gendarmerie und bei der Polizei zum Einsatz kommen. Darüber hinaus weiß ich selbst aus der Schilderung eines Gendarmeriebeamten aus dem Wechselgebiet, der an einem Zweimannposten Dienst versieht und der mir selbst erzählt hat, daß er im vergangenen Jahr einen Verkehrsunfall zu beamtshandeln hatte. Dafür mußte er den nächst größeren Posten alarmieren, weil er selbst allein Dienst versah, nachdem sein Kollege auf Urlaub war. Außerdem waren drei Familienstreitereien zu schlichten. Das war im wesentlichen die Tätigkeit dieses kleinen Postens. Und da erhebt sich die Frage, ist das notwendig? Diese Ein- oder Zweimannposten sind ja natürlich auch in der Nacht gesperrt und bieten kaum zusätzliche Sicherheit. Da ist oft zu überlegen, ob man nicht Gendarmerieposten zusammenlegt, um sie rationeller rund um die Uhr zu besetzen, für den Bürger. Weiters müßte man auch über das Dienstsystem alle Erfahrungen einbringen, auch die Vor-

teile, wolle man hier diesem Resolutionsantrag heute die Zustimmung zu geben. Ich glaube vielmehr, man sollte sich über dieses Thema, ein sehr heikles Thema, wieder zusammensetzen und diskutieren, welche Verbesserungen es gibt oder geben kann, bevor man hier voreilig einem Resolutionsantrag in dieser wichtigen Frage zustimmt.

Außerdem möchte ich darauf hinweisen, daß diese Kleinstposten auch für unsere jungen, dynamischen Gendarmeriebeamten nicht sehr begehrt sind. Weil sie kaum Aufstiegschancen bieten. Die Beamten haben eine ausgezeichnete Ausbildung, sie haben aber kaum Chancen auf Karriere, wenn man es so bezeichnen will, in diesen Dienststellen. Weil diese Kleinposten mit zwei Mann kaum auch die vielfältige Tätigkeit umfassen, die ein größerer Posten, der mit mindestens acht Mann zu besetzen ist, aufweist. Wenn wir uns daher darüber wieder unterhalten, sollte man auch überlegen, daß alle Posten, die für die Zukunft erhalten bleiben sollen, mit mindestens acht Mann zu besetzen sind und daher muß auch ein Dienstsystem gewährleistet sein, das rund um die Uhr, zwar nicht am Gendarmerieposten, aber überwiegend im Gemeindegebiet Beamte unterwegs sieht, etwa im Zuge der Streifenfötigkeit. Es helfen uns nämlich die Gendarmeriebeamten nichts, wenn sie ständig in ihrer Dienststelle sitzen. Das ist sicherlich nicht ihre Aufgabe. Das wissen natürlich auch alle, die kriminelle Taten vorhaben. Die Streifenfötigkeit vorwiegend im Gemeindegebiet soll daher forciert werden, um hier auch rationell vorgehen zu können.

Und nun zurück zu dem, worüber ich auch Bilanz ziehen möchte auf Grund der letzten vier Jahre: Zur Grenzöffnung. War Österreich nach dem Krieg oder auch in der Zwischenkriegszeit ein typisches Auswanderungsland - nach Amerika, Australien, Kanada, Schweden sind viele Österreicher ausgewandert, vor allem aus unserem Raum und aus dem burgenländischen Raum, weil sie dort mehr Zukunftschancen gesehen haben - so sind wir heute auf Grund unseres Wohlstandes, unserer inneren Sicherheit, das ist ein wichtiger Faktor für viele Menschen, ein sehr attraktives und begehrtes Einwanderungsland geworden.

Es hat uns aber für diese Einwanderung die nötige gesetzliche Grundlage gefehlt, um das zu regeln. Daher war in der Vergangenheit die einzige Möglichkeit, in unser Land einzuwandern, als Gastarbeiter. Da hat es nur mit einigen wenigen Ländern Vereinbarungen gegeben,

überwiegend mit Jugoslawien oder der Türkei. Aus anderen Ländern bestand eigentlich als einzige Möglichkeit, nach Österreich zu kommen, einen Asylantrag zu stellen. Und da haben wir auch hier im Landtag diskutiert, so kann es nicht sein. Das muß geregelt werden mit einem eigenen Einwanderungsgesetz, mit einem Aufenthaltsgesetz und mit dem Asylgesetz. Das war auch die Meinung des NÖ Landtages, hier entsprechende, neue gesetzliche Grundlagen zu schaffen. Das wurde im vergangenen Jahr durchgeführt bzw. heuer hat dieses Gesetz bereits die ersten Wirkungen gezeigt. Mit der Änderung des Asylgesetzes, und vor allem stehen wir Sozialdemokraten dafür, wollen wir verhindern, daß, so wie in der Vergangenheit, das von vielen mißbraucht wird als einzige Möglichkeit, in unser Land einzuwandern. Weil wir der Meinung sind, es soll jedem, der aus religiösen, rassistischen oder politischen Gründen verfolgt ist, gewährleistet werden, daß er in Österreich Asyl bekommt und daß er auch menschenwürdig hier in diesem Land untergebracht wird.

Dazu gibt es das neue Asylgesetz, auch wenn es da oder dort noch verschiedene Auslegungsfragen zu klären gibt oder vielleicht das eine oder andere zu novellieren oder Verordnungen zu korrigieren sind. Aber im wesentlichen zeigt sich bereits jetzt, daß das ein sehr wichtiges Gesetz ist für den Aufenthalt für jener, die Asyl in Österreich benötigen aus den eben erwähnten Gründen.

Erst kürzlich haben wir bei einer Bürgermeisterkonferenz, bei der alle Bürgermeister aller Coleurs - und im Bezirk Baden gibt es nicht nur SPÖ- und ÖVP-, sondern auch Bürgerliste- und alle möglichen Bürgermeister, also die keiner Partei zuzuordnen sind - uns darüber unterhalten und sehr offen über die Auswirkungen diskutiert. Weil vor allem der Bezirk Baden mehrfach betroffen ist. Er gilt als Asylbezirk, weil sehr viele Flüchtlinge, aber auch sehr viele Gastarbeiter und sehr viele Zuwanderer oder Einwanderer den Bezirk betroffen haben. Es ist daher sehr wichtig, daß in dem neuen Aufenthaltsgesetz - das ist jetzt die nächste gesetzliche Grundlage - die Gemeinden mit einbezogen wurden in diese Erhebungen. Um zu verhindern, daß - wie wir es vielfach leider schon haben - verschiedene Wohnghettos entstehen. Das heißt, wenn die Gemeinden von der Bezirkshauptmannschaft in den Erhebungsverfahren gefragt werden, ist die ortsübliche Wohnung dort gewährleistet mit den 10 Quadratmetern, so kann es nicht passieren, daß in einem Haus oder in einer Wohnung 30, 40 oder mehr

Personen gemeldet sind. Weil ja die Gemeinde die Möglichkeit hat, dazu Stellung zu nehmen und zu sagen, bitte, in dem Wohnhaus können maximal 10 oder 15 Personen wohnen, aber nicht formell und aus irgendwelche anderen Gründen sich 40 oder 50 melden, die ja gar keine Möglichkeit haben, dort auch tatsächlich zu wohnen. Das heißt, die Mitsprache möglichst der Gemeinden ist sicher eine zusätzliche Arbeit, aber man kann von der Gemeinde her verhindern, daß Wohnghettos entstehen. Denn das wollen wir sicherlich nicht. Wir wollen ja haben, wenn wir Gäste beherbergen, ob jetzt als Gastarbeiter oder als Asylwerber, daß sie menschlich untergebracht werden. Und daß wir ihnen den entsprechenden Wohnraum, der halt menschenwürdig ist, auch zu geben versuchen.

Der nächste Punkt ist die Frage der Einwanderung. Hier wird ja jährlich eine Zahl festgesetzt, die im Interesse des österreichischen Staates ist. So und so viel sollen oder können einwandern, um unser funktionierendes Wirtschafts- und Sozialsystem aufrecht zu erhalten und vieles mehr. Heute muß sich auch jeder, ob jetzt Gastarbeiter oder anders, jeder der nach Österreich einwandern will, darum kümmern, daß er eine Aufenthaltsgenehmigung erhält und daß er sich in diesem Land als Gast um die entsprechenden Dinge kümmert. Daß es in dem ersten Jahr heuer in einigen Bundesländern, vor allem in Wien, aber auch in anderen, zu Anlaufschwierigkeiten gekommen ist, bestreitet ja niemand, auch nicht der Innenminister. Aber wir sind alle guten Willens und die Gemeinden helfen auch mit, daß das möglichst rasch und unbürokratisch erledigt wird. Natürlich ist dieses Gesetz auch dazu da, um illegale Einwanderer oder jene Personen, die illegal in Österreich sind, zu verhindern oder sie zu veranlassen, nach einer gewissen Zeit unser Land wieder zu verlassen oder sich zu bemühen, legal nach Österreich einzureisen. Das war der Sinn dieser drei wesentlichen gesetzlichen Grundlagen, des Asyl-, Einwanderungs- und Aufenthaltsgesetzes.

Durch das neue Asylgesetz ist es auch gelungen - und das war auch ein Antrag, den wir hier im Landtag behandelt haben - daß die Flüchtlinge und die Asylwerber auf alle Bundesländer und auf alle Gemeinden aufgeteilt werden, sodaß nicht wenige Gemeinden allein die Last, die Verantwortung oder die Arbeit für diese Asylgewährung trifft. Daher wurden in allen Bundesländern Asylämter geschaffen. Meistens in den Landeshauptstädten, mit Ausnahme Niederösterreichs, da ist ja Traiskirchen dazu bestimmt worden. (*Zwischenrufe*) Nicht zur Landeshauptstadt,

"Flüchtlingslandeshauptstadt" könnte man es vielleicht bezeichnen. Vorher haben es sich die Bezirkshauptleute ganz Österreichs sehr, sehr leicht gemacht. Sie haben ja nicht dem Gesetz entsprochen und haben einen Asylantrag in Tirol, im Bezirk Innsbruck entgegengenommen, haben gesagt, da haben sie eine Fahrkarte, fahren sie nach Traiskirchen. Das geht jetzt nicht mehr. Jeder Asylwerber, der in seinem Bundesland einen Asylantrag stellt, wird in die Landesasylstelle oder Asylaufenstelle verwiesen. Dort kann in Ruhe sein Antrag behandelt werden. Und wir haben im Gegensatz zu früher, als wir oft bis zu 500 Asylantragsteller allein in Traiskirchen hatten, jetzt zwischen 10 und 20 in der Woche. Die können von den Beamten wirklich ordentlich behandelt werden, es können ordentliche Bescheide ausgestellt werden. Und es zeigt sich, daß sich diese neue Form sehr bewährt hat, wenn es auch dort oder da vielleicht zu Problemen kommt. Wenn der Asylantrag positiv beschieden ist, versucht man gleich, Integrationsmaßnahmen zu setzen.

(Dritter Präsident Ing. Eichinger übernimmt den Vorsitz.)

Nicht nur, daß der Antragsteller medizinisch ordentlich untersucht werden kann. Sondern darüber hinaus weist man ihn in ein Privatquartier, meistens Hotels oder Pensionen ein und er kann dort Schritt für Schritt integriert werden. Und das ist sicher menschlicher, als diese Menschen in Flüchtlingslager unterzubringen.

Und die nächste gesetzliche Möglichkeit und die ist natürlich vielfach umstritten, aber wie ich glaube, auch notwendig: Wenn ein Asylantrag abgelehnt wird und alle Instanzen das auch bestätigen, daß es rechtlich jetzt die Möglichkeit gibt, daß man sagt, gut, du kannst bei uns nicht Asyl bekommen, du kannst auch nicht Einwanderer werden, bitte verlasse wieder unser Land und gehe wieder in deine Heimat zurück! Wenn positiv beschieden ist, das habe ich erwähnt, dann gibt es Integrationsmaßnahmen. Und eine davon darf ich vielleicht auch nennen, weil es in der nächsten Phase um Schulfragen geht. Wir haben in Traiskirchen ein Modell entwickelt mit sogenannten "internationalen Klassen" oder Integrationsklassen, wie immer man sie bezeichnet. Das heißt, in diesen Volks- und Hauptschulen gibt es eigene Schulklassen, in denen die Lehrer bzw. Lehrerinnen schwerpunktmäßig Deutsch unterrichten, sehr engagierte Lehrer. Darüber hinaus sogar eine bosnische Lehrerin, die die Kinder in ihrer Muttersprache unterrichtet. Und es hat sich gezeigt, daß sich das sehr bewährt. Wenn die

Kinder ungefähr nach sechs bis acht Wochen einem normalen Unterricht folgen können, werden sie in ihre Stammklasse integriert und haben dann nur mehr zusätzlich Deutsch im Förderunterricht. Das heißt, es hat sich dieses Modell sehr bewährt, wenn man weiß, welche Probleme man in so einer Gemeinde hat. Und es ist sicher im Landtag hier leichter zu diskutieren, denn als Bürgermeister an der Basis sich mit den Menschen auseinanderzusetzen. Viele Bürgerinnen und Bürger gehen in die Schulklassen, schauen und sagen, wieviele Ausländer sind in der Klasse? Da muß man sehr behutsam vorgehen und gemeinsam mit der Schulleitung versuchen, nur so viele zu integrieren, wie auch von der Bevölkerung, von den Kindern und Eltern angenommen werden. Als Beispiel, welche Probleme es gibt, darf ich vielleicht einen Brief vorlesen, den ich erst vor kurzem erhalten habe aus Möllersdorf. Das ist ein Stadtteil von Traiskirchen, eine Arbeiterwohngegend. Den Namen laß' ich jetzt weg (*liest*):

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Die Mieter des Hauses Wolfstraße 14" - das ist ein Gemeindewohnhaus, das wir vor fünf Jahren erworben haben, saniert haben, kleine Startwohnungen daraus gemacht haben mit WC, Dusche, Etagenheizung - "haben Unterschriften gesammelt, die ich beifüge. Wir finden, daß in unserer Straße genug Ausländer eine Wohnung haben. Wir haben immer

bei Sammlungen für Ausländer gespendet. Nun ist es genug. Wir wollen keine Ausländer im Haus. Das sind Startwohnungen für unsere Kinder und Kindeskinde. So wurde uns gesagt. Ich bitte um Rückantwort." Was ist passiert? Der Bürgermeister hat eine freiwerdende Wohnung einer Familie aus Sarajevo zur Verfügung gestellt. Einer 35-jährigen Frau mit 14-jähriger Tochter und 11-jährigem Sohn. Eine Frau, die in einem Hilfswork-Bus aus Sarajevo mit ihren Kindern dem Krieg entkommen konnte. Man sieht, daß auch hier das Verständnis der Bewohner oft sehr gering ist. Wenn ich jetzt doch die Familiennamen zumindest jener, die hier unterschrieben haben, vorlesen darf: Jefdic Milena, Jefdic Kortana, da sage ich die Vornamen dazu, weil sie noch jugoslawische Staatsbürger sind. Dann Horvath, Thaya, Thaya, also auch keine typischen österreichischen Namen, Matejka, Horvath, Horvath, Foß, Cermak. Die Großväter oder Urgroßeltern all dieser waren noch tschechische oder böhmische Textil- und Ziegelerbeiter. Aber hier ist halt die Akzeptanz sehr gering. Man muß hier wirklich versuchen auch die dementsprechenden Informationen zu geben und findet dann sicher Verständnis, wenn man sieht, was diese Familie aus Sarajevo mitgemacht hat.

Doch nun zurück, meine sehr verehrten Damen und Herren, weil das auch den Antrag der FPÖ vielleicht ein bißchen umreißt. Ich habe schon erwähnt, daß Österreich eines der sichersten Länder der Welt ist. Wenn Sie die internationalen Berichte aller demokratischen Länder der Welt verfolgen, so ist Österreich in der Verbrechensstatistik das zweitsicherste Land der Welt. Also selbst wenn man täglich versucht, den Bürgern einzureden, daß wir ein sehr unsicheres Land sind, dem ist nicht so! Die Statistik - und die ist sicher nicht unrichtig - zeigt andere Daten oder Werte.

Und nun auch zum Ausbildungsstand unserer Gendarmerie und Polizei ein paar Worte: Wir waren sehr froh, daß die Bundesregierung im vergangenen Jahr, also heuer im Sommer, entschieden hat, daß eine Sicherheitsakademie gebaut wird. Eine Sicherheitsakademie für unsere Polizei- und Gendarmerieoffiziere, für die Ausbildung von neuen Polizei- und Gendarmerieoffizieren. Die Aufgaben werden immer größer und immer mehr, immer vielfältiger. Das heißt, es ist notwendig, daß es Bezirksgendarmeriekommandanten, aber auch ihre Stellvertreter und große Ortsgendarmeriekommandanten Offiziersausbildung haben. Um den vielfältigen Aufgaben gewachsen zu sein. Und wir waren sehr froh, als wir Traiskirchen als Standort für diese Sicherheitsakademie

angeboten haben, daß im Parlament ein einstimmiger Beschluß gefaßt worden ist, Traiskirchen soll diese Sicherheitsakademie erhalten. Traiskirchen hat sicherlich auch das moralische Recht darauf gehabt, daß es als Standort ausgesucht wurde. Der Bau wird auf dem Gelände des ehemaligen Flüchtlingslagers durchgeführt und soll bereits im Frühjahr 1994 begonnen werden. In weiteren Maßnahmen oder weiteren Ausbildungsmöglichkeiten werden dort auch zur grenzübergreifenden Verbrechensbekämpfung spezielle Kurse und Seminare für Gendarmerie- und Polizeioffiziere angeboten. Darüber hinaus soll auch für internationale Sicherheitsfragen ein Seminarzentrum geschaffen werden, um weitere Maßnahmen für die Zukunft und die Sicherheit unseres Landes und unserer Region zu gewährleisten.

Ich darf mich auch bei der Gendarmerie, bei der Exekutive bedanken. Weil sie natürlich immer wieder auch im Brennpunkt steht. Natürlich sind es genauso Menschen wie Du und Ich. Genauso ist es auch möglich, wenn sie in Sekundenbruchteilen Entscheidungen treffen müssen, daß auch einmal eine falsche Entscheidung getroffen wird. Es kann auch immer wieder passieren, daß man im Nachhinein gescheitert ist. Das passiert natürlich auch bei der Exekutive, daher gibt es natürlich auch bei verschiedenen Fahndungen Mißerfolge. Aber ich glaube, man soll das nicht überzeichnen.

Und nun noch zum Feuerwehrwesen: Die Freiwillige Feuerwehr ist eine Einrichtung, um die uns eigentlich die ganze Welt beneidet, haben wir doch das dichteste Feuerwehrwesen ganz Europas. Für die Bürgermeister nicht immer zur Freude, wenn es um die Mindestausrüstung unserer Feuerwehren geht. Wir wissen alle, wie sich das jährlich in den Gemeindebudgets niederschlägt. Aber es ist sehr wichtig, daß wir unsere Feuerwehrleute auch mit entsprechend modernem Gerät ausstatten. Wenn sie im Ernstfall gebraucht werden, daß es nicht an der Ausrüstung scheitert. Unsere Feuerwehrleute sind in hohem Maße bereit, in ihrer Freizeit nicht nur ihre Ausbildung zu verbessern, Kurse in der Feuerweherschule zu besuchen, sondern darüber hinaus auch noch für Übungen und verschiedenste Einsätze ihre Freizeit zur Verfügung zu stellen. Aus diesem Grunde wäre sicherlich - einige Gemeindevertretungen haben auch bereits Resolutionen allen Landtagsklubs geschickt - wäre sicherlich auch für die Zukunft einmal zu überlegen, bei Aufnahme in den öffentlichen Dienst, ob jetzt Bund, Land, Gemeinden oder Gemeindeverbänden, bei Gleichwertigkeit der Bewerber, daß man jene, die halt im öffentlichen Interesse ihre Freizeit zur Verfügung stellen, vielleicht bevorzugt in den öffentlichen

Dienst aufnimmt. Es muß die Frage erlaubt sein, wenn jemand bei der Feuerwehr, bei der Rettung, dem Zivilschutz oder anderen Organisationen für die Allgemeinheit da ist, ob er, wenn er sich für den öffentlichen Dienst bewirbt, nicht vorzuziehen wäre. Wenn die Qualifikation gleichwertig ist, das sage ich gleich dazu. Es soll also kein unbedingtes Vorziehen sein. Wir sehen auch das immer mehr - und der Kollege Klupper hat es auch erwähnt - daß vor allem beim Einsetzen von Katastrophen und Notfällen die Bediensteten immer wieder Probleme haben, wenn sie sich dienstfrei nehmen müssen. Es ist halt in einer wirtschaftlichen Rezession wesentlich schwieriger, als in einer Hochkonjunktur, von seinem Dienstgeber auch frei zu bekommen oder sich immer wieder Urlaub zu nehmen. Viele Gemeinden haben immer mehr Probleme, vor allem die Feuerwehren und damit auch die Bürgermeister und die Gemeinden, daß sie sehr viele Auspendler haben. Sehr viele Feuerwehrkameraden arbeiten nicht mehr im Ort und sind erst wieder als Tages- oder Wochenpendler am Abend oder übers Wochenende zu Hause. Tagsüber ist die Feuerwehr kaum einsatzbereit. Auch daher der Appell, sich das in Zukunft zu überlegen beim öffentlichem Dienst, Gemeinden, Gemeindeverbänden, etc. Da könnten die Gemeinden ja im eigenen Wirkungsbereich erledigen. Aber darüber hinaus wären diese Menschen auch bei Land und Bund bei Bewerbungen Gleichartiger vorzuziehen. Wenn nämlich jemand sich für einen Normaljob bewirbt, ist es nicht immer von Vorteil, wenn er angibt, er ist bei der Feuerwehr oder bei der Rettung. Dann sagt der Arbeitgeber, er muß ihn immer wieder freistellen und er fehlt ihm in der Arbeit.

Daher soll man auf diese vielen freiwilligen Hilfsorganisationen, die Vorredner haben ja das erwähnt, wie die vom Roten Kreuz, Arbeiter-Samariter Bund, Malteser, Bergrettung, Wasserrettung, Zivilschutz und viele andere, die eigentlich vielfach in Gemeindekompetenz fallen, aber wenn es um Katastrophenfälle geht, natürlich auch Angelegenheit des Landes oder auch des Bundes sind und hier zur Verfügung stehen, nicht vergessen. Katastrophenfälle, Unfälle auf Landes- und Bundesstraßen sind ja eigentlich nicht Gemeindekompetenzen, wie auch Autobahnen. Wenn ich einige Feuerwehren aus unserem Bezirk nehme, haben die 80 % der technischen Einsätze nurmehr auf der Autobahn. Ob das unbedingt von der Gemeinde oder der Gemeindefeuerwehr geleistet werden kann, das ist sicher problematisch. Wobei dort sicher noch die Möglichkeit besteht, nachdem einige Gemeindebedienstete bei der Feuerwehr sind,

daß sie den Dienst aufrecht erhalten. Sonst wären tagsüber oft gar nicht genug Leute da, um wirkungsvoll helfen zu können.

Daher wäre es auch wichtig, wenn wir versuchten auch bei der Ausbildung vor allem der Rettungsorganisationen zu helfen. Wir haben das ja bei der Feuerwehr geregelt, wir haben sicher auch beim Zivilschutz eine Schiene eingezogen. Beim Rettungswesen allerdings wäre sicherlich notwendig, daß wir vom Land her diesen Organisationen mehr helfen. Insofern, als wir einen immer besseren Ausbildungsstand per Verordnung, ob jetzt vom Gesundheitsminister oder vom Gesundheitslandesrat, verlangen. Die Öffentlichkeit verlangt eine bessere Ausbildung der Sanitäter. Durchführen sollen das die Rettungsorganisationen. Das heißt, daß man zumindest für die notwendige Ausbildung die Mittel zur Verfügung stellt, daß die Organisationen nicht noch zusätzlich mit dem Finanziellen belastet werden. Ich bin selbst Obmann einer Hilfsorganisation, des Arbeiter-Samariter Bundes Traiskirchen und weiß, wie schwierig dort immer wieder die Finanzen sind. Finanziert wird mittels Veranstaltungen, die eigentlich mit einer Rettung nichts zu tun haben. Ein Zeltfest und ein Ball sind sicherlich auch gesellschaftliche Veranstaltungen, aber im wesentlichen werden sie gemacht, damit man sich möglichst die Gelder holt, um dann ein neues Einsatzfahrzeug zu kaufen oder den einen oder anderen hauptberuflichen Mitarbeiter zu finanzieren. Auch die Zivildienstler kosten den Rettungsorganisationen Geld. Das bezahlen sie aber gerne, weil sie froh sind, weil sie doch Schritt für Schritt diese Zivildienstleistenden immer mehr auch in ihre Organisationen eingebaut haben. Es wäre also sicherlich möglich, die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Weil wir glauben, daß es sicher Geld ist, das vielleicht durch bessere Ausbildung viele Menschenleben rettet oder schwere gesundheitliche Schäden vermeiden hilft.

Vielleicht noch zum Abschluß, weil das in den letzten Wochen die Öffentlichkeit beschäftigte. Ich hoffe, daß sich die Bundesregierung bald einigt über die Zivildienstfrage. Nicht nur die Feuerwehren, wir haben heute diese Bezirksalarmierungssysteme und wenn ich mir das anschau, ist das im wesentlichen auch nur mit Zivildiensthabenden aufrecht zu erhalten. Ich sage das so, wie es ist. Sicher, am Wochenende machen Feuerwehrleute Dienst, aber unter der Woche, wenn jeder arbeitet, da ist vielfach dieser Dienst nur mehr mit Zivildienstern aufrecht zu erhalten. Beim Rettungswesen detto, weil tagsüber wir ja außer den hauptberuflichen kaum freiwillige Helfer haben, die hier zur Verfügung stehen. Daher war

diese Zivildienerschwemme, wie es vielfach bezeichnet wurde, für die Rettungsorganisationen wie Rotes Kreuz und Samariterbund sicherlich gut, um den Betrieb aufrecht zu erhalten. Ich hoffe, daß es auch für die Zukunft eine Lösung gibt, um die wichtige Funktion des Bundesheeres zu gewährleisten, aber auch jene des Zivildienstes einer Lösung zuzuführen, sodaß hier eine gemeinsame Lösung gefunden wird, die das Wohle unseres Staates und unseres Landes gewährleistet. *(Beifall bei der SPÖ, LR Blochberger und Abg. Moser.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Luise Egerer.

Abg. EGERER (ÖVP): Geschätzter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Mein Thema ist die Ausländerproblematik. Die Ausländerproblematik stellt auf Grund der zunehmenden Grenzöffnungen immer vielschichtigere Anforderungen an unsere Gesellschaft. Wenn wir von Ausländern sprechen, denken wir in erster Linie an Gastarbeiter, Flüchtlinge und vor allem auch an illegale Zuwanderer, die durch ihre materielle Situation zu Randgruppen unserer Bevölkerung zählen. Das Ziel unserer Bemühungen um diese Menschen sollte die vermehrte Integration in unsere Gesellschaft, aber auch in unser Wirtschaftssystem sein. Das Land Niederösterreich muß sich in diesem Zusammenhang seiner besonderen Verantwortung auch aus historischer Sicht bewußt sein. Als ehemaliger Mittelpunkt eines Vielvölkerstaates war unsere Heimat schon früher ein wichtiges, multikulturelles Zentrum in Europa. *(Heiterkeit bei der FPÖ.)* Und eben diese Vielschichtigkeit hat uns in vielen, nicht nur in wirtschaftlichen Belangen, unseren heutigen internationalen Stellenwert eingebracht.

Doch auch von unserer Seite wird jetzt mehr Entgegenkommen und Bereitschaft diesen Menschen gegenüber gefordert. Denn eines muß uns bewußt sein: Gastarbeiter sind ein unverzichtbarer Wirtschaftsfaktor! Und wir brauchen sie einfach, um unsere Wirtschaft aufrecht erhalten zu können. Wir brauchen sie in den verschiedensten Arbeitsbereichen. Zum Beispiel gibt es derzeit in Industrie und Gewerbe 26.318 ausländische Beschäftigte. Und in Dienstleistungsbetrieben allein sind es 7.836. Vor allem Hilfsdienste mit geringer Entlohnung und Aufstiegschancen werden von Gastarbeitern ausgeführt. Ich denke da ganz besonders an Putz- und Reinigungsarbeiten und vor allem auch

an die im Bau- und Straßendienst Tätigen. Diese Arbeitnehmer haben daher auch ein Anrecht auf Wohnung und bestimmte soziale Einrichtungen. Für sich, aber auch für ihre Familien.

Die Wohnungsnot, die derzeit nicht nur Ausländer betrifft, ist besonders für Finanzschwache ein schwerwiegendes Problem. Dieser Umstand trifft natürlich ganz besonders für unsere Flüchtlinge zu. Das Hauptproblem stellen jene dar, die durch den Krieg aus dem ehemaligen Jugoslawien, aus Bosnien oder Herzegowina zu uns gekommen sind. Diese Menschen sind seit dem Frühsommer 1992 zu uns gekommen. Sie wurden vorerst in Großquartieren, wie zum Beispiel in Betreuungsstellen in Traiskirchen, Mödling, Krems, aber auch in Klosterneuburg und in der Bundesheerkaserne Allentsteig untergebracht. Aber auch sehr viele private Unterkünfte konnten bereitgestellt werden. Die Anzahl dieser Flüchtlinge beträgt derzeit über 5.300. Auch in gastgewerblichen Betrieben sorgten wir für Wohnmöglichkeiten für an die tausend Personen. Von Anfang an wurde versucht, die durch die Flucht getrennten Familien wieder zusammenzuführen. Durch diese "Kernfamilien" kam es aber in sehr vielen Quartieren immer wieder zu akuten Platzproblemen. Unter "Kernfamilien" verstehen wir besonders Eltern mit minderjährigen Kindern. Für diese finanzielle Abdeckung und für die anfallenden Kosten sorgten und sorgen noch zu zwei Drittel der Bund und zu einem Drittel das Land. Hinzu kommt noch, daß durch die unabsehbare Dauer der Kampfhandlungen in unserem Nachbarland immer mehr Flüchtlinge zu uns kommen. Und immerhin dauert der Krieg jetzt schon eineinhalb Jahre. Daher müssen wir aus Privatquartieren immer mehr herausnehmen und an die öffentliche Hand übergeben. Die Mittel für Mehraufwendungen sollten

aber in Zukunft durch Einbindung der Flüchtlinge in den Arbeitsprozeß aufgebracht werden. Gleichzeitig müssen aber auch Mißbräuche und Möglichkeiten der Ausbeutung durch sinnvolle, wirtschaftspolitische Konzepte von vornherein unterbunden werden. Der arbeitsfähige Flüchtling sollte für sich und seine Familie nach Möglichkeit aufkommen können.

Für diese Betreuung und Vermittlung von Arbeitsplätzen und Wohnmöglichkeiten wurde seitens des Landes Niederösterreich ein Koordinator für Ausländerfragen mit Sitz in der Landeshauptstadt St. Pölten eingerichtet. Seit Jänner 1993 stellt er eine zentrale Anlaufstelle für alle Flüchtlinge und Gastarbeiter in unserem Land Niederösterreich dar. Rasches und unbürokratisches Handeln seitens des Landes wird dadurch ermöglicht. Und bereits in diesem ersten Jahr des Bestehens kann eine äußerst positive Bilanz gezogen werden. Zusätzlich wird von 1. Dezember 1993 bis Ende Mai 1994 ein Sprechzimmer in der Landeshauptstadt eingerichtet, wo zwei Angestellte der bosnischen Botschaft für Auskünfte täglich zur Verfügung stehen.

Das derzeit sicher immer wieder zentrale Thema im Zusammenhang mit der Ausländerproblematik stellt die möglichst rasche und umfangreiche Integration der Kriegsvertriebenen aus Bosnien dar. Das Ziel sollte sein Eigenständigkeit und größtmögliche Selbsterhaltung. Zu diesem Ziel ist ein großer Schritt bereits geschehen durch den Koordinator für Flüchtlingsfragen. Er soll auch sprachliche und vor auch bürokratische Barrieren bewältigen. Denn eines können wir nicht: Wir können nicht mit Gewalt integrieren. Es muß aber auch der andere bereit sein, nicht gegen-, sondern miteinander. Bei den Kindern klappt das wesentlich besser. Wir haben in unseren Schulen derzeit 10.500 nicht-deutschsprachige Schulkinder, die ohne große Schwierigkeiten ihre Schulpflicht erfüllen. Mein Vorredner hat das ja ebenfalls schon erwähnt.

Ich appelliere daher an den Hohen Landtag, weiterhin mitzuhelfen, Integrationshilfen zu schaffen, um Menschen, die entwurzelt wurden, nicht als minderwertige Fremde zu sehen. Es ist unsere moralische Verpflichtung, (*Heiterkeit bei Abg. Marchat.*) Menschen aus Kriegsgebieten aber auch aus Krisengebieten eine ausreichende Unterstützung zu gewährleisten. (*Beifall bei ÖVP, SPÖ und LIF.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. Dr. PROBER (ÖVP): Ich verzichte!

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zur Abstimmung liegt vor die Gruppe 1, öffentliche Ordnung und Sicherheit, sowie der Resolutionsantrag des Herrn Abgeordneten Preiszler. Ich bitte den Herrn Berichterstatter, nunmehr den Antrag zur Gruppe 1, öffentliche Ordnung und Sicherheit, ordentlicher Teil und außerordentlicher Teil, zu stellen.

Berichterstatter Abg. Dr. PROBER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich stelle den Antrag, die Gruppe 1, öffentliche Ordnung und Sicherheit, im ordentlichen Teil mit Ausgaben von S 223,418.000,- und Einnahmen von S 54,505.000,- zu genehmigen.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER (*nach Abstimmung über die Gruppe 1, öffentliche Ordnung und Sicherheit, ordentlicher Teil und außerordentlicher Teil in Erfordernis und Bedeckung*): Einstimmig angenommen!

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Resolutionsantrag des Herrn Abgeordneten Alois Preiszler zur Gruppe 1 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1994 betreffend Sicherheit in Niederösterreich. (*Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag*): Es stimmen FPÖ und das Liberale Forum für diesen Antrag. Somit ist der Antrag mit Mehrheit abgelehnt. (*Zustimmung FPÖ und LIF; Ablehnung ÖVP, SPÖ und Abg. Ing. Wagner Josef.*)

Ich ersuche den Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Dr. Prober, zur Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, ordentlicher und außerordentlicher Teil sowie Konjunkturausgleichsteil zu berichten.

Berichterstatter Abg. Dr. PROBER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Die Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, umfaßt die Einnahmen und Ausgaben für die gesonderte Verwaltung, den allgemeinbildenden Unterricht, den berufsbildenden

Unterricht einschließlich Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung, die Unterrichtsförderung, die vorschulische Erziehung, die außerschulische Jugend- und außerschulische Weiterbildung, die Erwachsenenbildung sowie für Wissenschaft und Forschung.

Im ordentlichen Teil werden Ausgaben von S 10.693,082.000,- ausgewiesen, denen Einnahmen von S 8.635,664.000,- gegenüberstehen. Der Anteil der Ausgaben am Ausgabenvolumen des ordentlichen Teiles beträgt 26,01 %.

Im außerordentlichen Teil sind Ausgaben von S 157,867.000,- und Einnahmen von S 85.000,- vorgesehen.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt der Herr Abgeordnete Ing. Gansch.

Abg. Ing. GANSCH (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich spreche zum land- und forstwirtschaftlichen Schulwesen. Das land- und forstwirtschaftliche Schulwesen hat von jeher in Niederösterreich besondere Bedeutung gehabt und wurde ihm auch von politischer Seite immer wieder entsprechender Wert beigemessen. Die Bildungswege, die sich unserer bäuerlichen Jugend durch das land- und forstwirtschaftliche Schul- und Ausbildungsgesetz zeigen und eröffnen, sind sehr vielfältig. Und das ist gut so. Es wird in Zukunft sogar noch mehr sein müssen. Eine kleine Standortbestimmung: Zur Zeit haben wir in Niederösterreich 1.019 Lehrlinge und 35.000 Facharbeiter in der Land- und Forstwirtschaft, Meister gibt es 6.500. Davon sind 1.000 Meisterinnen der ländlichen Hauswirtschaft, daneben gibt es noch Weinbaumeister, Gartenbaumeister etc. Insgesamt sind jedenfalls 6.500 Meister und 35.000 Facharbeiter in Niederösterreich am Werk. Vier landwirtschaftliche Berufsschulen und 23 Fachschulen gibt es in Niederösterreich. 2.100 Burschen und Mädchen besuchen zur Zeit diese Schulen.

Es wird natürlich laufend an der Organisation gearbeitet und die Lehrpläne werden immer wieder der heutigen Zeit angepaßt. Es muß natürlich vorausgeschickt werden, daß das landwirtschaftliche Schulwesen eine gewisse Flächendeckung in

unserem Lande aufweisen muß. Natürlich ist es notwendig, eine Strukturbereinigung vorzunehmen, daß nicht Schulen mitgeschleppt werden im wahrsten Sinne des Wortes. Ich spreche nicht einem "Schul-Zusperren" das Wort, sondern, wenn es halt ganz einfach nicht möglich ist, einen Standort so zu halten, daß die nötigen Schüler da sind, dann muß man sich halt andere Lösungen überlegen. Ich verweise auch auf die Mobilität der Menschen in diesem Lande. Es ist durchaus zumutbar, vielleicht eine gewisse Entfernung in Kauf zu nehmen.

Bewährt hat sich die praxisbezogene Ausbildung, die Praxisbezogenheit unseres landwirtschaftlichen Schulsystems. In Zukunft muß verstärkt getrachtet werden, das Spektrum der Ausbildungsmöglichkeiten zu erweitern. Vor allem im Hinblick auf die Integration in Europa. Ein kombiniertes Schulsystem oder eine kombinierte Ausbildung ist sicher von größter Wichtigkeit. Es schadet keiner Bäuerin, keinem Bauern, wenn er zwei Berufe erlernt, wenn er auch einen handwerklichen Beruf erlernt. Daher glaube ich, daß das duale Ausbildungssystem in das europäische Schulsystem integriert werden kann und muß.

Die Standorte, das habe ich schon gesagt, sind emotionslos zu klären und emotionslos zu lösen. Die Errichtung von sogenannten Telestuben oder Marketingschulen für unsere Bäuerinnen und Bauern, die im Beruf stehen, ist notwendig. Die Zeit ist ja so, daß man bis in das hohe Alter lernen muß. Auch hier ergeben sich Möglichkeiten für die Notwendigkeit und für die Standortfrage mancher Schule. Es stellt sich heute auch heraus - und das muß man mit aller Deutlichkeit sagen - daß manches Mal das erste Schuljahr in den landwirtschaftlichen Schulen und in den Fachschulen als Polytechnikum-Ersatz genützt wird. Und dann sind die Schüler auf Nimmerwiedersehen fort. Das ist nicht der richtige Weg. Ich weiß nicht, ob es provokant klingt, aber die landwirtschaftlichen Schulen und die Lehrer, die vom Lande Niederösterreich besoldet werden, sind als Ersatz für polytechnische Schulen nicht sinnvoll genützt. Höchstens dann, wenn der Bund für die Besoldung der Lehrer in den polytechnischen Schulen zuständig ist. Ich glaube, das muß auch mit aller Deutlichkeit gesagt werden.

Ein neues Konzept in Anpassung an die geforderten Voraussetzungen ist zur Zeit in Arbeit. Ich glaube, daß vor allem Herr Landesrat Blochberger als Verantwortlicher für das landwirtschaftliche Schulwesen sehr wohl Vorreiter beim bis-

herigen System war. Es bestehen aber auch in der Integration durchaus Möglichkeiten, die auch einzubringen sind.

Eine weitere Frage stellt sich auch im landwirtschaftlichen Schulwesen im Zusammenhang mit der Errichtung von Fachhochschulen. Es gibt eine Initiative im Raum Wieselburg, die "Grüne Fachhochschule", die sich zum Ziel gesetzt hat Agrar-, Umwelt-, Energie-, Ernährungs- und Kommunalwissen zu vermitteln. Ich glaube, gerade in der Diskussion der Fachhochschulen sollen wir diesen Gedanken einbringen, ohne daß irgendwelche Neidkomplexe von anderen Orten auftreten. Die Frage der Fachhochschule ist ja viel weiter zu sehen. Es ist ja ein Bundesgesetz, das verabschiedet wurde und das jedem die Möglichkeit gibt, seien es Gemeinden, Vereine, Land oder Bund, solche Fachhochschulen zu errichten. Nur glaube ich, wird es mit dieser Thematik vielleicht für ganz Österreich eine geben. Wenn man bedenkt, daß dieses Fachhochschulgesetz aussagt, daß eine selbständige Fachhochschule in der Größenordnung von tausend Hörern sozusagen konzipiert werden soll. Da ist es nicht zielführend, das von einer Region sozusagen zu betreiben. Sondern das muß wirklich flächenübergreifend mehr oder weniger für das ganze Bundesland gelten.

Ich habe hiermit auch die Zielsetzung, die sich beispielsweise die Grüne Fachhochschule gesetzt hat dargestellt. Hier sind die Studiengänge, die vorgeschlagen wurden, (*zeigt ein Konvolut vor*) sicherlich ein sehr aufschlußreiches Exponat liegt hier vor und ist auch sehr wichtig. Vor allem geht es darum, punktuell ein paar Dinge herauszunehmen. Die Einkommenssicherung im ländlichen Raum, die nachhaltige Landbewirtschaftung, umweltgerechte Erzeugung nachwachsender Rohstoffe und erneuerbarer Energien. Die Produktion und Vermarktung gesunder, qualitativ hochwertiger Nahrungsmittel, die Schließung der Ausbildungslücke im Kommunalbereich - die gibt es tatsächlich - die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des ländlichen Raumes und Nutzung moderner Technologien und Marketingformen. Das wären ein paar Themen, die von so einer Fachhochschule abgedeckt werden könnten. Ich glaube, daß das Land Niederösterreich gut daran täte, sich an diesem Projekt wirklich zu beteiligen. Und vielleicht auch zur Standortfindung ein klares Wort zu sagen, um nicht unnötige Investitionen, die sicherlich da sind in Form von verschiedenen Vorbereitungen, herauszufordern, wenn das dann wieder schubladiert wird. Ich glaube, hier ist

Handlungsbedarf gegeben. Wir müssen in Zukunft darüber reden.

Für die Fachhochschulen ist ja der Weg so, daß bis zum Ende 1994 eine Erhebungsstudie vorliegen muß bzw. vom Ministerium vorliegen wird. Bis dahin ist sicher noch Zeit, auch von unserer Seite, vom Lande Niederösterreich aus diese Dinge auszuloten.

Das waren ein paar Sätze zum landwirtschaftlichen Schulwesen. Es ist entsprechend nach Maßgabe der Möglichkeiten dotiert. Man kann keine Luftschlösser bauen. Ich glaube jedoch, daß wir diesem Budgetteil wirklich zustimmen können. Ich kann das jedenfalls für mich und meine Fraktion sagen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Stix, ich erteile es ihr.

Abg. STIX (*LIF*): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Gleich in medias res: In dieser Haushaltsgruppe werden ja Schulen und Sportstätten präliminiert. Die Ausgabensumme ist von 10,1 Milliarden, das sind 25,6 % der Gesamtausgaben im ordentlichen Haushalt im Jahre 1993 auf 10,7 Milliarden Schilling, das sind 26 %, also eine 0,4%ige Erhöhung der Ausgaben im ordentlichen Haushalt, angehoben worden. Zwei Drittel dieser Ausgaben sind Personalaufwand für Lehrer, deren Aufwand nahezu zur Gänze vom Bund refundiert wird.

Das Thema der schulischen Ausbildung liegt mir besonders am Herzen und ist auch für Niederösterreich von besonderem Interesse. Gerade auf dem Sektor der Berufsschulen, die ja in die Landeskompetenz fallen, muß ein großer Nachholbedarf in Niederösterreich erkannt werden. Auf der einen Seite beklagen sich alle, daß durch die Ostöffnung sehr viele Arbeitsplätze abwandern. Auf der anderen Seite wird darauf nicht mit einer qualitativ besseren Berufsausbildung reagiert. So wie mein Vorredner, möchte ich ein bißchen auf den polytechnischen Lehrgang eingehen. Diese Lehrgänge leiden unter einem ständig wachsen-

den Schülerschwund. Weil nämlich immer mehr Schüler eine Ersatzausbildung suchen. Im Jahre 1977 haben noch 28 % der Schüler des letzten Jahrganges das Polytechnikum besucht. Im Jahr 1992 hat ihr Anteil nur mehr 22 % betragen. Daraus läßt sich schließen, daß das Polytechnikum nicht als geeignete Vorbereitung auf den Beruf sich entwickelt hat. In der Steiermark sind die Landespolitiker nun einen anderen Weg gegangen. Sie haben eine spezielle Berufsschule in Art einer Realschule eingeführt, die um ein Jahr länger dauert, den Übergang aus der Hauptschule wesentlich besser meistert und schließlich mit einer kleinen Matura abschließt. Somit hat der Lehrling nicht nur eine intensivere Berufsausbildung, sondern auch die Möglichkeit des Überstieges auf eine Hochschule. Gerade diese Ausbildungsschiene wird immer häufiger genutzt. Zum Beispiel hat eine Untersuchung des Bundesministeriums für Wirtschaftsförderung nachgewiesen, daß immer mehr Hochschulstudenten aus den berufsbildenden mittleren Schulen kommen. Im Jahre 1970 hat ihr Verhältnis zu jenen Studenten aus den allgemeinbildenden Schulen 15,6 % zu 83,1 % betragen. Man höre und staune: Im Wintersemester 1992/93 betrug das Verhältnis 37,5 % zu 57,7 %.

Es ist allgemein bekannt, daß die Wirtschaft eine immer stärkere Spezialisierung verlangt. Ich denke, daß im profunden Fachwissen und dem hervorragenden fachlichen Können die Chance der Jugend für die Zukunft liegt. Darin liegen auch wesentliche strategische Elemente, um Flauten in der wirtschaftlichen Entwicklung und schwindende Arbeitsplätze zu bekämpfen. Die Politik ist daher aufgerufen, das Ausbildungsangebot auf diese zukünftigen Bedürfnisse auszurichten. In Niederösterreich fehlte allerdings bisher der Mut, neue Ausbildungswege zu beschreiten. Aus dem vorliegenden Budget kann direkt herausgelesen werden, daß man offensichtlich erfreut ist, die gegenwärtige Situation zu meistern. Die Dotation des Berufsschulbaufonds im Jahre 1993, es waren 25 Millionen Schilling, mußte im Nachtragsbudget des Jahres 1993 nahezu verdoppelt werden - also ein Plus von 23,3 Millionen Schilling - und ist im Jahre 1994 wiederum mit 25 Millionen Schilling angesetzt. Anscheinend wartet man ab 2. Jänner 1994 auf das Nachtragsbudget.

Auch die universitäre Einrichtung in Krems wird sich erst konkret bewähren müssen. Schafft sie es, sich ein Image aufzubauen, daß sie tatsächlich begehrte post graduate-Kurse veranstalten kann oder schafft sie es nicht? Dann wäre es nämlich besser gewesen, sie in den Kreis der be-

ginnenden Fachhochschulen einzuordnen. Und Niederösterreich hätte zumindest bereits im Anfangsstadium des österreichischen Fachhochschulnetzes eine starke Vertretung. Aber offensichtlich bedarf es des privaten Förderungsver-eines in Wieselburg, damit in Niederösterreich eine Fachhochschule errichtet wird.

Der budgetäre Ansatz des gesetzlich vorgesehenen Beitrages von 10 Millionen Schilling wird ohne entsprechende Willensbildung über Standort und Entwicklung einer Fachhochschule wirkungslos bleiben. Aus den Budgets sind jedenfalls keine Anzeichen erkennbar, daß von seiten der Landesregierung beabsichtigt ist, mutige neue Schritte zu setzen, die in mittlerer Zukunft der Wirtschaft und allen Bürgern unseres Bundeslandes zugute kommt. *(Beifall einzelner Abgeordneter der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hoffinger.

Abg. HOFFINGER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

In Österreich stehen rund 140.000 Jugendliche in einer Lehrausbildung. 200.000 studieren an unseren Universitäten. Vor zehn Jahren war das noch genau umgekehrt. Die Ursache dafür liegt auch im falschen Prestigedenken der Eltern bzw. der Gesellschaft. Dieses sogenannte Sozialgefälle ist gerade in der österreichischen Seele sehr verankert. Es ist Heuchelei, zu glauben, in Sonntagsreden oder in plakativer Form, gewissermaßen als billige Wahlkampfstrategie dieses Problem lösen zu können. In Wahrheit bedarf es einer Unmenge zielstrebigere Arbeit, einer Unmenge neuer, zündender Ideen. Vor allem bedarf es der Kraft jedes einzelnen von uns, dieses Problem zu lösen. Wir haben uns daher der Herausforderung zu stellen und müssen die fehlgeleitete Bildungspolitik, die darin besteht, nur in einer Matura oder in einem Studium Erfüllung zu finden, korrigieren.

Meine Damen und Herren! Wir benötigen eine Aufbruchstimmung aller Menschen, um eine Imageverbesserung des Lehrlings herbeizuführen. Wir benötigen aber auch eine Reform des Schulbereiches. Die Berufsinformation muß dort

verstärkt und früher als bisher einsetzen. Die Schule muß sich als Dienstleistungsunternehmen sehen. Die Lehrerschaft muß wissen, daß sie auch dann hervorragende Arbeit leistet, wenn sich ein Schüler für die Lehre entscheidet und nicht für eine weiterführende Schule. Was wird bisher an Information bereits getan? Schon in den Volksschulen wird den Schülern, Lehrern und Eltern Informationsmaterial übermittelt. Gemeinsam mit der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft wurden rund 350 Lehrer, die sogenannten Bildungsberater, in Seminaren über die Lehrausbildung informiert. Die Wirtschaftskammer produziert Informationsmaterial über die Lehrberufe, über die Weiterbildungsmöglichkeiten, über Fachschulakademien und über die Aufstiegsmöglichkeiten in den einzelnen Branchen.

Die derzeit bundesweit laufende Werbekampagne "Karriere statt Lehre" wird unterstützt. Die Berufsinformationszentren in St. Pölten, Wr. Neustadt und seit Oktober nun auch in Mistelbach, bieten den Jugendlichen, den Eltern und Lehrern Information und Unterstützung bei der Berufswahl durch Neigungstests und Eignungstests. Alljährlich werden im Rahmen der Berufsinformationswoche 90 bis 100 Lehrberufe in lebenden Betriebsstätten vorgestellt. Ein Lehrlingswettbewerb wird jedes Jahr durchgeführt und stellt die Sieger in einer Großveranstaltung groß heraus. 445 Mädchen und Burschen aus 82 Lehrberufen haben 1993 mitgemacht. Sehr gut waren sie alle. Am 6. November wurden im WIFI St. Pölten die Besten der Besten geehrt. Die hervorragenden Leistungen beweisen einmal mehr, daß das duale Berufsausbildungssystem der richtige Weg ist. Die Ergänzung Schule und Betrieb zählt zu den härtesten Währungen der Welt, was sich auch im internationalen Zahlenvergleich für unser Land positiv auswirkt. Nämlich das wichtigste: In Österreich gibt es kaum Jugendarbeitslosigkeit.

Am 16. Dezember 1993 soll auf Grund der Änderung des Schulzeitgesetzes 1985 im Nationalrat im Juli dieses Jahres die Einführung der Fünftagewoche in Niederösterreichs Berufsschulen unter folgenden Voraussetzungen ermöglicht werden:

1. Wenn ein in Zweidrittelmehrheit beschlossener Antrag des Schulgemeinschaftsausschusses vorliegt und
2. die Schulfrei-Erklärung nicht zu einer Lehrgangsverlängerung führt. Die Schulfrei-Erklärung kann für einzelne Schulen, einzelne

Schulstufen oder einzelne Klassen der Schulstufen und Lehrgänge erfolgen.

Wir haben uns damit bereits im Schul-Ausschuß in einem Initiativantrag befaßt und haben diesen Initiativantrag in ein Begutachtungsverfahren geschickt, das nun abgeschlossen ist. In den nächsten Tagen wird uns das zuständige Regierungsmitglied, nämlich Landeshauptmannstellvertreter Höger, über das Ergebnis dieses Begutachtungsverfahrens informieren. Ich bin sicher, daß wir bis 16. Dezember auch zu einem positiven Ergebnis kommen. Landeshauptmann Höger muß in der nächsten Zeit die Schulgemeinschafts-Ausschüsse in den einzelnen Berufsschulen einsetzen und das Gesetz soll dann im Jahre 1994/95 in Kraft gesetzt werden.

Wir haben schon gesehen in diesem Begutachtungsverfahren, daß es natürlich auch einige Probleme gibt. Daß zum Beispiel dann die Schülerheime vielleicht geschlossen werden Samstag/Sonntag. Und daß wir dann Probleme haben, wohin wir die Schüler geben, die aus anderen Bundesländern da sind. Es war also sicherlich sehr vorteilhaft, daß wir dieses Begutachtungsverfahren abgeführt haben und ich bin sicher, daß der Berufsschulrat und die Sozialpartner eine gemeinsame Lösung finden werden.

Einige Zahlen zum Budget über das Berufsschulwesen. Meine Damen und Herren! Niederösterreich besitzt 21 Landesberufsschulen. Der gesetzliche Schulerhalter ist das Land. Derzeit besuchen 22.000 Lehrlinge, Berufsschüler, in 872 Klassen diese Berufsschulen. 680 Berufsschullehrer bemühen sich um unsere Berufsschüler. Im Budget des Bundeslandes Niederösterreich sind im Jahr 1994 für die schulische Ausbildung der Lehrlinge folgende Ansätze ausgewiesen: Bezüge der Berufsschullehrer 421 Millionen, Erziehungsdienst 48 Millionen, Kosten für Kanzlei- und Reinigungspersonal 45 Millionen, Sachaufwand im ordentlichen Budget 93 Millionen, Berufsschulbaufonds 41 Millionen. Insgesamt Jahreskosten also 650 Millionen Schilling. Da die Lehrlinge in Niederösterreich die Berufsschulen in Lehrgängen zu 10 Wochen pro Schuljahr besuchen, bedeutet dies, daß seitens des Landes ohne Sonderbau-

programm für den zehnwöchigen Berufsschulbesuch eines Lehrlings 28.000,- Schilling ausgegeben werden.

Eine Landesberufsschule besteht organisatorisch aus drei Baukörpern: Dem Schulgebäude, den Werkstätten und dem Schülerheim. Die Ausstattung dieser Baukörper, die Organisation des Unterrichtes, die Lehrgangslänge, die Schulzeit und die Ausbildungsinhalte werden dem Land durch Bundesgesetze und Verordnungen des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst vorgeschrieben. Es muß uns allen bewußt sein, daß das Land nur im Rahmen dieser Vorgaben agieren und das Beste für unsere Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses und das Günstigste für die Ausbildungsbetriebe herausholen kann. In den letzten zwei Jahren hat das Bundesministerium für Unterricht und Kunst weit über 100 neue Lehrpläne erlassen, die eine Ausweitung der Unterrichtsstunden mit sich brachten. Einerseits wurde das berufsbezogene Englisch neu eingeführt, andererseits wurde der fachorientierte Unterricht vor allem im Bereich Labor weiter ausgeweitet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! 400 Millionen Schilling, die der NÖ Landtag über Antrag des gewerblichen Berufsschulrates für Niederösterreich für das Sonderausbauprogramm der NÖ Landesberufsschulen am 28. Februar 1993 beschlossen hat, werden derzeit verbaut. Mit dem 400 Millionen Sonderbauprogramm werden in Eggenburg, Langenlois, Lilienfeld, Mistelbach, Neunkirchen, Pöchlarn, St. Pölten, Schrems, Stockerau, Theresienfeld, Labors, Funktionsräume für den EDV-Unterricht, Gruppenräume und vier Turnsäle gebaut und die Schülerheime Theresienfeld und Lilienfeld umgebaut. Es handelt sich bei all diesen Maßnahmen um keine Kapazitätsausweitung, sondern um Qualitätsverbesserungen der Ausbildungs- und Schülerheimeinrichtungen. Mit dem baulichen Abschluß dieser Maßnahmen sollte das Ausbauprogramm für einige Zeit abgeschlossen sein.

Abschließend darf ich noch feststellen: In den letzten 10 Jahren wurden weit über eine Milliarde Schilling in die NÖ Landesberufsschulen investiert. Ich möchte allen danken, die dies ermöglicht haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Bevor ich zum Thema des Kapitels 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft komme, doch ein paar Feststellungen zu den Ausführungen vom Herrn Landesrat Mag. Freibauer im Zusammenhang mit der Vorlage bzw. besser gesagt der Nichtvorlage des Gemeindeförderungsberichtes. Die diesbezügliche schriftliche Antwort des Herrn Landesrates auf die Anfrage des Herrn Präsidenten Haufek muß nämlich wirklich als sehr seicht bezeichnet werden. Es dürfte hier beim Herrn Landesrat Freibauer wohl in Vergessenheit geraten sein, daß es sich in Bezug auf den Gemeindeförderungsbericht um einen zum Beschluß erhobenen Resolutionsantrag des Landtages handelt, dem ganz einfach nicht nachgekommen wurde. Und wenn der Herr Landesrat Freibauer heute hier auch noch gemeint hatte, daß es für seinen Bericht, für die notwendige Berichterstattung kein in Bezug auf die ECO-PLUS zuständiges Regierungsmitglied gibt, dann erscheint mir das ebenfalls neu. Denn ich will doch nicht annehmen, daß die ECO-PLUS zwischenzeitlich verkauft oder privatisiert worden ist, ohne daß der Landtag hier davon Kenntnis erlangt hat. Es gibt sehr wohl natürlich ein für die ECO-PLUS zuständiges Regierungsmitglied, nämlich den Eigentümervertreter des Landes Niederösterreich.

Nun aber zum Kapitel Zwei. Bildung und Ausbildung sind für uns die wichtigsten Voraussetzungen zur Sicherung der persönlichen Freiheit und der wirtschaftlichen Unabhängigkeit. Nach einem freiheitlichen Demokratieverständnis unserer pluralistischen Gesellschaftsordnung braucht unsere komplizierte Arbeitswelt in einer extrem arbeitsteiligen Wirtschaft nun einmal umfassend gebildete und hervorragend ausgebildete Menschen. Daher ist der bestmöglichen Förderung aller Begabungen und Talente jedes einzelnen unter Wahrung der Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit größte Aufmerksamkeit zu widmen.

Unsere Jugend hat ein Anrecht auf Bildung und Ausbildung. Aus all diesen Gründen bin ich wirklich sehr froh darüber, daß der Budgetgruppe Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft im Rahmen des Gesamtbudgets auch der dieser Budgetgruppe zuzuordnende Stellenwert eingeräumt wurde. Hoher Landtag! Die Gruppe 2 ist mit einer Budgetdotationshöhe von 10,69 Milliarden Schilling die zweithöchst dotierte Gruppe im Voranschlag 1994. Diese Dotation entspricht einem Anteil von 26,01 % an den Ausgaben des ordentli-

chen Haushaltes. Aber auch im außerordentlichen Haushalt sind für diese Budgetgruppe weitere 157 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Gegenüber 1993 wurde im ordentlichen Haushalt diese Budgetgruppe um 725 Millionen Schilling oder 7,28 % angehoben, ein Prozentsatz, der jedoch unter der Budgetzuwachsrate von 8,24 % liegt. Meine sehr geehrten Damen und Herren. Was möchte ich mit diesem letzten Zahlenvergleich verdeutlichen? (*Zwischenruf bei Abg. Uhl.*)

Herr Kollege Uhl! Wenn Sie zuhören, darf ich es Ihnen weiter ausführen. Dieser Zahlenvergleich soll veranschaulichen, daß wir insgesamt die Finanzierbarkeit des Bildungswesens nicht aus den Augen verlieren dürfen. Denn von der Budgetdotations von 10,69 Milliarden Schilling entfallen bereits 6,42 Milliarden Schilling auf die Personalausgaben für die Landeslehrer, 0,99 Milliarden Schilling auf Personalausgaben für die Verwaltung und 3,28 Milliarden Schilling auf die sogenannten Sachausgaben, in denen die Ruhe- und Versorgungsgenüsse von 2,35 Milliarden Schilling enthalten sind. Mit anderen Worten heißt dies aber, daß nach Abzug der Personalausgaben lediglich 0,93 Milliarden Schilling für den Investitionsbereich, für den Erhaltungsbereich und die sonstigen Sachausgaben verbleiben.

Hohes Haus! Es zeigt sich, daß bei den Personalausgaben eine Schere aufgeht, was österreichweit gesehen zur Sorge Anlaß gibt, daß die Grenzen der Finanzierbarkeit bald überschritten sein werden. Und was daher befürchten läßt, daß die Ausgaben für das Bildungswesen in Zukunft vermehrt auf die Länder und Gemeinden durchgeschlagen werden, die jedoch weitere Kosten kaum zu tragen imstande sein werden. Es wird daher - und davon bin ich nun einmal überzeugt - auf Bundesebene zu einem Umdenkprozeß kommen müssen. Man wird nachzudenken haben, ob das Prinzip, die Schule kostet nichts, aufrechterhalten werden kann. Man wird aber auch nachzudenken haben etwa über die Schulbuchaktion und verschiedene Schulversuche, die eben einmal zu einer Explosion der Bildungsausgaben geführt haben. Es wird zu Reformen kommen müssen, um die Bildungsausgaben, sei es auf Bundes-, Landes- oder Gemeindeebene im Griff zu behalten. Bei allen zukünftigen Reformen darf aber niemals vergessen werden, daß es beim Bildungswesen um unsere Kinder, um unsere Jugend, um das wertvollste Gut unserer Gesellschaft geht.

Hohes Haus! Bedauerlich ist in diesem Zusammenhang auch, daß wir in letzter Zeit nichts mehr über das Schreckgespenst der Österreichischen Volkspartei, über den Fortgang der vom

Herrn Landeshauptmann vor rund einem Jahr angekündigten Objektivierungswelle bei allen Einstellungen und Ernennungen im gesamten Schuldienst gehört haben. Ich meine doch, daß hier ein Versäumnis vorliegt. Denn Objektivität und Objektivierung muß für alle transparent sein, für alle Beteiligten, aber auch für die Damen und Herren des NÖ Landtages. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich kann mich daher des Eindruckes nicht erwehren, daß die angekündigte Änderung in der Personalpolitik, im Schuldienst wie auch im Landesdienst höchstwahrscheinlich durch ein Veto des ÖAAB in den Kinderschuhen steckengeblieben ist und daher vor allem im Schulbereich weiterhin für Mißstimmung sorgt. In diesem Zusammenhang ist es für mich auch etwas unverständlich, daß für die Personalvertretung der Landeslehrer insgesamt ein Betrag von rund einer Million Schilling zur Verfügung gestellt wird, während sich die Personalvertretung der Landesbediensteten mit nur 300.000,- Schilling zufrieden geben muß. Ich sehe hier ein krasses Ungleichgewicht. Noch bedauerlicher aber ist es, daß den Damen und Herren des NÖ Landtages das Schicksal eines vor rund 12 Monaten einstimmig beschlossenen Resolutionsantrages bisher unbekannt geblieben ist. Es ging mir vor einem Jahr um die Änderung des Schulpflichtgesetzes, wonach Kinder, die ihr 6. Lebensjahr zwischen dem 1. September und 31. Dezember vollenden, zu Beginn des Schuljahres in einer Vorschulklasse angemeldet werden können. Geschehen ist jedenfalls bisher für die betroffenen Schüler und Familien leider nichts! Unsere Landesregierung hüllt sich diesbezüglich ebenfalls in Schweigen und so kann ich nur hoffen, daß im Familienland Niederösterreich vielleicht im internationalen Jahr der Familie 1994 diesbezüglich etwas geschehen wird.

Ich möchte auch noch auf die Sonderformen der Hauptschule mit besonderer Berücksichtigung der musischen oder sportlichen oder sprachlichen oder wirtschaftlichen Ausbildung zu sprechen kommen. Für diese sogenannten Schwerpunkt-hauptschulen sollte der Einzugsbereich nicht auf die einzelnen Schulsprengel beschränkt sein. Das heißt, der freie Schulzugang sollte nach Eignung jedes einzelnen Schülers und nicht nach dem zufälligen Wohnort möglich und garantiert sein. Erzieherischen und pädagogischen Kriterien muß in der Frage des Schulbesuches vor gemeindepolitischen Erwägungen der Vorrang eingeräumt werden. Damit eine sinngemäße Nutzung der Sonderformen der Hauptschule, der Schwerpunkt-hauptschulen, für die Schüler entsprechend ihrer Eignung, entsprechend ihrer Begabung möglich ist, bedarf es diesbezüglich eines Umdenkens.

Hoher Landtag! Ich stelle daher in diesem Zusammenhang einen Resolutionsantrag, da ich meine, daß auf diesem Gebiet etwas getan werden soll, daß für Eltern und Schüler eine Verbesserung der derzeitigen Situation erreicht werden muß (*liest*):

"Resolutionsantrag

des Abgeordneten Dkfm. Rambossek zur Gruppe 2 des Voranschlags des Landes Niederösterreich für das Jahr 1994 (Ltg. 52/V-1) betreffend freier Zugang zu Hauptschulen in Sonderform (Schwerpunkthauptschulen).

Unter Berufung auf das NÖ Pflichtschulgesetz (LGBl. 5000) wird in letzter Zeit seitens mancher Gemeindepolitiker der sprengelfremde Besuch von Hauptschulen in Sonderform (Schwerpunkthauptschulen) behindert. Nach dem Grundsatz des freien Zugangs zur Bildung sind prinzipiell die Kriterien für einen Schulbesuch nach Eignung und besonderer Neigung unbeschadet schulrechtlicher Notwendigkeiten, insbesondere dem Vermeiden der Minderung einer Organisationsform, zu berücksichtigen und daher dürfen Verwaltungsbarrieren und gemeindepolitische Erwägungen keine Rolle spielen.

Der gefertigte Abgeordnete stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, die Verordnung über die Schulsprengel der Hauptschulen und die Hauptschulgemeinden in Niederösterreich, LGBl. 5000/10, dahingehend zu ändern, daß Schülern, die dem für die Schule vorgesehenen Schulsprengel nicht angehören, zu Hauptschulen in Sonderform (Schwerpunkthauptschulen) der Zugang erleichtert wird und allenfalls auch Richtlinien zu schaffen, um festzulegen,

unter welchen Voraussetzungen bei besonders begabten Schülern die Schulerhaltungsbeiträge durch das Land geleistet werden können." (*Beifall bei der FPÖ.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was die Landesberufsschulen betrifft mußte ich feststellen, daß zum Beispiel bei der Landesberufsschule Langenlois für die Gebäudeinstandhaltung ein Betrag von fünf Millionen Schilling budgetiert ist. Dieser Betrag erscheint mir etwas hoch, wenn man berücksichtigt, daß Langenlois im 400-Millionen-Schilling Ausbau- und Investitionsprogramm des Landes mit 15 Millionen Schilling enthalten ist. Gänzlich unverständlich erscheint mir aber die Budgetierung der Gebäudeinstandhaltung mit 300.000,- Schilling bei der Landesberufsschule Theresienfeld, für deren Generalsanierung im Ausbau- und Investitionsprogramm des Landes 120 Millionen Schilling vorgesehen sind.

Ein budgetmäßiges Mauerblümchendasein führt auch 1994 wieder der Berufsschulbaufonds. Obwohl dieser 1993 mittels des Nachtragsvoranschlags wegen des zusätzlichen Bedarfes für noch anfallende Annuitätzahlungen auf 48,3 Millionen Schilling aufgestockt werden mußte, wird die Dotation 1994 wieder auf 25 Millionen Schilling zurückgenommen. Dies obwohl bereits feststeht, daß die Annuitätzahlungen weiter anfallen werden. Und hier muß man dem Herrn Finanzlandesrat schon die Frage nach der Budgetwahrheit stellen.

Bevor ich zum Thema Kindergartenwesen komme kurz noch einige Worte zu den Projekten der Fachhochschulen. Beim Wissenschaftsministerium sind wegen Erteilung einer Fachhochschulberechtigung bisher neben Krems, Wr. Neustadt und St. Pölten auch Wieselburg, Hollabrunn, Mistelbach, Amstetten und Traiskirchen vorstellig geworden, wobei St. Pölten mit den Studiengängen Maschinenbau und Wirtschaftswissenschaften, Wr. Neustadt mit den Studiengängen Elektrotechnik, Informatik und Wirtschaftswissenschaften sowie Krems mit Tourismus favorisiert werden sollten. Geplant ist die Aufnahme des Vorlesungsbetriebes mit dem Wintersemester 1994.

Hoher Landtag! Der hiefür in unserem Budget vorgesehene Ansatz von zehn Millionen Schilling für diesen Bereich des Bildungswesens ist jedoch sicherlich kein Bekenntnis zur Verwirklichung der Fachhochschulen. Vor allem, wenn allgemein bekannt ist, daß sich im Startjahr bei erwarteten rund 500 Studenten ein Finanzbedarf von rund

100 Millionen Schilling ergibt, den voraussichtlich Bund, Land, Trägergemeinden und die Wirtschaft aufzubringen haben werden.

Was den Pflichtschulbereich betrifft, liegt mir noch etwas am Herzen. Mir ist bewußt, daß die Budgetmittel knapp sind, aber es sollte diesbezüglich doch etwas getan werden. Unsere Kinder drücken in ihrer Pflichtschulzeit rund 10.000 Stunden die Schulbank. Und das auf oft nicht adäquaten Sesseln. Haltungsschäden bei jedem vierten bis fünften Maturanten bis hin zu Wirbelsäulenverkrümmungen sind die Folge, die in den späteren Jahren unser Gesundheitswesen finanziell enorm belasten. Mit der Verabschiedung der Ö-Norm A 1650 für Schulmöbel, Hohes Haus, ist es nicht getan. Die finanzielle Lage der NÖ Gemeinden läßt es aber ganz einfach nicht zu, daß die Ö-Norm auch kurzfristig umgesetzt wird. Ich meine daher, man sollte hier ein Förderungsmodell entwickeln, daß es den Gemeinden und Schulgemeinden möglich macht, innerhalb eines mittelfristigen Zeitraumes von nicht länger als fünf Jahren auf adäquate Schulmöbel umzustellen. Denn ich bin überzeugt davon, daß diese Investitionen sicherlich niedriger sind als jene Kosten, die dem Gesundheitswesen in späteren Jahren durch Haltungsschäden und Wirbelsäulenverkrümmungen entstehen.

Bevor ich auf das Kindergartenwesen im einzelnen eingehe, Hoher Landtag, muß ich schon auch aufzeigen, daß beim Haushaltsansatz 1/240, Kindergarten, zwischen den einzelnen budgetierten Zahlen und der Summe für diesen Ansatz eine Differenz von fünf Millionen Schilling besteht, um welche sich unter Zugrundelegung der Einzeldotationen die Budgetausgaben erhöhen würden. Das heißt, daß sich auch der Gesamtabgang des Voranschlages um diese fünf Millionen Schilling erhöhen würde.

Zum Kindergartenwesen möchte ich ganz besonders hervorheben, daß der Schul- und Kindergartenbaufonds 1994 bereits im Grundbudget mit 170 Millionen Schilling dotiert wurde, was als ein zielstrebigere Schritt nach vorne zu werten ist, wenn man im Vergleich dazu weiß, daß im Jahre 1991 insgesamt nur 85 Millionen Schilling für diesen Bereich bereitgestellt wurden. Aber auch die Mittel für die Kindergartenhelferinnen wurden gegenüber dem Vorjahr um fast neun Millionen auf 160 Millionen Schilling aufgestockt. Und für die Kindergartenversuche sind auch heuer wieder 20 Millionen Schilling im Budget bereitgestellt.

Ich habe es schon erwähnt. Im Kindergartenwesen stimmt die Richtung, die

Betreuungsqualität unserer Kleinen wird stetig verbessert, das Idealziel ist aber sicherlich, für jede Kindergartengruppe eine Helferin. Bei all diesen erfreulichen Aspekten sollten wir ein weiteres Ziel jedoch nicht aus den Augen verlieren, nämlich daß wir Schritt für Schritt an eine Reduzierung der Gruppengrößen herangehen. Insbesondere für jene Zeit, die im Kindergartenalltag als die Bildungsphase einzustufen ist. Ich weiß schon, Hohes Haus, daß dafür Millionenbeträge notwendig werden. Ich kann mir jedoch auch hier verschiedene Modelle vorstellen, sei es im Zusammenhang mit Tagesbetreuungseinrichtungen, sei es durch Erweiterung des Modells der Tagesmutteraktion, die dann durchaus ein finanzierbares Modell ergeben können. Wir müssen uns in diesem Zusammenhang nur auch bei manchen vom Land gegebenen Subventionen den Denkmalschutz überlegen, dann wäre dieses Modell sicherlich sofort zu finanzieren. Insgesamt gesehen werden in unserem Land in den 968 Kindergärten mehr als 42.000 Kinder betreut, was eine weitgehend, flächendeckende Vollversorgung bedeutet.

Als Grundsatz, Hohes Haus, muß aber auch in Zukunft für den Kindergarten- und Bildungsbereich stets gelten: Wir haben alles zu tun, um unsere Kinder bestmöglich auf ihr zukünftiges Leben vorzubereiten. Und ich bin persönlich davon überzeugt, daß es Ziel all unserer Bemühungen ist bzw. sein muß, daß die Kinder alle Chancen haben. Denn die Kinder sind unsere Zukunft und ihre Bildung wird entscheidend für die Zukunft unserer Volkswirtschaft sein. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt der Herr Abgeordnete Platzer.

Abg. PLATZER (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Landesrat! Hoher Landtag!

Ich möchte auf zwei meiner Vorredner eine kurze Antwort geben. Ich bin mit dem Abgeordneten Hoffinger einer Meinung, daß wir - ich möchte es so formulieren - wahrscheinlich zu viele AHS-

Schüler haben und zu wenige Lehrlinge haben. Ich nehme an, daß allerdings das Wort geheißen hat "Karriere mit Lehre" und nicht "Karriere statt Lehre", so habe ich es zumindestens gehört und ich gehe damit konform. Ich glaube auch, daß eigentlich die Berufsinformation im polytechnischen Lehrgang zu spät ist, diese Berufsinformationswoche, wo die Schüler hinausgehen. Ich meine, diese Woche muß im Herbst stattfinden in der 4. Klasse Hauptschule, denn im Februar gehen die Schüler und melden sich in einer AHS an. Ich glaube, daß im polytechnischen Lehrgang das zu spät ist. Aber darüber würde man sicher noch sprechen können und das durchbringen.

Zum Abgeordneten Dkfm. Rambossek meine ich, das ist ein Resolutionsantrag, dem wir gerne beitreten werden. Das entspricht wirklich der Wahrheit, was hier verlangt wird. Ich glaube aber, beim Zugang zu den Schulen muß auch klar sein, daß die Gemeinden hier abgesichert sein müssen bzw. daß die Schulen abgesichert sein müssen. Es muß also Regelungen geben, die klarstellen, daß die jeweilige Kopfquote auch tatsächlich an diese Schwerpunktschule kommt. Anders wird es wahrscheinlich nicht möglich sein oder es wird wahrscheinlich irgendwo untergehen oder nicht so genützt werden, wie es gemeint ist. Wir treten also diesem Resolutionsantrag gerne bei.

Zum anderen, den Abgeordneter Dkfm. Rambossek gemeint hat, betreffend Vorschule und vorschulpflichtige Kinder. Hier möchte ich sagen, ich bin damals gemeinsam auch mit dem Herrn Abgeordneten Fidesser diesem Resolutionsantrag beigetreten und wir haben das einstimmig beschlossen. Leider wurde vom Herrn Präsidenten des Landesschulrates diese Angelegenheit ziemlich kühl erledigt und zwar in einer nachträglichen Kenntnisnahme gemäß § 7 Abs. 3 Bundesschulaufsichtsgesetz. Wir haben also im Landesschulrat damals nicht darüber gesprochen, es wurde nicht verhandelt darüber. Ich schon gar nicht, weil ich scheinbar als entschuldigt auf als Abgeordneter zum Landtag Hermann Platzer. Das muß irgendeine Verwechslung sein mit dem Hermann Helm, ich heiße sicher nicht Hermann. Diese nachträgliche Kenntnisnahme ist also im Landesschulratskollegium überhaupt nicht besprochen worden, daher auch keine Reaktion der Landesregierung. Obwohl, das möchte ich schon sagen, seitens der Pädagogen, ich denke hier an ein Gutachten von Landesschulinspektor Pfeiffer, hier eindeutig festgelegt wurde, daß es gut wäre, im Sinne des Antrages vor einem Jahr, daß die Dispenskinder, die zwischen 1. September und 31. Dezember eines Jahres geboren sind, auf

Wunsch der Eltern auch gleich in die Vorschulklasse kommen können. Ich glaube, daß auch hier irgendwo einmal vielleicht die Möglichkeit besteht, das zu reparieren. Ich wollte das nur klarstellen, warum die Landesregierung hier nicht weiter reagiert hat.

Zum Kapitel Schule. Wir haben heute schon gehört, daß die Personalkosten explodieren. Es sind ja bald 500 Millionen Schilling mehr bei den Personalkosten der Lehrer als im vergangenen Jahr. Ich erinnere mich, daß ich im Vorjahr schon darauf hingewiesen habe, daß es eine Kostenexplosion geben wird, allein nicht deswegen, weil die Lehrer allzuviel verdienen, sondern weil eben in zehn Jahren diese Lehrpersonalkosten doppelt so hoch sein werden. Weil ja die Zahl der Lehrer über 50 sich im laufenden Jahrzehnt verdreifacht und ein Großteil dieser Lehrer dann in der höchsten Gehaltsstufe sein wird. Es ist daher auch für mich legitim, daß diese jährlich wiederkehrende Forderung im Finanzministerium auftaucht, daß sich die Länder mit einem Teil der Personalkosten der Lehrer beteiligen sollen. Genauso legitim auch die Forderung nach Einschränkung der Überstunden oder nicht ganz so glücklich, meine ich, die Forderung, wenn wir halt kein Geld haben, erhöhen wir die Arbeitszeit der Lehrer um eine Stunde. Das würde sicher auch jeder aushalten, aber ich glaube, ganz geglückt ist diese Forderung nicht. Es muß uns klar sein, daß Investitionen in die Bildung einfach die besten Investitionen sind. Heute ist schon einmal ein Dichter zitiert worden. Ich zitiere auch einen, einen meiner Lieblingsdichter: Es ist Erich Kästner, der einmal geschrieben hat "Weil sich die Staaten nur Lehrer um drei Milliarden leisten können, bleiben ihre Völker so dumm, daß sie sich Kriege um 300 Milliarden leisten müssen." Dieser Denkansatz, meine ich, ist sehr aktuell, denn die zunehmenden Gewalttätigkeiten, ja, ich möchte sogar sagen, die Explosion von Gewalt, die wir jetzt tagtäglich erleben, machen vor der Schule nicht halt, in der Schule nicht halt. Sogar im Kindergarten gibt es schon genügend aggressive Handlungen. In manchen Bereichen ist die Gewalt in der Schule schon nahezu unerträglich geworden. Nur werden wir mit gegenseitigen Schuldzuweisungen Schüler - Lehrer - Eltern wahrscheinlich nichts erreichen. Wir brauchen verschiedene Lösungsansätze. Natürlich gibt es auch dazu schon einige, ich möchte das nennen "Kochrezepte". Ich möchte jedem gratulieren, der zu diesem Problem Gewalt und Gewalt in der Schule sofort eine allgemein gültige Lösung parat hat und das Monopol auf alleinige Weisheit besitzt.

Ein weites Feld an Möglichkeiten tut sich hier auf. Das geht vom Projektunterricht in der Schule, der Aufwertung der Schulpartnerschaft bis zu den Beratungslehrern, der Einrichtung von Lernhilfegruppen. Den Sinn fix eingeplanter Aussprachestunden im Stundenplan wage ich allerdings zu bezweifeln. Es kann, glaube ich, nicht so sein, daß in einer Schule am Montag von halb elf bis halb zwölf eine Beratungsstunde heißt "gute Erziehung", so kann es nicht sein. Ich glaube, daß eigentlich die Erziehung zu Toleranz, Gewaltfreiheit, zur Demokratie immer, in jeder Stunde vorkommen muß.

Im Rahmen der Schulautonomie, die wir ja bereits im Ansatz bzw. in 30 Versuchsschulen in Niederösterreich haben, besteht auch die Möglichkeit, wichtige Erziehungsthemen unterzubringen. Von insgesamt 133 Wochenstunden an einer Hauptschule, erste bis vierte Klasse, stehen 16 Stunden frei zur Verfügung mit Kürzungen in anderen Gegenständen. Die Schulen können diesen gewonnenen Freiraum nutzen, um eigene Projekte zu machen, Schwerpunkte zu setzen. Man kann der Schule damit ein eigenes Profil geben. Lehrer und Eltern müssen mit einer Zweidrittelmehrheit befinden über Art und Ausmaß dieser Projekte.

Der AHS-Unterstufe stehen von 132 Wochenstunden nur acht Autonomiestunden zur Verfügung. "Meine" Hauptschule ist eine der 30 Schulen in Niederösterreich, die diesen Freiraum der autonomen Schule nützen. Und ich möchte auch ein paar Worte dazu sagen, denn man kann sich unter autonomer Schule vielleicht sonst wenig vorstellen. "Meine" Schule macht folgendes: Die dritten Leistungsgruppen werden mit der zweiten Leistungsgruppe zusammengelegt. Die dritte Leistungsgruppe ist für mich etwas Entsetzliches. Ich finde es für sehr gut, daß hier andere Lösungen gesucht werden. Es wird am Vormittag eine fixe Förderstunde mit eingebaut, daß gleich gefördert werden kann, was jemand am Vormittag versäumt hat. Und natürlich gibt es Stundenkürzungen. Da gibt es Kürzungen, etwa eine Stunde Geschichte weniger, eine Stunde LÜ weniger, eine Stunde Musik, eine Stunde Physik und Chemie weniger. Die gewonnenen Stunden werden benützt, um echte Interessens- und Begabtenförderung zu machen, die gemeinsam mit den Eltern und den Schülern erarbeitet werden. Ich habe mir erlaubt, einen kleinen Prospekt mitzubringen, wie so etwas aussieht. (*Zeigt einen Prospekt vor.*) Die Lehrer haben das den Schülern mitgegeben, die Eltern haben entschieden und die Schüler können hier aussuchen und sich anmelden zum Beispiel zur

Vorbereitung für eine Aufnahmeprüfung in eine andere Schule, für Kurzschrift, was es in der Hauptschule nicht mehr gibt, Perfektionskurs Maschinschreiben, Berufsvorbereitungskurse, auch das wieder ein Thema, worüber heute schon gesprochen wurde, Mathematik, verschiedene Englisch-Projekte, Arbeiten im Schulgarten, Anlage eines Hügelbeetes, Himmelsbeobachtung, Mikroskopieren etc. etc. Insgesamt sind es 24 verschiedene Projekte, die zur Auswahl stehen. Und auch das ist sehr wichtig, weil damit, glaube ich, auch etwas getan wird gegen die Aggressivität in der Schule, wenn man selbst etwas aussuchen, selbst etwas mitgestalten kann.

Die angelaufenen Integrationsmodelle für behinderte Kinder in den Volksschulklassen und die im nächsten Herbst flächendeckend kommenden ganztägigen Schulformen werden natürlich den Bund, der immerhin fünf Stunden am Nachmittag bezahlt, Länder und Gemeinden vor große finanzielle Probleme stellen. Es muß uns klar sein, wenn hier Verbesserungen geschaffen werden, dann werden die auch Geld kosten. Und gerade diese schon angesprochene 15. Schulorganisationsgesetznovelle, die im nächsten September echt anläuft, wird ja noch einiges an Kopfzerbrechen verursachen.

Wir sollen - und ich bin dankbar, daß darüber heute schon gesprochen wurde - wir sollten wirklich grundsätzlich einmal nachdenken, ob für alle Ewigkeit das Bildungssystem, beginnend mit dem Kindergarten, gänzlich kostenlos sein muß. Wenn auch der Bund fünf Betreuungsstunden der Lehrer bezahlt für die ganztägigen Schulformen, was können oder was wollen die Länder, die Gemeinden, die Eltern leisten? Das wird eine wichtige Frage sein. Sind die Eltern, die deswegen berufstätig sind - ich denke in erster Linie natürlich an die Mütter, die deswegen berufstätig sind, weil sie berufstätig sein müssen - in der Lage 1.000,- Schilling, 1.500,- Schilling, 2.000,- Schilling im Monat zu bezahlen? Sollten die Kindergärten nur für die Eltern kostenlos sein, die keine Probleme haben, ihr Kind zu Mittag aus dem Kindergarten abzuholen oder sollten nicht alle Eltern einen Beitrag leisten, damit die Mütter, die berufstätig sein müssen, die Alleinerzieherinnen, ihr Kind im Kindergarten lassen können. Und zwar in einer zeitlichen Art und Weise, so, daß es der Arbeitswelt und der Arbeitszeit dieser Frauen entspricht.

Ich behaupte, mehr Aufwand für Kinder ist eine Investition in die Zukunft. Wir erleben heute überall Schulfrust, Resignation, Gewalthäufung in der Schule durch viele Nebenerzieher wie etwa auch das Fernsehen, wo jedes Vorschulkind

schon im Vorabendprogramm Terror, Gewalt, Mord, Totschlag erlebt und das meistens gleich in mehrfacher Ausfertigung.

Gespräche mit den Kindern, gemeinsame Probleme zu besprechen, die Erziehung zum Lesen wäre gefragt. Der Kabarettist sagt ja schon, die Ausgangslage ist sehr gut, weil in Österreich sich ja ein starker Trend zum Zweitbuch bemerkbar macht. Kurz, Erziehungsmodelle brauchen wir um Konfliktlösungen zu schaffen. Und wenn 1994 das Jahr der Familie sein wird, so denken wir daran, daß es geänderte Lebensbedingungen und Anforderungen gibt, daß wir die Gemeinschaft, die Gesellschaft brauchen, um Familien zu unterstützen. Und es gibt sehr viele Familien heute, die auch in Bezug auf Kindererziehung in großen Problemsituationen sind.

Der Besuch des Kindergartens ist einerseits wichtig für die Sozialisation des Kindes, andererseits aber wegen der zunehmenden Berufstätigkeit der Mütter eine dringende Notwendigkeit geworden. Und es ist daher - ich glaube, ich darf das sagen - ein Gebot der Stunde zu fordern, daß die Lücke zwischen dem zweiten Karenzjahr und dem Kindergarten Eintrittsalter geschlossen wird. Daß diese Betreuung eine besondere Qualität braucht, das ist klar. Eine besondere Qualität, um die Familie ersetzen zu können. Es dürfen diese Einrichtungen nicht einfach eine Aufbewahrungsstätte werden. Fachleute fordern den Ausbau, die Erweiterung der Kinderbetreuungseinrichtungen. Natürlich werden diese Einrichtungen nicht Kindergärten im herkömmlichen Sinn sein, es gibt auch andere Formen der Betreuung. Es gibt den Hort, es gibt die Tagesmütter, es gibt freie, kleine Kindergruppen. Ich meine nur, gesetzliche Voraussetzungen müssen hier geschaffen werden. Kinderbetreuungseinrichtungen bis zu den ganztägigen Schulformen in der Schule bis zu den 10- bis 14-jährigen sind der Arbeitswelt mehr als bisher anzupassen. Natürlich muß gerade für die Jüngsten, bei denen die Sorge besteht, daß sie es nicht aushalten werden, der Akzent auf einem qualitätsorientierten, auf einem kindgerechten Angebot liegen. Die Kinder müssen einfach ihr Bedürfnis nach Raum, nach Ruhe, nach Rückzugsmöglichkeit und nach einer Bezugsperson haben. Im Jahr der Familie brauchen wir einfach eine Verbesserung der Situation auch im Hinblick auf die Gruppengrößen. Und ich weiß schon, daß die Gemeindevertreter hier keine besondere Freude haben. Aber auch eine Verbesserung bei den Helferinnen, damit das Jahr der Familie nicht zu einer bloßen Alibiaktion verkommt. Gerade bei den Kindergartenhelferinnen sollte eine

Verbesserung erreicht werden. Und auch für die Kindergärten, in denen es zunehmend Gewalt gibt, zunehmend verhaltensauffällige, behinderte, schwierige Kinder gibt, ist die Forderung angebracht, daß jede Gruppe eine Kindergartenhelferin haben soll. Und ich stelle mir vor, daß der bisherige Aufteilungsschlüssel Land - Gemeinden auch hier zur Anwendung kommen könnte.

Ich glaube, daß Versäumnisse im Kindergarten sich später rächen und der Gesellschaft schaden werden, siehe Gewalt in der Schule und in der Öffentlichkeit. Eine grundsätzliche Aufwertung der Erziehungstätigkeit ist notwendig. Sicherzustellen ist auch die Ausbildung der Sonderkindergärtnerinnen, um die sie im übrigen von vielen Lehrern beneidet werden. Auch im schulischen Bereich gibt es viel zu wenig Sonderpädagogen. Die Ausbildung dieser Sonderkindergärtnerinnen muß also fortgesetzt werden. Und auch die Frage der Vorschulkinder, bereits angesprochen, sollte weiter verfolgt werden. Natürlich kostet das alles Geld, sehr viel Geld. Die Gebietskörperschaften sind hier zum Handeln aufgerufen, natürlich, ich bin kein Phantast, im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten.

Wichtig ist es auch, dafür zu sorgen, daß unsere Kinder und Jugendlichen in einer Arbeitswelt, die künftighin sicher nicht leichter sein wird, bestehen können. Wenn wir uns zu einem größeren Europa bekennen, in dem wir unsere Ideen einbringen können und unsere Kinder einbringen werden, brauchen wir gut ausgebildete Österreicher, die von gut ausgebildeten und motivierten Lehrern unterrichtet werden. Lehrer sein ist nicht so leicht und lustig, wie es oft dargestellt wird. Und jetzt muß ich auch noch sagen, daß Lehrer werden oder Direktor werden in Niederösterreich auch nicht ganz leicht ist. Vor allem dann nicht, wenn man nicht zur Objektivierungstruppe gehört. Objektivierung ist seit Vorwahlzeiten das Steckpferd unseres Herrn Landeshauptmannes. Ich möchte gern ein Beispiel sagen: Im Bezirk Lilienfeld, aus dem ich komme, wurden mit Beginn des Schuljahres acht Volksschullehrer gebraucht. Sechs Volksschullehrer aus dem Bezirk wurden mit ihrer Ausbildung fertig. Und jetzt würde man meinen, natürlich bleiben alle sechs im Bezirk. Nein! Fünf kamen in den Bezirk, eine kam nicht in den Bezirk. Ich lasse raten, warum. Na, weil sie halt offensichtlich einer falschen politischen Gruppierung angehört. Also, so schwer war das Rätsel ja, glaube ich, gar nicht. Erst nach einer massiven Intervention kam auch diese Lehrerin in ihren Heimatbezirk. Ich glaube, wenn ich mir die letzten

Monate im Schul-Ausschuß, Unterausschuß und wo auch immer im Landesschulrat, so vorstelle und nachdenke, dann denke ich, daß die ÖVP eine schreckliche Angst haben muß, wenn sie seit Ende Juni bis heute den Antrag blockiert, der nichts anderes verlangt als Demokratieverständnis im Sinne des Bundesverfassungsgesetzes. Nämlich, daß die Lehrerkollegien den neuen, tatsächlichen Gegebenheiten der politischen Landschaft in Niederösterreich angepaßt werden und entsprechen sollen.

Plötzlich - und das hat Abgeordneter Dkfm. Rambossek auch gesagt - nach Jahrzehnten fast uneingeschränkter Herrschaft kommt man plötzlich drauf, wie schlecht die Politik in der Schule ist. Künftighin sollen also nur mehr Lehrer und Eltern dafür sorgen, ohne Politiker dafür sorgen, daß die Objektivierung endlich und rasch den landesüblichen 97 %-Stand erreicht. Auch wenn wir erst am 16. Dezember 1993 - und ich glaube es erst, wenn ich die Tagesordnung in Händen habe - wenn wir am 16. Dezember darüber verhandeln werden, fordere ich jetzt schon alle Abgeordneten auf, machen wir doch damit Schluß! Beweisen wir, was wirkliche Demokratie bedeutet! Man muß halt einmal einsehen, daß sich verschiedene Mehrheitsverhältnisse auch geändert haben, dem haben wir zu entsprechen.

Der Herr Landeshauptmann hat heute dem Abgeordneten Gratzler, ich glaube, er war es, zugerufen, geben sie dem jungen Nigerianer eine Chance. Darauf sage ich: Geben Sie endlich einmal anderen als ÖVP-Mitgliedern die Chance, im Landesschulrat zu arbeiten! Denn da sind wir komplett ausgeschlossen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Wir wollen doch, hoffentlich wollen wir doch alle, daß unsere Schule weiterarbeiten kann im Sinne dessen, was der Herr Landeshauptmann bei der Konstituierung der Kollegien gesagt hat. *(Zwischenruf bei Abg. Treitler.)* Ich diskutiere gern, ich wundere mich, daß ein Berufskollege nicht zu Bildungsthemen spricht. Der Herr Landeshauptmann hat gesagt anlässlich der Konstituierung der Landesschulratskollegien, Schulpolitik braucht einen breiten Konsens. Dazu sind wir bereit, zu diesem breiten Konsens. Wir wollen doch hoffentlich alle, daß mündige Lehrer ohne Druck unsere Kinder zu mündigen Staatsbürgern erziehen, zu Österreichern, die als Facharbeiter, im Dienstleistungsgewerbe, überall wo sie noch ihren Arbeitsplatz haben, nach uns Österreich lenken können. Dem Kapitel Schule

werden wir unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Schneeberger.

Abg. Mag. SCHNEEBERGER (ÖVP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine geschätzten Damen und Herren!

Zum ersten darf ich sagen, daß wir dem Resolutionsantrag, den der Abgeordnete Dkfm. Rambossek eingebracht hat, beitreten. Wir wollen aber in der Sache selbst darauf aufmerksam machen, daß sie nicht so 1:1 umsetzbar ist. Weil selbstverständlich der Zugang zu speziellen Hauptschulen durchaus sinnvoll ist, wenn die entsprechende Begabung vorhanden ist. Wir wissen aber aus der Realität, wenn Schülermangel, beispielsweise in der Musikhauptschule besteht, wie schnell man begabte Schüler findet, desgleichen auch im Sportbereich. Auf der anderen Seite wissen wir, daß die Gemeinde an sich hier finanziell durchaus auch auf die Probe gestellt ist und wird, daher muß man beide Interessen unter einen entsprechenden Hut bringen. Es ist so, daß das Pflichtschulerhaltungsgrundsatzgesetz des Bundes erst vor einem Jahr neu erlassen wurde, ein entsprechendes Landesgesetz in Vorbereitung ist und eine dazu notwendige Verordnung in dem Wortlaut, wie sie heute vorliegt, erst in Folge nach der Erlassung des Gesetzes entsprechend gemacht werden kann.

Hohes Haus! Der rote Faden, der sich heute hier durch diese Budgetdebatte zieht, sind die Konjunkturinitiativen und sie machen - und das kann man allen meinen Vorrednern entnehmen - auch vor dem Bildungssektor nicht halt. Wenn ich an die 30 %-ige Erhöhung der Ausgaben, die hiemit 170 Millionen erreichen, im Bereich der Investitionen denke. Daß der Stellenwert der Bildungspolitik in unserem Land ein ganz spezieller und hoher ist, das zeigt - und das haben auch die Vorredner bereits angezogen - der 10 Milliarden-Ansatz, der diesem Bereich zugeordnet ist.

Das ist der materielle Teil. Wie schaut es mit der Bildungssituation in Niederösterreich grundsätzlich aus? Daß die Schule der größte Dienstleistungsbetrieb des Landes ist und die größte Konfrontation mit einer Unmenge von Menschen hier vorhanden ist, brauche ich nicht zu erwähnen. Die Vielfalt muß daher im Schulwesen erhalten und ausgebaut werden. Nicht allen das gleiche, sondern jedem das seine, muß das Motto unserer Schulpolitik sein und nicht die Vereinheitlichung,

sondern in der Vielfalt liegt die Zukunft unserer Bildungspolitik.

Natürlich werden in Zeiten wie diesen die Anforderungen auch im Bereich der Bildung und der Schule immer größer. Und so muß auch hier unser Ziel sein, so viel Schule wie möglich, Verwaltung nur soviel wie unbedingt notwendig. Denn wir verspüren es, daß der Bazillus Verwaltung auch vor der Schule oder speziell vor der Schule nicht Halt macht und daher die ursprünglichen Aufgaben im Schulbereich eher zurückgedrängt werden. Sicherlich ist die sinkende Schülerzahl ein Problem, dem wir uns stellen müssen. Und hier wird eine Frage sein, wie es uns gelingen wird, speziell im ländlichen Bereich die Kleinschulen zu erhalten ohne die Leistungsfähigkeit damit zu beeinträchtigen.

Das Thema Schulpartnerschaft ist ein Thema, das auch in den letzten Jahren Gottseidank verstärkt seinen Niederschlag findet. Wir werden es in Zukunft noch zu forcieren haben und entsprechende Aufgaben vermehrt diesen Schulpartnerschaften zuteilen müssen. Ein Beispiel einer solchen Zuteilung wäre der Beschluß der 5-Tagewoche in den Berufsschulen speziell auf die jeweilige Berufsschule fokussiert, weil nur die dort Verantwortlichen - und da meine ich auch die Schülervertreter - darüber befinden sollten, ob sie nunmehr fünf Tage den Schulbesuch hinter sich bringen wollen oder eben nicht. (*Abg. Sacher: Das könnten wir schon lange haben!*) Lieber Kollege! Da geht es nicht darum, ob man das schon lange haben sollte. Denn dafür bin ich eindeutig der falsche Adressat, sondern da ist der Herr Landeshauptmannstellvertreter Höger der entsprechende Adressat. Seine Versäumnisse mir aufzurechnen ist sicherlich der falsche Weg. (*Beifall bei der ÖVP. - Abg. Sacher: Wer hat denn die Verhandlungen vertagt? - Unruhe im Hohen Hause.*)

Das ist eine eindeutige Flucht-nach-vor-Mentalität, wenn man merkt, daß man selber einen Fehler macht, nämlich den Fehler der Säumigkeit, daß man dann andere Argumente findet. Was unsere Argumentation anlangt, so ist sie, glaube ich, schlüssig und geradlinig. Deswegen, weil wir glauben, daß man über die Köpfe der Beteiligten hinweg nicht solche Entscheidungen treffen sollte. Wir haben dieses Anhörungsverfahren - und Sie können sich ja erkundigen - entsprechend forciert, um eben unserer Zusage entsprechend, heuer noch einen einschlägigen Beschluß zu fassen. Ich glaube, man sollte auch hier bei der entsprechenden Wahrheit und Glaubwürdigkeit bleiben.

(Zwischenruf bei der SPÖ: Aber im Gespräch war doch bereits die Rede davon und wir haben deutlich gesagt, daß wir das wollen! Sie waren dabei! Sie haben gesagt, daß Sie eine normale Abwicklung wollen und die mit einer Zeitverzögerung verbunden ist!) Wenn in der Demokratie das Befassen der Beteiligten mit Zeitverzögerung verbunden ist, dann stehe ich zu dieser Zeitverzögerung. Weil es dadurch nicht über die Köpfe derer hinweg geschieht, die betroffen sind! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Hoher Landtag! Wenn ich an weitere wesentliche schulrechtliche Änderungen denke, die auf uns zukommen, dann wird es notwendig, daß wir uns schon besinnen, in welcher Gesetzgebung wir uns befinden. Und da komme ich auf den Kollegen Platzer zu sprechen. Ich halte es für problematisch, wenn ein Vertreter des NÖ Landtages auf Grund der Altersstruktur der Lehrer und der damit verbundenen höheren finanziellen Belastung des Budgets eine Beteiligung des Landes und der Gemeinden fordert. Ich halte das für einen unheimlich gefährlichen Weg, weil für mich noch immer der Bund die entsprechende Kompetenz hat und es nicht angeht, daß immer wieder auf Grund der Budgetknappheit hinunterdelegiert wird. Aber nicht Verantwortung, sondern primär das Zahlen. Und so kann es nicht sein, daß wir Politik in der Form machen nach dem Domino-Effekt, bei uns ist die Budgetknappheit, das Land und die Gemeinden sollen dafür aufkommen. Das ist nicht der Weg, den wir beschreiten sollen. Sondern prinzipiell hat der, der die entsprechende Kompetenz hat, der, der auch die Verantwortung für die entsprechende Legistik hat, auch die Verantwortung, für das Budget aufzukommen. Es kann nicht sein, daß die Entscheidungen des Bundes hier auf den Schultern und zu Lasten der Länder und der Gemeinden getroffen werden.

Meine Damen und Herren! Aber nicht nur die Frage der Schule an sich, ob jetzt Pflichtschule, BHS oder AHS, ist in unserem Bereich von entscheidender Bedeutung. Es ist eine Herausforderung schlechthin, vor der wir nunmehr stehen. Vor Jahren wurde die Wissenschaftliche Landesakademie gegründet, um den Weg aufzubereiten, in Niederösterreich universitären Boden zu gestalten. Und wenn wir heute die Situation betrachten, so war dieser Weg ein richtiger und es scheint so, daß wir dem Ziel, eine anerkannte Donau-Universität zu erhalten, sehr nahe kommen. Aber auch hier verspüren wir dieselbe Mentalität des Bundes und der dort Verantwortlichen, nämlich grundsätzlich uns Recht zu geben, aber entsprechend zur Kassa zu

bitten. Wenn ich davon ausgehe, daß Niederösterreich, gerade was die Donau-Universität anlangt, bereit ist, Grundstück und Gebäude zur Verfügung zu stellen, den Betriebsaufwand, was den organisatorischen Betrieb anlangt, bzw. die einschlägigen Personalausgaben beizustellen, dann ist das dem Bund noch zu wenig. Obwohl vergleichbare Universitäten und Universitätsstandorte überhaupt nicht zur Kassa gebeten werden. Auch hier ist dasselbe zum Tragen gekommen, daß zwar der legitime und berechtigte Wunsch Niederösterreichs, hier universitär zu werden, goutiert wird, aber uns entsprechend finanziell belastet.

Interessant und spannend, meine Damen und meine Herren von der sozialistischen Partei, ist dabei das Verlangen des Finanzministers. Der Finanzminister verlangt eine Studiengebühr für ordentliche Studien. Wir unterschreiben das hundertprozentig, wenn wir parallel damit eine soziale Komponente einführen. Aber eben an dieser Studiengebühr für ordentliche Studien scheitert eine breite Finanzierung der Fachhochschule. Dort ist es das Veto der SPÖ gewesen. Der Kollege aus Krems weiß, wie weh das den Kremser Intentionen tut, weil dort bereits diese Studiengebühr vorhanden ist. Um als Fachhochschulbildungszweig oder Fachhochschulstudienzweig Anerkennung zu finden, das scheitert an dem Vorhandensein der Studiengebühr. *(Abg. Gruber: Das ist eine soziale Frage!)*

Herr Kollege Gruber! Auf den Einwand habe ich gewartet. Ich habe ja gesagt, daß neben der Einführung der Studiengebühr selbstverständlich eine soziale Komponente dabei sein muß, um eben die Gleichheit, auch was das Sozialelement anlangt, zu haben. *(Abg. Gruber: Das heißt, die Armen abzuspeisen! Mit der Klostersuppe w-möglich!)* Eine Klostersuppe kann auch gut sein. *(Abg. Gruber: Das ist alles bekannt aus den dreißiger Jahren!)* Das ist jetzt ein biologisches Problem, weil ich die dreißiger Jahre in der Form nicht miterleben konnte. Aber ich glaube, daß wir im Jahr 1993/94, am Ende und am Beginn eines neuen Jahrhunderts und Jahrtausends diese Dogmen, Kollege Gruber, in die unterste Schublade zurückverweisen sollten. Weil ich glaube, es hat überhaupt keinen Sinn, wenn wir uns gegenseitig hier bekämpfen auf einer derartigen Ebene. Wir alle wissen, daß das soziale Element bei uns allen Priorität Eins genießt.

Meine geschätzten Damen und Herren! Neben dieser Frage der Donau-Universität ist es natürlich die Fachhochschule, die im Moment Niederösterreich nicht nur brennend interessiert, son-

dern wo wir einfach einen gewissen Handlungsbedarf orten. Es freut mich, daß die Mikulic-Expertise vom Wissenschaftlichen Institut der Wirtschaftsuniversität, die vom Land in Auftrag gegeben wurde, feststellt, daß Niederösterreich Platz für mehr als eine selbständige Fachhochschule aufweist. Sondern davon ausgeht, daß, wenn man die Prämisse unterstellt, daß tausend Studierende in fünf Jahren vorhanden sein müssen, zwei selbständige Fachhochschulen in Niederösterreich auf alle Fälle plaziert werden könnten. Man muß auch die Frage des wirtschaftlichen Umfeldes sehen, man muß die Frage der menschlichen Ressourcen in Qualität und Quantität sehen und davon ausgehend gibt es aus dieser Expertise die Schlußfolgerung, daß es zwei entsprechende selbständige Fachhochschulen geben kann, nämlich von den Orten her in St. Pölten und Wr. Neustadt. Und daß sie regional selbständig sein sollen, geht auch aus dieser Expertise hervor, weil einfach daraus eine viel stärkere Identifikation folgt, das Bündeln aller materiellen und immateriellen Ressourcen einer Region besser erfolgen kann und vor allem, weil hier durch diese Selbständigkeit in den Regionen die Eigeninitiative forciert werden soll.

Und ich glaube, und das sage ich nicht ohne Stolz, daß die Eigeninitiative im Süden Niederösterreichs, was eine Fachhochschule anlangt, sehr groß geschrieben wurde. Über alle Parteigrenzen hinweg hat es vor einem Jahr schon einen Schulterschuß aller Abgeordneten gegeben von Neunkirchen, Wr. Neustadt und Baden, die gesagt haben, das ist eine Überlebensfrage einer Region, die Altindustrien verhaftet ist. In der- und da darf ich den Klubobmann Dr. Bauer zitieren - die Qualifikationsfrage die Frage der Zukunft ist und sein muß und wir der nur begegnen können, wenn wir eben das Qualifikationspotential entsprechend erhöhen. Wir glauben, daß das mit dem Medium Fachhochschule machbar ist. Wir glauben auch, daß das entsprechende wirtschaftliche Umfeld vorhanden ist, um die praxisbezogene Ausbildung in diesem einschlägigen Bereich gewährleisten zu können.

Aber auch hier fehlt die Zusage des Bundes, wieviele Mittel er dafür bereitstellen kann. Er hat zwar das Gesetz beschlossen, aber bis dato ist noch keine wie immer geartete Bundeszusage, was die Finanzierung der Fachhochschulen anlangt, gegeben. Und ich freue mich daher, daß die Landeshauptmännerkonferenz eine Aufforderung an den Bund beschlossen hat, sich hier zu deklarieren. Und zwar schnell zu deklarieren, weil bisher der Bundesbeirat für Fachhochschulen davon ausgeht, daß noch kein Antrag als offiziell einge-

bracht erachtet wird, weil noch kein Antrag vollständig ist. Weil bei der Antragstellung ein Antrag nur dann als Antrag gilt, wenn die Finanzierung gesichert ist. Und nachdem der Bund Zusagen in dieser Frage bis dato nicht gemacht hat, gilt noch kein Fachhochschulantrag als eingebracht.

Ich glaube auch - und da möchte ich nur ein Wort zur Grünen Fachhochschule verlieren - daß die Frage der Fachhochschullehrgänge eine Herausforderung in diesem Land ist, weil einfach von der Struktur des größten Bundeslandes Österreich die Berechtigung abzuleiten ist, auch verschiedene, wenn sie sich von der Menge von der Qualität und vom Marktbedarf her behaupten können, Lehrgänge entsprechend, beispielsweise wie dem 1:1 in Übertragung gelangenden Lehrgang in Krems, durchaus vorzusehen.

Eines muß ich korrigieren an den Äußerungen von Kollegen Rambossek. Das bedeutet nicht, daß im Herbst 1994/95, das dürfte eine Fehlinterpretation sein, das notwendige Vorhandensein von 500 Studierenden Platz greifen muß, um die Fachhochschule zu haben. Es ist so, daß pro Jahr 250 Studierende sich finden müssen, um die 1.000 zur Erhaltung einer autorisierten Fachhochschule zu gewährleisten. Man geht von einer steigenden Erwartungstendenz aus und die entsprechenden Erhebungen bestätigen das. Ich glaube auch, daß der Ansatz von 10 Millionen im Budget für das Jahr 1994 durchaus adäquat ist, weil ich meine, daß nur vier Monate hier notwendig sind, daß der Betrieb geführt wird. Daß entsprechend der Aufteilung der Kosten ja Bund und Region bzw. der Träger dazu verhalten ist, ebenfalls Mittel beizutragen. Daher glaube ich, wenn die entsprechende Anerkennung durch den Bund, nämlich durch die zuständige Bundesstelle kommt, daß Niederösterreich im Jahr 1994, dem Studienjahr 1994/95 mit entsprechender Freude entgegenschauen könnte.

Einen Punkt habe ich mir zum Schluß aufgehoben. Und zwar die Frage der Objektivierung, die der Kollege Platzer hier angezogen hat. Meine Damen und Herren! Es kann doch nicht wahr sein, daß nach dem 16. Mai 1993 Objektivierung nach dem Gesichtsfeld der SPÖ und der FPÖ ein Fortschreiben des Systems, das Sie uns jahrelang vorgeworfen haben, nur in einer anderen Einfärbung, bedeutet! Geben Sie es doch zu! (*Abg. Dr. Bauer: Nein! Das wollen wir absolut nicht!*) Ich halte auch nichts davon, Kollege Dr. Bauer, ich halte auch nichts davon, daß wir den Proporz fortzuschreiben. Und ich halte schon gar nichts davon, meine Herren, ich halte schon gar nichts davon,

daß man so einäugig ist! (*Abg. Sacher: Sie kennen ja die Objektivierung in der EVN!*) Lieber Herr Kollege! Ich bin seit 18 Jahren in der Stadt Wr. Neustadt politisch tätig. Und wie dort das Demokratieverständnis aussieht, das brauche ich den Herren nicht zu erläutern. Das ist nämlich dramatisch. Da könnte man noch sehr viele Nachhilfestunden nehmen. Und daher bin ich der erste Verfechter dafür. (*Abg. Sacher: Und ich habe zehn Jahre einschlägige Erfahrung in einer ÖVP-Gemeinde! - Unruhe im Hohen Hause.*) Ich merke, daß das Thema Sie reizt. Dann werden wir uns einmal zusammensetzen und einen Erfahrungsaustausch vornehmen. Überhaupt kein Problem, ich bin sofort dafür. (*Abg. Uhl: Ich erzähle*

Ihnen gerne nähere Einzelheiten, aber da müssen Sie sich zwei Tage Urlaub nehmen!)

Bei mir brauchen Sie ein Jahr Urlaub, um die Wr. Neustädter Verhältnisse zu begreifen. Aber es hat ja überhaupt keinen Sinn, daß wir uns das gegenseitig aufrechnen. Viel gescheiter, meine Herren, viel gescheiter ist, daß wir daraus lernen. Daß wir hergehen und sagen, wir wollen dieses Proporzverhältnis nicht mehr. Daher die Überlegungen, die wir eingebracht haben. Wir wollen eine Änderung des Proporzverhältnisses. Und deswegen haben wir die Initiative, die im Bereich des Schul-Ausschusses gekommen ist, entsprechend zurückgestellt. Weil wir glauben, daß dieser Antrag von der Sozialistischen Partei und von der Freiheitlichen Partei nur ein Fortschreiben der Vergangenheit ist mit anderen Vorzeichen. Wir glauben, daß wir alle dazu berufen sind, Überlegungen anzustellen, ein neues System aufzubauen, das den heutigen Demokratievorstellungen entspricht. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Marchat.

Abg. MARCHAT (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Es sind jetzt so viele Einladungen ausgesprochen worden. Herr Kollege Schneeberger! Ich würde Sie gerne einmal in meine Heimatgemeinde einladen. Da sehen Sie, was eine Zwei-Drittel-Mehrheit der ÖVP aufführt. Dann schimpfen Sie über SPÖ-Mehrheiten nicht mehr, wenn Sie so etwas erlebt haben. *(Beifall bei der SPÖ.)* Das wollte ich nur eingangs sagen.

Meine Damen und Herren! Ich wollte ursprünglich nur zum Kapitel Sportförderung in Niederösterreich Stellung nehmen. Da ich aber der letzte Redner der FPÖ-Fraktion zu diesem Kapitel bin, liegen mir zwei Resolutionsanträge der SPÖ vor, die zwar noch nicht eingereicht sind, aber Sie erlauben mir trotzdem, daß ich dazu kurz Stellung nehme.

Ein Resolutionsantrag des Abgeordneten Kautz betreffend Lehrlingsfreifahrten. Für die Freiheitliche Partei ist keine Frage, daß wir diesem Antrag beitreten. Darf ich doch in Erinnerung rufen, daß Kärnten das erste Bundesland war unter einem Landeshauptmann Jörg Haider, das die Lehrlingsfreifahrten beschlossen hat. *(Beifall bei der FPÖ. - Unruhe im Hohen Hause.)*

Der zweite Resolutionsantrag des Abgeordneten Sacher betrifft die Überarbeitung des land-

wirtschaftlichen Schulkonzeptes. Und da muß ich sagen, da gehe ich konform mit Kollegen Ing. Gansch, der ganz richtig festgestellt hat, wir werden keine landwirtschaftlichen Schulen zusperrern. Ich gebe Ihnen da vollkommen recht. Wenn irgendetwas funktioniert in diesem Land bezüglich der Landwirtschaft, dann ist das wirklich das Schulwesen. Ich kann das selbst bestätigen, ich bin durch dieses Schulsystem gegangen. In eine Berufsschule, die der Herr Landesrat leider schon zugesperrt hat, in die Berufsschule Pyhra. *(Beifall bei der FPÖ. - Heiterkeit im Hause.)*

Ich bin dafür, daß man Leistungen auch anerkennt. Das landwirtschaftliche Schulsystem ist ja wirklich in Ordnung. Und ich bin dagegen, muß ich ganz ehrlich sagen, Herr Kollege Sacher, daß man landwirtschaftliche Schulen zusperrt. Es ist schon richtig, es gibt 23 landwirtschaftliche Fachschulen, es gibt nur 19 gewerbliche Berufsschulen. Aber ein Tischler ist halt ein Tischler in ganz Niederösterreich. Doch ein "Hörndl-Bauer" in Gießhübl ist nicht vergleichbar mit einem "Körndl-Bauern" in Obersiebenbrunn. Ich weiß daher nicht, wie man da etwas zusperrern will. Ich frage Sie als Vizebürgermeister von Krems, ob Sie vielleicht die Weinbauschule Krems gerne zusperrern würden? Also es steht schon in diesem Antrag, daß man auf die Standorte Rücksicht nehmen muß und ich muß ganz ehrlich sagen, wir werden diesem Antrag nicht die Unterstützung geben. *(Abg. Dr. Bauer: Herr Kollege! Sie liegen da nicht gut. Die ÖVP stimmt da nämlich mit! - Heiterkeit im Hohen Hause.)* Das werden wir uns anschauen, wie die Kollegen von der ÖVP stimmen. Sie müssen das auch draußen verantworten, wenn sie landwirtschaftliche Schulen zusperrern wollen, Herr Klubobmann Dr. Bauer!

Ich komme zum eigentlichen Thema meiner Ausführungen, zur Sportförderung, zum Kapitel Sport im NÖ Landesbudget. Dieses Sportbudget enthält eigentlich keine Sensationen. Trotzdem muß man sich fragen, ob die Verteilung in der jetzigen Form eigentlich sinnvoll ist. Den größten Brocken nimmt sowieso der Sportschilling ein, daran kann und soll man auch nicht rütteln. Und ich sehe es auch als äußerst sinnvoll, wenn diese Gelder quer über das ganze Land verteilt und diversen Sportvereinen zur Verfügung gestellt werden.

Interessant wäre allerdings, ob diese Gelder immer in die richtigen Kanäle fließen. Denn es stimmt mich schon bedenklich, daß auch bei der Sportförderung der schwarz-rote Proporz ge-

nauestens eingehalten wird. Auf der einen Seite die Union, auf der anderen der ASKÖ. Es ist nur gut, daß sich die Mitglieder solcher Sportvereine überhaupt keine Gedanken mehr machen, ob sie bei der schwarzen Union oder beim roten ASKÖ Mitglied werden. Die Hauptsache ist, daß der Sport im Vordergrund steht. Politik wird bei diesen Vereinen sowieso nur noch in den Führungsetagen betrieben. Profitieren sollte die NÖ Bevölkerung und das passiert in der Regel auch und das ist auch gut so.

Überdenken sollte man aber ganz besonders die Spitzensportförderung in diesem Land. Denn ich bin mir nicht ganz sicher, ob es sinnvoll ist, wenn der Großteil dieser Förderungsausgaben für ein paar Fußballvereine und für eine Damen-Handballmannschaft ausgegeben wird. Und die anderen Sportarten und die kleinen Sportvereine nagen eigentlich am Hungertuch. Es ist mir schon klar, jeder Politiker hält sich heute seinen Sportverein. Ob es die Admira des Herrn Landeshauptmannes ist oder ob es die Hypo-Damen sind, die mit der Frau Landeshauptmannstellvertreter sogar in familiärer Verbindung stehen, wenn ich das so sagen darf. Umlängst konnte man sogar lesen, daß der Herr Landeshauptmannstellvertreter Höger als Präsident vom VSE St. Pölten im Gespräch ist. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Die von mir genannten Vereine sind meines Wissens auch die größten Nutznießer der NÖ Sportförderung. Nun ist mir als begeisterten Sportplatzgeher schon klar, daß Fußball nach wie vor die meisten Fans auf die Plätze zieht. Aber es wäre für die Zukunft sicher sinnvoll, die ganzen Erstdivisionäre auf ein Level zu stellen und das Liebkind Admira Wacker, welches übrigens sowieso die wenigsten Zuschauer anzieht, endlich einmal an die anderen Vereine anzugleichen. Außerdem wäre es auch sehr vernünftig, wenn wir Sportler schon fördern, dann sollten diese auch der deutschen Sprache mächtig sein. *(Unruhe im Hohen Hause.)* Ich muß da wieder denken an die Hypo-Damen. *(Weiterhin Unruhe im Hohen Hause.)*

Nein, das ist mir schon ein Bedürfnis. Ich denke an die Hypo-Damen, wo die gebürtigen Österreicherinnen schon eigentlich eine Minderheit sind und die eingebürgerten Ausländerinnen kommen zum Einsatz. *(Neuerlich heftige Unruhe im Hohen Hause.)* Ich habe bei meiner Jungferrede damals gesagt, da herinnen gilt das freie Wort und ich glaube, das gilt für mich auch! *(Abg. Mag. Schneeberger: Trotzdem ist es peinlich!)* Das ist vielleicht Ihnen peinlich, Herr Kollege Schneeberger, mir ist es nicht peinlich!

Und gehen Sie einmal hinaus und reden Sie mit dem Volk, was sich die dazu denken. *(Abg. Uhl: Also wirklich! Sie tun so, als ob nur Sie draußen wären. Ich glaube Sie mißverstehen das. Zwischen "freier Meinung" und was unter der Gürtellinie ist, besteht nämlich ein großer Unterschied!)* Und das müssen gerade Sie, Herr Abgeordneter Uhl, sagen von unter der Gürtellinie. Da sind aber Sie der Spezialist in dem Haus herinnen.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Der Herr Abgeordnete Marchat ist am Wort.

Abg. MARCHAT (FPÖ): Danke Herr Präsident! Ich bin unterbrochen worden. Ich wollte sagen, die Österreicherinnen sind bei diesem Handballverein schon eigentlich in der Minderheit, die österreichischen Talente, die niederösterreichischen Talente müssen auf der Bank sitzen. Aber wir haben ja die Ausführungen der Kollegin Egerer gehört: Vermehrte Integration und das beginnt halt bei den Sportvereinen. Sie müssen das draußen vertreten. Der Steuerzahler wird dafür kein Verständnis haben, wenn seine Steuergelder für eingebürgerte Spitzensportler fast ausschließlich verwendet werden.

Abschließend, ich bin schon beim Schluß, Herr Klubobmann, möchte ich noch die Ausgaben für die Landessportschule in St. Pölten streifen. *(Unruhe im Hohen Hause.)* So glücklich wir in der Region St. Pölten über den Bau dieser Landessportschule sind, kam mir doch die Summe von über 26 Millionen Schilling, die veranschlagt ist, ziemlich hoch vor. Aber wir werden uns ja am Samstag bei der Eröffnung des Zubaues selber vergewissern könne, ob diese Gelder auch sinnvoll angewendet werden. Abschließend möchte ich feststellen, daß die FPÖ der Sportförderung und auch dem Kapitel 2 trotzdem die Zustimmung geben wird.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt der Herr Abgeordnete Sacher.

Abg. SACHER (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren Regierungsmitglieder! Hoher Landtag!

Ich wollte mich eigentlich im besonderen heute mit speziellen Schul- und Hochschul/Wissenschaftsfragen befassen. Jetzt muß ich allerdings mich auch mit dem Herrn Kollegen Mag. Schneeberger befassen. Mit meinem Vordrner, mit dem direkten, lehne ich eine

Befassung bei diesen Inhalten ab. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Alle Bereiche der Gesellschaft müssen durch Vergrößerung der Mitbestimmungs-, Mitentscheidungs- und Mitverantwortungsmöglichkeiten aller Beteiligten im Sinne der sozialen Demokratie gestaltet werden. Die Menschen sollen befähigt werden, auch in einer immer stärker von elektronischen Medien geprägten Welt kritisch und kreativ Informationen zu erwerben, zu bewerten und in Entscheidungen zu verwenden. Hand in Hand mit diesen Veränderungen und Erneuerungen ist eine neue Qualität der Bildung zu entwickeln. Bildung ist Grundrecht jedes Menschen. Sie befähigt jeden Einzelnen zur Beteiligung und Gestaltung der gesellschaftlichen Vorgänge und Verhältnisse. Bildung muß umfassend sein, indem sie alle Fähigkeiten des Menschen fördert und entfaltet. Umfassende Bildung versteht sich als Integration von Allgemeinbildung und Berufsbildung. Umfassende Bildung bezieht sich auch auf die Befähigung zur Infragestellung und Überwindung all jener sozialen Verhältnisse, die solidarisches Verhalten erschweren.

Diese umfassende Bildung schließt auch ein neues Verhältnis zur Natur mit ein. Lernen im ökologischen Bereich fördert vor allem die Entfaltung des kreativen Denkens und schöpferischen Gestaltens und leistet damit einen Beitrag zu einem neuen Verhältnis von Mensch und Natur. Diese umfassende Bildung soll durch sinnvoll genutzte Informationstechnologie für jeden erreichbar sein. Die Entwicklung von Fähigkeiten wie Kreativität, Solidarität und Kooperation darf nicht durch eine zu frühe Spezialisierung verhindert werden. Der Bildungsprozeß währt lebenslang. Die Bereitschaft zu immer neuen Lernprozessen ist ein wesentliches Anliegen. Die Fähigkeit zum selbständigen Bildungserwerb und zur kritischen Bewertung von Informationen muß gefördert werden.

Ich glaube, diesem Auftrag wird das vorliegende Budget für das Jahr 1994 grundsätzlich gerecht. Dennoch erlaube ich mir im Zuge meiner Ausführungen einige kritische Anmerkungen. Zuerst etwas Positives. Dem Bedürfnis nach verbesserter Infrastruktur des Bildungswesens im Elementarbereich kommt im kommenden Jahr eine Steigerung des Schul- und Kindergartenfonds auf 170 Millionen Schilling nach. Ich möchte hier ausdrücklich der zuständigen Referentin, Frau Landesrätin Votruba, für ihren Einsatz und ihre Bemühungen auf diesem Sektor danken.

Zu einem anderen Regierungsmitglied, zum Herrn Landesrat Mag Freibauer, möchte ich allerdings schon bemerken, sehr geehrte Damen und Herren, daß diese Mittel des Schul- und Kindergartenfonds heuer erstmals ausdrücklich als von den Gemeinden kommend, also aus der Landesumlage, ausgewiesen werden. Das ist eine deutliche Klarstellung des Herrn Finanzlandesrates und man merkt die Absicht, die dahinterstehen könnte. Ich frage, ob das Land nicht mehr tun sollte als nur die Gemeindegelder umzuschichten.

Sehr geehrte Damen und Herren! Vom österreichischen und im besonderen vom NÖ Schulwesen wurden in den vergangenen Jahren zweifelsfrei große Leistungen erbracht. So konnte etwa der Anteil der 15-jährigen ohne jede Schul- bzw. Berufsausbildung von 18,4 % im Schuljahr 1970/71 auf lediglich ein Prozent im Schuljahr 1990/91 gesenkt werden. Dementsprechend stieg der Anteil der Schüler insgesamt von 32 % auf über 51 %. Die Entwicklung der Bildungsneigung der Pflichtschulabgänger zeigt einen deutlichen und kontinuierlichen Zuwachs von Schülern an weiterführenden Schulen. 1970 waren es noch 32,8 %, 1990 bereits 51,4 %. Diesen positiven Tatsachen stehen aber unleugbare Punkte gegenüber. Als Lehrer darf ich das hier sehr wertfrei feststellen. Beinahe alle Sechsjährigen wollen gerne in die Schule gehen. Aber beinahe alle 15-jährigen wollen dann von der Schule nichts mehr wissen. Motivation für ein lebenslanges Lernen kann viel zu wenig vermittelt werden. Die Ausfallsquote, die drop-out-Rate im Bildungssystem ist sehr hoch. Das System und die Problematik um den Besuch des 9. Pflichtschuljahres, also des polytechnischen Lehrganges oder weiterführender Schulen trägt daran meiner Meinung nach, einen Teil der Schuld.

Die österreichische Schule ist immer noch nach dem Selektionsprinzip aufgebaut und das bereits seit mehr als 200 Jahren. In unserem System ist Förderung an das Scheitern gebunden. Damit aber wird vor allem beim jungen Schüler die Motivation zum Bildungserwerb sicher beeinträchtigt. Im Alter von 15 Jahren ist vom Schüler eine deutlich ausgeprägte Interessenslage zu erwarten. Es besteht die Möglichkeit, in eine Oberstufe überzutreten und in dieser Oberstufe bis zu einem vierjährigen Bildungsgang die berufliche Erstqualifikation zu erreichen oder andererseits die Hinführung zum universitären Studium zu erleben.

Das berufliche Wissen, sehr geehrte Damen und Herren, hat heute bereits eine Halbwertszeit

von drei Jahren. Das heißt, spezifische Inhalte sind nach drei Jahren nur mehr zur Hälfte brauchbar. Beim Eintritt in eine Oberstufe erlernte Inhalte sind also beim Abschluß der Oberstufe nur mehr begrenzt anwendbar. Allgemein- und Berufsbildung dürfen daher nicht voneinander getrennt werden.

Hoher Landtag! Fast jeder zweite Jugendliche erwirbt in Österreich die berufliche Erstqualifikation im Rahmen der Lehre. Über den Bereich der Berufsschulen wird später mein Kollege Kautz referieren. Ich möchte aber auf einen besonderen Aspekt eingehen. Nämlich die Öffnung der Hochschule, dafür stehen in Zukunft die Fachhochschulmodelle. Die Lehre darf keine Bildungssackgasse bleiben. Die Qualifikation für ein Studium soll sowohl durch einen Abschluß einer höheren Schule als auch durch Berufsbildung, durch Berufserfahrung oder durch berufliche Weiterbildung erworben werden. Die Gleichwertigkeit der unterschiedlichen Bildungsgänge ist zu verwirklichen. Der direkte, fachspezifische Hochschulzugang ist für Lehrabsolventen und Fachschulabsolventen im größeren Ausmaß als bisher zu ermöglichen. Studienvorbereitungskurse etwa sind flächendeckend und auf freiwilliger Basis anzubieten.

Auf Grund der demographischen Entwicklung ist auch für die nächsten Jahre zu erwarten, daß für alle Pflichtschulabgänger Lehrplätze oder andere Ausbildungsplätze gefunden werden können. Dies darf uns jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß es qualitative und regionale Probleme gibt. Speziell in Niederösterreich muß immer wieder festgestellt werden, daß es nicht die Neigung und die Interessen der Schulabgänger sind, die ihre Berufswahl hauptsächlich beeinflussen, sondern es sind allzu oft die zufälligen strukturellen und geografischen Gegebenheiten, die die entscheidenden Kriterien für die Berufswahl darstellen.

Das duale System bedarf dringend einer dynamischen Anpassung an die strukturellen Veränderungen von Wirtschaft und Gesellschaft. Darauf wird in einer weiteren Wortmeldung sicher noch genau eingegangen werden. Ich möchte nur nochmals betonen, daß verbesserte Übertrittsmöglichkeiten von schulischer und betrieblicher Ausbildung, Anerkennung der Gleichwertigkeit und Lehre von weiterführender Schulbildung durch gleiche Berechtigungen den Abschluß der dualen Bildung in Form einer Fachmatura und den Zugang zur weiterführender Bildung ermöglichen soll.

Meine Damen und Herren, nun komme ich zu einem besonderen Kapitel unseres Schulwesens in Niederösterreich. Weil ich glaube, daß zu einem modernen vielseitigen NÖ Schulwesen auch ein Angebot an landwirtschaftlicher Ausbildung von der Fach- bis zur Hochschule, das eine zeitgemäße, naturgemäße Bewirtschaftung und Produktion ebenso lehrt wie Markt- und Betriebswirtschaft notwendig ist. Es hat sich Herr Kollege Ing. Gansch schon damit beschäftigt. Und es ist ein Zeichen, daß doch auf diesem Sektor in Niederösterreich einiges im Argen liegen dürfte, Herr Kollege Gansch! Wie wir aus Berichten wissen, gehen die Zahlen der Schüler in den landwirtschaftlichen Fachschulen dramatisch zurück. Für uns stimmt überhaupt das Verhältnis der Ausgaben des Landes zwischen gewerblichen Berufsschulen und landwirtschaftlichen Fachschulen überhaupt nicht mehr. Diese Haltung der ÖVP kommt ganz symbolhaft - und das darf ich heute schon noch ausführen - in Ihrer Einstellung zur Fünftageswoche in den Berufsschulen zum Ausdruck. Was in den landwirtschaftlichen Schulen mit etwas mehr als über 1.000 landwirtschaftlichen Lehrlingen schon längst selbstverständlich ist, wird den über 30.000 gewerblichen Lehrlingen von Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren von der Volkspartei - das sage ich jetzt ganz gezielt - leider noch verwehrt.

Der Herr Kollege Schneeberger - und jetzt komme ich auf diesen Anhaltspunkt zurück - hat gemeint, daß Herr Landeshauptmannstellvertreter Höger hier säumig sei. Herr Kollege Schneeberger! Diese Argumentation finde nicht nur ich, sondern finden tausende Berufsschüler als zynisch und als empörend. Ihre Inseratenkampagne unterstreicht das ja noch. Denn Ihre Vorgangsweise ist ein Affront gegen die Jugend und eine Umkehrung der politischen Wahrheit. Herr Kollege Schneeberger! Wir waren im Ausschuß und wer hat im Ausschuß die Beschlußfassung blockiert? Wer hat im Ausschuß eine Begutachtung lanciert, obwohl sie längst erfolgt war, nämlich auf Bundesebene? Das war nicht die SPÖ und auch nicht das Mitglied des Liberalen Forums bzw. das Mitglied der Freiheitlichen Partei! Aber was besonders zynisch ist: Mir wurde heute eine Einladung des Herrn Landesjugendreferenten in Kopie überbracht, an die Direktionen der Berufsschulen in Niederösterreich. Gemeinsam mit dem Landesschulrat, heißt es hier, veranstaltet das Jugendreferat der NÖ Landesregierung eine Lehrlingstagung. Und zwar sollen Probleme wie Schulzeit und Transportprobleme, Bildungsinhalte der Berufsschulen usw., erörtert werden. Und jetzt sage ich Ihnen, wann diese Veranstaltung stattfin-

den wird: Sie wird einen Tag vor der Beratung dieses Punktes im NÖ Landtag stattfinden, nämlich am 15. Dezember 1993. Am 16. Dezember werden wir uns damit befassen! Sie behaupten also, zeitgerecht holen Sie sich die Informationen der Jugendlichen ein. Die Gewerkschaftsjugend hätte Ihnen und hat Ihnen diese Informationen ja schon längst übergeben. Darf ich Ihnen noch zitieren und vorlesen aus dieser Einladung? "Wir laden dazu aus jeder Berufsschule vier Lehrlinge ein." Ich weiß nicht, warum gerade vier. Offensichtlich orientiert man sich hier nicht an den Bedürfnissen der Berufsschüler, sondern an den Sitzplätzen im Sitzungssaal. Aber was da noch für mich eigentlich empörend ist. "Wir dürfen Sie ersuchen, uns die Namen der Vertreter ihrer Schule bekanntzugeben". Und dann kommt ein Übersatz, sozusagen: "Ist Ihnen eine inhaltliche Vorbereitung der Lehrlinge auf diese Arbeitskreise möglich, dann sind wir Ihnen dankbar." Was heißt das für mich? Ich darf das wirklich jetzt persönlich sagen. Es geht Ihnen um eine Show! Es geht ihnen um Theater und noch dazu wollen Sie schon vorher von den Herrn Direktoren indoktrinierte Lehrlinge hier sehen bei Ihren Tagungen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Darf ich noch auf den Herrn Abgeordneten Ing. Gansch replizieren, weil er gemeint hat, dieses Budget ist ja gar nicht so überzogen, Luftschlösser kann man halt damit nicht bauen. Sie haben mich damit provoziert, Herr Kollege Gansch! Ich glaube auch nicht, daß es Luftschlösser sind, es sind schon sagenhafte Luftburgen. Und ich bin fast verleitet, zu sagen, ÖVP-Luftburgen, die hier finanziert werden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Im Zuge der Prüfung einer landwirtschaftlichen Fachschule, nämlich Poysdorf, ist leider festzustellen, daß ganz allgemein immer weniger Schüler aus landwirtschaftlichen Betrieben kommen. Dort war folgendes Ergebnis bemerkenswert: 24 Schüler kamen aus landwirtschaftlichen Betrieben, 6 Schüler aus landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieben und 52 Schüler aus nicht-landwirtschaftlichen Betrieben. Es kommen also rund 63 % der Schüler nicht mehr aus landwirtschaftlichen Betrieben. Und noch dazu wurde unter den 82 Schülern nur von fünf der Berufswunsch Bäuerin bzw. Bauer angegeben. Es wirft sich daher die Frage auf, ob diese Form - nicht die Zahl, nicht das Budget - ob diese Form der landwirtschaftlichen Fachschule ihrer Zielsetzung gemäß dem NÖ landwirtschaftlichen Schulgesetz noch nachkommt. Es bedarf sicher einer eingehenden Prüfung durch die hierfür zuständigen Gremien, wobei vor allem der landwirt-

schaftliche Schulbeirat sich mit dieser Thematik befassen und grundsätzliche Feststellungen hiezu treffen sollte. Ich glaube auch, daß die Grundsatzgesetze ehestens novelliert werden sollten. Wir setzen uns nämlich gemeinsam - und das freut mich - für eine neue landwirtschaftliche Fachschule ein - in dem Punkt muß ich dem Kollegen Marchat nun doch antworten - und nicht für die Abschaffung oder Schließung von landwirtschaftlichen Fachschulen.

Was meine ich mit einer neuen landwirtschaftlichen Fachschule? Eine strukturelle Reform wäre geeignet, die Chancengleichheit zu fördern und schichtspezifische Selektionsfunktionen des Bildungssystems auszuschalten. Im Studienjahr 1971/72 kamen 18 % aller Studienanfänger aus den bildungsfernen Väterschichten der Bauern und Arbeiter. 1988/89 waren es gar nur mehr 16 %. Der Anteil derjenigen also, die an den verschiedensten Schaltstellen stehen werden und vorher an einer landwirtschaftlichen Ausbildung partizipiert haben, kann durch die Wege, welche die neue landwirtschaftliche Fachschule bietet, erhöht werden. Jede landwirtschaftliche Schule müßte in ihrer Region spezielle Aufgaben erfüllen und wie keine Bildungsanstalt wäre sie dann geeignet, Kontrollfunktion ausfüllen und Weiterbildung zu bieten. Sie sollte auch die Wechselbeziehung Mensch - Natur - Technik behandeln, neue Bildungsangebote aus dem Feld Fremdenverkehr, Landschaft, Umwelt anbieten, damit auch die landwirtschaftliche Aus- und Weiterbildung Chancen hat und wir in einer modernen wettbewerbsfähigen und vor allem europareifen Schule unsere ländliche Bevölkerung, die ländliche Berufsgruppe ausbilden.

Ich darf daher gemeinsam mit dem Herrn Ing. Gansch einen Resolutionsantrag einbringen *(liest)*:

"Resolutionsantrag

der Abgeordneten Sacher und Ing. Gansch zu Gruppe 2 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1994, Ltg. Zl. 52, betreffend Überarbeitung des landwirtschaftlichen Schulkonzeptes.

Dem Voranschlag 1994 ist zu entnehmen, daß einer Anzahl von 4 landwirtschaftlichen Berufsschulen und 23 landwirtschaftlichen Fachschulen eine Zahl von nur 19 gewerblichen Berufsschulen und einer Fachschule gegenüberstehen, zu welcher Zahl zweifellos auch noch einige Schulen des Bundes hinzukommen. Aufgrund der gegebenen Entwicklung der Landwirtschaft

und der Tatsache, daß immer weniger Schüler eine vollständige Ausbildung in einem landwirtschaftlichen Bereich anstreben, erscheint die Vielzahl dieser landwirtschaftlichen Schulen bezogen auf die Zahl der Schüler unwirtschaftlich. Das Bestreben, Standorte landwirtschaftlicher Schulen zu erhalten, zeigt sich auch darin, daß in Schulversuchen angestrebt wird, auch andere als landwirtschaftliche Lehrinhalte, zum Beispiel für Pflegeberufe, zu vermitteln. Es erscheint daher schon aus wirtschaftlichen Gründen unumgänglich notwendig, die Zahl der Standorte landwirtschaftlicher Schulen unter Berücksichtigung der Tatsache, daß manche dieser Schulen an Produktionsstandorte gebunden sind, dem tatsächlichen Bedarf und der gesunkenen Schülerzahl anzupassen. Im Bereich der zuständigen Abteilung ist derzeit eine Studie über Standorte landwirtschaftlicher Fachschulen in Arbeit, welche Aufschluß über Eignung, Schülerpotential und Wirtschaftlichkeit dieser Schulen geben soll.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, unter Berücksichtigung dieser Überlegungen und im Sinne der bereits begonnenen Arbeiten eine Überarbeitung des landwirtschaftlichen Schulkonzeptes mit dem Ziel der Reduzierung landwirtschaftlicher Schulstandorte vorzunehmen."

Ein gemeinsamer Antrag, meine Herren! Vielleicht hat man in der Fraktion zu wenig darüber beraten. Im Sinne des soeben Ausgeführten wird in diesem gemeinsamen Antrag die Landesregierung aufgefordert, unter Berücksichtigung dieser Überlegungen und im Sinne der bereits begonnenen Arbeiten eine Überarbeitung des landwirtschaftlichen Schulkonzeptes mit dem Ziel der Reduzierung landwirtschaftlicher Schulstandorte zu erörtern. Ich darf dem Herrn Präsidenten diesen Antrag überreichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine neue Form der Ausbildung wird auf Hochschulebene notwendig. Und zwar auf dem Sektor der Fachhochschulen. Die Anpassung des berufsbildenden Bildungssystemes an den berufsbildenden Standard erfordert die Einrichtung von Fachakademien, die den Hochschulbereich ergänzen und entlasten und als Aus- und Weiterbildungsstätte für unterschiedliche Berufsbilder einzurichten sind. Auch Niederösterreich benötigt eine immer größer werdende Zahl an höher qualifizierten Arbeitskräften auf allen Ebenen und in allen Berufen. Die Bevölkerung hat diesen Trend erkannt und dem Wunsch nach höherer Berufsqualifikation folgend, schon reagiert, was einen stetigen Aufstieg des

berufsbildenden Schulwesens gebracht hat. Nunmehr sind die Universitäten diesem Antrag nicht mehr gewachsen, sie können ihn nicht mehr bewältigen. Wir kommen zu einer überdurchschnittlich hohen Zahl von Studienabbrechern. Es erscheint daher notwendig, den Ausbau der nicht-universitären Bildungseinrichtungen vorzunehmen.

Umfangreiche und komplexe Bildungssysteme sind teuer und deshalb meine ich, daß auch das Land Niederösterreich Mittel einsetzen müßte. Die entstehenden Fachhochschulen sind vom Land Niederösterreich auch gleichmäßig zu fördern. Erstmals ist ein Ansatz von 10 Millionen Schilling im Budget 1994 dafür vorgesehen. Hier bin ich einer Meinung mit dem Herrn Abgeordneten Dkfm. Rambossek, der diese Ziffer auch als wahrscheinlich nicht ausreichend bezeichnet hat. In den Folgejahren wird sicherlich eine wesentliche Steigerung dieser Budgetansätze notwendig sein.

Ich darf aber auf die Seite der ÖVP noch etwas anmerken. Ich fürchte, daß in dieser Frage die bisherige gemeinsame Vorgangsweise verlassen wird und daß die Fachhochschulen zu einem Spielfeld, zu einer Einbahnstraße werden könnten. Wir haben gehört, daß vor kurzem eine Enquete stattgefunden hat. Aber wir bedauern sehr, daß das offensichtlich eine Parteienenquete war zur Frage der Fachhochschulen. Wir fordern - und das darf ich noch einmal ausdrücklich festhalten - eine Unterstützung der entstehenden Fachhochschulen aus dem Landesbudget. Es wäre unserer Meinung nach vorteilhaft, die künftigen Standorte an den Schwerpunkten der peripheren Wirtschaftsräume anzusiedeln und nicht nur in den Zentralräumen. Wenn die Einrichtungen vorhandener höherer Lehranstalten genutzt werden können und die räumliche und zeitliche Anwesenheit eines hochqualifizierten Lehrpersonals gegeben ist, sind bereits wesentliche Voraussetzungen für die Realisierung der Fachhochschulen gegeben. So etwa an den HTLs von St. Pölten, von Wr. Neustadt oder an der HLF in Krems, das wurde heute schon mehrmals ausgeführt.

Wahrscheinlich wird aus Kostengründen die wenige Standorte-Variante anzustreben sein, so daß auf diese Art und Weise flexibel und kostensparend vorgegangen werden kann. Diese Form der Fachhochschulen ermöglicht die Steuerung im Sinne eines kontrollierten Aufbaues. Diesen Funktionen könnte und sollte meiner Meinung nach die Landesakademie als Koordinationsstelle nachkommen. Ich glaube nicht, daß der

Landesschulrat der geeignete Koordinator für wissenschaftliche Einrichtungen ist, da er eben wenig wissenschaftlich arbeitet oder aufgebaut ist und vor allem nicht wirtschaftsnah orientiert ist.

Ein zentraler Punkt ist die Frage der an der Fachhochschule beschäftigten Lehrer. HTL-Lehrer, Universitätslehrer, neben Fachkräften aus der Wirtschaft und Verwaltung. Zur Wissensvermittlung soll eine Methode eingesetzt werden, die ein vernetztes Denken und Handeln vordringlich fördert. Neuzeitliche Produktionsmethoden und Analysen der Marktmechanismen mit besonderer Berücksichtigung der Umweltsituation sowie der größer und komplexer werdenden Märkte sollen den Schwerpunkt der Vorlesungen bilden.

Es wurde auch hier vom Kollegen Schneeberger, wie ich glaube, etwas polemisiert in Sachen Studiengebühren. Ich glaube, und ich vertrete hier sicher die Meinung der sozialdemokratischen Fraktion, daß es eine Grundsatzfrage sehr wohl ist, ob die Gesellschaft auf die Wahrnehmung ihrer Pflichten im Bildungsbereich verzichtet oder ob sie bereit ist, diese Pflichten wahrzunehmen. Und weil Sie die Stadt Krems angesprochen haben, die angeblich dankbar wäre, wenn es Studiengebühren gäbe. Herr Kollege! Wir sind hier schon sehr weit in den Vorbereitungen, aber ich darf Ihnen sagen, auf die Art, wie Sie sich das vorstellen, werden wir wahrscheinlich den Weg nicht gehen mit den Studiengebühren. Weil sich schon abzeichnet, daß dann nur Studienplätze für gut bezahlende Weiterbildungsstudenten usw. vorgesehen werden. Und das ist sicherlich nicht der Weg, den die Fachhochschule gehen sollte.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf nun noch auf die wissenschaftliche Einrichtung, auf die Donau-Universität zu sprechen kommen. Für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der NÖ Wirtschaft ist daher mittelfristig der weitere Auf- und Ausbau wissenschaftlicher Einrichtungen im Lande unumgänglich. Die Stärkung vorhandener wissenschaftlicher Ressourcen und die Schaffung eines landesweiten Netzes wissenschaftlicher Institutionen mit universitären und außeruniversitären Strukturen sind für die Heranbildung und die Einbindung qualifizierten Personals für die Wirtschaft und die Verwaltung in einem gemeinsamen Europa sicher notwendig.

Wir sollten uns auch das Ziel stecken, in einigen wenigen Punkten und Bereichen auch Wissenschaftseinrichtungen von Weltrang anzustreben. Sondermittel wären dafür in Zukunft sicherlich von der Landesregierung bereitzustellen. Der Umstand, daß

Niederösterreich rund um die Großstadt Wien mit deren zentralen und wissenschaftlichen Institutionen liegt, soll durch ein Konzept genützt werden, das der Dezentralisierung verpflichtet ist. Daraus ergeben sich einige Prämissen für die Wissenschaftspolitik in Niederösterreich. Ein Koordinationsbüro wäre für diese Zwecke notwendig, dem auch die Vermittlung von wissenschaftlichen Veranstaltungen und Kontakten obliegt. Wir hätten es bereits in Form der Landesakademie. Dazu käme noch die Schaffung von High-tech-Technologiezellen in Niederösterreich, die Bildung einer Innovationsachse, Niederösterreich-Süd etwa, oder die wissenschaftliche Kooperation von LAK, Fachakademien, Fachhochschulen und ähnlichen Einrichtungen. Die wissenschaftlichen Aktivitäten sollen nicht konzentriert werden. Es ist ein Netz von Institutionen und Aktivitäten der Wissenschaft anzustreben. Daher rege ich auch eine Erstellung eines Wissenschaftsplanes für Niederösterreich über alle wissenschaftlichen Aktivitäten und Einrichtungen an.

Die Donau-Universität wäre als ein solches Zentrum einer postgradualen Aus- und Weiterbildung eine ganz große Chance für Niederösterreich. 1994 wird es auch formal so weit sein. Es wurde aber hier die Frage aufgeworfen auch von Herrn Mag. Schneeberger, daß der Bund offensichtlich nicht schnell genug zu reagieren bereit ist. Sie haben auch beklagt, daß der Bund nicht im ausreichenden Maße bereit ist, mitzufinanzieren. Ich darf hier nur wirklich die bescheidene Frage stellen, wer denn im Rahmen der Bundesregierung für die Wissenschaftspolitik verantwortlich ist. Ich glaube, ich kann mich erinnern, das ist der Herr Vizekanzler und Wissenschaftsminister Busek, Ihr Parteiobmann! *(Abg. Mag. Schneeberger: Und der Unterrichtsminister! Das sind beide Minister, Herr Kollege!)* Für die Donau-Universität ist sicherlich der Herr Wissenschaftsminister Busek zuständig, soweit kenne ich die Bedingungen.

Die Inhalte der Donau-Universität sollten sein postgraduale Weiterbildung in der Medizin, der Jurisprudenz, der Geisteswissenschaften, der Umweltwissenschaften, der Wirtschafts- und Managementwissenschaften, der Technik usw. Ich darf hier berichten, daß an der Donau-Universität, an der künftigen, bereits jetzt eine internationale Zusammenarbeit besteht und erfolgreich in einem ersten Turnus abgeschlossen wurde. Und zwar eine Zusammenarbeit des ITM Krems mit der State University of Washington, die bereits hier nach einem zweijährigen Ausbildungslehrgang eine Reihe von masters of

business-administration graduieren konnte. Das ist also ein Beispiel, wie es in Zukunft an der Donau-Universität in Krems weiter gehen könnte.

Ich halte also fest, daß die jetzt bestehende Landesakademie weiter bestehen soll und als eine außeruniversitäre Forschungsanstalt des Landes eingerichtet werden soll. Eine möglichst starke Kooperation zwischen der Donau-Universität, der Landesakademie und den neuen Fachhochschulen wäre anzustreben. Die Budgetmittel für die LAK bleiben ja bekanntlich im nächsten Jahr unverändert, was leider meiner Meinung nach nicht ganz ein Signal in die richtige Richtung darstellt. Es müßte hier sicherlich in Zukunft besser budgetiert werden.

Die Einrichtung von praxisnahen und in Kontakt mit der Wirtschaft stehenden Fachhochschulen ist also unser Ziel. Man könnte noch ergänzen, Herr Präsident, Hoher Landtag - und damit komme ich zum Schluß - daß vor allem in Niederösterreich das Zusammenspiel von Wissenschaft und Industrie besser zu fördern wäre. Wie heute ja bereits unser Klubobmann Dr. Bauer auch in seinem Grundsatzbeitrag betont hat. Stichworte wären hier Praxissemester für Abgänger von Fachakademien und Fachhochschulen, die Mitwirkung an europäischen wissenschaftlichen Programmen, die Bemühungen zur Ansiedlung eines weiteren wissenschaftlichen Forschungszentrums unter ausländischer Beteiligung in Niederösterreich oder etwa ein Förderungsverein für Wissenschaft. Mit den einfließenden Mitteln, die vom Land proportional aufgestockt werden könnten, müßten Forschungsvorhaben in Niederösterreich durchgeführt werden und einen entscheidenden Finanzierungszuschuß bekommen. Damit kann erreicht werden, daß Wissenschaft mit breiter demokratischer Partizipation verknüpft wird und daß interessante Wissenschaft vom Land Niederösterreich angezogen wird.

Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Kapitel 2 unseres Landesvoranschlages für 1994 sieht für die Sektoren Unterricht, Erziehung, Sport und vor allem Wissenschaft im großen und ganzen eine ausreichende Dotierung vor. Ich bin namens des SPÖ-Klubs der Meinung, daß die Steigerung beachtenswert ist. Obwohl ich einige kritische Anmerkungen gebracht habe, sind wir mit diesem Budget einverstanden und werden ihm unsere Zustimmung geben. Ich danke Ihnen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zum Wort gelangt der Abgeordnete Klubobmann Dr. Bauer.

Abg. Dr. BAUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bin unserem vorsitzenden Präsidenten dankbar, daß er mir Gelegenheit gibt, eine kurze Erklärung abzugeben, weil heute bereits zum zweiten Mal eine Anzüglichkeit in rassistischer Hinsicht gemacht wurde. Ich möchte hier im Namen des Hohen Hauses das zurückweisen. Das ist weder mit der Würde, noch mit unserer Einstellung vereinbar! *(Beifall bei SPÖ, ÖVP und LIF.)* Und ich möchte auch bitten, daß man diese diskriminierenden Äußerungen, sei es gegenüber Sportlern oder irgendeiner Gruppe wirklich unterläßt. Wir haben allen Menschen sehr viel zu verdanken. Und wir haben auch die Pflicht, gleich, welche Farbe das menschliche Antlitz trägt, dieses zu respektieren und zu achten! *(Beifall bei SPÖ, ÖVP und LIF.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt der Herr Dr. Strasser.

Abg. Dr. STRASSER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich möchte dem Herrn Klubobmann Dr. Bauer herzlich danken dafür, daß er die Gelegenheit sofort benützt hat, in diesem Hohen Haus zu sagen, was Sache ist. Denn die beiden Äußerungen, die wir heute von Mitgliedern der freiheitlichen Fraktion hier im Landtag hinnehmen mußten, die sind wohl in diesem Haus etwas Einzigartiges. So etwas hat es seit Bestehen dieses Hohen Hauses nicht gegeben. Und das müssen wir auch namens der NÖ Volkspartei aufs Schärfste für dieses Haus zurückweisen! *(Beifall bei ÖVP, SPÖ und LIF.)*

Bei Ihren Äußerungen, Herr Abgeordneter Marchat, zu den Hypo-Damen, da kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß Ihnen ein Bund Deutscher Mädchen lieber wäre als die Hypo-Damen. Das ist nicht ganz der Stil, der in diesem Haus gepflogen wird und ich möchte die Dame und die Herren der freiheitlichen Fraktion fragen, wieso nehmen Sie sich gerade den Abgeordneten Gugg als Vorbild hier in Niederösterreich? Es ist gut genug, wenn der in Kärnten und dort bleibt, wo er ist. Und dort ist er mir persönlich schon zu viel. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte mich aber und ich verhehle es nicht, mich zu bedanken für die Äußerungen des

Herrn Abgeordneten Rambossek zur Gruppe 2. Er hat über das Kindergartenwesen gesprochen und er hat sehr deutlich und klar zum Ausdruck gebracht, daß die gesamte Budgetierung in den letzten Jahren und vor allem für das geplante Jahr 1994 in außerordentlich ordentlichem Zustand ist. Ich glaube, die Zahlen beweisen das ausdrücklich und ganz klar. Fast 1.000 Kindergärten, Landeskindergärten inklusive der privaten Kindergärten werden betrieben, über 40.000 Kinder finden hier jeden Vormittag und zum Teil auch am Nachmittag Erziehung und Betreuung in über 1.700 Kindergartengruppen. Das heißt, über 170 Millionen Schilling sind für das Jahr 1994 an Personalkosten und an Förderung vorgesehen. Zahlen, die beeindruckend sind und die für die ordentliche Arbeit, die in diesem Bereich passiert, sprechen.

Dennoch möchte ich vier Punkte anführen, die uns nicht zufrieden sein lassen können:

1. Die Gemeinden stöhnen unter der finanziellen Last.
2. Die Eltern stellen zusätzliche Ansprüche.
3. Vor allem die berufstätigen Frauen und Mütter verlangen einen anderen Ablauf und eine andere Organisation, eine zusätzliche Organisation.
4. Last but not least möchte ich auch nennen die Kindergärtnerinnen und ihre Helferinnen, die unter den verstärkten Aufgabenbereichen leiden und auch ihre berechtigten Anliegen vorbringen.

Daher ist es richtig und notwendig, daß das Kindergartenwesen in Niederösterreich weiterentwickelt wird. So, wie das NÖ Kindergartenwesen seit Jahrzehnten Vorbild und Modell für viele im gesamten Bundesgebiet war. Als Beispiel möchte ich nur nennen den kostenlosen Besuch in unseren NÖ Kindergärten, der soll - und das möchte ich auch sehr klar festhalten - der soll auch in Zukunft gewährleistet und zumindest für die Erziehungs- und für die Bildungszeiten möglich sein. Hier wollen wir nicht einen Unterschied machen zu anderen. Es ist daher richtig und gut, daß auf Grund eines Beschlusses des Landtages Versuche durchgeführt werden mit dem Einsatz zusätzlicher Helferinnen, im Einsatz zusätzlicher Kindergärtnerinnen, im Einsatz neuer pädagogischer Methoden, wie der Montessori-Methode. Dafür stehen auch im Kindergartenjahr 1993/94 20 Millionen Schilling zur Verfügung, wenn auch im abgelaufenen Jahr, wie wir sehen mußten,

nicht der gesamte Betrag ausgeschöpft werden konnte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Jahr 1994 ist auf Grund der UNO-Deklaration zum Jahr der Familie ernannt worden. Ich halte das für sehr, sehr wichtig, daß wir dieses Jahr der Familie als einen wichtigen Bestandteil für unsere Arbeit im Landtag, im Land Niederösterreich nehmen. Die Familie ist die Zelle unserer Gesellschaft, die Familie ist ein entscheidender Sozialisations- und ein entscheidender Bindungsfaktor, gerade für unsere Kleinen. Und ich glaube, daß es richtig und gut ist, daß allen voran Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop mit Beginn des nächsten Jahres das Jahr der Familie für die NÖ Landesregierung sehr deutlich und sehr offen auch präsentieren wird. Ich glaube, daß es gut und richtig war, daß die große Koalition auf Regierungsebene, die Bundesregierung das zweite Karenzjahr eingeführt und damit sichergestellt hat, daß die Mutter oder auch der Vater zwei Jahre bei dem eigenen Kind daheim bleiben kann. Jetzt geht es darum, daß wir den Anschluß nach diesen zwei Jahren optimal und klar und deutlich auch organisatorisch in den Griff bekommen. Und es sagen uns alle Pädagogen, es sagen auch die Therapeuten, ja, am Wochenende war es auch in den Medien deutlich zu lesen, und eigentlich sagt es auch der gute Hausverstand: Ein zweijähriges Kind oder ein etwas über zweijähriges Kind braucht eine direkte Bezugsperson! Ein zweijähriges Kind braucht eine individuelle, direkte Betreuung. Es wäre daher pädagogisch außerordentlich schlecht, eine andere als eine derartige Lösung, wenn wir über organisatorische Maßnahmen nachdenken, zu suchen.

Und ich möchte ausdrücklich dem Herrn Kollegen Abgeordneten Platzer danken, daß er sehr klar und deutlich gesagt hat, wir brauchen in diesem Zeitraum zwischen zwei und dreieinhalb, vier Jahren keine Bewahrungsstätten. Ich zitiere Platzer, wenn ich sage, wir brauchen Möglichkeiten, die besonders dem Alter angepaßt eine Bezugsperson schaffen für diese kleinen Kinder, damit sie optimal in unsere Gesellschaft in ihren Lebensraum hineinwachsen können. Und es geht jetzt darum, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß diese optimalen Bedingungen gegeben sind. Deshalb glaube ich, ist es mehr als dankenswert und begrüßenswert, daß durch das Familienreferat, durch Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop, ein Schwerpunkt des nächsten Jahres der massive Ausbau der Tagesmutterkonzepte sein wird und daß wir auch hier wieder für das Land Niederösterreich als Vorreiter mit einer erstklassigen Organisation und einer

erstklassigen Einrichtung dienen können. Nützen wir dieses Jahr 1994, Niederösterreich zum Familienland zu machen, wieder als ein Vorbild, wie wir es schon vor Jahrzehnten geleistet haben mit dem kostenlosen Kindergartenbesuch.

Aus diesem Grund stehe ich nicht an, zu sagen, daß die ÖVP-Fraktion dem Kapitel 2 ihre

Zustimmung geben wird. Ich möchte aber zum Schluß auf einige Punkte der Vorredner eingehen. Zuerst zum Kremser Vizebürgermeister. Ich freue mich sehr über Ihre klare, deutliche, positive Stellungnahme zur Donau-Universität. Wir wissen beide, daß alles fertig ist, daß alles in den Startlöchern wartet. Auf der Zuschauergalerie sitzen die zuständigen Herren, die geradezu darauf brennen, endlich mit der Arbeit beginnen zu können. Daß der Wissenschaftsminister alle seine Aufgaben erfüllt hat, daß alles fix und fertig ist. Es geht nur eine Kleinigkeit ab. Die Unterschrift des zuständigen Finanzministers. Ich würde Sie herzlich bitten, daß Sie auch Ihren Beitrag dazu leisten - und ich möchte besonders den Herrn Vizebürgermeister von Krems einladen, den Beitrag zu leisten - daß möglichst noch vor Weihnachten der Herr Minister Lacina Zeit findet, diese kleine Unterschrift zu geben. Dann könnten die Leute ab 1994 zu arbeiten beginnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein nächster Punkt, Herr Abgeordneter Sacher, zu der Frage des freien Samstages für unsere Berufsschüler. Ich glaube, wir sollten einfach gemeinsam nachschauen im Amtskalender, wer die Kompetenz hat in dieser Angelegenheit. Das ist ja keine Streitfrage, die hier über das Rednerpult auszutragen ist, sondern wir sollten einfach nachschauen. Jeder, der des Lesens kundig ist, wird sehen, daß Herr Landeshauptmannstellvertreter Höger diese Kompetenz innehat. Im Juli wurde ein Nationalratsbeschluß herbeigeführt und jetzt wurde auf Grund der Aktivitäten Gottseidank die Sache in Gang gebracht. Auf Grund der Aktivitäten, die die SPÖ und die ÖVP getätigt haben. *(Abg. Mag. Kaufmann: Welcher Aktivitäten? Wir haben nicht inseriert!)* Ich stehe nicht an, meine sehr geehrten Damen und Herren von der sozialdemokratischen Fraktion, zuzugestehen, daß Sie hier mitaktiv waren.

Ich darf Ihnen sagen, seit 25. November, höre ich, ist das Begutachtungsverfahren abgeschlossen. Wie ich höre von einzelnen Gruppen, sind wichtige, zusätzliche Informationen gekommen. Ich glaube, wir sollten nicht versuchen, zu sagen, wir alleine haben das Rad erfunden. Sondern wenn es eine gute Anregung gibt, dann sollten wir so klug sein, diese Anregung mit aufzunehmen. Wir ersparen uns eine Novellierung und damit viel Arbeit, viel Papier und viele solche Dinge. Ich glaube, daß es daher sinnvoll ist und notwendig ist, daß es dieses Begutachtungsverfahren
gege-

ben hat. Und ich hoffe, daß wir gemeinsam in der Landtagsitzung am 16. Dezember 1993 zu einer gemeinsamen Vorgangsweise kommen.

Lassen Sie mich noch ein Wort sagen zur Veranstaltung des Landesjugendreferates. Selbstverständlich ist es günstig, wenn man eingeladen ist, daß man sich auf eine Veranstaltung vorbereitet. Das ist doch eine Selbstverständlichkeit. Und ich darf Ihnen auch sehr deutlich sagen, ich kenne diese Einladung nicht. Ich habe heute das erste Mal davon vernommen, aber ich kann mir nur eines vorstellen, was gemeint ist damit. Daß es dem Landesjugendreferat um die Meinung der Jugendlichen geht und nicht nur, ich sage absichtlich "nur", um die Meinung der Berufsjugendlichen. Ich glaube, auch das sollte man akzeptieren. Das ist schließlich die Aufgabe des Landesjugendreferates. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und schließlich, Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek, ich habe Sie eingangs meiner Rede hier sehr positiv erwähnen müssen. Ich muß doch drei Sätze sagen zu Ihrer Äußerung zur Objektivierung im Landeslehrerbereich. Ich darf Sie informieren: Ich habe mich kürzlich genau erkundigt, was denn eigentlich das für Auswirkungen gehabt hat, das von Landeshauptmann Dr. Pröll eingesetzte neue Bestellungssystem bei den Direktoren für Pflichtschulen in Niederösterreich. Seit 1. April 1992 ist das in Kraft. Über 600 Bewerber für anstehende Leiterstellen sind eingegangen, über 100 Direktoren, so wurde mir gesagt, sind nach diesem neuen Modell besetzt worden, nach welchem es das erste Mal die Möglichkeit gibt, gegen eine Bestellung mit einem Einspruch einen Bescheid und damit die Möglichkeit zu erwirken, zum Verwaltungsgerichtshof zu gehen. *(Unruhe bei der FPÖ.)* Und jetzt darf ich Ihnen das auch noch sagen. Wissen Sie, wieviele Leute seit dem 1. 4. hier den Einspruch erhoben haben? Es sind ganze 11 Personen. Das, glaube ich, beweist am allerbesten, wie gut dieses System funktioniert. Daß es einerseits ein vernünftiges, selbstregulierendes System ist und daß es zweitens für den, der sich falsch beurteilt fühlt, die Möglichkeit bietet, weiterzugehen und nochmals eine Überprüfung seiner Angelegenheit zu erfahren. Und ich glaube, das ist das, was wir unter Objektivierung verstehen sollten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muß noch einmal sehr deutlich sagen, was der Herr Abgeordnete Schneeberger vorher sehr klar zum Ausdruck gebracht hat. Es geht um die zweite Etappe der Objektivierung. Um die

Objektivierung im Bereich der Bezirksschulratskollegien und um die Objektivierung im Bereich der Landesschulratskollegien. Und es ist mir eigentlich unverständlich, daß es gerade die Freiheitliche Partei ist - ich weiß nicht, was da Ihr Parteiboss dazu sagt - die gegen den Parteienproporz auftritt. Im Gegenteil. Ich lade Sie ein, treffen wir gemeinsam eine Vorgangsweise, damit der Parteienproporz in diesem Bereich weniger wird. Geben wir jenen die Möglichkeit, zu entscheiden, die direkt mit dem Schulsystem etwas zu tun haben. Das sind die Elternvertreter, das sind die Lehrervertreter und das sind die Dienstgebervertreter. Wir werden ja in einigen Wochen Gelegenheit haben, das ausführlich zu diskutieren. Ich möchte Sie heute schon einladen, den Parteienproporz in diesem Sinne einzuschränken. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Kautz.

Abg. KAUTZ (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Ich darf auch zur Gruppe 2 das Wort ergreifen und mich hauptsächlich mit Sport und Berufsschulen beschäftigen, die ja einen Teil dieser Gruppe darstellen. Zu Beginn darf ich die Feststellung treffen, daß sehr wohl in Summe die Ausgaben erhöht wurden, der Anteil am Gesamtbudget aber um 0,23 % verringert. Das heißt, die anderen Ausgaben sind teilweise mehr gestiegen als in dieser Position.

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, ich will beim Positiven beginnen. Die Sportförderung betrug 1992 rund 86 Millionen Schilling, auch 1994 wird die Summe eine ähnliche sein. Und ich sage bewußt, ähnliche, da ja Voranschlag und Rechnungsabschluß zweierlei Dinge sind. Auch die Schätzung der Einnahmen im Bereich des Sportschillings ist mit 10,7 Millionen Schilling zwar wünschenswert, aber eben eine Schätzung. Ich wünsche mir, daß diese Schätzung wahr wird.

Am ersten Blick darf man in Anbetracht der Budgetwaage mit den Sportausgaben zufrieden sein. Besser wäre es, es wäre mehr, aber auch der Sport hat sich eben nach der Decke zu strecken. Zwei Kritikpunkte darf ich anbringen. Bei

der besonderen Sportförderung für Leistungszentren wird dieses Jahr der Ansatz zum Vorjahr um 374.000,- Schilling zurückgenommen. Gegenüber dem Rechnungsabschluß 1992 ist der heurige Ansatz um 973.000,- Schilling geringer. Das heißt, von 1992 auf 1994 hat man hier in der gezielten Sportförderung von Leistungszentren fast eine Million Schilling weniger budgetiert.

Nun darf ich zur Wortmeldung eines meiner Vorredner kommen, der die Sportverbände kritisiert. Ich weiß schon von der Freiheitlichen Partei, es gibt eben keinen freiheitlichen Sportverband, daher gibt es dort einen Neidkomplex, daß Union, ASKÖ und der Allgemeine Sportverband Gelder beziehen. Aber eines, glaube ich, muß man den Herren schon ins Stammbuch schreiben: Jeder Sportverein hat eine Dachorganisation und die Sportvereine sind froh, daß es diese Dachorganisationen gibt. Denn von der Schulungsseite her, von der Vertretungsseite, sind sie notwendig. Und wenn ich den Sportbericht von 1992 zitieren darf, so hat eben die Union eine Million Schilling bekommen, der ASKÖ 912.000,- und der Allgemeine Sportverband 801.000,- Schilling. Und dann geht es weiter nach einem gewissen Stufenplan mit einem Punktesystem, das eben alle Fachverbände auch beteiligt. Ich weiß schon, auf freiheitlicher Seite will man sich da sehr liberal geben. Alles, was die anderen haben und wir selber nicht haben, muß abgeschafft werden, so glauben Sie.

Nun meine zweite Kritik: Ich habe mir das auch vorbereitet, denn ich habe in letzter Zeit des öfteren Kritik gehört an der Spitzensportförderung für Mannschaften. Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Hier gibt es eine klare Richtlinie. Die Landesregierung hat beschlossen, daß in den Mannschaftssportarten Fußball, Handball, Basketball und Volleyball für jene die in der obersten Spielklasse spielen, wie folgt eine Förderung gegeben wird: Eine Million für den Staatsmeistertitel, 500.000,- Schilling für den Cupsieg und 300.000,- Schilling für den zweiten Meisterschaftsplatz in der obersten Spielklasse. Ausgenommen davon sind die Fußballvereine, hier gibt es eine erhöhte Dotierung. Zwei Millionen als Grundbetrag, eine Million für den Cupsieg und eine Million Prämie für die beste NÖ Mannschaft. Und das geht so weiter.

Nun zur Realität: Wir haben Gottseidank und jetzt sage ich bewußt, Gottseidank, auch einmal einen NÖ Cupsieger gehabt, der nicht in der Bundesliga spielte und ebenfalls den Betrag bekam. Das heißt, es werden alle Vereine gleichberechtigt beteiligt! Und ich glaube, es ist falsch, wenn man sich hier herstellt und Vereine schuldig nennt, die

eine Förderung bekommen. Denn es wird ja nicht der Verein gefördert, sondern der Verein auf Grund der Leistung. Zuerst muß er die Leistung erbringen und dann gibt es eine Förderung. Ich glaube es wäre besser, wenn sich die Herren und Damen Funktionäre und auch die Sportler daran orientieren würden, eine bessere Leistung zu erbringen und so dem anderen Verein das Geld streitig zu machen. Nicht am grünen Tisch, sondern durch sportliche Leistung! Es heißt schließlich noch immer "Sportverband". Das wollte ich dazu sagen. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

Und eine zweite Kritik darf ich auch zurückweisen. Man braucht ebenfalls nur nachzusehen im Sportbericht 1992. Wenn da von kleinen Summen gesprochen wird und von wenigen Vereinen. Ich darf nur zitieren: 52 Vereine und 87 Vereine haben etwas über 14 Millionen Schilling für kostenaufwendige Sportgeräte und Spitzensportförderung inklusive Jugendmeister bekommen. 82 Vereine und drei Gemeinden erlangten eine Förderung zur Durchführung überörtlicher Sportorganisation. Sechs Vereine für Europacup- oder Superligaspiele. 37 Verbände für den Einsatz geprüfter Trainer. 106 Gemeinden und 344 Vereine für den Sportstättenbau. Ich glaube, daß sich diese Summen sehen lassen können! Sicher, ich bin überzeugt, jeder Verein und jede Gemeinde will mehr haben. Aber ich habe eingangs erwähnt, auch der Sport muß sich nach der Decke strecken und ich glaube, daß Neid hier falsch am Platz ist. Ich glaube, man muß nach den Realitäten gehen.

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, darf ich mich den Berufsschulen zuwenden. Der Herr Kollege Hoffinger hat heute sehr salbungsvoll über die Lehrlinge gesprochen. Das ist ungefähr so, ich komme aus der Gewerkschaftsjugend, wie wenn man in einen Betrieb eintritt. Am ersten Tag ist der Chef und alles natürlich eitel Wonne, alles bestens. Spätestens am zweiten Tag merkt man, daß man Lehrling ist, denn man wird auch so behandelt. So habe ich heute Deine Wortmeldung, lieber Kollege, verstanden.

Ich darf die Haltung der Österreichischen Volkspartei in zwei Beispielen erläutern. Das eine Beispiel ist die Landesberufsschule St. Pölten. Bereits im Kontrollamtsbericht von 1990 wurde Raumnot festgestellt. Und dort wurde auch festgestellt, daß für den Grund, auf dem die jetzige Schule steht, bis heute kein rechtliches Verhältnis abgeschlossen wurde. Er wurde zur Verfügung gestellt, es wurde keine Pacht gezahlt, es wurde weder gekauft noch sonst irgendwas. Das heißt, in diesem Kontrollamtsbericht wurde festgestellt,

hier muß eine rechtliche Lösung getroffen werden. Nun, die Schule platzt aus allen Nähten. Es gibt zwei Varianten, was passieren sollte, ein Neubau einer zweiten Schule oder ein Zubau zur bestehenden Schule mit Sanierung. Die eine Variante, ich nenne sie die Variante A, Neubau der zweiten Schule, würde 72 Millionen Schilling kosten. Dann die Sanierung des Altgebäudes mit 48 Millionen, also in Summe 120 Millionen. Dazu kämen Grundkosten von 20 Millionen Schilling. Die zweite Variante, der Zubau würde 61 Millionen kosten, die Sanierung 49 Millionen. Nun hat sich aber mit der Gemeinde St. Pölten dann ergeben, würde eine neue Schule gebaut werden würde, die Gemeinde St. Pölten auf eine Ablöse des Grundstückes, auf dem die jetzige Schule steht, verzichten. Und hier gibt es ein Gutachten, daß es sich um den Verzicht von ca. 28 Millionen Schilling handelt. Das heißt, die Variante A wäre die bessere Lösung und die optimalere Lösung. Es wurde noch festgestellt, daß der Neubau 14 bis 18 Monate dauern würde und ein Jahr circa die Sanierung.

Selbst die ÖVP in St. Pölten hat sich für die Variante A, also für die optimale Lösung ausgesprochen. Und dann gab es zum Beispiel eine Diskussion, wenn wir eine zweite Schule bauen, brauchen wir zwei Direktionen oder brauchen wir nur eine Direktion und so. In dieser Gangart ist es weiter gegangen bis zum 16. Mai 1993. Und unser jetziger Klubobmann, damals noch Landesrat, hat sich die Seele aus dem Körper geredet, hat argumentiert, fangen wir an, bauen wir eine neue Schule. Dagegen Landesrat Freibauer: Nein, nein und wieder nein. Und siehe da, es kam der 16. Mai, es kam ein anderes Wahlergebnis. Und ab dem Zeitpunkt war die Österreichische Volkspartei verhandlungsbereit. Ab dem Zeitpunkt war sie einsichtig, daß die Variante A die bessere Lösung ist. Heute können wir feststellen, daß Landeshauptmannstellvertreter Höger schon den Baubeschluß mehr oder weniger in der Tasche hat. Das heißt, ich darf mich bei Herrn Landeshauptmannstellvertreter Höger recht herzlich bedanken dafür, daß er es zustande gebracht hat, die ÖVP zu überzeugen. Und ich darf mich bei der Bevölkerung von Niederösterreich bedanken, daß sie am 16. Mai 1993 so gewählt hat, daß dieses Umdenken der Österreichischen Volkspartei zustande gekommen ist. (*Abg Hoffinger: Und das ist nicht salbungsvoll?*) Das sind Tatsachen! Und an diesen kann man nicht vorübergehen. Für mich ist nur im Hinterkopf der Gedanke drinnen, daß der Österreichischen Volkspartei parteipolitisches Denken viel wichtiger war, als die Sorge um unsere Berufsschüler und deren Unterbringung. Das,

meine sehr geehrten Damen und Herren, das kann man nicht goutieren, das ist zu verurteilen.

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, darf ich auf ein weiteres Problem hinweisen. Es gibt das sogenannte 400 Millionen Schilling-Investitionsprogramm für die Berufsschulen. Es war ja ein langer Leidensweg bis wir das durchsetzen konnten. Denn eines muß ja auch festgestellt werden: Die Österreichische Volkspartei und auf ihrer Seite die Kammern und die Innungen, die ja die Heime führen, haben wohl die Heime gebaut, das Land hat das Geld zuschießen dürfen, bis heute aber darf das Land nicht kontrollieren. Doch jetzt darf das Land wieder für die Heime Geld zuschießen, die im Besitz der Kammer bzw. der Innungen sind. Aber - und dazu stehe ich - das Geld muß da sein, um eine Standardverbesserung, um eine Qualitätsverbesserung für unsere Lehrlinge zu erreichen.

Ich darf aber ein Problem aufzeigen: Ich weiß schon, daß das eigene Hemd immer am nächsten ist. Aber ich würde schon vorschlagen und ersuchen, daß man in Neunkirchen, wenn man jetzt schon über die Werkstätten die Laborräume baut und automatisch ein neues Dach braucht, einen Architekten zu nehmen, der weiß, wie ein Dach zu bauen ist. Weil das alte Dach, das wir bis jetzt gehabt haben, 12 Jahre undicht war und nicht dicht zu bekommen war. Ich würde ersuchen, ein Dach aufzusetzen, das auch wirklich dicht ist. Das nur als Beispiel. Ich weiß, es liegt nicht in Eurem Bereich, es liegt im Bereich des Architekten. Aber vielleicht sucht man sich einen anderen, nicht unbedingt ein Protektionskind, vielleicht gibt es auch bessere, freie Architekten.

Meine sehr geschätzten Damen und Herrn! Es wurde heute schon davon gesprochen, die Fünftagewoche für die Berufsschüler einzuführen. Und ich glaube, einige Herrschaften waren bei der letzten Landtagssitzung nicht anwesend oder sie wollen es bewußt nicht wahrhaben, wie die Tatsachen sind. Es ist richtig, im Juni wurde ein Bundesgesetz geschaffen. Und es ist richtig, daß es in der Kompetenz des Landeshauptmannstellvertreters liegt, dieses Gesetz zu vollziehen. Die erste Landtagssitzung heuer war die konstituierende Sitzung. Bei der zweiten Landtagssitzung hat dann die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag eingebracht, bewußt einen Initiativantrag und keine Regierungsvorlage. Denn bei der Regierungsvorlage war uns bewußt, daß ein Anhörungsverfahren bzw. ein Begutachtungsverfahren notwendig ist, das bei dem Initiativantrag nicht notwendig ist. Das heißt,

wir haben bewußt den Initiativantrag gewählt, um den Berufsschülern viel rascher, viel schneller die Fünftageweche zu ermöglichen. Die Österreichische Volkspartei hat sich hinter dem Gesetz versteckt und gesagt, wir wollen ein Anhörungsverfahren, hat diesen Initiativantrag im Ausschuß abgelehnt und das Anhörungsverfahren und damit die Verzögerung herbeigeführt. Und ich sage bewußt, Verzögerung.

Nun darf ich auf das Anhörungsverfahren kommen. Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich habe vorher gesagt, der Herr Hoffinger hat salbungsvoll gesprochen. Wenn ich hier lese, daß da noch immer von seiten der Handelskammer Niederösterreich schärfstens abgelehnt wird, die Fünftageweche einzuführen, wenn überhaupt, so könnte die Formulierung nur lauten, einzelne Samstage schulfrei zu erklären und die Schulfrei-Erklärung dürfte weiters nur dann durch Verordnung erfolgen, wenn kein wesentlicher pädagogischer und organisatorischer Grund dem entgegensteht. Das heißt, es hat sich an der Haltung der Handelskammer überhaupt nichts geändert. Vorher nicht und nachher nicht. Warum sollte sie auch? Die Handelskammer war immer lehrlingsfeindlich eingestellt und wird es immer sein! Das liegt in der Natur der Unternehmer. Aber warum muß man es dann verzögern? Und wenn ich dann noch lese, daß vom Zentralausschuß der Lehrer auch noch Bedenken gegen die Fünftageweche kommen, so muß ich mich schon fragen, gibt es in Niederösterreich wirklich zwei Kategorien Menschen? Nämlich die landwirtschaftlichen Lehrlinge, die durch die Bank die Fünftageweche haben und die gewerblichen Lehrlinge, denen man sie verweigern will? Oder höre ich schlecht?

Ich glaube, man wird sich am 16. Dezember 1993 durchringen können, die Fünftageweche zu installieren. Ich glaube aber, daß der Herr Klubobmann Böhm schon den Vogel abge-

sossen hat, als in einem Zeitungsinterview im Kurier das so von ihm gekommen ist, als wenn er und die Österreichische Volkspartei die Fünftageweche eingebracht hätten. Meine Damen und Herren, der Zug fährt schon! Die Österreichische Volkspartei kann nur mehr als Schaffner mitfahren, Lokführer ist schon ein anderer, das muß ich korrekterweise feststellen!

Und nun zu der Veranstaltung des Landesjugendreferates. Ich kenne den Einlader leider sehr gut und ich weiß daher, was der für eine Show veranstalten wird. Denn der erste Tagesordnungspunkt ist "Schulzeit und Transportprobleme". Zum Transportproblem komme ich dann noch. Die Schulzeit, meine sehr geschätzten Damen und Herren, ist nichts anderes als die Einführung der Fünftageweche. Und ich höre dann schon von diesem Rednerpult aus die Jubel- und Hosiannarufe, wenn andere Menschen, die sich vorher dagegen ausgesprochen haben dann verkünden werden, morgen werden wir in diesem Saal die Fünftageweche beschließen. Das ist ein Schmücken mit fremden Federn, meine Damen und Herren! Ich frage mich, ob das der Stil ist, nach dem 16. Mai. (*Abg. Hoffinger: Es hat sich doch niemand dagegen ausgesprochen, Herr Kollege!*) Verzögert hat man es! Und Verzögerung ist für mich auch ein Punkt, dagegen zu sein. (*Abg. Hoffinger: Das kam doch erst 1994/95 wirksam werden, das war doch keine Verzögerung!*)

Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, darf ich noch ein kleines Problem anschnitten. Ich hatte leider nicht mehr die Möglichkeit, mit dem Kollegen von der Freiheitlichen Partei darüber zu reden. Ich habe einen Resolutionsantrag vorbereitet über das Transportproblem. Nur wurde mir vor ca. 10 Minuten mitgeteilt, daß sich unter Umständen mein Antrag bereits im Zuge der Steuerreform erledigt haben könnte. Mir sind diese Unterlagen noch nicht zugegangen. Ich warte daher auf die Gruppe 4, denn dort kann man diesen Antrag auch noch stellen. Es handelt sich grundsätzlich darum, daß ein Teil der Schüler durch den Rost fällt, weil die Schülerfreifahrt für die Wochenpendler nicht inkludiert ist. Oder zum Beispiel der Bäckerlehrling, der im drei Uhr in der Früh aufstehen muß und natürlich kein öffentliches Verkehrsmittel zur Verfügung hat. Dem sollte der Preis des öffentlichen Verkehrsmittels abgegolten werden. Ich sage noch einmal, die Rechtslage dürfte sich geändert haben im Zuge der Steuerre-

form. Wenn es so ist, wird es keinen Antrag geben. Wenn nicht, so werde ich in der Gruppe 4 den Antrag stellen.

Abschließend, meine sehr geschätzten Damen und Herren, noch zur Objektivierung ein Wort. Denn da wird immer davon gesprochen, als wäre das der Weisheit letzter Schluß. Erstens hat es bis jetzt in den Bezirksschulratskollegien immer Eltern-, Gemeinde- und Lehrervertreter gegeben. Zweitens konnte auch bis jetzt schon ein nicht bestellter Direktor, der im Dreivorschlag drinnen war, eine Berufung einleiten. Das heißt, hier wird nur die halbe Wahrheit erzählt und nicht die ganze. Drittens schaut das neue Objektivierungsmodell des Herrn Landeshauptmannes so aus: Ob man links oder rechts nach hinten greift, es kommt immer ein ÖAAB-Funktionär hervor. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt der Herr Abgeordnete Hiller.

Abg. HILLER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich melde mich zum Kapitel Sport zu Wort und darf meiner Freude Ausdruck verleihen, daß der Anteil am Sportbudget hoffentlich dann auch real zumindest einmal in der Optik im Budget mit einer neuerlichen Steigerung versehen ist. Ich weiß schon, daß das mit einem Fragezeichen zu versehen ist. Der Sport insgesamt macht aber in der Gruppe 2 lediglich einen Anteil von einem Prozent aus, ist aber dennoch wichtig. Und die Ausgaben von rund 100 Millionen Schilling in diesem Kapitel sind sicherlich auch sehr beachtenswert.

Das Sportgeschehen in unserem Land beruht, sehr geehrte Damen und Herren, größtenteils auf einer sehr hohen Eigenständigkeit und den vielfältigen Vereinsstrukturen. Weder die staatlichen noch kommerziellen Sportbetriebsamkeiten sind diesem Bundesland hier in Niederösterreich zu eigen. Die Struktur und das Statut der tausenden Sportvereine ermöglicht es aber einerseits, einen leichten Zugang zu fast allen Sportarten zu haben. Andererseits gewährleistet diese Rechtsform auch die notwendigen demokratischen Spielregeln nach innen, in die Organisation zum Spielbetrieb, aber auch die ständige, notwendige Erneuerung. Man sollte es dem NÖ Sport, der NÖ Sportpolitik hoch anrechnen, daß diese Bestrebungen immer

oberster Grundsatz im Bereich der Förderung gewesen ist. Nämlich die Eigenständigkeit auf Vereinsbasis. Denn Niederösterreich ist, meine sehr Verehrten, ein Land des Breitensportes, das aber auch zunehmend sportliche Spitzenleistungen nationaler und internationaler Qualität aufweisen kann. Das ist unübersehbar. Leider, so müssen wir aber feststellen, entwickeln sich so manche medial gut präsente Sportarten wie Fußball, Tennis, Basketball, Skilauf immer mehr zu rein kommerziellen und professionellen Tätigkeiten in den obersten Leistungsklassen. Über diese Tatsache wurde schon viel diskutiert, philosophiert, aber man bemerkt, daß die Rasanz auch dieser Veränderung, man kann das jetzt bedauern oder gutheißen, von der Bevölkerung akzeptiert wird.

Ich möchte mich, sehr geehrte Damen und Herren, überwiegend mit dem Breitensport in Niederösterreich beschäftigen. Mit der Basis des Sporttreibens in Niederösterreich. Der Sportbericht 1992, aber auch der vorläufige Tätigkeitsbericht des laufenden Jahres sind dazu, wie ich meine, eine passende Unterlage, die auch Trends und Entwicklungen in die Zukunft erahnen lassen. Gerade in unserer modernen Freizeit- und Wohlstandsgesellschaft entspringt die Motivation, Sport zu treiben, wesentlich vielfältigeren Anreizen und Überlegungen, als das vielleicht in vergangenen Zeiten der Fall war. Auch müssen wir feststellen, daß einerseits der Wechsel von einer Sportart in die andere heute durch ein vermehrtes Angebot leichter möglich ist als früher. Auch die Mobilität der Leute ist größer geworden. Andererseits wird natürlich auch diesbezüglich die Bindung zu den Vereinen loser bzw. nimmt ab. Die gesteigerte Mobilität ermöglicht diese Entwicklung, aber nicht immer zum Vorteil der bodenständigen Vereine. Es werden auch die Ansprüche der Sportwilligen immer größer, die meisten Vereine reagieren auch bereits darauf.

Gerade aus dem Sportbericht 1993 ist sehr deutlich erkennbar, daß es enorme Anstrengungen seitens der Vereine in Richtung Qualitätsverbesserung gibt und die Sportmittel des Landes hier gut zu deren Unterstützung plaziert sind. Sportplatzsanierungen, Beleuchtungseinrichtungen oder Erneuerung automatischer Berechnungsanlagen, Kabinenzubauten, Einrichtung von Zentralheizungsanlagen, Warmwasseraufbereitung, Wärmedämmung, Wärmeisolierung, all diese Investitionen deuten sehr deutlich auf eine laufende Qualitätsverbesserung der Infrastruktur in unseren Sportstätten hin. Das Land ist hier, wie gesagt ein wichtiger Finanzierungspartner, aber auch ein

sehr sachkundiger Berater. Gerade diese Beratung wird zunehmend wichtiger, denn in Zukunft ist auch der Bedarf von großen und kostenaufwendigen Sportstätten gegeben. Ich denke an die Errichtung von großen Tennishallen, Schwimmbädern, wo wir das Problem ja schon vor einigen Jahren erkannt haben. Nunmehr im Trend liegen Eishallen, die heftig diskutiert werden. Ich glaube, daß es gerade hier notwendig ist, verhängnisvollen Planungs-, Bau- und Finanzierungsfehlern von vornherein das Wasser abzugraben. Bei diesen Großprojekten bietet die Landesregierung eine wesentliche Beratung an, damit die Bedarfs- und Betriebskostenrechnungen richtig angestellt werden. Und dann letztendlich dieser Betrieb auch kostendeckend geführt werden kann. Die Landesregierung hat diesbezüglich mit dem Österreichischen Institut für Sportstättenbau eine Raumordnungsstudie in Auftrag gegeben, um den maximalen Bedarf für die derzeit in aktueller Diskussion stehende Errichtung von Kunsteishallen festzustellen. Immerhin sollte ein solches Projekt einen Einzugsbereich von etwa 100.000 Einwohner haben, um eine Standortfrage zu rechtfertigen.

Die Liste der Sportanlagenerrichtungen und -sanierungen führte im Jahr 1992 einmal mehr - und das verwundert sicherlich nicht - der Fußball an mit 222 Förderungsfällen, gefolgt von 98 Tennisanlagen, wenn ich das so sagen darf, 18 Asphaltstockanlagen und 15 Reitanlagen. Insgesamt erhielten 344 Vereine und 106 Gemeinden zweckdienliche Förderungen fernab jeder parteilichen Zurechnung. Da hat Kollege Marchat ja eine Andeutung gemacht. Ich kann ihm versichern, daß insgesamt sowohl die Dachverbände, als auch die vielen Fachverbände ständig wachen Auges mit sehr viel, möchte ich sagen, Skepsis, aber auch mit Kameradschaft die Vergaben der Sportförderungsmittel des Landes insgesamt kontrollieren. Sie haben diese Möglichkeit, sie haben ständig Einschau und sind auch selbst dabei, wenn diese wichtigen Vergaben bei größeren Summen getätigt werden. Ich kann also das Mißtrauen eindeutig zurückweisen. Es ist sicherlich ein Ausdruck dessen, daß man sich vielleicht zu wenig Informationen diesbezüglich eingeholt hat bzw. vielleicht hat er diese in seiner kurzen Funktionszeit noch gar nicht einholen können.

Besonderer Wert wird in Niederösterreich auf eine gezielte Jugendsportausbildung gelegt. In 27 Jugendsportausbildungs- und Trainingszentren und 26 Sporthauptschulen wird leistungsorientierte Sportausbildung angeboten. Dieses Ausbildungs- und Trainingsangebot ist -

und dafür sind die Vereine recht dankbar - vereinsübergreifend angelegt. Das hat jenen Vorteil und Erfolg in sich begründet, daß besonders talentierte, motivierte Jugendsportler nicht unbedingt ihren Verein verlassen müssen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Sport ist auch immer mit einem gewissen Gesundheitsrisiko verbunden. Dagegen sollte man möglichst Vorsorgen treffen und die Sportler selbst zur richtigen Einschätzung ihres Könnens motivieren bzw. anhalten. Dennoch, wenn auch bestens vorgesorgt wäre, würden diese oder jene tragischen Sportunfälle passieren. Sie liegen einfach in der Dynamik des Sportes begründet. Ich möchte diesbezüglich der Frau Landeshauptmannstellvertreter Liese Prokop recht herzlich danken, daß sie in Erkenntnis dieses Problems bereits vor Jahren sehr vehement auf die Einführung einer Sportunfallversicherung gedrängt hat. Wir haben dieses Instrumentarium nun seit 1988 in Betrieb und es konnten schon vielen Sportlern in diesen tragischen Situationen zumindest finanzielle Abhilfe gegeben werden. Die wichtigsten Risiken sind diesbezüglich vor allem der tragischste Anlaßfall, ein Todesfall, eine dauernde Invalidität. Nunmehr wurden aber auch neu in den Katalog aufgenommen die Rehabilitationskosten, die bei einzelnen Betroffenen sehr hoch ausfallen können. Nunmehr sind bei dieser Sportkollektivunfallversicherung in Niederösterreich schon mehr als 56.000 niederösterreichische Sportlerinnen in Sportler versichert. Eine stattliche Zahl, die die Aktion im Nachhinein sicherlich noch nachhaltig rechtfertigt. Auch hier zahlt das Land mit über das Sportbudget.

Rund zwei Millionen Schilling, meine sehr geehrten Damen und Herren, kamen 1992 insgesamt 85 Veranstaltern von Sportbewerben mit überörtlichem Charakter zu. Auch das ist heute zur Darstellung der verschiedensten Sportarten unbedingt nötig, um auch in der breiteren Öffentlichkeit dieses breite und gute Angebot an Sportbetrieb in Niederösterreich einmal mehr vor Publikum zu bringen. Diese Veranstaltungen dienen aber letztendlich auch einer Völkerverständigung und vor

allem auch den Vergleichen nationaler oder internationaler Standards im Sport.

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Sportbetrieb insgesamt wäre nicht komplett und funktionstüchtig, wenn nicht neben den vereinsinternen Führungskräften auch übergeordnete Funktionsmechanismen wirken würden wie Dach- und Fachverbände. Hier gibt es hoch organisierte Organisationsleistungen, oft von Leuten, die in ihrem Privatberuf auch hochqualifizierte Berufe ausüben und daher auch die Fähigkeit haben, den heutigen Bedarf hochgestellter Organisation für ihre Vereine, für ihre Sportart zu erbringen. Auch hier hilft das Land mit, denn die übergeordnete Organisation ist sicherlich nicht sehr leicht finanziell zu bewältigen. Sie hat ja nicht die Möglichkeit, über Eintrittsgelder oder Sponsorgelder ihren eigenen Betrieb zu finanzieren. Diesbezüglich gibt es aber auch eine Zusage, da hier neuerlich der Wunsch dieser Dach- und Fachverbände vorliegt, die angestiegenen Kosten der letzten Jahre durch höhere Förderungen zu egalisieren. Sollte eine vorgesehene Tarifierhöhung bei den Rundfunk- und Fernsehgebühren und somit des Sportschillings anfallen, wird man neuerlich in Verhandlungen treten, um hier auch eine nötige Hilfe zu gestalten.

Eine der berührendsten Momente im Laufe eines Sportjahres stellt für mich, sehr geehrte Damen und Herren, jährlich die Verleihung der Ehrenzeichen für Aktive und für Funktionäre am NÖ Landesfeiertag dar. Dies war zuletzt wieder am 15. November im Tulln mitzuerleben. 53 Aktive wurden für ihre hervorragenden Leistungen vor den Vorhang gebeten. Zweifellos eine berechnete Würdigung und Anerkennung individueller oder mannschaftlicher Leistungen.

Noch mehr, sehr geehrte Damen und Herren, beeindruckt mich aber alle Jahre wieder die stattliche Zahl von an die 150 Funktionärinnen und Funktionäre, welche für langjähriges unentgeltliches Arbeiten in den Vereinen geehrt und ausgezeichnet werden. Es ist nicht annähernd zu errechnen, was diese Idealisten in ihrer oft 10, 20, ja 30jährigen Funktionärstätigkeit beim Sport in Niederösterreich, der Gemeinschaft, der Kameradschaftspflege an Zeit und Kosten, Nerven, ja ich möchte sagen, an Hingabe geschenkt haben. So mancher dieser Geehrten hat oft nur kurze Zeit selbst Sport betrieben. Ja manche gibt es, die nicht einmal selbst aktive Sportler gewesen sind

und dennoch helfen sie und stehen sie im Einsatz. Einfach aus Freude am Erfolg der anderen, welche im Rampenlicht stehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Leute sind die andere Seite der Medaille, jene, die man kaum sieht. Dies ist aber dennoch, möchte ich sagen, eine edle Seite mit sehr vielen menschlichen Zügen. Denn in diesen Reihen und auf dieser Seite stehen die wahren Antriebskräfte der unzähligen Vereine, des Sportes in Niederösterreich. Diese Leute, diese Funktionäre starten und laufen schon früh auf Hochtouren, bevor ein Startschuß oder ein Anpfiff am Spielfeld erfolgt. Sie managen, finanzieren, reparieren, putzen, verarzten, motivieren und vieles mehr. Man kann daher sagen, Sport läßt viele Betrachtungsweisen zu, aber ich glaube, auch aus einer kritischen Perspektive heraus ist doch dieser edle Ansatz ein positiver Effekt, der auch den Gemeinschaftssinn des Sportes ganz deutlich herausstreicht. Sport ist nach meinem Dafürhalten neben seiner dynamischen Prägung auch Bestandteil einer umfassenden Kultur des Landes. Leider werden, so möchte ich kritisch anmerken, oftmals durch einen übersteigenden Lokalpatriotismus oder auch durch eine übertriebene Selbstdarstellung von Aktiven die wahren Werte dieses Spitzensportes zugedeckt.

Sehr geehrte Damen und Herren, Hohes Haus! Unser beliebtes Niederösterreich mit seiner herrlichen Naturkulisse, mit seinen reizenden Dörfern, seinen modernen Städten bietet nicht nur ein reichhaltiges Programm und reichhaltige Möglichkeiten zur Sportausübung, sondern diese animieren geradezu, sich dem Sport als Ausdruck von Lebensqualität, Lebenssinn und Inhalt hinzugeben. Mit den fest verankerten Strukturen im Land, welche tagein, tagaus dem Sport dienen, aber auch durch die Initiativen und Mittel des Landes in der Landessportpolitik können wir sicher sein, daß auch der Sport seine Zukunft meistern wird.

Ich möchte, sehr geehrte Damen und Herren, aber neben diesem Beitrag zur Debatte um den Sport noch einen anderen Tagesordnungspunkt hier aufgreifen, der erst in den späteren Stunden oder Tagen behandelt wird, nämlich zum Thema Soziales. Ich kann mit Freude feststellen und es ist mir ein inneres Bedürfnis, auch zur Zahl 58/S-5/1 zu sprechen und zwar zur Errichtung des Landes-Pensionistenheimes in Laa a.d. Thaya, meiner ureigensten Heimat. Und zwar aus jenem Grund, sehr geehrte Damen und Herren, da mit diesem Projekt, das wir in wenigen Tagen oder Stunden beschließen werden, das größte Projekt,

das größte Bauvolumen im Bezirk Laa a.d. Thaya verbaut wird, das je ein Projekt der öffentlichen Hand gekostet hat. Eine wahre Hilfe des Landes, wahrlich für ein Gebiet, welches eine sehr schwache Struktur im Grenzland zu Tschechien aufweist. Diese, möchte ich sagen, griffige Strukturhilfe wirkt nämlich in vielerlei Richtungen.

Zum ersten darf ich anführen, daß natürlich der Zweck des Hauses, nämlich die Betreuung und die Pflege, ja die Beheimatung unserer älteren Menschen vorrangig zu betrachten ist. Es ist dem Land Niederösterreich und allen Verantwortlichen, auch den Abteilungen zu danken, daß diese erkannt haben, daß eine Adaptierung des bestehenden alten Heimes zwar möglich gewesen wäre, aber bei weitem nicht trotz aller vorgesehenen Anstrengungen denselben Effekt erzielt hätte, den ein Neubau leisten kann. Durch eine völlig andere Raumkonzeption, welche für das Betreiben eines Pflegeheimes unbedingt notwendig ist, wäre die bisherige Statik des Altbaues nicht ausreichend gewesen. Andererseits hätten umfangreiche Umbauarbeiten den laufenden Betrieb enorm gestört bzw. unmöglich gemacht. Mit diesem Neubau kann jetzt eine moderne Serviceleistung für die ältere Generation angeboten werden in hellen Räumen, auf einem ruhigen Platz, im grünen Umland der Stadt Laa a.d. Thaya.

Ein zweiter nicht unbeträchtlicher Nutzen kommt dieser Region auch durch die Absicherung interessanter Arbeitsmöglichkeiten, vor allem für Frauen, zugute. Immerhin weist dieses Heim derzeit 41 Dienstposten auf und der Bedarf wird sicherlich mit mehr Pflegebetten auch noch gesteigert werden müssen. Ein dritter wichtiger Ansatz liegt in der Investitionssumme und vor allem der Realisierung von Bausubstanz und Einrichtungen. Und hier hat gerade die Landespolitik in einer richtigen Zeit voll ins Schwarze getroffen. Und zwar deshalb, sehr geehrte Damen und Herren, da derzeit nicht nur weltweit, sondern auch in Österreich in vielen Branchen Stagnation, mancherort sogar Rezession zu spüren ist. Und diese Zeit natürlich genützt werden muß, um entsprechend von der Politik gegenzusteuern. Dieser Erfolg der NÖ Wirtschafts- und Finanzpolitik, der durch diese Politik der gegensteuernden Investitionen griffig geworden ist und wirkt, kann auch eindeutig an den Wirtschaftskennndaten unseres Bundeslandes abgelesen werden. Diese Investition nützt regional aber auch sehr dadurch, daß gerade in unserem Grenzland die Bau- und die Baunebenbranche, dieses Gewerbe durch viele leistungsfähige Klein- und Mittelbetriebe

repräsentiert wird. Ich darf mich daher abschließend bei all jenen bedanken, die sich für dieses Projekt sehr stark eingesetzt haben und die diese Realisierung zum richtigen Zeitpunkt ermöglichen. Auch dafür möchte ich mich recht herzlich bedanken. Ich glaube, es steht unserer älteren Bevölkerung zu Recht gut an, daß wir in ihrem Dienste zur Gestaltung ihres Lebensabends auch entsprechend uns politisch ins Zeug legen. Die Genehmigung durch den NÖ Landtag ist somit ein kleines aufrechtes Dankeschön für eine vom Schicksal nicht gerade begünstigte Generation. So gesehen fällt uns sicherlich hier die Zustimmung im NÖ Landtag eher leicht.

Ich darf abschließend zu einigen Debattenbeiträgen des Kollegen Sacher Stellung nehmen. Er hat hier im Zusammenhang mit der Debatte um die Standorte der landwirtschaftlichen Berufsschulen deutlich gesagt, daß er dafür eintritt, daß eine Reduzierung der Standorte gefordert wird. Ich glaube, die Landesregierung versteht sich insgesamt darauf, daß eine Studie diesen Bedarf letztendlich feststellen soll und daß die Anpassung der Standorte selbst bzw. an den Schulen sich durch ein Lehrangebot und durch eine Klassengestaltung von dieser Studie ableiten sollte.

Ich möchte aber eine Meinung schärfstens zurückweisen. Nämlich jene, daß man sagt, die landwirtschaftlichen Schulen würden entfremdeten Lehrstoff unserer Jugend, unseren Schülern bieten. Ich glaube, alle Jugendlichen Niederösterreichs, die eine Schul- oder Berufsausbildung angehen, haben sehr wohl das Recht, die Schule ihrer Wahl zu wählen. Ganz egal, ob sie danach diesen Beruf einschlagen oder nicht. Wenn das auf den obersten Bildungsstufen der Universitäten der Fall ist, wo wir heute wissen, daß viele Studienwillige Studienrichtungen einschlagen, obwohl sie nicht wissen oder sehr wenig Chancen diesbezüglich orten, daß sie danach Anstellungen in unserer Gesellschaft, in der Wirtschaft, erreichen können, so muß es auch im unteren Bereich bei den Berufsschulen möglich sein, daß man hier vernetzte Ausbildungsmöglichkeiten finden kann.

Ich möchte vor allem auf jenen Umstand verweisen, daß wir in der Landwirtschaft ein spezielles Problem vorfinden. Nämlich jenes, daß sehr wenig weibliche Jugend selbst die landwirtschaftliche Ausbildung nutzt, daß aber dennoch alle unseren jungen Bauern eines Tages eine Bäuerin ehelichen wollen, was letztendlich aber nicht mehr auf diesem Sektor gegeben ist. Daher ist es sehr wichtig, daß viele Menschen, vor allem im länd-

lichen Raum, zu der Landwirtschaft selbst einen größeren Bezug bekommen als das wenige, was an und für sich in den Pflichtschulen über Landwirtschaft gelehrt wird. Ich bekenne mich auch dazu, daß natürlich der zweite Sektor auch bei der Ausbildung für die weibliche Jugend einen Nutzen für einen weiteren Berufseinstieg oder für eine weitere schulische Ausbildung ergeben sollen. *(Zwischenruf bei Abg. Keusch.)*

Ich glaube, hier sind uns wir einig, Herr Kollege Keusch! Die Schule, jeder Schultyp muß an und für sich einen Sinn ergeben, dann kann man das auch von der Politik her gutheißen. *(Abg. Keusch: Aber wenn sie zuerst die landwirtschaftliche Fachschule besuchen und dann umsteigen, dann ist der Zweck nicht erfüllt, denn dafür haben wir das Polytechnikum!)*

Herr Kollege Keusch, Hoher Landtag! Ich kann dazu berichten, daß nach wie vor, möchte ich sagen, vor allem im Bereich der Fachschule in Poysdorf diese Schule sehr gerne besucht wird, um die Übertrittszeit sinnvoll zu gestalten und die Möglichkeit zu finden, dann später in eine Krankenpflegeschule einzusteigen, da wir vorher diese Barriere mit dem Eintrittsalter gehabt haben. *(Abg. Keusch: Und das ist der Zweck der Ausbildung im landwirtschaftlichen Bereich!)* Die Leute denken sich etwas dabei. Ich kann Dir auch versichern, sehr geehrter Herr Kollege Keusch, daß viele aus den ländlichen Bereichen, die im Krankenhaus Mistelbach angestellt sind, die jungen Damen, Gottseidank, möchte ich hinzufügen, später auch auf einem bäuerlichen Betrieb mitarbeiten oder manche sogar in späterer Folge einen solchen zu leiten haben. Ich würde daher bitten, sehen wir diese Möglichkeiten dieser kombinierten Ausbildungen zwar kritisch, aber nicht unbedingt mit einer feindseligen Brille.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf somit meine Debattenbeiträge beschließen und darf zum Ausdruck bringen, daß wir diesem Kapitel 2 natürlich voll unsere Zustimmung erteilen werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Michalitsch.

Abg. Dr. MICHALITSCH (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

In wirtschaftlich schwierigen Zeiten liegt der Schwerpunkt des Budgets zweifellos in wirtschaftlichen Fragen, in Fragen der Konjunkturbelebung. Ich freue mich aber doch, daß der Bereich, den

ich jetzt zu vertreten habe, nämlich der sportliche Bereich, im Budget mit einer Steigerung aufwarten kann.

In der Tat kommt dem Sport in unserer Gesellschaft steigende Bedeutung zu. Unsere Gesellschaft ist eine Freizeitgesellschaft. Der Sport hat Unterhaltungswert und die Bedeutung des Sportes kann auch daraus ermessen werden, daß zwei Satellitenkanäle sich mit sportlichen Angeboten beschäftigen. Mir kommt das Vergnügen zu, als letzter Redner zu dieser Gruppe zu sprechen und ich hätte gedacht und gewünscht, daß in dieser Eigenschaft auch die Aufmerksamkeit des Landtages, die am Anfang immer einen Höhepunkt findet, auch in der Endphase gegeben sein wird.

Ich habe als zweiter Redner den Ball des Kollegen Franz Hiller aufgegriffen und ich verspreche feierlich, daß ich die Rapid-Viertelstunde, obwohl Rapid heute nicht mehr den Stellenwert hat, den es einmal hatte, einhalten werde und pünktlich um neun Uhr der Herr Präsident zur Abstimmung kommen wird. *(Heiterkeit im Hohen Hause.)*

Der Spitzensport bietet an sich eine Reihe von erfreulichen Dingen. Niederösterreichs Vereine spielen in den obersten Spielklassen mit, haben dort beträchtliche Erfolge. St. Pölten, Admira Wacker, Mödling; im Basketball SÜWA St. Pölten und Möllersdorf. Im Handball ist es St. Pölten, Krems und Stockerau und der dreifache Europacupsieger Hypo-Südstadt.

Leider wurde beim Spitzensport auch das Thema Sprache und Sport angeschnitten. Wenn man es versteht, Herr Kollege Marchat, dann kann das Thema Sprache und Sport ganz amüsant sein. Es gibt Kabarettisten, die beherrschen das und die Behandlung dieses Themas durch diese Personen hat einigen Unterhaltungswert. Diesen

Unterhaltungswert haben wir im Landtag heute schmerzlich vermißt. Wenn man es nicht versteht, diese Klinge entsprechend zu schwingen, dann bleibt nichts als Unannehmlichkeit. Ja, mehr als das, ein Rassismus, der von diesem Haus erfreulicherweise bereits breit zurückgewiesen wurde. *(Beifall bei der ÖVP, Abgeordneten der SPÖ und LR Wagner.)*

Ich persönlich habe mit Sport immer das Thema Fitneß oder auch Persönlichkeitsbildung verbunden und nicht zuletzt auch die Frage der Völkerverständigung. Forderungen nach Rassenreinheit im Sport sollten wir denen überlassen, die dafür traurig berühmt sind. Die haben im Landtag nichts zu suchen. Wir sollten sie britischen Hooligans überlassen. Aber hier im Landtag sollten wir sie nicht tätigen. *(Unruhe bei der FPÖ.)*

Der Sport hat auch eine medizinische Funktion und trägt zur Gesundheit bei. Im Bereich der Sportmedizin wurde in Niederösterreich im letzten Jahr ein sportmedizinisches Institut am Krankenhaus Krems begründet, das dem Sport in Zukunft durch Verträge zur Verfügung stehen wird. In diesem Zusammenhang sei auch das Dungal-Zentrum in St. Pölten erwähnt, das den Bereich Medizin und Sport in einer sehr innovativen Weise verknüpft. Es sollten die Möglichkeiten, die dort bestehen, sowohl für den Spitzensport als auch für den Breitensport genützt werden. In diesem multifunktionalen Sportbereich liegt auch die Landessportschule St. Pölten, die als Einrichtung des Landes wesentliche Mittel erfreulicherweise zugeführt bekommt und die dank der umsichtigen Führung des früher aktiven Sportlers Günther Krispel auch eine bemerkenswerte Auslastung aufweist, die ähnliche Einrichtungen nach so kurzer Zeit zweifellos nicht haben.

Beim Thema Sport und Spitzensport ist auch die Frage des Dopings nicht zu vermeiden. Es ist durch Verhandlungen zwischen dem Bund, den Ländern und der Bundessportorganisation sichergestellt, daß auch im nächsten Jahr nicht mehr die internationale sportmedizinische Beratungsstelle, sondern die BSO diese Kontrollen sicherstellen wird.

Als St. Pöltener - und hier möchte ich den Herrn Abgeordneten Gruber ansprechen als St. Pöltener und als früher aktiver Sportler - liegt uns natürlich ein Sportprojekt am Herzen, das in der Stadt St. Pölten vorangetrieben wird derzeit und zwar - ausnahmsweise, ist man fast versucht, zu sagen - in schöner Gemeinsamkeit von Stadt und Land. Es geht um ein UEFA-Cup taugliches Sportstadion für St. Pölten mit entsprechenden

Sitzplätzen. Hier ist erfreulicherweise sowohl von seiten des Landes als auch von seiten der Stadt St. Pölten eine Bereitschaft zur Finanzierung da. Es gab bereits Gespräche zwischen der Frau Landeshauptmannstellvertreter und dem Herrn Landeshauptmann mit dem Sportminister Ausserwinkler. Wir freuen uns über sieben Millionen im Bundesbudget für dieses Stadion. Wir meinen aber, daß das nicht der Weisheit letzter Schluß sein kann. Der Bund müßte sich, so wie in anderen Fällen auch, mit einem Drittel der Kosten beteiligen, daß auch in Niederösterreich ein Stadion zur Verfügung steht, das wir etwa für eine Unter-16 Europameisterschaft im Jahr 1996 gut brauchen könnten und das darüber hinaus auch den St. Pöltener Vereinen zugute käme.

Die Zeit ist noch nicht so fortgeschritten, um nicht auch noch einen Wunsch von bestimmten größeren Vereinen anbringen zu können. Es gibt erfreulicherweise Kontakte zwischen den Finanzbehörden und den Sportvertretern, Frau Landeshauptmannstellvertreter Prokop ist hier zu nennen. Der Vereinserslaß wäre im Hinblick auf die Wünsche von größeren Vereinen, die diese Freigrenzen sehr leicht ausschöpfen und damit nicht auskommen, zu überdenken, damit hier der Vereinszusammenhalt gewahrt bleiben kann und nicht verschiedene Einzelvereine gegründet werden müssen aus steuerlichen Gründen. Staatssekretär Ditz kennt das Problem bereits und hat versprochen, sich der Sache anzunehmen.

Verbleibt der Schluß. Niederösterreich ist zweifellos ein Sport-Land. Es gibt verschiedene Arten und Möglichkeiten, sich dem Sport in diesem Land anzunähern. St. Pölten ist auf dem Weg zur Sporthauptstadt. Daß dem so ist, ist neben der Förderung des Landes sicher auch der Initiative vieler ehrenamtlicher Funktionäre und Trainer und den Vereinen zu verdanken. Ihnen sei an dieser Stelle herzlich gedankt. Ein Dank, meine Damen und Herren, aber auch der Sportreferentin des Landes. Sie ist sicher, wenn ich das so sagen darf, nicht nur in sportlicher Hinsicht die leistungsfähigste Sportreferentin, die ein Bundesland in Österreich wahrscheinlich je gehabt hat. Sie ist nicht nur eine Symbolfigur für den Sport in Niederösterreich, sondern sie bestätigt das mit ihrer täglichen Arbeit für den Sport in Niederösterreich. Sie hat natürlich, wie jeder Spitzensportler, auch ein gutes Team mit Leuten, die selbst im Fußball aktiv tätig sind. Vielleicht hilft es dem Leiter der Sportabteilung, daß er als aktiver Schiedsrichter gewohnt ist, salomonische Entscheidungen zu treffen.

Das Sportbudget für Niederösterreich gibt jedenfalls Anlaß zur Freude und daher für uns Grund, diesem Budgetteil auch unsere Zustimmung zu geben. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. Feurer.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Sacher.

Abg. SACHER (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich darf nur eine halbe Minute in Anspruch nehmen. Ich darf Sie bitten, eine kleine Abänderung des eingebrachten Resolutionsantrages des Herrn Ing. Gansch und meiner Wenigkeit zur Kenntnis zu nehmen. Und zwar soll dieser Antrag nicht lauten, "... mit dem Ziel der Reduzierung landwirtschaftlicher Schulstandorte eine Überarbeitung vorzunehmen", sondern in Absprache mit der Fraktion des zweiten Antragstellers schlage ich nun vor oder beantrage ich die Formulierung:

"Die Landesregierung wird daher aufgefordert, unter Berücksichtigung dieser Überlegungen und im Sinne der bereits begonnenen Arbeiten eine Überarbeitung des landwirtschaftlichen Schulkonzeptes mit dem Ziel der Anpassung landwirtschaftlicher Schulstandorte (an den tatsächlichen Bedarf) vorzunehmen."

Ich bitte Sie, diesem neu formulierten Resolutionsantrag Ihre Zustimmung zu erteilen.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Landtag!

Die Wortmeldungen der Herren Klubobmann Dr. Bauer, Dr. Strasser und Dr. Michalitsch kann ich wirklich so nicht im Raum stehen lassen. Ich weise es ganz entschieden zurück, daß heute hier im Hohen Haus von Abgeordneten der Freiheitlichen Partei rassistische Äußerungen gemacht worden sein sollen. Wir sind uns stets der Würde dieses Hauses bewußt, haben in der Vergangenheit so gehandelt und werden auch in Zukunft so handeln. Aber wir werden stets auch unsere Meinung sagen. Dankeschön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. Dr. PROBER (ÖVP): Ich verzichte!

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Zur Abstimmung liegt vor die Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft und die Resolutionsanträge des Abgeordneten Dkfm. Rambossek und der Abgeordneten Sacher und Ing. Gansch.

Ich bitte den Berichterstatter, nunmehr den Antrag zu der Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, ordentlicher Teil, außerordentlicher Teil und Konjunkturausgleichsteil zu stellen.

Berichterstatter Abg. Dr. PROBER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich stelle den Antrag, die Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, im ordentlichen Teil mit Ausgaben von S 10.693,082.000,- und Einnahmen von S 8.635,664.000,- sowie im außerordentlichen Teil mit Ausgaben von S 157,867.000,- und Einnahmen von S 85.000,- zu genehmigen.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER *(nach Abstimmung über die Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, ordentlicher Teil, außerordentlicher Teil und Konjunkturausgleichsteil in Erfordernis und Bedeckung)*: Einstimmig angenommen!

(Nach Abstimmung über den Resolutionsantrag 6 des Abgeordneten Dkfm. Erwin Rambossek zur Gruppe 2 betreffend freier Zugang zu Hauptschulen in Sonderformen): Einstimmig angenommen!

Wir kommen zur Abstimmung über den Resolutionsantrag der Abgeordneten Sacher und Ing. Gansch zur Gruppe 2 betreffend Überarbeitung des landwirtschaftlichen Schulkonzeptes. *(Nach Abstimmung über diesen Antrag in der geänderten Fassung)*: Mit Mehrheit angenommen, gegen die Stimmen der FPÖ! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ und LIF; Ablehnung FPÖ.)*

Ich unterbreche die Verhandlung über den Voranschlag des Landes. Die nächste Sitzung des Landtages findet morgen, am 30. November 1993, um 9.00 Uhr, statt. Die Beratungen über den Voranschlag werden mit der Spezialdebatte zur Gruppe 3 fortgesetzt.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 21.00 Uhr.)